

Deed. 9



B e r i c h t
des
H e r r n H e r z o g s
von
Sachsen Coburg Saalfeld
an den
kaiserlichen Reichshofrath
über die Beschwerden
der Prinzen
Friedrich und Ludwig
mit Urkunden.

Coburg, Mai 1805.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Allerdurchlauchtigster

etc. etc.

Mit den schmerzhaftesten Gemüthsbewegungen haben Anwands Herr Principal, der regierende Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld Durchlaucht, aus dem von Euer Kaiserl. Königl. Majestät am 20sten August vorigen Jahres erlassenen allerhöchsten Rescripte ansehen, wie bei Allerhöchstdenenselben von den beiden appanagirten Hrn. Prinzen, Friedrich und Ludwig zu S. Coburg, eine Klagschrift eingereicht worden. worinnen Dieselben — nachdem Sie Sich zuvor die heftigsten Angriffe auf die Regierungs- und Staatsverwaltung des imploratischen Hn. Herzogs erlaubt haben; — über diejenigen Maaßregeln Beschwerde zu führen vermeinen, welche Anwands Hr. Principal gegen hochgedachte Hrn. Klägere und deren Geschäftsführer, dem Commissionsrath Alt, wegen öffentlich, Höchsthme zugefügten, Beleidigungen, zu treffen genöthiget worden sind.

Euer Kaiserl. Königl. Majestät haben in die Wahrheit der anmaßlichen Beschwerden um so weniger einiges Mißtrauen gesetzt, weil selbige aus der Feder zweier Fürsten geflossen waren, von welchen Allerhöchstdieselben zu erwarten berechtigt seyn konnten, daß die Wahrheit nie aus ihrer Mitte weichen würde. Nur unter dieser Voraussetzung konnten Eure Kaiserl.

Königl. Majestät Sich allergnädigst bewogen finden, auf die vermeintlichen Beschwerden der Fürstl. Hrn. Stammvettern eine, ihren Wünschen entsprechende, Entschliessung zu fassen, und Anwalds Hn. Principal, in dem erwähnten allerhöchsten Rescripte den gnädigsten Befehl zu ertheilen:

„die, wegen der von klagenden Agnaten auf die Bekanntmachung der Handelsleute Rüppel und Harnier geschehene Erklärung gegen den Consuln und Geschäftsführer derselben, Commissionsrath Alt, verfügte Untersuchung, sammt allen etwaigen, dessen persönliche Sicherheit zu nahe tretenden Vorkehrungen zurück zu nehmen, und die Impetranten sich desselben in ihren reichsgerichtlichen und übrigen Geschäften zu bedienen, weder auf erwähnte noch auf andere Art zu hindern, nicht weniger sich in Zukunft der, gegen ersagte Agnaten gebrauchten, Beschuldigungen und Drohungen, so wie aller der, denselben gebührenden Achtung zuwider laufenden Vorschritte zu enthalten, und wofern Herr Beklagter und Impetrat eine gegründete Beschwerde gegen dieselben zu haben vermeine, sich am Wege Rechtens genügen zu lassen, auch darüber gebührende Sicherheit zu leisten, und, wie solches Alles geschehen und geschehen werde, in Zeit zweier Monate allergehorsamst anzuzeigen.“

Anwalds Herr Principal, der regierende Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld, haben noch nie die Pflichten der Ehrfurcht und des Gehorsams verletzt, die Sie den allerhöchsten Verfügungen Eurer Kaiserl. Königl. Majestät schuldig sind; Sie haben aber auch zu Allerhöchstderoselben weltgepriesenen Gerechtigkeitsliebe

und höchsterleuchttesten Einsichten ein so unerschütterliches Vertrauen, daß Sie von der vollkommensten Ueberzeugung beseelt sind, Euer Kaiserl. Königl. Majestät würden die so eben erwähnte allerhöchste Entschliessung nicht unterzeichnet haben, wenn Allerhöchstdieselben von den gesetzwidrigen Zudringlichkeiten der Hrn. Impetranten und von dem Ungrund Ihrer Beschwerden hinlängliche Kenntnifs gehabt hätten.

Nur durch Ihre täuschenden Vorspiegelungen konnte es Ihnen gelingen, Euer Kaiserl. Königl. Majestät zur Erlassung eines allerhöchsten Mandats zu bewegen, anstatt daß Allerhöchstdieselben, in Angelegenheiten von der Art, und nach dem Geiste der teutschen Justizverfassung, einen beklagten reichsständischen Fürsten zuvor mit seinem Berichte zu hören pflegen, um die Beschaffenheit der Sache vollständig und gründlich beurtheilen zu können. Indessen werden Euer Kaiserl. Königl. Majestät impetratischem Herrn Herzog zu S. Coburg auch noch jetzt o. allergnädigst erlauben, Allerhöchstdenenselben die widerrechtliche Handlungsweise und die unleidlichen Angriffe, deren sich die Fürstl. Hrn. Impetranten, gegen die Ehre und den Credit des Fürstl. Hauses Coburg, schuldig gemacht haben, allerdevotest vorzulegen und zugleich die Maafsregeln zu rechtfertigen, welche Anwalds Herr Principal dagegen zu ergreifen vermüssiget wurden.

Es ist ein genaues Detail aller hieher Bezug habenden Ereignisse erforderlich, um E. K. K. M. die gehässigen und leidenschaftlichen Insinuationen, wodurch der hohe Gegentheil Allerhöchstdero Empfindungen, zum Nachtheil des regierenden Herrn Herzogs zu S. Coburg und Dero geheimen Raths und dirigirenden Ministers von Kretschmann, zu überraschen glaubten, nach ihrem ganzen Umfange darzustellen; —

Es ist nöthig, E. K. K. M. die Cabalen und Zudringlichkeiten nach ihren Ursachen und Wirkungen zur allerhöchsten Kenntnifs zu bringen, mit welchen sich die appanagirten Hrn. Prinzen ohnablässig beschäftigt haben, das Gouvernement in seinen Unternehmungen zu stöhren und die guten Maafsregeln zu vereiteln, die Anwalds Herr Principal, zur Emporhebung des gesunkenen Wohlstands Dero Fürstl. Hauses, anzuwenden bemühet waren.

Wegen Verschiedenheit der Gegenstände, geruhen E. K. K. M. allergnädigst zu erlauben, Allerhöchstdenenselben die wahre Beschaffenheit der Sache in folgenden Abschnitten allerehrerbiethigst vorzutragen.

Erster Abschnitt.

Regierungsantritt des Herrn Herzogs zu S.
Coburg Saalfeld, in Hinsicht auf Höchst-
dero unternommene Verbesserung der
Staats- und Finanz-Verwaltung.

§. 1.

Vermöge der im Fürstl. Hause S. Coburg Saalfeld eingeführten und von Kaiserl. Majestät allergnädigst bestätigten Primogeniturconstitution von 1746, gelangten Anwalds Herr Principal, als Erstgeborener, nach dem im J. 1800 erfolgten Tode Dero Herrn Vaters zum alleinigen Besitz der Coburg - Saalfeldischen Lande. Als Nachfolger im Staate überkamen Dieselben alle Regierungsrechte, welche jedem reichsständischen Fürsten, nach der constitutionellen Verfassung Deutschlands, mit Ausschließung der allenfalls vorhandenen appanagierten Prinzen vom Hause, zuständig sind. Mit diesen Regierungsrechten waren zugleich die theuren Pflichten für das Wohl des Fürstl. Hauses und des Landes unleugbar verknüpft, und es lag nunmehr auch in dem Wirkungskreise des regierenden Herrn Herzogs, der Erfüllung dieser Pflichten einer vorzüglichen Aufmerksamkeit zu widmen.

§. 2.

Bei dem Regierungsantritt fanden Sr. Herzogl. Durchl. Dero Fürstl. Haus in den traurigsten Verhältnissen. Es unterlag einer schweren Schuldenlast, welche eine vieljährige Kaiserl. Debitcommission veranlassen und selbst auf die Regierung einen nachtheiligen Einfluß hervorgebracht hatte. Die Zerrüttung des Finanzwesens und die nicht ganz zweckmäßige Einrichtung des Gouvernements machten es daher unbedingt nothwendig, daß alle Branchen der Staatsverwaltung auf das genaueste recherchirt, die strengste Oeconomie eingeführt, die Thätigkeit in allen Geschäften erhöht, der Wohlstand des Landes durch Industrie und gemeinnützige Anstalten befördert und überhaupt die zweckmäßigsten Grundsätze der Staats- und Finanzadministration aufgestellt werden mußten, um das Fürstl. Haus aus einer Lage zu ziehen, die, wenn nicht schnelle Hülfe verschafft worden wäre, den gänzlichen Untergang desselben in kurzen herbeigeführt haben würde.

§. 3.

Es war also gewiß nicht Neurungssucht eines neuen Regenten, daß Anwalds Herr Principal, gleich nach Dero Regierungsantritt, Ihre vorzügliche Aufmerksamkeit auf eine Verbesserung der Staatsverwaltung und auf eine kraftvolle, gut organisirte Regierung, mit rastloser Thätigkeit und mit Aufopferung Ihrer Ruhe hinzuwirken bemühet waren. Es war vielmehr ein tiefgefühltes Bedürfnis, die unter der vorigen Regierung eingerissenen Mißbräuche und Unordnungen zu entfernen; es waren Empfindungen der Regentenpflicht, den gesunkenen Wohlstand des Fürstl. Hauses und Landes wieder empor zu heben und dem Staate eine regelmäßige Verwaltung zu geben, die derselbe, un-

ter dem Drange widriger Umstände, nur zu lange hatte entbehren müssen.

§. 4.

Beseelt von diesen edlen Absichten, warfen der Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld Dero Vertrauen auf Ihren dermaligen Minister von Kretschmann, und übertrugen demselben nicht nur die Organisation der Staats- und Finanzverwaltung der Coburg Saalfeldischen Lande, sondern auch die Direction aller und jeder Staatsangelegenheiten. Zu diesem Geschäfte war ohnehin ein Mann erforderlich, der, — frei von allen Familienverhältnissen — ohne persönliche Rücksichten zu Werke gehen konnte, und der, neben seinen staatswirthschaftlichen Kenntnissen, auch zugleich Muth und Standhaftigkeit genug hatte, um die Hindernisse zu bekämpfen, die er von der Cabale und von den einheimischen Feinden der Staatsverbesserung zu erwarten hatte.

§. 5.

Mit rastloser Thätigkeit unterzog sich der Minister von Kretschmann der Organisation der S. Coburg Saalfeldischen Lande.

Durch seine eben so rechtliche als zweckmäßige Einrichtung des Finanzwesens wurden in einem Zeitraume von 2 Jahren die vorgefundenen grofsväterl. und väterl. Schulden um eine sehr beträchtliche Summe vermindert, dauernde Fonds für die gänzliche Abtragung der noch übrigen Schulden ausgemittelt, die Einkünfte des Landes, durch Eröffnung ungangbar gewordener Quellen, erhöht, beträchtliche Summen auf Emporhebung gemeinnütziger Anstalten und zur Verbesserung des allgemeinen Wohlstandes verwendet,

und überall die glücklichsten Aussichten für die Zukunft verbreitet.

§. 6.

Diese glücklichen Fortschritte der von Kretschmannischen Staatsadministration, deren Zweckmäßigkeit die beiden appanagirten Prinzen am 26. Febr. 1803. unumwunden und mit verdientem Beifall, öffentlich anerkannten,

Beilagen No. I und II.

erzeugten bei mitimpetrantischem Hn. Prinz Ludwig den Wunsch, daß der Minister von Kretschmann auch Dero zerrütteten Finanzzustände in Ordnung bringen möchte.

Dieses Geschäft übernahm derselbe mit der größten Bereitwilligkeit, trat mit den Gläubigern des Hn. Prinzen, vermöge der von Demselben erhaltenen Vollmacht,

Beilage Nr. III.

in Unterhandlungen, und suchte dieses Schuldenwesen zum Vortheil des Hn. Prinzen ganz zu beseitigen.

§. 7.

Mit welcher Zufriedenheit und welchem Dankgefühle die desfallsigen Bemühungen des Ministers von Kretschmann vom Hn. Prinzen Ludwig aufgenommen wurden, bezeuget Dessen eigenhändiger Brief in der

Beilage Nr. IV.

welcher seines wichtigen Inhalts wegen einer vorzüglichen Aufmerksamkeit würdig ist.

§. 8.

Nachdem Hr. Prinz Ludwig in diesem Briefe dem Minister von Kretschmann über die freundschaftlichen Bemühungen, die er auf die Verbesserung der Finan-

zen und Dero Wohlstandes bethätiget habe, den innigsten Dank abgestattet hatte, verbreitet Sich Derselbe auch zugleich über die großen Verdienste, welche sich der Minist. von Kretschmann um das Wohl der Coburg. Lande und der Fürstl. Familie erworben habe.

Die eignen Worte dieses Fürsten sind zu merkwürdig und haben im Verfolg der gegenwärtigen Darstellung einen zu wichtigen Einfluß, als daß Anwalds Herr Principal unterlassen sollte, selbige E. K. K. M. hier im Zusammenhange darzulegen:

„etc. Seyn aber Ew. (sagt der Hr. Prinz) fest versichert, daß mir hauptsächlich das Wohl meines Vaterlandes, das so sehr zu großen Verbesserungen geeignet ist, und daher das Wohl des Hofes also meiner, mir gewiß höchst werthen Familie am Herzen liegt, und ich zufolge diesem nichts sehnlicher wünsche, als daß alles dahin sich vereinigen möge, Eure etc. in den Stand zu setzen, ihre so zweckmäßigen guten Absichten in stiller Ruhe und ganzer Heiterkeit des Gemüthes zu selbst eigner frohen Zufriedenheit auszuführen, und dieserwegen alle Cabale einerseits erstickt, nöthige Festigkeit anderer Seits ohne alle fremde Einwirkung von Tag zu Tag zunehmen möge, und Denenselben alle die so beschwerlichen Geschäfte möglichst zu erleichtern; wahre Wonne für mich würde es seyn, könnte ich diesen Wunsch in Erfüllung zu bringen thätig mitwirken, so wie es mir zur Pflicht worden ist, stets zu beweisen, mit welcher dankbaren Hochachtung ich lebenslang seyn werde.“

§. 9.

So sprach impetrantischer Hr. Prinz Ludwig 1802. zu dem Minister von Kretschmann, dessen Verdienste Derselbe sowohl als Dero Hr. Oncle, der Kaiserl. Königl. Feldmarschall, Herr Prinz Friedrich, noch in dem darauf folgenden Jahre am 28. Febr. 1803 öffentlich anerkannte und der von Ihm eingerichteten Staats- und Finanzverwaltung die vollste Gerechtigkeit widerfahren ließen.

(§. 6. *Beilage Nr. I. u. II.*)

Und eben dieser Mann, der noch bis jetzt nach festen Grundsätzen handelt, der die Organisation der Fürstl. Coburg. Lande, obgleich nicht ohne Kampf, mit dem besten Erfolg vollendet hat, dessen erprobte Treue und Rechtschaffenheit der regierende Herr Herzog hochschätzt, der die Achtung gegen impetrantische Hrn. Agnaten nie verletzte, — dieser Mann ist mit einem Male, ohne alle sein Verschulden, der Gegenstand des Hasses und der heftigsten Verfolgung dieser zwei appanagirten Hrn. Prinzen geworden, welche keine Scheu getragen haben, denselben, als den ersten Diener des Staats, bei E. K. K. M. mit den schwärzesten Farben zu schildern.

§. 10.

Dieser seltene Contrast von Fürstl. Gesinnungen verdient einer psychologischen Betrachtung, um ihn so ganz in seiner Blöße darstellen zu können. Es ist daher nöthig, daß Anwalds Hr. Principal im folgenden Abschnitt die Quellen entdecke, aus welchen der Haß und die Feindschaft der impetrantischen Hrn. Agnaten gegen den Minister des regierenden Hn. Herzogs geflossen sind.

Zweiter Abschnitt.

Bemerkung der Ursachen des Unwillens und
der Feindschaft der impetrantischen Hrn.
Prinzen gegen den Minister von
Kretschmann.

§. 11.

Impetratischer Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld hatten, seit dem Regierungsantritt, Dero Hn. Bruder, mitimpetrantischen Hn. Prinzen Ludwig, wiederholte Beweise der freundschaftlichsten Gesinnungen und brüderlichen Unterstützung am Tage gelegt.

Auser der hausverfassungsmässigen Appanage, verlangte Hr. Prinz Ludwig von Dero regierenden Herrn Bruder eben die Vortheile, welche Er unter der Regierung Dero höchstseel. Herrn Vaters genossen hatte.

Obgleich diese Vortheile von der Zeit an, wo das bestimmte Appanagium seinen Anfang nahm, der Regel nach, ganz wegfallen mußten; so waren dennoch impetratischer Herr Herzog großmüthig genug, Dero Herrn Bruder jährl. folgende Naturalstücke um den sehr geringen Cammertax, als:

205 Sr. 1 Vr. 1 Mz. Haber à 16 ggr. das Sr.

219 Cntr. Heu zu 8 gr.

10 Schock 24 Geb. Stroh zu 2 fl.

zur benöthigten Pferdefourage, ingleichen monatlich:

2 Sr. Korn zu 1 fl. 12 gr.

1 Sr. Waizen zu 2 fl.

48 Sr. Gerste hingegen zu Bestreitung des Tischtrunks ganz ohnentgeltlich zu überlassen.

Beilage Nr. V.

Berechnet man diese Naturalien nach den laufenden Mittelpreisen, so beträgt der Gewinn, den Hr. Prinz Ludwig jährl. genießet, bei 690 fl. rheinl.

§. 12.

Nach der Primogeniturconstitution

Beilage Nr. VI. §. 6.

waren Anwalds Herr Principal zwar verbunden, den appanagirten Prinzen in den Fürstl. Gebäuden zu Saalfeld, oder in einem Fürstl. Hause eines Coburgs. oder Saalfeldis. Amtes eine ohnentgeltliche Wohnung einzuräumen; statt dessen versprochen aber der regierende Herr Herzog Dero Hn. Bruder jährl. 700 fl. rhnl. zu bezahlen,

Beilage Nr. V. §. 3.

obgleich Derselbe für seine Wohnung in Coburg höchstens nur 300 fl. Miethzinns zu entrichten hatte, mithin 400 fl. entübrigte.

§. 13.

In dieser Angelegenheit wendete sich Hr. Prinz Ludwig zum öftern an den Minister von Kretschmann, welcher aber jedesmalen dessen Anbringen dem regierenden Herrn Herzog zur Kenntniß brachte, und deshalb Dero Befehle einholte.

Beilage Nr. VII. a — c.

§. 14.

Einen beitreten den Beweis der fürstbrüderlichen Zuneigung des regierenden Herrn Herzogs gegen mitimpetrantischen Hn. Prinz Ludwig legten Dieselben auch dadurch am Tage, daß Sie auf beschehenen Vortrag des Ministers, die Entschliessung faßten, Dero Erbantheil an den Nachlaß Höchsteroselben Frau Mutter im Jahre 1802, gedachtem Hn. Prinzen zur eignen Disposition zu überlassen, und dagegen alle Allodial-Schulden Dero Frau Mutter, welche beträchtlich waren, zu übernehmen.

Beilage Nr. VIII.

§. 15.

Doch, alle diese großmüthigen Handlungen des regierenden Herrn Herzogs, und alle die Gefälligkeiten des Ministers von Kretschmann waren nicht vermögend, den Zudringlichkeiten und rechtswidrigen Forderungen dieses appanagirten Hn. Prinzen Grenzen zu setzen.

Obgleich Derselbe, bei Lebzeiten Dessen Herrn Vaters, mit schwerem Kostenaufwand des Fürstl. Hauses zu hohen Militärchargen befördert wurde; — obgleich Derselbe die Gutmüthigkeit der Fürstl. Eltern, wie Dessen Briefe ausweisen, ohnaufhörlich in Anspruch genommen, und — auser den constitutionsmäßigen Equipagegeldern — beträchtliche Summen herausgepresst hatte; obgleich nach allgemein bekannten Grundsätzen des teutschen Staatsrechts, die verordnete Appanage der Nachgeborenen, erst mit dem Regierungsantritt des Primogeniti, ihren Anfang nimmt; so war dennoch mitimpetrantischer Hr. Prinz Ludwig

unbescheiden genug, von Anwalds Herrn Principal
einen Appanage-Rückstand von
60000 fl. rhnl.
zu verlangen.

§. 16.

Es lag theils in der Dienerpflicht des Ministers von Kretschmann, theils in der Offenheit seines geraden Charakters, dem Herrn Prinz Ludwig den Grund und die Unfüglichkeit Dero Forderung vorzulegen, und Ihme zugleich zu eröffnen, daß Sie Ihre Appanage-Ansprüche, wenn Sie davon abzugehen nicht gemeinet wären, im Wege Rechtens an- und ausführen möchten.

§. 17.

Diese eben so pflichtmäßige als freimüthige Aeuse-
rung legte bei dem Hn. Prinz Ludwig den ersten Grund zur Unzufriedenheit über den Minister von Kretschmann; und als in der Folge gedachter Prinz mit mehreren anmaßlichen Anträgen zum Vorschein kam, welche von dem Minister ebenfalls als unfügig von der Hand gewiesen wurden; so ging Dero Abneigung gegen denselben in persönliche Feindschaft über.

§. 18.

Die Gelegenheiten hierzu waren folgende:

Hr. Prinz Ludwig machte dem Minister die Ansinnung, bei dem regierenden Herrn Herzog zu bewürken, daß Er im Ministerio mit arbeiten könne, und ihm die Direction der Landespolizey ausschliesslich übertragen werden möchte.

Gegen diesen ganz unerwarteten und auf eine Art von Mitregierung abzielenden Antrag, suchte der Minister von Kretschmann dem Hn. Prinzen, mit möglichster Achtung, begreiflich zu machen, daß Derselbe

die, zu Staatsgeschäften von der Art erforderlichen Kenntnisse nicht besitze, und daß die Direction der Landespolicey, als ein vorzüglich wichtiger Gegenstand der Regierung, um so weniger in die Hände eines appanagierten Herrn gegeben werden könne, weil dadurch die S. Hausverfassung und die S. Coburgische Primogeniturconstitution verletzt werden würde.

§. 19.

Diese Zurechtweisung war den Pflichten des Ministers von Kretschmann, als ersten Dieners des Staats, ganz angemessen.

Er nahm dabei auf das Primogeniturgesetz Rücksicht, welches ausdrücklich verlangt:

daß die appanagierten Prinzen sich durch Fleiß, tugendhafte und Fürsten anständige Aufführung dergestalt qualificiren, damit sie durch ihre Verdienste zu ihren eigenen, und des Fürstl. Hauses Ruhm, Besten und Aufnehmen, zu hohen Ehrenstellen, und gewünschter Gelegenheit, Gott, dem Vaterland, und hohen Häuptern zu dienen, gelangen, nicht aber durch widriges Bezeigen sich in den Stand setzen mögen, ihre besten Jahre zu Haus im Müßiggange zubringen zu müssen.

Beilage Nr. VI. §. 6.

§. 20.

Durch diesen fehlgeschlagenen Versuch liefs sich dennoch Herr Prinz Ludwig nicht abhalten, auf einen andern Gegenstand der Mitregierung sein Absehen zu richten. Es machte nemlich Derselbe dem Minister von Kretschmann den Antrag, es dahin einzuleiten, daß ihm die Direction der Chausseen in den Coburg- und Saalfeldischen Landen übertragen, auch ihm

der Genuss der Geleits- und Chausseeinkünfte, gegen Entrichtung eines billigen Pachtquantums, überlassen werden möchte.

Beilage Nr. IX.

§. 21.

Der Minister von Kretschmann blieb aber auch bei diesem Antrag den Pflichten gegen den regierenden Herrn Herzog getreu. Er führte dem Hn. Prinz Ludwig zu Gemüthe, dass der Chausseebau zu dem Ressort der Landesregierung gehöre, und dass gegenwärtig, wo der Ertrag erst noch fixirt werden müsse, eine Verpachtung ganz ohnmöglich sey.

Beilage Nr. X.

§. 22.

Da es dem impetrantischen Hn. Prinz Ludwig durchaus nicht gelingen wollte, seine, auf eine Art von Mitregierung angelegten Plane durchzusetzen; da Dieselben auf Ihre ohnehin ganz unstatthafte Appanage-Forderung, durch die unerschütterliche Festigkeit des Ministers von Kretschmann nicht geltend machen konnten, so erreichte Dero Abneigung gegen denselben einen so hohen Grad, dass Er von der Zeit an keine Mittel unversucht liefs, ihn, als den ersten Diener des Staats, ganz von der Spitze der Geschäfte zu entfernen.

§. 23.

Zu Ausführung dieses Plans wufste Hr. Prinz Ludwig auch Dero Hn. Oncle, den mitimpetrantischen Hn. Prinzen Friedrich, in sein Interesse zu ziehen, und Denselben gegen das Gouvernement und besonders gegen den Minister von Kretschmann einzunehmen. Bei dieser Operation concurrirten mancherlei Verhält-

nisse, welche der Absicht des Hn. Prinz Ludwigs günstig waren, und welche Anwalds Herr Principal, zur Aufdeckung der geheimen Triebfedern, nicht mit Stillschweigen übergehen kann.

§. 24.

Der vormalige Landschaftsdirector von Köniz steht nemlich mit beiden Fürstl. Hn. Impetranten in sehr enger Freundschaftsverbinding. Es ist aber derselbe — wie aus dem an Ew. K. K. Majestät über die Landschaftl. Beschwerden erstatteten Berichte, sehr deutlich hervorgehet, ein declarirter Gegner des Ministers von Kretschmann, und hat sogar Namens der Landschaft — jedoch ohne deren Beistimmung — bei E. K. K. M. auf die Entfernung des gedachten Ministers angetragen.

Beilage Nr. XI.

§. 25.

Der Schwager des etc. von Köniz, Major von Speßhart, vertritt bei mitimpetrantischem Hn. Prinz Friedrich die Stelle eines Gesellschaftscavaliers, und ist ebenso, wie der von Köniz, ein Gegner des Ministers von Kretschmann. Gedachter Herr Prinz war also beständig mit Feinden des Ministers umgeben, die eine jede Gelegenheit zu benutzen wußten, Demselben die Handlungen und den Charakter dieses Mannes im gehässigsten Lichte darzustellen.

Nur feste Grundsätze, Scharfsinn und tiefe Menschenkenntniß konnten den Eindruck dergleichen Verläumdungen hemmen; aber nicht die Gutmüthigkeit dieses Prinzen, dessen an sich vortrefliche Denkart den Scheingründen und täuschenden Vorspiegelungen nicht zu widerstehen vermochte, mit welchen Derselbe vom mitimpetrantischen Prinz Ludwig, von

dem Landschaftsdirector von Köniz und dessen Schwager, dem Major von Spelshart, unterhalten wurde.

§. 26.

Bei dem Zusammenfluß dieser Umstände war es daher wohl kein Wunder, daß auch mitimpetrantischer Hr. Prinz Friedrich nach und nach zu ungleichen Gesinnungen gegen die Person des Ministers von Kretschmann und gegen die Rechtlichkeit seiner Staatsverwaltung verleitet wurde. Für den Herrn Prinz Ludwig war diese Stimmung seines Hn. Oncles ein desto größerer Gewinn, weil letzterer bei der Coburgs. Bürgerschaft in einem gewissen Ansehen stand, welches Hr. Prinz Ludwig in der Folge, zur Ausführung seines, auf die Entfernung des Ministers angelegten, Plans, zu benutzen suchte.

§. 27.

Die bald nachher, während der Organisation der Coburg-Saalfeld's. Lande, entstandenen Bürgerunruhen, eröffneten dem mitimpetrantischen Hn. Prinz Ludwig eine erwünschte Gelegenheit, seinen Haß gegen den Minister zu bethätigen, und dabei vorzüglich dahin mitzuwirken, um denselben vom Gouvernement zu verdrängen. Anwalds Hr. Principal findet für nöthig, E. K. K. M. diese Catastrophe, in Hinsicht auf denjenigen Antheil, den die beiden impetrantischen Hn. Prinzen daran gehabt haben, im folgenden Abschnitt allerehrerbietigst darzustellen.

Dritter Abschnitt.

Von den Widersetzlichkeiten der Coburgs. Bürger gegen die Anordnung des Gouvernements, in Hinsicht des Anthells, den die beiden Hrn. Prinzen Friedrich und Ludwig an diesen Unruhen genommen haben.

§. 28.

Nicht leicht hat in neuern Zeiten eine Staatsorganisation in Deutschland mit größern Widerspenstigkeiten zu kämpfen gehabt, als die in der Residenzstadt Coburg. Dafs der rasche Uebergang vom Zustande der Verwirrung in den Zustand der Ordnung manche Mißbräuche aufdeckte, und manche Verhältnisse berührte, welche nur im Zustande der Unordnung ihr Interesse fanden; — dafs dieser grofse Schritt Mißvergnügte aller Art erzeugte; dafs ein gröfser Theil der Coburgs. Bürger und Landstände alle und jede nützliche Anstalt verkannte, welche der Hr. Herzog zur Herstellung der Ordnung geltend zu machen suchte; — diefs alles liefs sich zwar erwarten: aber, leider! artete diese vorhergesehene Unzufriedenheit in eine Bürger-Unruhe aus, die jedoch nur den Sturz des Ministers v. Kretschmann zum Zweck hatte.

Ja es gelang sogar den Mißvergnügten, auch die zwei appanagirten Hn. Prinzen dabei in ihr Intresse zu ziehen; und von nun an trat zwischen Denenselben und dem Gouvernement, eine eben so schädliche als folgenreiche Spannung ein, welche selbst auf die Staatsverwaltung einen nachtheiligen Einfluß hatte.

§. 29.

Als nemlich der regierende Herr Herzog zu S. Coburg unter andern auch zur Vervollkommung der getroffenen Policeeinrichtung für nöthig fanden, die Häuser der Residenzstadt Coburg numeriren zu lassen, glaubte ein Theil der irre geleiteten Bürgerschaft, in dieser Policeianstalt eine verborgene Absicht zu neuen Auflagen zu entdecken.

In diesem Irrwahn nahmen sie, wiewohl ganz ungebührlicher Weise, ihre Zuflucht zu Hrn. Impetranten, den beiden appanagirten Hrn. Prinzen, gleichsam als ob diesen Herren ein Mitregierungsrecht und ein wirksamer Einfluß auf das Gouvernement zuständig wäre.

§. 30.

Für Hn. Prinz Ludwigen war das Mißvergnügen der einzeln Bürger eine sehr günstige Gelegenheit, dem Minister von Kretschmann, Dero Unwillen über die mißlungene Theilnahme an Regierungsgeschäften (§. 18. — 22.) fühlbar zu machen. In Verbindung mit Dero Hn. Oncle, dem mitimpetrantischen Hn. Prinz Friedrich, gestatteten beide Fürstl. Hn. Stammvettern den Urhebern der unruhigen Bürgerschaft zum öftern Zutritt, und gaben ihnen die Versicherung, sich bei dem regierenden Herrn Herzog für ihre Beschwerden gegen den Minister zu verwenden.

§. 31.

Ein Benehmen von der Art mußte natürlicher Weise für den Staat die gefahrvollsten Folgen hervorbringen; indem dadurch die Widerspenstigkeit der gereizten Bürger nur noch mehr bestärket wurde.

Geblendet durch den freien Zutritt bei zwei Fürstl. Prinzen vom Hause, denen die unwissende Bürgerschaft eine Mitwirkung in Regierungssachen zuzueignen wähnte, wurden ihre Anführer mehr und mehr zur Beharrlichkeit in ihrem Ungehorsam angefeuert, und sie erlaubten sich nunmehr ohngescheut mit so drohenden Aeufserungen aufzutreten, daß der regierende Herr Herzog, bei dem Bewußtseyn der Rechtlichkeit Dero Anstalten, bewogen wurde, die ernsthaftesten Vorkehrungen gegen die ungehorsamen Bürger zu treffen.

§. 32.

Die Ursachen dieser höchst unangenehmen Auftritte lagen keinesweges in dem, vom Gouvernement angeordneten, Numeriren der Häuser und in andern — überall für zweckmäfsig anerkannten Policeianstalten; sie lagen vielmehr einzig und allein in dem unvorsichtigen Benehmen der beiden appanagirten Hrn. Prinzen, in deren freundlichen und herablassenden Aeufserungen die unruhige Bürgerschaft eine bedeutende Stütze gegen die neuen Anordnungen des Gouvernements zu finden glaubten.

§. 33.

Impetrantischen Hrn. Prinzen konnte nicht unbekannt seyn, daß Sie, als appanagirte Herren sich durchaus nicht in Regierungsangelegenheiten mischen durften, und daß Sie keinesweges befugt waren, den widersetzlichen Bürgern, im Laufe des Organisations-

geschäftes, einiges Gehör zu geben, noch weniger ihnen über ihre vermeintlichen Beschwerden eine Rücksprache mit dem regierenden Herrn zuzusichern und solchergestalt einen Einfluss auf die Regierung zu affectiren.

Hätten also beide Hrn. Prinzen den mißvergnügten Bürgern, bei deren Zudringlichkeiten, begreiflich gemacht, daß appanagirten Herren, als Privatpersonen, in Regierungsangelegenheiten keine Stimme zustehe, — wäre es Ihnen, als Anverwandten des Fürstl. Hauses, um die Ruhe desselben und um die Herstellung guter Ordnung zu thun gewesen — hätten Sie zu dem Ende die mißvergnügten Bürger mit ihren Beschwerden geradezu von der Hand gewiesen, und ihnen, zum Nachtheil des Gouvernements, kein geneigtes Gehör gestattet; so würde die Bürgerschaft sich gewiß nicht der strafbaren Widersetzlichkeit schuldig gemacht haben, welche impetratischen Herrn Herzog in die unangenehme Nothwendigkeit versetzte, den Herrn Churfürsten zu Sachsen, als kreisausschreibenden Fürsten, um Abschickung einiger Manutenenz-Truppen zu requiriren.

Beilage Nr. XII.

§. 34.

Diejenigen Pflichten, die jeder Staatsbürger zu Verhütung eines Schadens oder zu Abwendung einer drohenden Gefahr zu beobachten hat, sind also von impetrantischen Hrn. Prinzen ganz verletzt worden; Sie haben sogar, durch Ihre, gegen die unruhige Bürgerschaft bethätigte Willfährigkeit, die Unzufriedenheit derselben begünstiget und sich dadurch eine indirecte Theilnahme an dem Ungehorsam und an dem strafbaren Benehmen der Bürger zu Schulden gebracht.

§. 35.

Mit den Einmischungen, deren sich impetrantische Hrn. Prinzen in Regierungssachen angemafset haben, stehet zugleich der persönliche Haß, den Sie auf den Minister von Kretschmann geworfen hatten, in der genauesten Verbindung. Es entwickelt sich derselbe besonders aus der Handlungsweise des Hn. Prinz Ludwigs, welcher sich bei den Bürgerunruhen am geschäftigsten bezeugte und sie zur Entfernung des Ministers zu benutzen suchte,

§. 36.

In dieser Absicht war mitimpetrantischer Hr. Prinz Ludwig bemühet, dem regierenden Hn. Herzog die drohende Gefahr einer bevorstehenden Unruhe weit größer vorzubilden, als sie wirklich war. Unter dem Vorwand, Dero mißlichen Gesundheitsumstände zu schonen, verfügte sich gedachter Hr. Prinz mit dem Leibarzt Dr. Scheler zu impetratischem Herrn Herzog und eröffnete Demselben:

„Dafs die Gefahr sehr groß und ein mächtiger Schlag sehr nahe sey, dafs man Ihn deshalb benachrichtigen müsse, und dafs diese Unzufriedenheit des Landes und der Stadt allein in der Verwaltung des Ministers von Kretschmann ihren Grund habe; —

Dafs man in der Stadt und auf dem Lande dem Minister von Kretschmann vieles zur Last lege; —

Dafs sie den Minister als einen wortbrüchigen Mann nicht mehr achten könnten; —

Dafs sie schlechterdings vor des Herrn Herzogs Durchlaucht gelassen seyn wollten, und auf den Fall, wenn sie dieß nicht erlangen könnten, sich

in Menge unter Dero Fenster versammeln und um Abhülfe und mehrere Einsicht in die ihnen bedenklich scheinenden zu willkührlichen Einrichtungen des Ministers bitten wollten; —

Dafs man sie hiervon nur mit Mühe habe abhalten können; —

Dafs eine allgemeine Erbitterung gegen den Minister zu verspüren sey;

Dafs das Schrecklichste für den Herzog und für das Land, ein *nicht gehandeter* Schlag, der den Herzog, in vielleicht weniger als einer Stunde, höchst nachtheilig überraschen werde, bevorstehe, daher es nothwendig sey, den Herzog von der nahen Gefahr zu unterrichten.“

Beilage Nr. XIII.

Alle diese äusserst schreckhaften Vorbildungen, mit welchen mitimpetrantischer Prinz Ludwig seinen Herrn Bruder, den regierenden Herrn Herzog, überraschen wollte, waren aber durchaus falsch und ungegründet; und es erhellet aus den in der

Beilage Nr. XIV.

befindlichen und von der Untersuchungs-Commission ausgestellten gerichtlichen Zeugnissen, dafs von allen diesen gefahrvollen Umständen in den Acten nichts vorgekommen sey, dafs die Coburgischen Unterthanen auf dem platten Lande, ob sie gleich dazu aufgefordert worden, an den vorgefallenen Unruhen in der Stadt keinen Antheil genommen haben; dafs die Erbitterung gegen den Minister von Kretschmann nicht allgemein gewesen, dafs von einer Zusammenrottirung der Bürger vor den Fenstern des Herrn Herzogs nichts bekannt geworden, und dafs selbst

ein großer Theil der Bürger an den Widersetzlichkeiten ihrer Mitbürger gar keinen Antheil gehabt haben.

§. 38.

Aus dem offenbar ungegründeten Vorgeben des Hn. Prinz Ludwigs gehet daher sehr deutlich hervor, daß Sie die Absicht gehabt haben, durch dergleichen falsche Vorspiegelungen einer allgemeinen Unzufriedenheit der Bürger über den Minister von Kretschmann, und durch die erdichtete Darstellung der schrecklichsten Auftritte, den regierenden Herrn Herzog außer Fassung zu bringen und Demselben eine übereilte Entfernung Dero Ministers gleichsam abzudringen.

Daß dieß ein Hauptzweck war, nach dessen Erreichung Hr. Prinz Ludwig hinwirkte, beweiset Dero nachheriges Schreiben vom 3ten Junii 1804, in welchem Derselbe ausdrücklich äußert:

„Daß er Sich und dem ganzen Lande, durch die Reichsgerichte, vor dem Minist. von Kretschmann Ruhe verschaffen müßte, weil derselbe die einzige Ursache alles Uebels in der Familie und im Lande sey, und unter welchem kein rechtschaffener Mann dienen könne etc.“

Beilage Nr. XV.

§. 39.

Indessen blieb der regierende Herr Herzog Ihnen, auf Recht und Billigkeit ruhenden Grundsätzen getreu, ohne nur irgend die Vorspiegelungen Dero Hn. Bruders zu berücksichtigen.

Dieselben gingen mit der großmüthigsten Schonung gegen die irregeleitete Bürgerschaft zu Werke, und suchten derselben in einem eignen Patente vom 23. Febr. 1803. die Zweckmäßigkeit und Rechtlichkeit

derjenigen Anordnungen begreiflich zu machen, welche Sie seit dem Antritt Dero Regierung zu treffen bewogen worden.

Beilage Nr. XVI.

§. 40.

Auch war es den Einsichten des Herrn Herzogs nicht entgangen, daß die beiden appanagirten Hrn. Prinzen, eben so wie mehrere Bürger, gegen den Minister von Kretschmann aufgebracht waren, und die Rechtlichkeit seiner Handlungen verkannten.

So wenig auch Dieselben, als regierender Herr, verbunden waren, diesen zwei Hrn. Prinzen über die neuen Einrichtungen des Staats- und Finanzwesens einige Rechenschaft zu geben, und so wenig sich der Minister von Kretschmann verpflichtet fühlte, die beiden appanagirten Hrn. Prinzen von der Rechtlichkeit seiner Staatsverwaltung zu überzeugen; so fanden Sich dennoch impetratischer Herr Herzog aus eben so freundschaftlichen als großmüthigen Gesinnungen, und auf dringendes Verlangen des Ministers von Kretschmann bewogen, den beiden Hrn. Prinzen durch Vorlegung der Administrationsprincipien ein ungünstiges Vorurtheil zu benehmen, welches Sie, aus Mangel hinlänglicher Kenntnisse, gegen das Gouvernement gefaßt hatten.

§. 41.

Dieß geschah in einer am 26. Febr. 1803 gehaltenen Conferenz. Der Minister von Kretschmann legte im Beiseyn des regierenden Hn. Herzogs und Dero Hn. Erbprinzen, den beiden appanagirten Hrn. Prinzen, auf der einen Seite die traurige Lage vor Augen, worinne er die politische Verfassung und die Finanzen der Coburg-Saalfeldisch. Lande bei seinem Dienstan-

tritt gefunden hatte. Auf der andern Seite hingegen zeigte der Minister den vortheilhaften Zustand, den diese Lande, während seiner Geschäftsführung, erlangt hatten.

Er bewies, durch Vorlegung der darauf Bezug habenden Documente, daß durch seine zweckmäßige Leitung des Finanzwesens, die großväterl. und väterl. Schulden in der kurzen Zeit von 2 Jahren um eine sehr große Summe vermindert, dauernde Fonds für die Abtragung der noch übrigen Schulden ausgemittelt, beträchtliche Summen auf Emporhebung gemeinnütziger Anstalten und zur Verbesserung des gemeinen Wohlstandes verwendet und überall die glücklichsten Aussichten für die Zukunft verbreitet worden.

§. 42.

Von allen diesen, diplomatisch nachgewiesenen, Verdiensten des Ministers von Kretschmann fanden sich impetrantische Hrn. Prinzen, Friedrich und Ludwig, so vollständig überzeugt, daß Sie nicht das mindeste Bedenken haben konnten, seiner Staats- und Finanzverwaltung volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihm in einem deshalb geführten und von sämtlich anwesend gewesenen Fürstl. Personen unterzeichneten Protocoll Ihren ganzen Beifall zuzusichern.

Beilage Nr. I.

§. 43.

Mitimpetrantischer Herr Prinz Friedrich, welchem der Minister von Kretschmann die damalen gefertigten General- und Special-Etats noch besonders zur nähern Einsicht mitgetheilt hatte, gab demselben in sehr schmeichelhaften Aeußerungen zu erkennen:

Daß Sie daraus ansehen hätten, welche wichtigen Dienste der Minister durch die Vermeh-

— rung der Landeseinkünfte dem regierenden Herrn Herzog und dem Fürstl. Hause und Lande geleistet habe; — Er wünsche dem Herrn Herzog von ganzem Herzen Glück dazu, einen Mann gefunden zu haben, der in so kurzer Zeit so viel gutes leisten könne etc.

Beilage Nr. II.

§. 44.

Die Ueberzeugung, welche die Fürstl. Hrn. Agnaten von der Rechtlichkeit des Gouvernements und von der Rechtschaffenheit des Ministers erlangt hatten, brachten Dieselben in so fern in Verlegenheit, weil Sie den unzufriedenen Aeufserungen der Bürgerschaft Gehör gegeben und ihr zur Entfernung des Ministers von Kretschmann Hoffnung gemacht hatten.

Um sich also, bei der jetzt veränderten Lage der Dinge, nicht bei den übelgesinnten Bürgern zu compromittiren, gestattete impetratischer Hr. Herzog den beiden Hrn. Prinzen, die Urheber der Bürgerunruhen zu sich zu rufen, und ihnen die vortheilhaften Resultate zu eröffnen, welche sie in der Conferenz über die Staatsverwaltung mit dem regierenden Hn. Herzog gehalten hatten. (§. 41.)

§. 45.

Bei dieser Gelegenheit hielt mitimpetrantischer Hr. Prinz Ludwig für sich und im Namen Dero Hn. Oncles an die Bürger eine förmliche Rede, in welcher die Erlaubniss, die Ihm der regierende Herr Herzog zur Beruhigung der Bürger gegeben hatte, sehr nachtheilig gemißbraucht wurde.

Es ist der Mühe werth, daß der Anwald des Hn. Herzogs zu S. Coburg, aus dieser — obgleich etwas verworrenen — Rede

Beilage Nr. XVII.

diejenigen Stellen aushebe, welche auf Einmischung in die Regierung und auf Theilnahme an den Bürgerunruhen Bezug haben.

§. 46.

Gleich im Anfange der Rede heisst es:

„Der scheinbare Verdacht, so ihr gegen die Handlungen des dirigirenden Ministers — als welchen wir, da wir so wenig als ihr im Stande waren, durchzuschauen, mit Euch theilten, hat Euch verleitet etc. mehrere Punkte zu Protocoll zu geben, ohngeachtet wir Euch mehrmalen abmahnten — aber ihr habt nicht gefolgt etc.“

Im Verfolg dieser Rede sagt Hr. Prinz Ludwig

„Wir müssen Euch vor allen Dingen sagen, dass Euer Benehmen, als gegen unsern gut gemeinten Rath und Verwarnung als ein Eigensinn erscheint, welcher ganz nicht dem Vertrauen so wir in Euch setzten, noch weniger dem Vertrauen zu Uns, dessen Wir Uns von Euch schmeichelten, nun im mindesten entspricht etc.“

§. 47.

Schon in diesen Phrasen halten Eingriffe in Regierungsangelegenheiten, Theilnahme an den Bürgerunruhen und wechselseitiges Vertrauen zwischen den unzufriedenen Bürgern und den beiden Hrn. Prinzen gleichen Schritt.

Was aber die Theilnahme in volle Gewissheit setzt, ist dieses, dass Hrn. Impetranten, nachdem Sie den anwesenden Bürgern die, aus der gehaltenen Conference erlangte, Ueberzeugung von der Rechtlichkeit

der Staatsverwaltung, eröffnet hatten, folgende Aeufserung hinzufügten:

„Glaubt uns ja nicht als gewonnen — oder zur *Gegenpartie* übergegangen, auch bestehet dergleichen gar nicht — vorzüglich befreiet mich“ (hier spricht Hr. Prinz Ludwig bloß in Seinem Namen) „von diesem Verdacht, als hätte ich Eure Angelegenheiten verlassen.

§. 48.

Diese äußerst auffallende Stelle beweiset nun ganz unwiderlegbar, daß impetrantische Hrn. Prinzen, wie diesseits bereits oben (§. 30. ff.) behauptet worden, an der unruhigen Stimmung der Bürger Theil genommen und ihre *Partie* gegen das Ministerium ergriffen hatten. Denn Hr. Prinz Ludwig nennet hier ausdrücklich die Partei des Ministers eine *Gegenpartei* der Bürger; Er versichert, daß Er und Sein Hr. Onkel nicht dahin übergegangen wären, mithin noch eben so wie zuvor zur Partei der widerspenstigen Bürger halten würden; Er suchet den Bürgern den Verdacht zu benehmen, als ob Er ihre Angelegenheiten verlassen habe.

§. 49.

Die letzte Aeufserung bezeichnet auf Seiten des Hn. Prinz Ludwigs eine, für die Ruhe des Staats nachtheilige Absicht, die fortdauernde Gährung der übel gesinnten Bürger nicht ganz zu unterdrücken, sondern letztere noch immer mit der Hoffnung hinzuhalten, sie gegen die Anstalten des Gouvernements in Schutz zu nehmen.

Denn einen andern Sinn als diesen, kann man wohl der Versicherung!

„die Angelegenheiten unruhiger Bürger nicht verlassen zu wollen“

nicht beilegen; sie ist aber auch um so auffallender, weil nicht nur durch das vom regierenden Herrn Herzog am 23. Febr. 1803. erlassene Proclama, Dero gerechte und wohlthätige Absichten der Bürgerschaft öffentlich dargelegt, (§. 39.) sondern auch die Handlungen des Ministers von Kretschmann durch ein Patent vom 13. März 1803 vollkommen gerechtfertiget waren.

Beilage Nr. XVIII.

§. 50.

Anwalds Herr Principal war als Landesherr und nach der Verfassung des Hauses Sachsen (§. 137 ff.) vollkommen berechtigt, gegen Dero Hn. Bruder, den Prinzen Ludwig, wegen dessen erwiesenen Antheil an den Bürgerunruhen mit den ernsthaftesten Maafsregeln vorzuschreiten.

Aber die Großmuth des Herrn Herzogs liefs es dormalen nur dabei bewenden, dafs Dieselben dem impetrantischen Hn. Prinzen über dessen anmafsliches und zweideutiges Benehmen Dero gerechtes Mißfallen auf das nachdrücklichste zu erkennen gaben.

Beilage Nr. XIX.

Hier erklärte der regierende Hr. Herzog, dafs die ganze böse Sache das nicht geworden wäre, wenn der Hr. Prinz Ludwig sein Verhältnifs zu dem Lande, zu den Gesetzen und zu dem Regenten nicht verkannt hätte; — wenn Er die Bürger gleich von sich ab- und auf den Weg der Ordnung gewiesen — und wenn er nicht, wie Er in seinem Aufruf (Beil. XVII) selbst be-

kennet, mit den widerspenstigen Unterthanen Partei ergriffen hätte.

§. 51.

Auch der Minister von Kretschmann führte dem Hn. Prinz Ludwig die wahrheitswidrigen Vergrößerungen zu Gemüthe, die Derselbe dem regierenden Hn. Herzog, in Absicht auf den gefährlichen Ausbruch der Bürgerunruhen, vorgespiegelt hatte (§. 36.). Er äußerte zugleich gegen den Hn. Prinzen, mit geziemender Bescheidenheit, daß Derselbe an der unruhigen Stimmung der Bürger keinen gesetzwidrigen Antheil hätten nehmen sollen.

§. 52.

Obgleich dieser gesetzwidrige Antheil bis zur Evidenz erwiesen ist (§. 46-48), und ob es gleich in den Dienerpflichten des Ministers lag, einen appanagierten Prinzen die Gesetzwidrigkeit einer Handlung begreiflich zu machen, wodurch die Ruhe des regierenden Hauses und des Staats so offenbar gestöhret worden; so empfand dennoch Hr. Prinz Ludwig die Zurechtweisung des Ministers so übel, daß Sich Dieselben berechtigt zu seyn glaubten, deshalb gegen ihn bei E. K. K. M. hochpreisl. Cammergerichte eine Difamationsklage zu erheben, und auf Beweis der Demselben beigemessenen Theilnahme an den Bürgerunruhen, in Unterbleibung dessen aber auf rechtliche Genugthuung anzutragen.

Beilage Nr. XX.

Da der verlangte Beweis von dem Minister von Kretschmann bereits vollständig geführt worden, so wird sich dadurch die geforderte Genugthuung von selbst erledigen.

§. 53.

Anwalds Herr Principal muß bei dieser Gelegenheit — wiewohl höchst ungern — ein, von Prinz Ludwigen, an Dieselben am 3. Jun. 1804. erlassenes Schreiben, zu E. K. K. M. allerhöchsten Kenntniß bringen, welches auf jeder Seite von Seinen unbefugten Einmischungen in Regierungssachen, — von Seinem unberufenen Tadel des Gouvernements, und von Seinem Hasse gegen den Minister von Kretschmann unverkennbare Beweise liefert.

Gedachter Hr. Prinz spricht in diesem Schreiben: von zu hochgespanntem Gefühle des Regierenden — von schreienden Ungerechtigkeiten und von Despotismus, wozu Sich der Herr Herzog verleiten lasse; — von ungerechten Machtsprüchen und Cabinets-Ordres; von einer Race fürstl. Diener, worunter wenig ehrliche befindlich wären; — Derselbe tadelt die Herzoglichen Befehle und das Verfahren, welches impetratischer Hr. Herzog gegen Dero Regierungs-Praesidium, wegen pflichtswidrig erstatteter Berichte, einzuschlagen genöthigt waren; Hr. Prinz Ludwig erlaubt Sich, dem Hn. Herzog zu sagen:

„Dafs Dieselben die beiden Präsidenten der Regierung, wegen eines pflichtmäßigen, aber vorgeblich pflichtwidrigen Benehmens gegen alle Billigkeit und Justizverfassung verabschiedet habe; — dafs diese heimliche widerrechtliche Cabinets-Justiz und Selbstsache eines Regenten, gegen Unbescholdete und Ungehörte entböhren müsse — dafs die Untersuchung der Staatsadministration einseitig, ohne

„allen Grund und Recht, ohne nöthi-
 „ge(?) Zuziehung der impetrantischen
 „Hrn. Prinzen, zu des Hn. Herzogs wahren
 „Despect vor aller Welt beendigt worden;“ Ande-
 rer eben so unziemlicher und arroganter Aeufse-
 rungen, womit dieses Schreiben angefüllet ist,
 nicht zu erwähnen.

Beilage Nr. XV.

§. 54.

Kein mitregierender Herr eines Landes würde zu entschuldigen seyn, wenn er sich so weit vergessen könnte, über gemeinschaftliche Regierungsangelegenheiten in solchen beleidigenden Ausdrücken an den andern Mitregenten zu schreiben: noch weit weniger aber ist es dem mitimpetrantischen Hn. Prinz Ludwig zu verzeihen, daß er, als *apanagiatus*, es hat wagen mögen, dem regierenden Hn. Herzog in dem vorhin angeführten Schreiben über Dero durchaus gerechtfertigten Verfügungen gleichsam zur Rede zu stellen, und sich einer Kritik über Regierungsangelegenheiten zu ermächtigen, worüber die *Apanagiati* zu urtheilen keinesweges berechtigt sind.

Anmaßungen von der Art gehören gewiß unter die unerhörtesten Beleidigungen und Regierungseingriffe, die je einem reichsständischen Fürsten von appanagierten und in seinem Lande privatisirenden Prinzen zugefüget werden konnten, und die kein regierender Herr, ohne seine reichsfürstl. Würde zu verletzen, mit Gleichgültigkeit zu ertragen vermag.

§. 55.

Dieses Benehmen des mitimpetrantischen Hn. Prinz Ludwigs ist der Pendant zu seiner Theilnahme an den Bürgerunruhen, wodurch Er die Entfernung

des Ministers von Kretschmann zu bewürken suchte. Damalen schlug sich Derselbe, wiewohl ohne seinen Zweck zu erreichen, zur Partei der unzufriednen Bürger (§. 46); und jetzo ergreift Hr. Prinz Ludwig die Partei der beiden Regierungs-Präsidenten, welche durch wahrheitswidrige Berichte und durch falsche Vorspiegelungen einer übeln Staatsverwaltung, den Minister von Kretschmann zu stürzen bemühet waren.

Es war also dem Hn. Prinzen bloß um den Sturz eines Mannes zu thun, welcher Dero ungerechten Forderungen, aus Dienerpflicht, widersprochen hatte (§. 16 - 22.).

§. 56.

Das ofterwähnte Schreiben des Hn. Prinzen wimmelt von Dero gehässigsten Gesinnungen gegen den Minister, und noch am Schlufs desselben liest man folgende Aeufserung.

„Kretschmann, der Himmel weiß, durch welche
„Macht, hemmt und schüttelt Deine Begriffe und
„Leidenschaften, wie ein Instrument, das nach
„dessen Willkühr in Schwung geräth. Er wider-
„steht Dir geradezu, beleidigt Dich sogar mehr-
„mahls gröblich, und dennoch bist Du nicht auf-
„gereizt gegen ihn, sondern es steigt solcher so-
„gar noch in Deiner Gunst. O! daß die Pein,
„die Du einmal leiden mußt, wenigstens durch
„die Wahrheit erregt würde! so aber hat etc.
„Kretschmann aus Dir alles gemacht, was
„er wollte, nicht durch die Macht der Wahr-
„heit, sondern durch fein geleitete Ueberredung
„und Umwege, Aufreizung aller mißbrauchten

„Gefühle, und Dich so zu Willkührlichkeiten,
„Groll und Haß verleitet.“

§. 57.

Aus den bisher vorgetragenen persönlichen Verhältnissen, zwischen den beiden impetrantischen Hrn. Prinzen und dem Minister von Kretschmann, entwickeln sich nun die leidenschaftlichen Triebfedern, welche die Hrn. Impetranten zu den beleidigenden Angriffen bestimmt haben, deren sie sich in der Folge auch auf die rechtmäßigsten Handlungen des Gouvernements erlaubten und wodurch Sie den Regentenrechten des Herrn Herzogs zu nahe getreten sind.

Dahin gehört nun vorzüglich ihre vermeintliche Protestation gegen die Aufnahme der Leipziger und Frankfurter Anleihe, welche der regierende Hr. Herzog zur Tilgung der großväterlichen und väterlichen Schulden zu negociiren genöthiget war. Die Wichtigkeit dieses Gegenstandes als eines — wiewohl ganz unstatthaften — Klaggrundes der Hrn. Impetranten, macht es nothwendig, daß der S. Coburg. Anwald der Beschaffenheit der Sache zwei besondere Abschnitte widme, um zuvörderst die seinem Hn. Principal, in Ansehung der Capitalien-Aufnahme, zuständige und verfassungsmäßige Befugniss ins Licht zu setzen.

Vierter Abschnitt.

Der regierende Herr Herzog zu S. Coburg ist, nach der Hausverfassung, berechtigt, zu Tilgung der altväterlichen Schulden, ohne Consens der appanagirten Prinzen, Anleihe zu contrahiren.

§. 58.

Nach dem wahren Geiste des teutschen Staatsrechts steht den Agnaten durchaus kein Mitregierungsrecht zu. So wenig sich die Regentenhandlungen in Reichs- und Kreisangelegenheiten, in der Gesetzgebung, in Organisation der Staatsbehörden u. d. m. an ihren Consens binden können, eben so wenig haben sie in der Staats-Finanzverwaltung eine Stimme.

§. 59.

Teutsche Territorien sind im eigentlichen Sinne des Wortes Staaten; und diese prävalirende Eigenschaft bringt selbst, rücksichtlich des Familieneigenthums der regierenden Fürstenhäuser, wesentliche, und den allgemeinen Rechtsprincipien conforme, Modificationen hervor. In der Anwendung auf Schulden teutscher regierender Fürsten führt dieses zu ihrer obersten Eintheilung in Staats- und Privatschulden.

§. 60.

Staatsschulden entstehen aus einem zweifachen Grunde; entweder 1) vermöge ihrer Verwendung zur wirklichen Staatsverwaltung nach dem Grundsatz der gesammten Rechtslehre von der *versio in rem*, oder 2) vermöge ihrer Entstehung, wenn sie nach der Staatsverfassung jedes Landes, unter Beiwirkung der hiezu berufenen Subjecte, contrahirt werden. In diese Classe gehören die Agnaten schlechterdings nicht, weil sie an der Landesregierung, als solcher, keinen Antheil haben.

Der Lüneviller Frieden von 1801. und der hierauf gebaute Reichsschluss von 1803. heben die Wahrheit dieser Sätze außer allem Zweifel.

Lünev. Friede Art. VIII. *La république française ne prend à sa charge, que les dettes résultantes des emprunts formellement consentis par les états des pays cédés ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays.*
Vergl. Deput. Schl. von 1803. §. 81.

§. 61.

Auf die Privatschulden wirkt das privatrechtliche Familienverhältniß, vermöge dessen nur jene, als Familienschulden, auf jeden Nachfolger eine Verbindlichkeit überwälzen, welche entweder 1) diese Eigenschaft durch ihre Verwendung, oder 2) durch ihre Entstehung erhielten. Nur im letzten Falle kann die Einwilligung der Agnaten für nothwendig erachtet werden; denn im ersten Falle sind sie schon *ipso jure*, ohne daß eine agnatische Willkühr daran etwas abändern kann, Familienschuld.

§. 62.

Unterstellt man nun den Fall, daß in einem Fürstl. Hause aus einem der beiden Gründe Familienschulden vorhanden sind, so würden sogar Veräußerungen des Familieneigenthums (der Kammergüter) als nothwendige Veräußerungen, eines agnatischen Consenses, nach einstimmiger Meinung aller Rechtslehrer, nicht bedürfen; um so weniger ist dieser Consens da nothwendig, wo mittelst einer zweckmäßigen Finanzoperation den unter viele Gläubiger zerstreuten Familienschulden ein großes Capital, verbunden mit einem bestimmten Tilgungsplane, substituiert wird, indem hier a) nur der Namen der Gläubiger sich verändert und b) der Familie keine neue Last aufgelegt wird.

Wenn nun ein regierender Fürst ohne agnatische Bewilligung Privatschulden contrahirt, so ist dieses Geschäft nicht unbedingt, sondern nur in so ferne unverbindlich, daß jene Agnaten und ihre Nachkommen, welche in diese Schulden nicht consentirt haben, diese Schulden zu übernehmen, nicht gezwungen werden können.

• §. 63.

Ganz in diesem Geist sprechen auch die Sächsischen Hausgesetze. Die gesammten Fürstl. Sächsischen Häuser der alt-gothaischen Linie haben in dem Gesetze von 1791. zwar §. 5, lit. c. verboten, neue Schulden zu contrahiren, sie haben aber denselben alle schon vorhandene Cammer- und Privatschulden entgegen gesetzt, und, ohne auf agnatische Einwilligung Rücksicht zu nehmen, verordnet:

Von den bei einem Collateralanfall in dem fürstl. sächsisch gothaischen Gesammthaus unbezahlt gebliebenen Cammer- und Privatschulden, sollen

von den fürstlichen Landes-Successoribus alle wahre Cammerschulden, welche von denen fürstlichen Vorfahren ererbt, bei den fürstlichen Cammern in Einnahme und Ausgabe gebracht und von solchen verzinset worden, übernommen, und nach eines jeden fürstlichen Herrn Interessenten Erbrata bezahlt und garantirt werden.

Beilage Nr. XXI.

§. 64.

Auch die Coburgische Primogeniturconstitution untersagt nur die Contrahirung neuer Schulden, nur diese bindet sie an den Consens der appanagirten Prinzen des Hauses, und nur mit dem Erfolge, daß

die Apanagiati, wenn ihrer einer zur Succession gelangt, zu Abtragung derer ohne ihren Consens gewürkten Schulden in keinerlei Weise verbunden seyn sollen.

Beilage Nr. VI. §. 9.

§. 65.

Noch bestimmter drückt sich hierüber das neueste Coburgische Hausgesetz von 1802. aus. Von der Regel, daß kein Regierungsnachfolger verbunden seyn solle, die Schulden seines Vorfahrers zu bezahlen, nimmt es §. 2. ausdrücklich aus:

- 1) Alle Cautionscapitalien.
- 2) Schulden, die wegen Ausstattung der Prinzessinnen contrahirt wurden.
- 3) Die Schulden, welche der dermal regierende Herzog als Erbprinz machen mußte.
- 4) Die Schulden seines Herrn Vaters.
- 5) Die Schulden seiner Frau Mutter.

- 6) Die Schulden, welche die neu errichtete Staats-Leihbank nach ihrer Organisation, und nach dem Verhältnisse ihres Fonds zu machen befugt ist.
- 7) Diejenigen Schulden, welche zur Verbesserung der Landeseinkünfte, wegen unverschuldeter Unglücksfälle, wegen Ankauf von Gütern, Errichtung gemeinnütziger Anstalten, Emporhebung der Landesindustrie und überhaupt zum Landesbesten gewirkt werden.
- 8) Eigentliche altväterliche Schulden, oder, welche zu Abtragung der bis jetzt vorhanden gewesenen alten Cammerschulden nothwendig waren.

Beilage Nr. XXII.

§. 66.

Vollzogen wurde dieses Hausgesetz von dem regierenden Hn. Herzog, von den beiden appanagierten Hrn. Prinzen und dem Hn. Erbprinzen; seine Gültigkeit wollen zwar die Herren Apanagiati aus dem Grunde bezweifeln, weil die kaiserliche Bestätigung desselben noch nicht erfolgt ist; allein niemand bestreitet wohl den Satz, dass zur Gültigkeit der Verträge eine Bestätigung nicht erfordert werde: eben so bekannt ist, dass bei einem jeden Vertrage die angehängte Clausel der nachzusuchenden höheren Bestätigung nur ein Sicherheitsmittel zur Bestärkung einer schon vorhandenen Verbindlichkeit bezwecke, keinesweges aber die unbedingte Verbindlichkeit des Consenses in eine bedingte verwandle.

§. 67.

Immerhin muss an eben diesem Hausgesetze die zweifache rechtliche Eigenschaft getrennt werden, in

welcher der Consens der appanagirten Hrn. Prinzen erscheint.

Von der einen Seite haben sie, als Familienglieder, in die Aufstellung fortdauernder Rechtsnormen consentirt, und in so ferne ist der vorliegende Vertrag eigentliches Hausgesetz. — Von der andern Seite haben sie verschiedene vorhandene fürstliche Privatschulden als Familienschulden (§. 65.) anerkannt, und das Familieneigenthum dafür als verpfändet erklärt, und in dieser Hinsicht schließet der Vertrag einen agnatischen Consens zur Schuldencontrahirung in sich.

§. 68.

Wie nun nach dem teutschen Fürstenrechte sowohl, als nach der Coburgischen Primogeniturconstitution von 1746. (*Beilage Nr. VI.*) zur Contrahirung von Familienschulden der agnatische Consens allein, ohne alle kaiserliche Confirmation, hinreicht, so läßt sich aus der noch nicht erfolgten kaiserlichen Bestätigung allenthalben kein Grund für die Unverbindlichkeit ihres Consenses in alle dort specificirte Schulden auffinden.

§. 69.

Hier stimmen dennoch die positiven Normen in dem Herzoglich Sachsen Coburgischen Hause mit den Grundsätzen des teutschen Staatsrechts genau überein, und es wird leicht, in der Anwendung auf die vorliegenden Differenzen ein richtiges Resultat über die oben aufgeworfenen Specialfragen zu finden.

§. 70.

Man würde sehr irren, wenn man die neue Aufnahme eines Kapitals mit einer neuen Schuld verwechselte.

So gewiß zur Contrahirung neuer Schulden der agnatische Consens erforderlich ist, damit bei dem künftigen Anfall die Apanagiati und ihre Descendenz solche Schulden übernehmen müssen; eben so gewiß ist die Wiederholung dieses Consenses unnöthig, wenn von bereits consentirten Schulden, und nur davon die Rede ist, ein Anlehn bei einem andern Gläubiger zur Tilgung der vorhandenen und consentirten Schulden aufzunehmen.

Hier wird die Familie mit einer neuen Last nicht belegt, hier ändert sich nur der Namen des Gläubigers, und die Appanagierten haben durch ihren Consens in die Schuld schon vorhin in den sehr zufälligen Namen jedes Gläubigers consentirt.

§. 71.

Wenn nun aus der vorgetragenen Geschichte erhellet, daß

- 1) die beiden appanagierten Hrn. Prinzen schon 1802 alle, bis zum Regierungsantritt des dermaligen Hn. Herzogs, vorhandene väterliche, mütterliche und eigene Privatschulden desselben, als Familienschulden, anerkannt haben;
- 2) daß es ihnen gleichgültig seyn müsse, welche Person der Creditor sey;
- 3) daß nach den Kräften des Coburgischen Fürstenthums eine schnelle Tilgung aller consentirten Schulden baare Unmöglichkeit, und
- 4) vielmehr die Aufnahme eines großen Capitals vom Ausland zur Schuldentilgung, wegen Erhaltung der inneren Circulation des baaren Geldes, eine, dem fürstlichen Hause zum zweckmäßigen Arrangement seiner Finanzen und dem

Lande zur Belebung der Industrie, nöthige Operation sey (§. 2.); wenn ferner

- 5) richtig ist, daß den beiden appanagirten Hrn. Prinzen der Betrag der Schulden vorgelegt wurde, und das negociirte Anlehn den Betrag der schon vorhandenen Schulden nicht übersteigt; wenn ferner
 - 6) Denselben unter öffentlichem Glauben der Beweis geliefert wurde, daß das neue Anlehen zur Tilgung *älterer* consentirter Schulden wirklich verwendet werde; so muß jedem Unbefangenen einleuchten, daß zur Aufnahme desselben eine wiederholte agnatische Einwilligung ganz unnöthig gewesen sey, und daß impetrantische Herren Prinzen vom regierenden Herrn Herzog mit Recht nicht verlangen konnten, Sie nochmalen um Ihren Consens in bereits consentirte Schulden zu ersuchen.
-

F ü n f t e r A b s c h n i t t .

Darstellung der gesetzwidrigen und beleidigenden Angriffe , deren sich die appanagirten Herren Prinzen, bei Gelegenheit der vom regierenden Herrn Herzog zu S. Coburg für zuträglich gefundenen Aufnahme einiger Capitalien, auf den Credit und auf die Ehre des fürstl. Hauses S. Coburg erlaubet haben.

§. 72.

Der Anwald des impetratischen Herrn Herzogs zu S. Coburg hat Ew. Kais. Königl. Maj. bereits oben (§. 2. f. f.) den traurigen Zustand geschildert, in welchem Dieselben bei Dero Regierungsantritt, die S. Coburg. Lande, in Hinsicht des Finanz - und Polizeiwesens angetroffen haben; — Er hat Ew. etc. das nie zu rechtfertigende Benehmen allerehrerbietigst vorgelegt, dessen sich impetrantische Herren Prinzen bei der Organisation der S. Coburg. Lande sowohl gegen den regierenden Herrn Herzog, als Dero Minister von Kretschmann, schuldig gemacht haben; Er hat Ew. etc. die leidenschaftlichen Triebfedern unterthänigst eröffnet, wodurch der Gegentheil zu so manchen gesetzwidrigen Vorsritten und Einmischung in Regierungssachen verleitet worden;

(§. 30 — 49.) Er hat endlich Euer etc. die gesetz- und verfassungsmässigen Verhältnisse bezeichnet, welche zwischen einem regierenden Herrn zu S. Coburg und den dortigen appanagirten Prinzen, in Ansehung der Aufnahme nöthiger Capitalien statt finden (§. 55 — 70.),

§. 73.

Es war nöthig, diese Gegenstände voran gehen zu lassen, weil sie nicht nur in die Hauptsache selbst einen wesentlichen Einfluss haben, sondern auch die Unrechtmässigkeit der gegenseitigen Handlungen in ihrem vollen Lichte blofs stellen.

Anwalds Hr. Principal gehet daher zu den Ursachen über, welche Ihn bewogen haben, auf Contrahirung einiger Anlehen Bedacht zu nehmen, wodurch die Ehre Dero Durchlauchtigster Vorfahren und der Credit des Landes erhalten werden könne.

§. 74.

Unter der Regierung der Durchlachtigsten Voreltern des jetzt regierenden Hn. Herzogs, waren sehr beträchtliche Schulden gewürket worden, welche sich mit den Schulden des Hn. Principals bei Dero Regierungsantritt noch auf eine Summe von mehr als
1200,000 fl. rhl.

beliefen

*Beilage Nr. XXIII. *)*

und weswegen Euer etc. seit dem Jahre 1771, eine Debitcommission anzuordnen, allergnädigst geruhet hatten.

§. 75.

Um diese traurigen Verhältnisse zu mildern, trafen Anwalds Hr. Principal die Verfügung, dafs ein Theil

*) S. den besonders gedruckten Finanzzustand von Coburg.

dieser Schulden bezahlt und dadurch die allerhöchste Debitcommission aufgehoben werden möchte. Dieselben waren so glücklich, diesen Zweck theils durch eigene Ersparniss, theils durch Aufnahme einzelner Capitalien zu erreichen, und eine grofse Summe altväterliche Schulden abzutragen.

Beilage Nr. XXIV. a.

§. 76.

Da die zu dieser Schuldentilgung erborgten Capitalien nur auf 2 Jahre contrahirt waren, und da die beträchtlichen Ausgaben, welche impetratischer Hr. Herzog auf die Verbesserung gemeinnütziger Landesanstalten zu verwenden hatte, nicht gestatteten, diese Anlehne von den Ueberschüssen der Revenüen abzutragen; so sahen sich Dieselben bewogen, Dero Landesregierung über die Heimzahlung obiger Anlehne mit gutachtlichem Berichte zu vernehmen.

Beilage Nr. XXIV. b.

Letztere brachte hierauf mit Berücksichtigung des Hausgesetzes von 1802 die Negociirung eines ausländischen Anlehns in Vorschlag und verbreitete sich in ihrem Berichte theils über die Zweckmäßigkeit desselben, theils über die Bedingnisse, welche dabei einzugehen seyn möchten.

Beilage Nr. XXV. a.

Anwalds Herr Principal fand kein Bedenken, den Antrag Dero Regierung zu genehmigen, und so geschah es denn, dafs im Monat Nov. 1803 durch den Chursächs. Hofrath Schreiber zu Leipzig ein Capital von 200 M. Rthlr. negociiret und die hierüber auszustellenden Schulddocumente — nach vorgängiger dem

Hausgesetz gemäßen Prüfung, dahin legalisirt wurden, daß dieses Anlehn zur Bezahlung der ältern vorhandenen Cammerschulden sowohl als zum allgemeinen Besten des Landes verwendet worden.

Beilage Nr. XXV. b.

§. 77.

Bei dieser Vorsicht und Gewissenhaftigkeit, mit welcher die Herzogl. Landesregierung, in Hinsicht auf das Hausgesetz, dabei zu Werke ging, war von Seiten der Hrn. Prinzen um so weniger ein Widerspruch zu erwarten, weil jenes Anlehn ganz zur Tilgung der alten Cammerschulden bestimmt war, welche die Hrn. Prinzen in dem erwähnten Hausgesetze von 1802 unumwunden anerkannt hatten, und weil in eben diesem Hausgesetze die Hrn. Prinzen der Landesregierung die Legalisirung der Anlehne ohne ihre Beschränkung lediglich überlassen hatten.

Aber dennoch waren Hrn. Impetranten zur Kränkung des Hn. Herzogs bemühet, die Realisirung dieses gesetzmäßigen und von der Landesregierung legalisirten Anlehns, durch allerhand Machinationen zu vereiteln und dem Fürstl. Hause die Vortheile zu rauben, die demselben bei diesem Geschäfte zufließen konnten. Denn, kaum hatte der Negociant dieses Anlehns gesuch nebst der darauf Bezug habenden Legalisirung der S. Cöburgischen Landesregierung öffentlich bekannt gemacht, als die appanagirten Hrn. Prinzen sich erlaubten, diese Geldaufnahme in einem an den regierenden Hn. Herzog am 29. Jan. 1804 erlassenen Schreiben für Constitutions- und Hausverfassungswidrig zu erklären und damit den auffallenden und in die Regierungsrechte des Hn. Herzogs eingreifenden Antrag zu verbinden:

dafs Sie Ihre Zustimmung zu diesem Anlehn (die jedoch erwiesenermafsen [§. 68—70] gar nicht erforderlich war) nur unter der Voraussetzung geben könnten, wenn zuvörderst der Zustand der Fürstl. Cammer-Finanzen auf eine gründliche Art recherchirt, hierzu eine *Ihnen convenirende* Deputation angeordnet, und selbige auf eine gemeinschaftlich zu verabfassende Instruction zu diesem Geschäfte besonders vereidet worden.

Beilage Nr. XXVI.

§. 78.

Ueber diese ausgezeichnete Zudringlichkeit gaben Anwands Hr. Principal Dero Befremden den beiden appanagirten Hrn. Prinzen mit einer Ihnen ganz eignen Mäfsigung zu erkennen. Sie eröffneten Denselben, dafs das Leipziger Anlehn zur Tilgung altfürstlicher Schulden, die noch vor der Primogeniturconstitution gewürket worden, verwendet werde — dafs daher jenes Hausgesetz von 1746 dermalen um so weniger anwendbar sey, weil darinnen nur von Contrahirung neuer Schulden, aber nicht von solchen die Rede sey, die der Primogenitus in der Absicht machen müsse, um damit die altväterlichen Schulden zu tilgen; — Impetratischer Hr. Herzog führten die Hrn. Prinzen auf Ihre schuldige Erfüllung des von Ihnen Selbst mit vollzogenen Hausgesetzes vom J. 1802 zurück, vermöge dessen Sie alle damaligen ältern und neuern Schulden anerkannt hatten, mithin eine wiederholte Einwilligung der Hrn. Prinzen zur Aufnahme eines Capitals, mit welchem jene Schulden abgetragen werden sollten, um so weniger erforderlich sey, weil die

Zweckmäßigkeit des Anlehns nach Vorschrift des Hausgesetzes vom J. 1802 von der Landesregierung bekräftiget worden,

Beilage Nr. XXVII.

und die Hrn. Prinzen in eben diesem Hausgesetze selbst zugestanden hatten, daß der Regierungsnachfolger die Verbindlichkeit auf sich habe, eine jede Schuld für gültig und zahlbar anzusehen, welche die Landesregierung legalisiret und mit dem Zeugnisse versehen habe: daß sie wirklich zum Besten des Landes verwendet worden.

Beilage Nr. XXII. §. 3.

Anwalds Hr. Principal legten den Hrn. Prinzen alle diese Gründe sehr deutlich vor, und machten Dieselben nicht nur auf die nachtheiligen Folgen aufmerksam, welche aus Ihrer unstatthaften Einmischung in diese Angelegenheit entstehen würden, sondern reservirten sich auch den Schaden, der dem Fürstl. Hause und dem Staate dadurch zuwachsen könnte.

Beilage Nr. XXVII.

§. 79.

Doch alle diese eindringenden Vorstellungen blieben ohne Wirkung. Implorantische Hrn. Prinzen beharrten bei ihren anmaßlichen Widersprüchen, welche der sächsischen Hausverfassung so offenbar entgegenstanden, und wodurch Sie so ganz aus den Schranken der gesetzlichen Befugniß heraus traten; — Sie bestanden auf eine — in die Regierungsrechte eingreifende — Untersuchung des Finanzzustands und verletzten dadurch das, von Ihnen Selbst mit vollzogene Hausgesetz von 1802, nach welchem es ausschließlic in den Pflichten der Landesregierung lag, die Zweck- oder Unzweckmäßigkeit der zu contrahirenden Schul-

den auf das genaueste zu prüfen und hierüber ein gewissenhaftes und gründliches Gutachten zu erstatten.

Beilage Nr. XXII. §. 5.

In diesem Hausgesetze hatten die Hrn. Prinzen auf eine desfallsige, Ihnen ohnehin nie gebührende, Prüfung verzichtet und selbige lediglich der Landesregierung überlassen. Letztere hatte auch bereits die Aufnahme der 200 M. Rthlr. für nützlich anerkannt und durch ein pflichtmäßiges Gutachten

Beilage Nr. XXV. a.

die zweckmäßige Verwendung des Anlehns gründlich nachgewiesen.

Impetrantische Hrn. Prinzen legten also durch Ihre anmaßlichen Widersprüche einen wiederholten Beweis Ihrer unfriedlichen und gehässigen Gesinnungen an den Tag, welche Sie gegen impetratischen Hn. Herzog und gegen Dero Minister von Kretschmann seit dem Anfange der Organisation der Coburg. Lande, und besonders bei Gelegenheit der Bürgerunruhen so absichtlich bethätigt hatten.

§. 80.

Anwalds Hr. Principal konnten bei dem unfreundlichen Benehmen der beiden Hrn. Prinzen um so gleichgültiger bleiben, weil die daraus erfolgte Rückgängigkeit des Leipziger Anlehns Dieselben in keine Verlegenheit setzte und bereits die Rückzahlung der, zur Tilgung der altväterlichen Schulden, aufgenommenen Capitalien (§. 75.) durch andere Mittel bewürket werden konnte.

§. 81.

Da dem regierenden Hrn. Herzog nichts mehr am Herzen lag, als Dero Fürstl. Lande von den altväter-

lichen Schulden zu befreien, so hatten Sie durch Errichtung der Staatsbank, die sehr wirksame Verfügung getroffen, daß jährlich ein Bankfonds von 50000 fl. dahin eingezahlt werden sollte.

Beilage Nr. XXVIII.

§. 82.

Der Zweck dieser Anordnung war einzig und allein die Belebung der Industrie und die Emporhebung des Landes-Credits. Durch das häufige Andringen der Gläubiger, welches in dem absichtlich ausgestreuten Mißtrauen seinen Grund hatte, wurde die Bank gezwungen, den ihr angewiesenen Fonds der Hauptdomainencasse zum Schuldentilgen vorzuschiefsen und bei dieser großen Anstrengung mußte natürlicher Weise der eiserne Fonds der Staatsbank außerordentlich angegriffen werden. Die Bank konnte, so lange ihr die gemachten Vorschüsse nicht zurückgezahlt waren, auf andere Bankgeschäfte nicht eingehen, und es war daher dringend nothwendig, ihr die, zur Schuldentilgung geleisteten, Vorschüsse zu ersetzen, und zugleich ein festes Arrangement herzustellen, durch welches die Abzahlung der noch übrigen Schulden bewürkt werden konnte.

§. 83.

Dieses veranlaßte den Plan zur Aufnahme eines Anlehns, wodurch *alle* älteren Schulden mit einem Male abgezahlt, dabei aber auch die vortheilhaften Bedingungen festgesetzt wurden, daß die Aufkündigung dieses Anlehns binnen einer bestimmten Zeit nicht Statt finden, successive Abzahlungen angenommen, somit aber die Tilgung der Schulden in der Maasse erleichtert werden sollte, daß der wohlthätige Zweck der gänzlichen Befreiung des S. Coburg Saalfeldischen

Hauses von aller Schuldenlast, binnen einer gewissen Frist, mit vollkommener Ruhe und Sicherheit erreicht werden könnte.

§. 84.

In dieser Absicht faßte nun impetratischer Hr. Herzog zu S. Coburg Saalfeld die Entschliessung, bei dem Handelshause Rüppel und Harnier zu Frankfurt a. M. ein Anlehn zu eröffnen, welches zur Abzahlung der im J. 1801 vorhanden gewesenen Schulden, an Aemter-, Dienst- und Cautions-Capitalien, ingleichen die, mit Euer etc. allerhöchsten Genehmigung, zum Chausséebau aufgenommenen Gelder und andern Schulden verwendet werden sollte.

§. 85.

Anwalts Herzogl. Hr. Principal gingen bei der Eröffnung dieses Anlehns mit so vieler Offenheit und mit so vieler Sicherheit zu Werke, daß Dieselben, wie aus der in Abschrift anliegenden Obligation

Beilage Nr. XXIX.

hervorgehet — dem creditirenden Handelshause Rüppel und Harnier die verbindliche Versicherung gaben, demselben jedesmalen die eingelösten alten Schulddocumente im Original auszuhändigen, und dadurch die wirkliche Verwendung des Anlehns zur Bezahlung vorhandener alter und hausgesetzmäßig anerkannter Schulden mit der größten Evidenz zu beweisen.

§. 86.

Die Contrahirung dieses Anlehns hatte also, nach der bisherigen Ausführung, durchaus nicht die Eigenschaft eines neuen Anlehns, sondern es trat ganz an die Stelle der großväterlichen und väterlichen Schulden, welche impetrantische Hrn. Agnaten im Hausge-

setze vom J. 1802 anerkannt hatten, (§. 65. 66.) und für welche sie — auch in einen, wiewohl nie zu erwartenden Successionsfall — ohnehin verbindlich waren. Es stand Ihnen daher weder nach allgemeinen Rechtsgründen, noch weniger nach der sächsischen Hausverfassung die Befugniss zu, dem regierenden Hn. Herzog zu S. Coburg in Negociirung dieses Anlehns nur irgend einen Widerspruch entgegen zu setzen. Auch waren Dieselben nicht verbunden, von impetran- tischen Hrn. Prinzen hierzu eine wiederholte Einwilli- gung zu verlangen, welche nach Vorliegenheit der Um- stände um so mehr überflüssig gewesen seyn würde, weil das von ihnen mit vollzogene und unterzeichnete Hausgesetz,

Beilage Nr. XXII.

ihr unumwundenes Anerkenntniss der sämmtlich vor- handenen Schulden, mithin auch den hierzu allenfalls erforderlichen agnatischen Consens so deutlich in sich faßte, daß man in der That ein Mißtrauen in Ihr fürst- liches Wort geäußert haben würde, wenn man sich nochmalen um das Anerkenntniss jener Schulden hätte befragen wollen.

§. 87.

Unter diesen so klar vor Augen liegenden Voraus- setzungen, konnte Anwalds Hr. Principal, um allen Schein der Verheimlichung zu entfernen, ohne Beden- ken geschehen lassen, daß die Negociation dieses Staats- anlehns von 660000 fl. in der Bamberger Zeitung Nro. 173 öffentlich bekannt gemacht und dabei ausdrücklich bemerkt wurde, daß dieses Capital zur Abzahlung der, vor Errichtung des S. Coburg Saalfeldischen Hausge- setzes contrahirten und in demselben von den Herzogl. Hrn. Agnaten *anerkannten* Schulden verwendet und

zur Specialhypothek das , eben durch Abzahlung älterer Hypotheken schuldenfrei werdende, Amt Coburg verschrieben werden sollte.

Beilage Nr. XXX.

§. 88.

Wer hätte nun wohl glauben mögen, daß impetrantische Hrn. Prinzen je hätten fähig seyn können, Ihre Fürstl. Treue und Glauben zu verletzen, und das im J. 1802 von Ihnen geschehene Anerkenntniß der vorhandenen und auf dem Fürstenthum Coburg Saalfeld radicirten Schulden abzuleugnen? — Und dennoch ließen sich die fürstl. Hrn. Impetranten durch die Treulosigkeit Ihres Geschäftsführers, Albs, eines S. Coburg. Unterthanen, verleiten, die directe und indirecte Consensertheilung in jene Schulden ins Leugnen zu stellen und sogar in mehrern öffentlichen Blättern bekannt zu machen:

daß weder diese noch andere bisherigen Anlehns-Speculationen und Verpfändungen des Fürstl. Hauses, mit Ihrem, nach den bestehenden Hausgesetzen, erforderlichen Consens unternommen worden wären, und daher niemals für Hausverfassungsmäßig anerkannt werden könnten; — daß das zur Hypothek bestimmte Amt Coburg nur angeblich, aber nicht wirklich schuldenfrei sey, und daß Sie, als nächste Agnaten, dieses alles hiermit, zur *Warnung* des creditirenden *Publikums* öffentlich erklären wollten.

Beilage Nr. XXXI.

§. 89.

Anwalds Herzogl. Hr. Principal vermag nicht die traurigen Gefühle zu schildern, welche bei Durchle-

sung dieser entehrenden Bekanntmachung das Innerste Dero Gemüths durchdrungen haben. Auf der einen Seite müssen sich Dieselben mit den schmerzhaftesten Empfindungen wiederholt und von neuen überzeugen, daß Dero nächsten Fürstl. Anverwandten bei dieser gehässigen Handlung es ganz absichtlich darauf angelegt hatten, die Bande der Freundschaft und Verwandtschaft, welche die Natur so fest geknüpft hatte, mit Gewalt zu zerreißen und sich ganz aus dem Kreise Dero Fürstl. Anverwandten zu entfernen; auf der andern Seite empfanden der regierende Hr. Herzog zu S. Coburg die tiefste und fast unheilbare Wunde, welche beide Fürstl. Hrn. Impetranten Dero wahrem Gefühl von Fürstl. Ehre und Würde geschlagen hatten; — Dieselben empfanden tief den Angriff, den impetrantische Hrn. Prinzen auf den Credit des Fürstl. Hauses zu unternehmen bemühet waren; — Dieselben erkannten in dieser Handlungsweise ein grenzenloses Bestreben, die Ehre und das Wohl eines Fürstl. Stammhauses zu vernichten, dem die Hrn. Impetranten ihre physische und politische Existenz zu verdanken haben.

§. 90.

Aber auch die Art, wie die appanagirten Hrn. Prinzen, ohne vertrauliche Rücksprache mit dem regierenden Hrn. Herzog, vor dem ganzen deutschen Publikum in einer, die Regentenwürde und den Staatscredit angreifenden, höchstbeleidigenden Weise, gegen das Frankfurter Anlehn einen Widerspruch erhoben haben, muß Selbst Euer etc. auffallen und Allerhöchstdero gerechten Unwillen erregen.

§. 91.

In dem Publicate der Bamberger Zeitung Nr. 173, welches die entgegengesetzte Bekanntmachung der im-

petrantischen Hrn. Prinzen veranlafste, hatte Anwalds Hr. Principal nirgends gesagt: dafs dieses Anlehn mit agnatischem Consens aufgenommen werde; sondern nur dieses hatten Dieselben angeführet:

dafs das Capital zur Bezahlung der, vor Errichtung des neuesten Hausgesetzes contrahirten und in demselben von den Fürstl. Agnaten anerkannten Schulden verwendet werde.

Beilage Nr. XXX.

Wie konnten sich also die Hrn. Prinzen erlauben, diese Herzogl. Erklärung, welche das bekannte Hausgesetz von 1802 so deutlich für sich hat, in Ihrer Bekanntmachung so zu entstellen, dafs Sie von einem

angeblich mit Consens der Agnaten eröffneten Anlehn

sprachen?

§. 92.

Die Primogeniturconstitution vom J. 1746 erkläret die, ohne Consens der Appanagirten gewürkten Schulden nur in so fern für unkräftig, dafs die Appanagiati, wenn sie einmal zur Regierung kommen, dergleichen von ihnen nicht bewilligten Schulden zu übernehmen nicht verbunden sind. Wie mochten nun die Hrn. Prinzen, gegen den Buchstaben des Hausgesetzes so voreilig behaupten, dafs diese Anlehne

nicht für hausverfassungsmässig erkannt werden könnten.

Ihre Successionsrechte hätten Hrn. Imploranten immerhin wahren können; denn bei ihrem kinderlosen Alter und bei der zahlreichen Nachkommenschaft des regierenden Hn. Herzogs ist ohnehin an keinen Landesanfall zu denken.

§. 93.

Wie konnten ferner die appanagirten Hrn. Prinzen sich erlauben, in ihrer Bekanntmachung durch die Stelle:

„des bis jetzt auch nur angeblich, nicht wirklich schuldenfreien Amts Coburg“

den regierenden Hrn. Herzog als Lügner vor dem ganzen deutschen Publikum darzustellen?

Ohne einer unbegreiflichen Kurzsichtigkeit schuldig zu werden, wird man sehr leicht einsehen können, daß alle Theile eines überschuldeten — kurz vorher von der Kaiserl. Debitcommission befreiten Landes, welches zur Schuldentilgung noch die Summe von 660 M. fl. bedarf, vor Erhaltung des Anlehns, nicht schuldenfrei seyn können, aber durch das Anlehn, welches zur Schuldentilgung verwendet wird, in schuldenfreien und dem neuen Gläubiger verpfändbaren Zustand treten.

§. 94.

Es war daher in jeder Hinsicht die empfindlichste Ehrenkränkung, daß die appanagirten Hrn. Prinzen in Ihrer Bekanntmachung

„eine Warnung des creditirenden Publikums für die Anlehns speculationen des Herrn Herzogs zu S. Coburg“

haben einfließen lassen.

Der Ausdruck: Warnung, der im Zusammenhange der gegenwärtigen Sache, auf Betrug hindeutet, umfasset alles, was zur Entehrung der Fürstl. Würde und zur Vernichtung des Staatscredits gesagt werden konnte.

Eine ruhigere Betrachtung dieses Benehmens —

dessen sich gewiß kein gemeiner Bürger gegen seines Gleichen erlauben wird — mußte natürlicher Weise Anwalds Herzogl. Hn. Principalen um so vielmehr zur Ergreifung ernsthafterer Maafsregeln bewegen, weil Dieselben, bei Gelegenheit der, zur Untersuchung Dero Finanzzustandes am 20sten bis 23sten Febr. 1804 gehaltenen Hausconferenzen, die unangenehme Erfahrung gemacht hatten, daß die Hrn. Prinzen schon damalen mit dem Vice-Präsidenten v. Wangenheim, als einem heftigen Gegner des Gouvernements, in Verbindung getreten und vorzüglich damit beschäftigt waren, den Verfall des Fürstl. Finanzwesens bloß in der Absicht herbei zu führen, um dadurch den Sturz des, Ihnen gehässigen, Ministers von Kretschmann zu bewürken. Dieses Benehmen hat in die gegenwärtige Sache und in die Rechtmäßigkeit der vom impetratischen Hn. Herzog ergriffenen Maafsregeln einen so wesentlichen Einfluß, daß Dieselben nicht unterlassen dürfen, selbiges Euer etc. im folgenden Abschnitt zu Allerhöchstdero Kenntniß zu bringen.

S e c h s t e r A b s c h n i t t .

Die appanagirten Prinzen glauben in den Angriffen des Vicepräsidenten von Wangenheim auf die Finanzverwaltung des Ministers von Kretschmann, abermalen eine günstige Gelegenheit zu finden, zu dessen Entfernung vom Staatsamte mitzuwirken.

§. 95.

Das ohnablässige Streben der appanagirten Hrn. Prinzen, den Minister von Kretschmann von seinem Staatsamte zu entfernen, war bisher schon mehrmalen an der unerschütterlichen Festigkeit seines Charakters und an der Rechtlichkeit der Handlungen gescheitert, die ihm bei der Staats- und Finanzverwaltung zum Leitfadendienten.

Im Monat Febr. 1804 eröffnete sich aber für die Hrn. Prinzen eine neue Gelegenheit, ihren Unwillen gegen den Minister zu bethätigen und auf dessen Sturz hinzuwirken. Die Veranlassung hierzu war folgende:

§. 96.

Ein persönlicher Groll des ehemaligen Vicepräsidenten von Wangenheim gegen den Minister von

Kretschmann hatte nemlich die unangenehme Folge, daß Ersterer, um seine Leidenschaft, unter der Maske des Diensteyfers, zu befriedigen, auf den unglücklichen Einfall kam, die Kretschmannische Staats- und Finanzverwaltung anzugreifen und Anwalds Herrn Principalen die Zahlungsunfähigkeit der fürstlichen Cassen anzukündigen.

Ueber diesen Gegenstand und über die dabei, von dem von Wangenheim zu Schulden gebrachten Verletzungen seiner Dienerpflichten hat Euer etc. der regierende Herr Herzog zu S. Coburg auf die Wangenheimische Beschwerde ausführlichen Bericht erstattet, auf welchen sich endesunterzeichneter Anwald hiermit allerunterthänigst beziehet.

§. 97.

Der Minister von Kretschmann, dem Anwalds Herr Principal die Wangenheimische Anzeige des Casenverfalls zur Rechtfertigung vorlegte, war sofort erbötig, die Rechtlichkeit seiner Finanzverwaltung mit der strengsten Genauigkeit darzustellen und die leidenschaftlichen Angriffe seines Gegners öffentlich zu widerlegen.

Bei den bekannten Gesinnungen, welche die appanagierten Prinzen und die, mit ihnen verbundenen Landständischen Deputierten gegen den etc. von Kretschmann hegten, und bei dem so laut und öffentlich verkündigten Verfall des fürstl. Finanzwesens, fand der Minister für zweckmäßig, daß die Darlegung der Herzogl. Finanzadministration, nach allen ihren Branchen, mit der größten Publicität und sogar in Beiseyn der Agnaten und Landstände geschehen und dadurch auch nur der mindeste Schein einer nachsichtigen Beurtheilung entfernt werden möchte.

§. 98.

Obgleich die appanagirten Hrn. Prinzen und die Landstände verfassungsmässig auf irgend eine Prüfung der Staatsverwaltung durchaus keinen Anspruch zu machen hatten; so liessen dennoch der regierende Herr Herzog, auf Ansuchen Dero Ministers von Kretschmann, für dießmalen geschehen, daß auch jene Gegner des Gouvernements am 20. 21. und 22. Febr. 1804 zu den öffentlichen Conferenzen, in welchen der etc. von Kretschmann sein *compte rendu* der angeordneten fürstlichen Commission vorlegte, mit beigezogen und gedachte Hrn. Prinzen zum Anhören förmlich eingeladen wurden.

Beilage Nr. XXXII.

§. 99.

Bei diesen öffentlichen Conferenzen waren beide fürstlichen Herrn Impetranten Zeugen von den heftigsten und ehrenrührigsten Ausfällen, deren sich der etc. von Wangenheim, im Angesichte des regierenden Herrn Herzogs und der übrigen fürstlichen Personen, gegen den Herrn Herzog und gegen den Minister von Kretschmann erlaubte.

Sie waren Zeugen von dem *compte rendu*, welches der Minister der fürstlichen und diplomatischen Versammlung mit Ruhe und Würde vorlegte, und den Ungrund des Staatsbankerots, den der von Wangenheim vorgespiegelt hatte, mit unverwerflichen Zeugnissen offen darstellte. Sie waren Zeugen von dem Sturz der öffentlichen Cassen, welchen die fürstliche Commission in der Absicht vornahm, um die legale Untersuchung des Finanzzustandes zu vervollständigen und dem regierenden Herrn Herzog von dem

Befund ein ganz unzweifelhaftes Resultat darzulegen.

Beilage Nr. XXXIII.

Bei diesem Geschäfte wurden selbst die Herren Prinzen von dem wirklichen Daseyn eines baaren Cassevorrraths von

75664 fl. überzeugt,

und es war nunmehr zur mathematischen Gewissheit gebracht, daß von einem Staatsbankerot gar nicht die Rede seyn konnte, — daß die Wangenheimischen, darauf Bezug habenden, Vorspiegelungen durchaus falsch waren, — daß statt eines erdichteten Deficits von 102108 fl. noch ein beträchtlicher Ueberschuß vorhanden war, und daß solchemnach der Minister von Kretschmann die Vorwürfe nicht verdiente, womit ihn seine Feinde, in Hinsicht auf Staats- und Finanzverwaltung, bloß aus Leidenschaft angegriffen hatten.

§. 100.

Dieses günstige Resultat, welches die fürstliche Commission, durch ein eben so ausführliches als gründliches Gutachten ihres Subdelegirten, des fürstlichen leiningischen geheimen Raths Lang, vollkommen bestätigte, entsprach freilich nicht der Erwartung der Hrn. Prinzen. Sie hätten weit lieber gesehen, wenn das, mit rastloser Mühe errichtete, Kretschmannische Gebäude des neuen Finanzsystems zusammengestürzt wäre, um auf den Trümmern desselben den gehofften Sieg Ihrer gehässigen und leidenschaftlichen Gesinnungen gegen den etc. von Kretschmann zu feiern, an dessen Sturz — sollte er auch mit dem gänzlichen Ruin des fürstlichen Hauses verbunden gewesen seyn — diese zwei Prinzen schon seit zwei Jahren systematisch hingearbeitet hatten.

Aber auch dießmalen scheiterte der Plan an der Festigkeit einer zweckmäfsig angelegten Finanzverwaltung. Die Herren Prinzen mußten sich, nach einer strengen und unparteiischen Untersuchung derselben, ganz überzeugt fühlen, daß die gefährlichen Ansichten des von Wangenheims (§. 96.), mit welchem Sie sich gegen den Minister verbunden hatten, durchaus falsch waren, und daß nichts weniger als ein Verfall des coburgischen Finanzwesens denkbar seyn könne.

Wäre es nun den beiden Hrn. Prinzen, bei dieser so wichtigen Angelegenheit, in wahrem Ernste und in ungeheuchelter Aufrichtigkeit um das Wohl des fürstlichen Hauses zu thun gewesen; hätte ihr Unwille gegen den Minister nur auf der Besorgniß beruhet, daß seine Finanzadministration den Verfall des fürstlichen Hauses herbei führen möchte; so würden sie gewifs, nach einer so vollständigen Ueberzeugung vom Gegentheil und von der Haltbarkeit der Finanzen, ihren persönlichen Groll gegen den Minister von Kretschmann aus ihren Herzen verbannt haben; die Hrn. Prinzen würden in ihm den Mann geschätzt haben, der die Pflichten gegen seinen Fürsten und dessen Lande auf das pünctlichste erfüllet — der mit rastloser Thätigkeit auf die Emporhebung des Wohlstandes eines Fürstenhauses hin arbeitet, von dessen Finanzen noch vor wenig Jahren kaum die Bedürfnisse des Hofes bestritten werden konnten; die Hrn. Prinzen würden auf die Feinde des Ministers, welche dessen Sturz, durch grundlose Angriffe seiner Finanzadministration, zu bewürken suchten, mit verdienter Verachtung herabgesehen und sich ganz aus dem Zirkel solcher Menschen entfernt haben, die bloß ihren persönlichen Lei-

enschaften huldigten, und welche die Hrn. Prinzen nur um deswillen ins Interesse zu ziehen wünschten, um jenen planmäßigen Angriffen, wenigstens von der Außenseite, ein bedeutendes Gewicht zu verschaffen.

§. 102.

Dieses alles war Anwalds Herr Principal von diesen so nahen fürstlichen Anverwandten um so vielmehr zu erwarten berechtigt, weil, nach dem Resultate der gehaltenen Conferenzen, alle die Gefahren verschwunden waren, welche der von Wangenheim und die Hrn. Prinzen, in Absicht auf den Finanzverfall, der niedergesetzten Commission vorgebildet hatte.

Um so empfindlicher mußte es daher dem regierenden Herrn Herzog fallen, als Sie wahrnahmen, daß demohngeachtet die Hrn. Prinzen ihre Verbindung mit den Feinden des Ministers fortsetzten und mit vereinigten Kräften bemühet waren, dessen, mit unverwerflichen Zeugnissen belegte, *compte rendu* für Blendwerk — und das gründliche und unparteiische Gutachten des fürstlich leiningischen Commissarii für ungegründet und fehlerhaft zu erklären.

§. 103.

Der regierende Herr Herzog erkannten nunmehr in der Fortdauer der gehässigen Gesinnungen der Hrn. Prinzen gegen den Minister von Kretschmann, daß es Ihnen nicht um das Wohl des fürstlichen Hauses, nicht um das Glück der fürstlichen Familie, nicht um die Ruhe des Gouvernements — sondern daß es Ihnen nur darum zu thun war, den Mann niederzudrücken, gegen den Sie nun einmal einen unauslöschlichen Haß gefaßt hatten; der sich, wider Ihre Erwartung, im Angesicht des ganzen Publikums gegen die Angriffe seiner Feinde gerechtfertiget hatte, und

mit dessen rechtlichen Verwaltung des ihm anvertrauten Staatsamtes Anwalts Herr Principal vollkommen zufrieden zu seyn die gegründetste Ueberzeugung erhalten hatte. Nur die Hrn. Prinzen, die doch bei der Finanzuntersuchung weiter kein Interesse, als *das* der freundschaftlichen Theilnahme an der mehr oder minder glücklichen Lage des fürstlichen Hauses haben konnten, — auf deren individuelle Ueberzeugung bei dieser, nur allein den regierenden Herrn Herzog angehenden, Angelegenheit es gar nicht ankam; — nur diese Hrn. Prinzen glaubten berechtigt zu seyn, alles aufzubieten, um die Rechtfertigung des Ministers und die commissarische Untersuchung seiner Finanzverwaltung zu vernichten.

§. 104.

Zu dergleichen, in die Regentenrechte des Herrn Herzogs eingreifenden Unternehmungen waren die Herren Prinzen weder berufen noch verfassungsmäßig berechtigt. Nichts desto weniger erlaubten Sie sich, das commissarische Gutachten, welches der fürstliche geheime Rath Lang über die von Kretschmannische Finanzadministration, auf den Grund der Acten und der Rechnungen, ausgearbeitet und welches der Herr Herzog genehmiget hatte, einer Kritik zu unterwerfen, die ganz außer den Gränzen ihrer Befugniß lag. Es war Ihnen nicht gefällig, dabei in Ueberlegung zu ziehen, daß die, zu diesem Geschäfte ernannte, Commission, nur allein von dem regierenden Herrn Herzog angeordnet war

Beilage Nr. XXXIV.

und daß Denselben nur allein daran gelegen seyn mußte, die Verschiedenheit der Ansichten des von Wangenheimischen und von Kretschmannischen Fi-

nanzzustandes untersuchen zu lassen, hierüber das Urtheil eines unbefangenen und sachverständigen Mannes zu hören und dasselbe zur Kenntniss des ganzen Publikums zu bringen.

§. 105.

Dieser fürstliche Commissarius war also, in Ansehung der Richtig- oder Unrichtigkeit seines Gutachtens, nur allein dem regierenden Herrn Herzog, als fürstlichen Committenten, verantwortlich; und es war gewiss ein sehr unerwarteter Eingriff in Dero Regenten-Rechte, wenn die appanagirten Hrn. Prinzen sich unberufenerweise einer Prüfung des Langischen Gutachtens anmaßten, welches die Finanzverwaltung des Ministers, gegen die gefährlichen Ansichten des von Wangenheims, zur Beruhigung des regierenden Herrn Herzogs, rechtfertigte.

§. 106.

Aber nicht genug! Die Hrn. Prinzen vergaßen sich so weit, daß Sie sogar Ihren Geschäftsführer, den Commissionsrath Alt, beauftragten, den geheimen Rechnungsrath Feder, ob gleich derselbe ausschliesslich in Pflichten und Diensten des regierenden Herrn Herzogs stand, zur *geheimen* Mittheilung solcher Nachrichten zu verleiten, welche auf den Finanzzustand des Fürstenthums Coburg Bezug hatten, und die gedachter Feder, ohne seine Pflicht zu verletzen, niemanden zur Kenntniss bringen durfte.

Es gelang ihrem Geschäftsführer, diese unlautere Absicht zu erreichen und den etc. Feder zur unverzeihlichen Treulosigkeit und zur schnöden Verletzung seiner Dienstpflicht zu verleiten.

Nur durch solche gesetzwidrige Mittel wußte der Commissionsrath Alt in die Staatsgeheimnisse des re-

gierenden Herrn Herzogs einzudringen und davon zu Dero Nachtheil Gebrauch zu machen.

Der Beweis dieser unmoralischen Collusionen gehet aus den

Beilagen Nr. XXXV. u. XXXVI.

sehr deutlich hervor. Sie bezeugen, daß der geheime Rechnungsrath Feder — ein Anhänger des verabschiedeten Vicepräsidenten von Wangenheim — pflichtvergessen genug war, dem Ansinnen des prinzlichen Geschäftsführers zu willfahren und demselben, zum Behuf anmaßlicher Angriffe der coburgischen Finanzverwaltung, offenbar falsche und mit den Rechnungsbüchern nicht übereinstimmende Etats und Bilancen der fürstlichen Finanzen, mitzutheilen. Die Folge dieses schweren Verbrechens, an welchem die Hrn. Prinzen indirecten Antheil genommen haben, konnte natürlicher Weise keine andre seyn als diese, daß Anwalds Herr Principal sich bewogen fand, den etc. Feder, wegen dieser und andrer zu Schulden gebrachten pflichtswidrigen Handlungen, von seinem Amte zu dispensiren und einer Untersuchung zu überliefern.

§. 107.

Wenn Euer etc. auf den wahren und eigentlichen Grund dieser anmaßlichen Handlungsweise der Hrn. Prinzen zurück zu blicken allergnädigst geruhen wollen, so werden Allerhöchstdieselben weiter keinen aufzufinden vermögen, als nur den des unablässigen Strebens, den schon so oft, wiewohl vergebens, beabsichtigten Sturz des Ministers von Kretschmann (§. 38. f.) durchzusetzen, und dadurch die Früchte Ihres Hasses einzuernten.

§. 108.

Anwalds Herr Principal hatten indessen durch die unverfälschte und wahrhafte Darlegung Dero Finanzzustands und durch das eben so gründliche als unbefangene Gutachten Dero fürstlichen Commission die vollständigste Ueberzeugung erhalten, daß die Finanzadministration Dero Ministers ganz fehlerfrei sey, und daß im Gegentheil der Vicepräsident von Wangenheim, als declarirter Feind des etc. von Kretschmann, durch eine offenbar falsche Darstellung der Finanzen den Herrn Herzog getäuscht — durch eine strafbare Verkündigung des Staatsbankerots den Credit des fürstlichen Hauses und Landes geschwächt, und sich überhaupt bei einer so wichtigen Staatsangelegenheit (wie der allerunterthänigste Bericht über die von Wangenheimische Klage umständlicher nachweist) der gröbsten Dienstvergehungen schuldig gemacht habe.

§. 109.

Bei dieser Lage von Umständen sahen sich Anwalds Herr Principal bewogen, den von Wangenheim von seinem Staatsamte zu entfernen, und dem, zur Gnüge gerechtfertigten, Minister von Kretschmann die Fortsetzung Dero Vertrauens, welches seine Gegner so boshaft zu untergraben bemühet waren, von neuem zuzusichern.

Beilage Nr. XXXVII.

§. 110.

Wer hätte nun wohl glauben sollen, daß die beiden appanagirten Prinzen noch einen Mann in Schutz nehmen möchten, der sich so, wie der von Wangenheim, an seinem Fürsten, an dem Staate und an dem ganzen fürstlichen Hause in einem so hohen Grade

vergangen hatte! — Wer hätte glauben sollen, daß eben diese zwei fürstlichen Anverwandten, die immer das Wohl des fürstlichen Hauses im Munde führen, die dem Publikum Ihre Theilnahme an demselben so eindrucksvoll versichern, die aber, als appanagirte Herren, in Staatsangelegenheiten gar keine Stimme haben; — daß diese zwei Prinzen Ihren Haß und Ihre leidenschaftlichen Verfolgungen gegen einen Staatsdiener haben fortsetzen mögen, welcher seit vier Jahren mit unerschütterlicher Festigkeit auf die Emporhebung des so tief gesunkenen Wohlstandes des fürstlichen Hauses, auf Herstellung der Ordnung im Lande und auf Belebung des Geschäftsganges, hin zu arbeiten bemühet war!

Und dennoch mußte der regierende Herr Herzog auch hier die traurige Erfahrung machen, daß beide Hrn. Prinzen den seines Dienstes entlassenen Vicepräsidenten von Wangenheim, als einen Feind des fürstlichen Hauses, protegirten, und hingegen den Minister von Kretschmann, als treuen Diener und als Retter des Fürstenhauses, mit gränzenloser Leidenschaft verfolgten.

§. 111.

Der Beweis dieses auffallenden Contrastes menschlicher Gesinnungen ergiebt sich aus folgenden Thatfachen:

Die beiden Hrn. Prinzen haben mit dem von Wangenheim, auch nach dessen verwürkter Dienstentlassung, geheime Zusammenkünfte gehalten und ihn in seinen nachtheiligen Planen gegen den regierenden Herrn Herzog und Dessen Minister auf das kräftigste unterstützt. Sie haben sich ermächtigt, ihm nicht nur zum Behuf seiner, bei Euer etc. gegen den Herrn

Herzog eingereichten Klage, ein Zeugniß auszustellen, und darinne das pflicht- und dienstwidrige Benehmen des von Wangenheim für pflichtmäſsig — und seine durchaus falschen Ansichten des coburgischen Finanzzustandes für gegründet und mit den Ihrigen übereinstimmend zu erklären, sondern sich auch sogar einer ganz incompetenten Kritik über die Wangenheimische Dienstentlassung anzumafsen.

Beilage Nr. XXXVIII. a.

§. 112.

In diesem Zeugnisse, welches die Hrn. Prinzen unter der Firma der nächsten Agnaten von sich zu geben vermeinten, lieget zugleich der sprechendste Beweis von Ihren unbefugtesten Einmischungen in die Regierungsangelegenheiten des Herrn Herzogs. Es enthält vier Punkte:

1) Die Hrn. Prinzen bezeugen:

„daß der Bericht vom 7ten Febr. 1804, welchen der von Wangenheim über den Cassenzustand an den regierenden Herrn Herzog erstattet habe, pflichtmäſsig und dem Staatsdienste und dem Geiste des Hausgesetzes angemessen sey.“

Dieses, ohnehin wahrheitswidrige, Attest bezeichnet offenbar einen Eingriff in die Regierungsrechte des Hn. Herzogs, Welchem es nur allein zukam, nach erfolgter sattsamen Prüfung der Sache, über den Werth oder Unwerth jenes Berichts zu urtheilen. Mit welchem Rechte mochten sich nun wohl die Hrn. Prinzen zum Richter eines Gegenstands aufwerfen, der ohnehin bloß auf das Interesse des Regenten Bezug hatte? und wie konnten Dieselben so ganz unberufenerweise und auf Andringen des von Wangenheims, sich zu der Anma-

fsung verleiten lassen, das Unwahre und Pflichtwidrige jenes Berichts für wahr und pflichtmäßig auszugeben, da doch die Beschaffenheit der dabei eintretenden Umstände ganz aus dem engen Gebiete Ihrer Kenntnisse, — die Sache selbst aber aufser Ihrem Wirkungskreis gelegen war, der sich nur auf Ihre häuslichen Verhältnisse einschränket, und der, nach der S. Coburgischen Hausverfassung, sich keinesweges auf die Angelegenheiten des Regenten ausdehnen darf?

§. 113.

Eben diese Gründe treten auch bei dem

2.) Punkt des gedachten Attestats ein. Hier geben die Hrn. Prinzen die Versicherung von sich:

„Dafs die von Wangenheimischen Ansichten über den Finanzzustand auch die Ihrigen seyn, und dafs Sie diese gründlichen (??) Ansichten durch das darüber gestellte Gutachten des fürstlich leiningischen geheimen Raths Lang als widerlegt nicht gefunden hätten.“

Es mag immerhin seyn, dafs die Hrn. Prinzen sich durch die Wangenheimische Vorspiegelungen des Finanzzustandes haben täuschen lassen, — dafs Sie Ihre Einsichten unter den Fesseln der blendenden Beredsamkeit eines Mannes haben gefangen nehmen lassen, dessen Partei Sie blofs um deswillen ergriffen hatten, um den Ihnen gehässigen Minister von Kretschmann, auf Kosten der Wahrheit, zu stürzen, und hingegen den von Wangenheim empor zu heben.

Aber wer gab diesen Herren Prinzen das Recht, Ihre getäuschten Ansichten Euer etc. durch ein so unwahrhaftes Zeugniß aufzudringen und Allerhöchstdero erleuchtetsten Beurtheilung des Wangenheimischen Klagesgrundes vorzugreifen?

Wer gab Ihnen das Recht, in diesem anmaßlichen Zeugnisse, das commissarische Gutachten des fürstlich leiningischen geheimen Raths Lang anzutasten, welcher doch nicht von den Herren Prinzen, sondern von Anwalds Herrn Principal zur Untersuchung des Finanzzustandes Auftrag erhalten hatte? (§. 105.)

Die Beantwortung beider Fragen wird sich von selbst entwickeln, wenn Euer etc. auf den Zusammenhang der persönlichen Verhältnisse zwischen den beiden Hrn. Prinzen und dem Minister zurückzublicken allergnädigst geruhen wollen.

Allerhöchstdero erleuchtetsten Einsichten wird nicht entgehen, daß Leidenschaften und gehässige Gesinnungen gegen den von Kretschmann die Triebfedern waren, welche die Hrn. Prinzen zu Ausstellung eines solchen wahrheitswidrigen Attests verleitet haben.

§. 114.

Der Zutritt, den der regierende Hr. Herzog den beiden appanagirten Hrn. Prinzen, den sämtlichen Regierungsräthen, den Landständen und den Abgeordneten der Bürgerschaft gestattete, geschah bloß in der Absicht, um das Resultat dieser wichtigen Staatsangelegenheit, es mochte für oder gegen den Minister ausfallen, zur öffentlichen Kenntniß des Publikums zu bringen. Nach vollendeter Untersuchung der Finanzadministration wurden daher die Hrn. Prinzen nur bloß zur öffentlichen Vorlegung des Resultats und zur Beiwohnung der desfallsigen Conferenz auf den 26. März 1804 zum zweitenmal eingeladen, ohne von Ihnen eine Prüfung der commissarischen Untersuchung zu verlangen.

Beilage Nr. XXXVIII. b.

Diese Publicität gab aber, bei dem Schlusse der Con-

ferenzen, keiner der anwesenden Personen das Recht, über die *Merita causae* besondere Untersuchungen anzustellen, und ihre individuellen Ansichten geltend zu machen. Denn was für ohnabsehbare Verwirrungen würden entstanden seyn, wenn die ganze, bloß als Zeugen beigerufene, Versammlung hätte berechtigt seyn wollen, über das Resultat der Sache und über das commissarische Gutachten des Fürstl. Leining. Geheimen Raths Lang, ein Urtheil zu fällen oder dasselbe, weil es die Gränzen ihrer Einsichten überschreitet, für unzulänglich und ungegründet zu erklären?

§. 115.

Im dritten und vierten Punkt des vermeintlichen Zeugnisses machen sich die Hrn. Prinzen eines wiederholten Eingriffs in die Regierungsrechte des Hrn. Herzogs besonders dadurch schuldig, daß Sie sich erlauben, Dero verfügte Dienstentlassung des von Wangenheim zu tadeln und diese Regentenhandlung sogar für eine Verletzung der Constitution des neuesten Hausgesetzes vom 1. April 1802 zu erklären. Diese anmaßliche Aeufserung bezeichnet nicht nur eine unerlaubte Einmischung in Regierungsangelegenheiten, sondern sie greift auch gewissermaßen dem allerhöchsten Urtheil vor, welches Euer etc. über die Rechtmäßigkeit der von Wangenheimischen Dienstentlassung dereinsten abzufassen, allergnädigst geruhen werden. Das Auffallendste hierbei ist dieses, daß die Hrn. Prinzen diese Dienstentlassung für eine Verletzung des neuesten Hausgesetzes ausgeben wollen, da doch in selbigem von Gegenständen dieser Art auch nicht eine Sylbe enthalten ist.

§. 116.

So deutlich nun aus dem allen hervorgehet, daß impetrantische Hrn. Prinzen auch bei den Dienstverge-

hungen des von Wangenheims in die Regentenrechte einzugreifen sich ermächtigt haben; — daß Sie den von Wangenheim gegen den regierenden Hn. Herzog in Schutz genommen, und ihn mit einem günstigen Zeugnisse über sein Dienstbetragen unterstützt haben, worüber doch keinesweges die Hrn. Prinzen, sondern nur allein Anwalds Hr. Principal ein competentes Urtheil zu fällen vermochte; eben so einleuchtend ist es, daß bei allen diesen Mißgriffen ihr Dichten und Trachten bloß nur auf den Sturz und die Entfernung des Ministers von Kretschmann abzweckte, gegen dessen Treue und Redlichkeit der regierende Hr. Herzog niemals einiges Mißtrauen zu schöpfen Ursache gehabt hatte. Nach der vollständigsten Rechtfertigung seines Dienstbetragens, welches die verleumderischen Angriffe des von Wangenheims in Schatten zu stellen suchten, mußte natürlicher Weise, das vorherige Vertrauen des Hn. Herzogs nur noch mehr befestiget werden, und Dieselben waren es sowohl der Wahrheit als der Gerechtigkeit schuldig, diesen gekränkten Mann, in einer eignen Urkunde vom 27. März 1804, die bündigste Versicherung Ihrer vollkommensten Zufriedenheit und der Fortdauer eines unerschütterlichen Vertrauens abzulegen.

Beilage Nr. XXXVII.

§. 117.

Den appanagirten Hrn. Prinzen war es unerträglich, von Anwalds Hn. Principal einen Mann geschätzt zu sehen, der sich schon mehrmalen Ihren Einmischungen in Regierungssachen pflichtmäfsig und bescheidenlich widersetzt hatte. Denn kaum war der heftige Kampf zwischen ihm und dem von Wangenheim zu seinem Vortheil entschieden und letzterer seines Dienstes entlassen, so zogen beide Hrn. Prinzen nach und nach

sich selbst vom Hofe zurück, ohne von demselben hierzu nur irgend eine Veranlassung erhalten zu haben. Ja, Sie trieben Ihren ungerechten Unwillen gegen Hn. Impetraten so weit, daß Sie sogar die Schloßkirche, wo Sie vormals dem Gottesdienste beizuwohnen pflegten, von jener Zeit an verliessen und Ihre Andacht in der Stadtkirche verrichteten. Sie erlaubten sich, dem Hn. Herzog in einem am 3. Juni 1804 erlassenen Schreiben die heftigsten und beleidigendsten Vorwürfe über Dero Achtung gegen den Minister zu machen, und erklärten zugleich, daß Sie es Ihrer Würde nicht angemessen hielten, an einem Hofe zu erscheinen, wo der von Kretschmann geachtet werde.

Die deshalbigen Aeufserungen liefern einen zu eindringenden Beweis ihrer Leidenschaften, als daß sie nicht hier einen Platz verdienen sollten:

„Wir konnten vor Uns — (heißt es in jenem
 „Schreiben) — auf alle diese jeden ohne Ausnah-
 „me herabwürdigende Ereignisse, Unserer
 „Würde nichts angemesseners thun, als Uns
 „von einem Hof und Familie, der sich
 „selbst so herabwürdigen und dem nach-
 „theiligsten Urtheil aller Welt hingeben mochte,
 „zurückzuziehen, an welchem ein so öf-
 „fentlich beschimpfter und durchaus noch
 „nicht gerechtfertigter oder nur gereinigter
 „Mann, wie etc. Kretschmann, mehr gilt und
 „geachtet wird, als Unsere Person und Un-
 „sere Rechte. Wir mußten Uns scheuen, an einem
 „Hof zu erscheinen, der sich selbst vor aller Welt
 „so herabwürdigen konnte, Wir müssen Uns auch
 „scheuen, an einem solchen Hofe und in der Fa-
 „milie zu erscheinen, indem es unmöglich ist,
 „über all dies so unerhörte Benehmen, würden

„Wir unter solche treten, das innigst aufgeregte
„Gefühl nicht laut werden zu lassen. Somit aus
„Achtung und Schonung für Dich, müssen Wir
„Uns bis zu bessern Verhältnissen, aus oben an-
„gegebener Ursache auch ferner noch vom Hofe
„entfernt halten etc.“

Beilage Nr. XV.

§. 118.

Aus allen diesen Thatsachen entwickelt sich auf
Seiten der Hrn. Prinzen eine Handlungsweise, die Euer
etc. nicht ohne gerechtestes Mißfallen wahrnehmen
werden.

Sie nahmen den von Wangenheim, der wegen sei-
ner wichtigen Vergehungen des Dienstes entlassen wur-
de, in ihren Schutz; — Sie, als Apanagiati,
hielten mit ihm und den Landständen, gegen alle säch-
sische Verfassung, Conferenzen, um das *compten-
du* des Ministers von Kretschmann über den Haufen
zu werfen und die gründliche Untersuchung, welche
die fürstl. Commission darüber angestellt und voll-
endet hatte, zu vernichten; — Sie arbeiteten in Gemein-
schaft mit dem verabschiedeten von Wangenheim, mit
dem von Köniz, als ehemaligen Landschaftsdirector,
und mit dem von Hendrich, als landschaftlichen De-
putirten, um den Finanzverfall des fürstl. Hauses zu
deduciren, und mithin den, ihnen gehässigen, Mini-
ster zu stürzen; — Sie ertheilten dem von Wangen-
heim, als Gegner des Herzogs und als Feind des Mi-
nisters, wahrheitswidrige Zeugnisse und zwar in der
Absicht, um die allerhöchsten Reichsgerichte gegen das
gerechte Verfahren des Hn. Herzogs zu präveniren; —
Sie erlaubten sich überall verfassungswidrige Einmi-
schungen in die Regierungsrechte des Hn. Herzogs; —

Sie entfernten sich selbst vom Hofe und aus dem Zirkel ihrer fürstl. Anverwandten und gaben durch diese Reihe von unfreundlichen Handlungen deutlich genug zu erkennen, daß nur *Sie* den Willen und Vorsatz hatten, die Bande der fürstl. Verwandtschaft zu zerreißen und den Bruch mit dem regierenden Herrn zu vervollständigen.

§. 119.

Bei einem Benehmen von der Art konnten nun freilich Anwalds Hr. Principal nicht ganz gleichgültig bleiben; — Sie konnten die Hrn. Prinzen nicht mehr mit der Milde und Freundschaft behandeln, welche Dieselben vorher so oft und vielfältig bethätigt hatten; — Sie mußten, so wehe es auch Ihrem Herzen that, vielmehr diejenigen ernsthaften Maafsregeln einschreiten lassen, welche Ihnen die Regentenrechte und die constitutionelle Landeshoheit an die Hand gaben. Und eben diese Maafsregeln sind es, welche Anwalds Hr. Principal Euer etc. im folgenden Abschnitt allerehrerbietigst vortragen und zu Allerhöchstderoselben gerechtesten Beurtheilung anheim geben wird.

Siebenter Abschnitt.

Maafsregeln, welche der regierende Hr. Herzog gegen die öffentlichen Beleidigungen und gesetzwidrigen Anmaßungen der impetrantischen Herren Prinzen sowohl als gegen deren Geschäftsführer, den Commissionsrath Alt, zu ergreifen, genöthigt waren.

§. 120.

Anwalds Hr. Principal waren es müde, Dero Regentenrechte durch die bisher erzählten gränzenlosen Anmaßungen der beiden appanagirten Hrn. Prinzen länger beeinträchtigen zu lassen. Auch waren Dieselben es der reichsständischen Würde eines regierenden Fürsten und der Ehre Dero fürstl. Hauses schuldig, den beiden Hrn. Prinzen Ihre gesetzwidrigen Handlungen und unerhörten Kränkungen, deren Sie sich bisher erlaubt hatten, fühlbar zu machen, und öffentlich das Missvergnügen zu bethätigen, welches Dieselben bisher nur im Stillen empfunden hatten.

§. 121.

Vor allen Dingen hielten sich der regierende Hr. Herzog für verpflichtet, das ganze deutsche Publikum

von der eigentlichen Beschaffenheit des, bei dem Handelshause Rüppel und Harnier, zur Abzahlung der sämtlichen grösstentheils altväterlichen Schulden, eröffneten Anlehns, vollständig zu unterrichten und die vermeintliche Protestation, welche die Hrn. Impetranten in mehrern Zeitungen gegen dieses Anlehn hatten einrücken lassen, nach ihrer ganzen Verwerflichkeit blofs zu stellen.

Diefs geschah durch das am 14. Juli 1804 erlassene Publikandum mit derjenigen schonenden Mässigung, welche impetratischer Hr. Herzog, bei so vielfältig empfundenen Beleidigungen dieser beiden Hrn. Prinzen, nie zu vergessen pflegte.

Beilage Nr. XXXIX.

§. 122.

Mit dieser öffentlichen Ehrenrettung des fürstlichen Hauses, verbanden aber auch der regierende Herr Herzog solche Verfügungen, wodurch den Hrn. Prinzen die vorsätzlichen Kränkungen, welche Sie Demselben bisher zugefügt hatten, in dem Maasse fühlbar gemacht wurden, daß Sie darinnen nicht nur die Empfindungen eines beleidigten Freundes und fürstlichen Anverwandten, sondern auch den gerechten Unwillen eines regierenden reichsständischen Fürsten, erkennen mußten, welchem die verfassungsmässige Befugniß zustehet, gegen dergleichen Vergehungen appanagierter Prinzen, die nöthigen Maafsregeln zu ergreifen (§. 125. ff.).

§. 123.

Die Verfügungen, welche Anwalds Hr. Principal durch die unaufhörlichen Kränkungen der impetratischen Hrn. Prinzen abgedrungen wurden, waren folgende:

1) Dieselben befahlen Ihrer gesammten Civil- und Militärdienerschaft, ingleichen den Pensionärs, keine Einladung dieser Hrn. Prinzen mehr anzunehmen, und überhaupt sich aller, selbst der entferntesten, Verbindung mit Denselben sich zu entziehen,

Beilage Nr. XL.

weil es mit ihren Dienerpflichten im Widerspruch stehen würde, wenn sie in vertraulichen Verhältnissen mit diesen zwei Prinzen stehen wollten, die nicht nur die Ehre des Herrn Herzogs öffentlich gekränkt, sondern auch durch Ihre unhöfliche und beleidigende Entfernung vom fürstl. Hofe ein unverkennbares Merkmal Ihrer persönlichen Feindschaft gegen den Herrn Herzog am Tag gelegt hatten.

2) Dieses Verbot machten der regierende Herr Herzog den beiden Hrn. Prinzen schriftlich bekannt, und zwar

a) mit der Warnung und Bitte an den mitimpetrantischen Hn. Prinz Friedrich:

Dafs Sie an den, für die Herzoglichen Lande und das fürstliche Haus nachtheiligen Unternehmungen weiter keinen Theil nehmen möchten — dafs es den Herrn Herzog schmerzen würde, wenn Sie dadurch in den Fall kommen sollten, auch gegen Ihn, den Hn. Prinzen, in der Eigenschaft als Landesherr handeln zu müssen, um in Dero Landen Ruhe und Frieden aufrecht zu erhalten;

Beilage Nr. XLI.

b) Dem mitimpetrantischen Hn. Prinzen Ludwig, als den Bruder des regierenden Herrn Herzogs, gaben

Dieselben in einem gleichmäßigen Schreiben zu erkennen:

Dafs Dieselben, wenn Sie nicht ablassen würden, sich in Regierungsangelegenheiten unbefugt zu mengen, sich es selbst zuzuschreiben hätten, wenn der regierende Herr Herzog, auf die Entfernung des Prinzen aus Deroselben Residenz bedacht seyn und als Landesherr gegen Ihn einschreiten müßten.

Beilage Nr. XLII.

3) Anwalds Herr Principal fanden sich bewogen, gegen den prinzlichen Consulanten, als einen fürstlichen Unterthanen, den S. coburgischen Hofadvocaten Alt, um so mehr die Verhaftung seiner Person und die Untersuchung seines groben Vergehens zu verfügen, weil derselbe, durch seine untreuen Rathschläge, sich einer Verletzung seiner Unterthanenpflicht schuldig gemacht hatte.

§. 124.

In diesen Maafsregeln, deren Rechtmäßigkeit sich aus der constitutionellen Regentengewalt eines reichständischen Fürsten von selbst entwickelt, glaubten nun zwar die beiden appanagirten Hrn. Prinzen einen Grund gefunden zu haben, bei Euer etc. gegen Anwalds Herrn Principal eine Beschwerde einzureichen, und das bereits oben bemerkte allerhöchste Inhibitorialrescript auszuwürken. Eure etc. geruhen aber allergnädigst zu erlauben, dafs Anwalds Herr Principal Allerhöchstdenenselben gegenwärtig die Rechtfertigung Dero gesetz- und verfassungsmässigen Verfahrens im folgenden Abschnitt unter drei verschiedenen Rubriken allerdevotest vorlegen darf.

Achter Abschnitt.

Rechtfertigung der vom Hrn. Herzog zu S.
Coburg gegen die prinzlichen Angriffe
getroffenen Verfügungen.

I. Satz.

Der regierende Herr Herzog waren berechtigt, Dero
gesammten Dienerschaft allen Umgang mit den appa-
nagierten Hrn. Prinzen zu untersagen.

§. 125.

Lange vor der oben (§. 88.) angeführten ehrenver-
letzenden Bekanntmachung hatten die beiden appana-
gierten Hrn. Prinzen durch manche unerlaubte Anma-
ßungen, durch unfreundliches Benehmen, durch Ein-
griffe in Regierungsrechte, durch Einverständnisse
mit den Feinden des Gouvernements und durch meh-
rere verfassungswidrige Handlungen, den Freund-
schaftsbruch mit dem regierenden Hause im Stillen
planmäßig vorbereitet.

Es lag ganz in Ihrem Plan, durch eine solche
Handlungsweise die Gedult des immer so freundschaft-

lich gesinnten Herrn Herzogs zu ermüden, Ihn zu ernsthaften Erklärungen zu reizen und auf diese Art allmählig eine Spannung herbei zu führen, die Ihren nachherigen Angriffen einen desto freiern Spielraum verschaffen möchte.

In Ihrer plötzlichen Entfernung vom Hofe glaubten Sie endlich das sicherste Mittel zu finden, den zeither beabsichtigten Freundschaftsbruch zu vervollständigen. Ohne alle persönliche Veranlassung zogen Sie sich im Monat März 1804 von dem Hofe zurück und entfernten Sich, mit Verletzung des unter fürstl. Personen gewöhnlichen Ceremoniels, auf einmal aus dem Kreise Ihrer fürstl. Verwandten, von welchen Sie seit mehrern Jahren die freundschaftlichste Aufnahme und die zuvorkommendsten Höflichkeiten genossen hatten.

Durch dieses allgemein aufgefallene Betragen verkündigten die Hrn. Prinzen Selbst dem ganzen Publikum Ihre gehässigen Gesinnungen gegen den Hn. Herzog und gegen den fürstl. Hof. Sie erklärten Sich dadurch Selbst öffentlich für Gegner des regierenden Hauses, und es konnte Ihnen nicht unbekannt bleiben, daß eine solche Spannung bei jedem gutgesinnten Staatsbürger und besonders bei der treuen Dienerschaft die unangenehmsten Eindrücke machen mußte.

Nichts desto weniger suchten die Hrn. Prinzen bei diesen zweideutigen Verhältnissen mit den fürstl. Dienern immerfort einen persönlichen Umgang zu unterhalten, sie zum öftern zu Dinern und Soupers einzuladen und solchergestalt per indirectum auch die Treue der Dienerschaft der Gefahr der Zweideutigkeit und der Wankelmuth auszusetzen.

Selbst an dem nemlichen Tage, an welchem die Bamberger und andre Zeitungen, worinnen die ehrenkränkende Protestation gegen den regierenden Hn. Herzog eingedruckt war, zu Coburg eintraf, und zu Dero Kenntniß gelangte, hatte mitimpetrantischer Prinz Friedrich einige fürstl. Räthe zur Tafel eingeladen, wodurch selbige um so empfindlicher compromittiret wurden, da sie von jener beleidigenden Anzeige gar nichts wußten. Denn ihr Gefühl von Treue und Anhänglichkeit an den regierenden Herrn Herzog mußte ihnen nachher die bittersten Vorwürfe machen, bei einem Prinzen gespeist zu haben, der an dem nemlichen Tage dem fürstl. Hause und dem regierenden Herrn den Untergang der Ehre und des Credits in öffentlichen Blättern verkündigt hatte.

Es bedarf also gewiß keiner weitläuftigen Darstellung, um einen Befehl zu rechtfertigen, durch welchen Anwalds Herr Principal Dero Dienerschaft allen Umgang mit Herren Impetranten ausdrücklich zu untersagen für gut befunden haben.

Diese Dienerschaft stehet ausschließlic in Pflichten des regierenden Herrn Herzogs, Welchem sie eine unverbrüchliche Treue und Anhänglichkeit widmet. Einem jeden rechtschaffenen Diener konnten daher die Zudringlichkeiten und die beleidigenden Angriffe, deren sich die fürstlichen Hrn. Agnaten gegen den regierenden Herrn Herzog erlaubten, nicht anders als höchstempfindlich fallen; — Er mußte, eingedenk seiner Dienerpflicht, von selbst fühlen, wie zweideutig und unschicklich es sey, bei Verhältnissen von der

Art, den appanagirten Hrn. Prinzen, als öffentlichen Gegnern seines Landesfürsten, zu huldigen, und durch einen persönlichen Umgang mit Ihnen, der Ehrfurcht und Treue zu nahe zu treten, die er nur seinem gehuldigten Fürsten schuldig war; — Er mußte es fühlen, daß es Demselben ohnmöglich gleichgültig bleiben konnte, Dero besoldeten Diener fast täglich in der Gesellschaft und bei Tafel der beiden Hrn. Prinzen zu wissen, welche die Ehre und den Credit des fürstlichen Hauses zu untergraben suchten.

§. 128.

Diefs nemliche Gefühl hätte man aber auch auf Seiten der impetrantischen Hrn. Prinzen erwarten sollen. Denn Ihren erleuchteten Einsichten konnte es wohl nicht entgehen, daß jeder redliche Diener an Beleidigungen, die seinem Fürsten zugefüget wurden, Antheil nehmen werde, und daß mithin Dero Einladungen — so ehrenvoll sie an und für sich waren — die fürstliche Dienerschaft jedesmalen in die größte Verlegenheit setzen mußte.

§. 129.

Nach reinen moralischen Grundsätzen läßt es sich auch in Wahrheit nicht wohl vereinbaren, wenn die Hrn. Prinzen auf der einen Seite die Bande der Freundschaft mit dem regierenden Herrn Herzog auflösen, gegen Denselben öffentlich als Gegner auftreten und sogar Dero fürstliche Ehre, Würde und Glauben anzugreifen bemühet sind; — nichts desto weniger aber auf der andern Seite mit Dero treuen Dienerschaft einen Umgang zu pflegen und selbige dadurch gleichsam in Ihr Interesse zu ziehen vermeinen.

§. 130.

Schon seit geraumer Zeit hatten zwar Anwalds Hr.

Principal dieses inconsequente Benehmen mit Großmuth übersehen; Dieselben waren von der Treue und Anhänglichkeit Dero Diener zu fest überzeugt, als daß Sie von den Einladungen der Hrn. Prinzen etwas, dem Dienste Nachtheiliges, hätten befürchten sollen; allein, die von impetrantischen Hrn. Prinzen veranstaltete — auf die Vernichtung der fürstl. Ehre und des Credits des regierenden Hn. Herzogs abzielende — öffentliche Bekanntmachung

Beilage Nr. XXXI.

erreichte den höchsten Grad und vielleicht das non plus ultra Ihrer vorsätzlichen Beleidigungen. Und dieser nie erwartete Schritt machte es impetratischem Hn. Herzog zur Pflicht, Dero gesammten Dienerschaft den Umgang mit den fürstl. Hrn. Impetranten und die Annahme Ihrer Einladungen um soviel mehr zu untersagen, weil ein so gutes Vernehmen zwischen der Dienerschaft und den hohen Gegnern ihres Fürsten, nicht nur in den Augen des vernünftigen Publikums eine auffallende Sensation verursachen, sondern auch selbst gegen die unschuldigen Diener den Verdacht der Untreue erregt haben würde.

§. 131.

Anwalds Herzogl. Hr. Principal hatte daher die triftigsten Gründe, wodurch Dieselben zu jenem Verbote bewogen wurden. Sie hatten dabei nichts weniger als die Absicht, die Hrn. Prinzen — wie Dieselben in Ihrer Beschwerungsschrift vorgeben — für geächtete zu erklären; sondern Sie fühlten sich für berechtigt, Ihre Dienerschaft von einem Umgange abzu ziehen, den sie zwar aus bloßer Ehrerbietung gegen die fürstl. Verwandten, und Deren nicht füglich abzulehnenden Einladungen, fortsetzten, der aber, wenn

er auch ihre Treue keiner Gefahr aussetzte — doch gewifs bei dem Publikum eben kein günstiges Urtheil von dem Charakter der Diener hervorbringen konnte.

§. 132.

Es ist daher gewifs ein sehr sonderbarer Gedanke, wenn die fürstl. Hrn. Impetranten eine so rechtmässige und ohne allen Eclat geschehene Handlung des regierenden Hn. Herzogs für eine, Ihnen zugefügte, Beleidigung anzusehen und darüber sogar bei Euer etc. Beschwerde zu führen vermeinen; da Sie doch Ihres Orts, nicht nur durch Ihre auffallende Entfernung vom Hofe, die Bande der Freundschaft vorsätzlich zerrissen und den ersten Schritt zum Mißverhältniß gethan, sondern auch zuletzt nicht das mindeste Bedenken getragen hatten, Ihre ganz unrechtmässige und beleidigende Protestation gegen das oben (§. 84.) erwähnte Anlehn, mit dem grössten Eclat in öffentlichen Zeitungen auf eine Art bekannt zu machen, die den Credit und die Ehre des ganzen fürstl. Hauses vor der ganzen politischen Welt herabwürdigen mußte.

§. 133.

Nach demjenigen, was bisher allerehrerbietigst angeführet worden, werden Euer etc. allerhöchsterleuchtetst zu ermessen geruhen, daß das fragliche Verbot, welches Anwalds Herzogl. Hr. Principal, durch Dero Regierungsdirector, zur Schonung der appanagierten Hrn. Prinzen, nur mündlich an die Dienerschaft erlassen hat, nichts weniger als eine absichtliche Ehrenverletzung der Hrn. Impetranten in sich fasse, und daß diese, zu Entfernung aller besorglichen Mißdeutungen abzweckende Handlung mit dem unfreundlichen und zum Theil ehrenrührigen Benchmen, dessen sich die Hrn. Prinzen auf so mannigfaltige Art und besonders

durch die berüchtigte Bekanntmachung erlaubt haben, in gar keinem Verhältnisse stehe, mithin nicht einmal für eine in Rechten erlaubte Retorsion, geschweige für einen hinreichenden Grund, zur gegenwärtigen Beschwerde angesehen werden könne.

II. S a t z.

Impetratischer Hr. Herzog waren berechtigt, den impetrantischen Hrn. Prinzen Ihre ehrenkränkende Handlung und gesetzwidrige Einmischung in Regierungsangelegenheiten mit Nachdruck zu erkennen zu geben, und Sie, mittelst Bedrohung der vollziehenden Regentengewalt, in die Schranken der Ordnung zurück zu weisen.

§. 134.

Die Gesetzwidrigkeit derjenigen Handlungen, deren sich Hrn. Impetranten gegen die Regierung des Hn. Herzogs und gegen die Ruhe und Wohlfahrt des Staats schuldig gemacht haben, ist bereits in dem 2 und 3ten, 5 und 6ten Abschnitte der gegenwärtigen Schrift, zur Gnüge dargethan worden. Zu desto geschwinderer Uebersicht will jedoch Anwalds Hr. Principal diese unerlaubten Facta hier nochmalen in gedrängter Kürze zusammen stellen.

§. 135.

1) Minimpetrantischer Hr. Prinz Ludwig versuchte es schon im J. 1802, sich die Direction der Landespolizei und des Chausséebaues in den Coburg.

Landen zuzueignen und dadurch eine Theilnahme an dem Gouvernement zu bewürken (§. 18. u. 20.).

2) Bei Gelegenheit einer von dem Coburg. Justizämte gegen einen hiesigen Unterthanen, Namens Franz Dreutsch zu Creidlitz, verfügten und von der Landesregierung genehmigten, Exmission aus dem Herrschaftlichen Chausséeause, erlaubte sich Hr. Prinz Ludwig, dem Justizbeamten die Vollziehung dieser gerichtlichen Handlung zu untersagen und den Gang der Justiz zu hemmen.

Beilage Nr. XLIII.

Durch dieses Benehmen machte sich Hr. Prinz Ludwig offenbar eines Eingriffs in Justizsachen schuldig und veranlafte die Landesregierung zu einer dringenden Beschwerde über Dero Einmischung in Regierungsangelegenheiten.

§. 136.

3) Beide impetrantischen Hrn. Prinzen nahmen einen auffallenden Antheil an den Bürgerunruhen gegen das Gouvernement; — Sie gingen den Urhebern derselben mit Rath und That an die Hand; — Sie standen mit ihnen in wechselseitigem Vertrauen; — gaben ihnen die Versicherung, daß Sie, die Hrn. Prinzen, nicht zur Gegenpartei übergehen, und daß Sie die Angelegenheiten der Bürger *nicht* verlassen würden (§. 30 — 49.). Insonderheit suchten Hr. Prinz Ludwig, aus Haß gegen den Minister von Kretschmann, den regierenden Hn. Herzog durch allerhand Vorspiegelungen und wahrheitswidrige Vergrößerungen dieser Unruhen zu täuschen, um dadurch die Entfernung des Ministers zu bewürken (§. 36.).

§. 137.

4) Eben dieser Hr. Prinz erlaubte sich in einem an Hn. Herzog am 3. Juni 1804 erlassenen Schreiben, die Regierungsform des Hn. Herzogs auf das empfindlichste zu tadeln, und die Staatsverwaltung — bei welcher doch der Hr. Prinz weder Stimme noch Kenntniss hatte — im gehässigsten Lichte darzustellen (§. 53.).

§. 138.

5) Obgleich impetrantische Hrn. Prinzen sich durchaus nicht in Staats- und Finanzangelegenheiten mischen dürfen (§. 1.); so maßten Sie sich dennoch an, den Hn. Herzog zur Vorlegung des Finanzzustandes aufzufordern, und zugleich dahin anzutragen, daß zu dessen Untersuchung eine Ihnen convenirende Deputation angeordnet werde (§. 77. f.).

§. 139.

6) Obgleich ferner gedachte Hrn. Prinzen die altväterlichen Schulden, zu deren Bezahlung Sie im Successionsfall ohnehin verbunden waren, unumwunden anerkannt hatten (§. 65. 66.), so suchten Sie dennoch die vortheilhafte Aufnahme derjenigen Capitalien, die zur Tilgung jener Schulden nöthig waren, zu verhindern, und die Darleiher gegen die deshalb versprochene Sicherheit mißtrauisch zu machen (§. 79. u. 88.).

§. 140.

7) Durch dieses unfreundliche Benehmen verletzen die Hrn. Prinzen zugleich das Hausgesetz von 1802, welches Sie mit dem regierenden Hause gemeinschaftlich errichtet und mit unterzeichnet hatten. Denn, vermöge dieses Gesetzes, waren Sie und jeder Nachfolger verbunden, die von der Landesregierung, auf dem Grund der zweckmäßigen Verwendung, legalisirten

Schulden anzuerkennen (§. 78. 79.), ohne sich einer desfallsigen Prüfung anzumassen oder wohl gar der Aufnahme dergleichen legalisirten Anlehne entgegen zu wirken.

8) Impetrantische Hrn. Prinzen trieben Ihre gesetz- und verfassungswidrigen Anmassungen so weit, daß Sie sogar in öffentlichen Zeitungen das creditirende Publikum für die, von dem fürstl. Hause zu S. Coburg negociirten Anlehen warnten, und dadurch sich eines strafbaren Angriffs auf die fürstl. Ehre des Hn. Herzogs und auf den Credit des Staats schuldig machten (§. 88.).

§. 141.

9) Mit auffallender Parteilichkeit mischten sich die Hrn. Prinzen in die Regierungs- und Finanzangelegenheiten, welche durch die pflichtswidrigen und durchaus falschen Vorträge des Vicepräsidenten v. Wangenheim im J. 1804 herbeigeführt wurden. Sie erlaubten sich einer unberufenen Kritik desjenigen commissarischen Gutachtens, welches der regierende Hr. Herzog durch eine angeordnete Commission über den Zustand Dero Finanzen verlangt hatten (§. 98 — 104.); Sie waren bemühet, die vortheilhafte Lage dieses Finanzzustandes nach der Wangenheimschen Tendenz zu entstellen, und dem derselben entgegengesetzten Gutachten der fürstl. Commission die Gründlichkeit abzusprechen (§. 113.).

10) Ihr Geschäftsführer, der Commissionsrath Alt, verleitete den Rechnungsrath Feder, als fürstl. Diener, daß er ihm die, in das Finanzwesen einschlagenden Nachrichten pflichtswidrig mittheilte, um davon zum Nachtheil des regierenden Hn. Herzogs Gebrauch zu machen (§. 106.).

11) Die Hrn. Prinzen nahmen den Vicepräsidenten von Wangenheim, der wegen seiner Dienstvergehungen vom Staatsamte entfernt werden mußte, in Ihren Schutz und ertheilten ihm, zum Behuf seiner gegen den Hn. Herzog bei Euer etc. angebrachten Klage, Zeugnisse über solche Gegenstände, deren Beurtheilung ganz außer den Gränzen Ihrer Competenz und Ihren Einsichten gelegen war (§. 112 — 116.).

12) Sie entfernten Sich ohne alle Ursachen und mit Verletzung der gewöhnlichen Höflichkeiten vom Hofe, suchten eine jede Gelegenheit zu umgehen, dem Hn. Herzog unter die Augen zu treten (§. 117.) und gaben durch diese Reihe von beleidigenden Handlungen deutlich genug zu erkennen, daß es Ihnen nicht so, wie dem regierenden Hn. Herzog, um Erhaltung eines freundschaftlichen Vernehmens zu thun sey, sondern daß Sie es ganz darauf angelegt hatten, die Freundschaftsverbinding mit dem Hn. Herzog aufzulösen, und an deren Stelle die gehässigsten Gesinnungen treten zu lassen.

§. 142.

Ein großer Theil dieser Handlungen enthalten Eingriffe in die alleinige Regierung des impetratischen Hn. Herzogs; — Sie enthalten vorsätzliche Beeinträchtigungen des Gouvernements und gefährliche Störungen der innern Ruhe des Staats; — Sie enthalten eine schnöde Kränkung der Ehre des regierenden Hn. Herzogs und eine höchst nachtheilige Verletzung des Credits des fürstl. Hauses und des ganzen Staats; — Sie enthalten endlich die gefahrvolle Absicht, die Wohlfahrt des fürstl. Hauses und des Landes zu vernichten und alle Mittel zu vereiteln, wodurch Anwalds Hr. Principal diesen wohlthätigen Zweck zu erreichen suchten.

§. 143.

Euer etc. werden von Selbst allerhöchsterleuchtet zu ermessen geruhen, daß Anwalds Hr. Principal bei so offenbar gesetzwidrigen Handlungen ohnmöglich gleichgültig bleiben konnten. Schon das Ansehen und die Würde eines reichsständischen Fürsten und die damit verbundene Staats- und Polizeigewalt, machten es Demselben zur unverletzlichen Pflicht, Dero fürstl. Person sowohl als das Gouvernement vor so heftigen Angriffen sicher zu stellen, welche auf Vernichtung Dero Regentenrechte abzielten, und für die Ruhe des Staats bereits die nachtheiligsten Folgen hervorgebracht hatten.

Impetratischer Hr. Herzog sahen sich daher in die sehr unangenehme Nothwendigkeit versetzt, Dero Empfindungen über ein solches Benehmen, den appanagierten Hrn. Prinzen schriftlich mit den gemäßigsten Ausdrücken zu erkennen zu geben, und Ihnen zugleich, durch das an die Dienerschaft erlassene Verbot, die Gröfse der Beleidigungen, die Sie dem Hn. Herzog bisher zugefüget hatten, nur einigermaßen fühlbar zu machen.

§. 144.

Anwalds Hr. Principal kann hier, als eine anerkannte Wahrheit, voraussetzen, daß appanagirte Prinzen, nach der Natur ihres Standes und nach der Bestimmung der sächsischen Hausgesetze, verbunden sind, nicht nur dem regierenden Herrn den schuldigen Respect zu erweisen, sondern auch in dem Lande, worinne sie wohnen, diejenigen Gesetze zu beobachten, welche auf Erhaltung öffentlicher Ruhe und Ordnung abzwecken. Verletzen nun appanagirte Prinzen eine oder die andere dieser Verbindlichkeiten; so ist der regierende Fürst, vermöge der Polizeigewalt, schon

an sich als Reichsfürst, vollkommen berechtigt, gegen sie eine angemessene Ahndung eintreten zu lassen.

§. 145.

Diese Behauptung begründet sich vorzüglich auf die Staatsverfassung des gesammten chur- und fürstl. Hauses Sachsen, nach welcher ein regierender Herr die Oberbotmäßigkeit über die, in seinem Lande wohnenden, appanagirten Prinzen ohne Widerspruch auszuüben befugt ist.

Euer etc. geruhen allergnädigst zu erlauben, daß Anwalds Herzogl. Hr. Principal Allerhöchstdenenselben, unter den vielen sächsischen Hausgesetzen, dermalen nur eine gesetzliche Anordnung bemerklich mache, aus welcher die Polizei- und Regentengewalt eines regierenden sächsischen Fürsten über appanagirte Prinzen ganz ohnbezweifelt hervor gehet. Es verordnet nämlich die S. Eisenachische Primogeniturconstitution vom J. 1685:

daß die nachgebornen Söhne und abgetheilten Herren, sich gegen den Regenten mit Respect erweisen und durch Excesse weder Aergerniß geben noch solche Beschwerden machen sollen, wodurch sie selbst und der regierende Herr auch das ganze Haus in Schimpf und Schande vertieft werden; widrigenfalls der regierende Herr alle thunliche Remedia mit Glimpf, darnach, wo es von Nöthen, mit Ernst und Nachdruck fürnehmen und dem Unheil vorkommen soll.

Beilage Nr. XLIV.

§. 146.

Ganz im Geiste dieser verfassungsmäßigen Regentenrechte, hat Anwalds Hr. Principal den impetranti-

G

schen Hrn. Prinzen Ihre höchstunerlaubten Handlungen auf das glimpflichste zu Gemüthe geführt, und Sie nur auf den Fall, wenn Sie dergleichen wieder zu Schulden bringen würden, mit Ergreifung ernstlicherer Maafsregeln bedrohet (§. 123.).

Entfernung vom Hofe, bei wichtigern Vorfällen aber, Entfernung aus der Residenz, mit Anweisung eines andern convenablen Wohnorts im Lande, sind die unter Fürstenhäusern hergebrachten Mittel, um dem regierenden Herrn und dem Gouvernement Ruhe und Sicherheit zu verschaffen.

§. 147.

Und eben diese Maafsregeln sind es, deren sich Anwalds Herr Principal, wiewohl sehr ungerne zu bedienen nicht nur genöthiget, sondern auch berechtiget waren. Denn nach dem Urtheil classischer Publicisten, unterlieget es keinem Zweifel, dafs appanagirte Herren, ihrer Reichsunmittelbarkeit ohnbeschadet, der Polizeigewalt des regierenden Fürsten unterworfen sind. Als Nachgeborne müssen sie denselben für das Haupt der Familie anerkennen und ihm, als solchem, den gebührenden Respect erweisen (§. 145.). Aus seiner Hand empfangen sie den hausverfassungsmässigen Unterhalt; — Sie haben keine Lande, keine Hoheitsrechte und keine Reichsstandschaft; Sie sind blofs als privatisirende Herren vom Hause und als Mitglieder des Staats zu betrachten, die in dem Lande des regierenden Fürsten wohnen, unter dessen Schutz sie Ruhe und Friede geniessen.

Es verstehet sich also von selbst, dafs Apanagiati, als Bürger des Staats, unter dem Gesetze stehen, und dafs sie in solchen Handlungen, wodurch sie der Ruhe des Staats und der Ehre des Regenten zu nahe tre-

ten, der Gerichtsbarkeit desselben, als Territorialherrns, unterworfen sind.

Linck de foro protest. Sect. I. §. 38.

Struv. Synt. jur. publ. c. 24. §. 15. p. 423.

Felzius diss. de nobilitate immediata.

A. Blessen de jurid. principis regentis in
fratres apanagiatos (1746.).

§. 148.

Die entgegengesetzte Behauptung oder eine vermeintliche Exemption appanagirter Prinzen von der Regentengewalt eines Reichsfürsten, würde die unseeligsten Folgen für den Staat und für den regierenden Fürsten hervorbringen. Zur Ehre des deutschen Fürstenstandes kann man zwar annehmen, daß Beispiele von der Art, wo appanagirte Herren sich gegen das Gouvernement aufgelehnt und sich gesetzwidriger Angriffe und Beleidigungen gegen den fürstlichen Regenten erlaubt haben, in den erleuchtetsten Häusern Deutschlands eine große Seltenheit ausmachen.

Aber gleichwohl sind dergleichen Fälle immer möglich, und der gegenwärtige liefert leider! von dieser Möglichkeit einen traurigen Beweis.

§. 149.

Die Ruhe des Gouvernements und die Ordnung des Staats würden vielen Gefahren ausgesetzt seyn, wenn dem regierenden Herrn die Macht benommen seyn sollte, seine unbeschränkte Gerichtsbarkeit, gegen gesetz- und ordnungswidrige Handlungen eines oder mehrerer appanagirten Prinzen geltend zu machen, die in seinem Lande wohnen und als Bürger des Staats unter den Gesetzen stehen.

Da, wo Gefahr auf den Verzug stehet, wo der-

gleichen Herren die Ruhe und die Wohlfahrt des Staats angreifen, die Ehre und Würde des regierenden Fürsten kränken; — in solchen und andern ähnlichen Criminalfällen kann ihre Reichsunmittelbarkeit nicht berücksichtigt werden; vielmehr hat der regierende Fürst, vermöge der reichsständischen Befugniß, die Verbindlichkeit auf sich, die Sicherheit seines Staats, die Ruhe seines Gouvernements und die Würde seiner fürstlichen Person zu handhaben, und gegen die Verletzer derselben, ohne Unterschied ihres Ranges, auf der Stelle die gesetzmäßigen Anordnungen eintreten zu lassen.

§. 150.

Diese Theorie hat in mehrern deutschen Fürstenhäusern, besonders aber in dem chur- und fürstlichen Hause Sachsen, von jeher ihre practische Anwendung gefunden. Geruhen Euer etc. auf die Geschichte dieses Hauses allergnädigst zurück zu blicken, und Allerhöchstdieselben werden Sich aus mehrern Beispielen zu überzeugen geruhen, daß die Gerichtsbarkeit und die Staatsgewalt der regierenden Fürsten an appanagierten Herren wirklich in Ausübung gebracht worden. Folgende drei Fälle werden den Beweis führen:

§. 151.

1) Herzog Siegmund zu Sachsen bekam durch den im J. 1436 mit seinen zwei ältern Brüdern geschlossenen Theilungsvertrag, einen beträchtlichen Landesanteil. Als er sich aber in eine Nonne in dem Kloster Mildenfurth bei Weida verliebte und zur Befriedigung seiner Leidenschaften den geistlichen Stand annahm; so sah sich sein Bruder, Churfürst Friedrich, durch die ausschweifende Lebensart Siegmunds bewogen, sich seiner Person zu bemächtigen und ihm

auf die Vestung Freiburg in Verwahrung zu bringen.

Fabricius in orig. Saxon. L. VIII. p. 704.

Müllers R. Tags Theat. Friedrichs I.

Vorst. 1. c. XIV. §. IV.

§. 152.

2) Eben dieser Herzog Siegmund wurde nun zwar, nach angelobter Besserung, von seinem Hn. Bruder des Arrestes entlassen und er gelangte, durch dessen Vermittelung, zur bischöflichen Würde zu Würzburg. Allein sein unruhiges Betragen zog sehr bald den Verlust dieser Würde nach sich. Er mußte 1443 in sein Vaterland zurückkehren und sich mit einer, seinem Stande angemessenen, Appanage begnügen. Da er endlich auch hier unerlaubte Handlungen beging, sich in Regierungssachen mischte, gegen seinen Bruder, den Churfürsten Friedrich, konspirirte und mit dessen Feinden sich in ein geheimes Verständniß einliefs; so sah sich der Churfürst zum zweitenmal veranlaßt, gegen ihn, ohne weitere Umstände, gesetzmäßig zu verfahren und ihn auf das Schloß Scharfenstein in Verhaft bringen zu lassen.

Seb. Müllers Sächs. Annal. S. 23. Spalatini

vita Sigism. ap. Menken S. R. G. T. II. p. 1078.

Joach. Müllers R. T. Theat. l. c.

§. 153.

3) Nicht weniger merkwürdig ist der hieher gehörige Fall von der Verhaftung Herzog Johann Friedrichs zu Sachsen, ein Sohn Herzog Johannis zu S. Weimar, welcher von seinen fürstlichen Herren Brüdern, aus noch unbekannten Ursachen 1627 zu Arrest gebracht und dessen Verhaftung sogar öffentlich

von der Canzel abgelesen wurde. Hier heisst es unter andern :

etc. wenn dem, auf gemachten Schluss des ganzen Hochlöbl. Chur- und Fürstl. Hauses Sachsen, der Justiz zur Steuer, und damit allerhand Thätlichkeiten vorgebeuet werden möge, hierinnen andere Mittel nothwendig an die Hand genommen und S. Fürstl. Gnaden in Verhaft gebracht werden müssen etc. Als soll E. christliche Liebe hiermit öffentlich ermahnt seyn, vor gedachte Ihre Fürstl. Gnaden mitleidig zu Gott zu beten etc.

Beilage Nr. XLV.

§. 154.

Aus dem allen lieget nun klar am Tage, daß einem regierenden Fürsten, nach der sächsischen Hausverfassung, die Gerichtsbarkeit über appanagirte Prinzen, wenn sie sich Vergehungen gegen den Staat und gegen das Gouvernement schuldig machen, von jeher zuständig gewesen.

Anwalds Herr Principal wären daher gar wohl berechtigt gewesen, gegen impetrantische Herren Prinzen mit etwas ernsthaftern Maafsregeln vorzuschreiten, als Sie wirklich gethan haben. Allein Ihre Großmuth, Ihre Herzensgüte und Ihre Achtung gegen zwei, Ihnen so nahe verwandte, Prinzen, ließen es dermalen nur bei freundschaftlichen Warnungen, für deren gesetzwidrigen und nachtheiligen Unternehmungen bewenden (§. 123.).

§. 155.

Diese äußerst glimpfliche Warnung verdient aber gewiß nicht mit dem — in der gegentheiligen Be-

schwerde gebrauchten Ausdruck: — einer vermessensten Drohung — bezeichnet zu werden, weil Anwalds Herzoglicher Herr Principal vollkommen berechtigt waren, die appanagirten Hrn. Prinzen auf die Pflichten aufmerksam zu machen, die Sie als Glieder des Staats, gegen den fürstlichen Regenten, unter Dessen Schutz sie stehen, zu beobachten haben.

§. 156.

Impetratischer Herr Herzog hegen zwar zu Dero fürstlichen Hrn. Agnaten das Vertrauen, daß Dieselben es nicht weiter unternehmen werden, sich in Dero Regierungsangelegenheiten zu mischen, oder mit einigen unruhigen und von persönlichen Leidenschaften geleiteten Gegnern des Gouvernements zu colludiren und die Ruhe und das Wohl des regierenden fürstlichen Hauses so absichtlich zu stören; aber im entgegengesetzten Fall würden Anwalds Herzogl. Herr Principal, vermöge der Ihnen zustehenden reichsconstitutionsmäßigen Landeshoheit und vermöge der Verfassung des chur- und fürstlichen Hauses Sachsen, rücksichtlich der appanagirten Prinzen — sich immer in die, obgleich sehr unangenehme, Nothwendigkeit versetzt finden, diejenigen Maafsregeln zu ergreifen, welche in dem Umkreis eines regierenden Fürsten liegen, und welche die Ruhe des Staats und die Sicherheit des Gouvernements nothwendig machen.

§. 157.

Die Entfernung des mitimpetrantischen Hn. Prinzens Ludwig ist solchen Falls ein eben so rechtliches als verfassungsmäßiges Mittel, um jenen Zweck zu erreichen.

In der Primogeniturconstitution vom J. 1746 wurde den nachgebornen fürstlichen Hrn. Söhnen ausdrücklich nachgelassen:

dafs, daferne es ihre Convenienz nicht leiden wollte, bei dem Primogenito in der Residenz zu verbleiben, solchenfalls der Primogenitus ihnen entweder in den fürstlichen Gebäuden zu Saalfeld oder in einem fürstlichen Haus eines Coburgischen oder Saalfeldischen Amtes die benöthigte Wohnung einräumen sollte.

Beilage Nr. VI.

§. 158.

Nach der Rechtsanalogie stehet es also ebenfalls in der Willkühr und in der Convenienz des regierenden Herrn Herzogs, Dero appanagirten Hn. Bruder auch aufser der Residenz eine annehmliche Wohnung zu dessen Aufenthalt anzuweisen; Und eben daher fanden Dieselben um so weniger Bedenken, dem mitimpetran- tischen Prinzen Ludwig Dero Entfernung aus der fürstlichen Residenz anzutragen, weil Derselbe noch kurz zuvor, und zwar in einem an den Herrn Herzog erlassenen Schreiben vom 3ten Jun. 1804, selbst declariret hatte:

dafs er, so lange diese Verhältnisse fort dauern würden, ohnmöglich länger hier — nemlich in Coburg — bestehen oder bleiben könne.

Beilage Nr. XV.

§. 159.

Nach der sächsischen Hausverfassung hängt es überhaupt von der Willkühr des regierenden Herrn ab, ob derselbe die appanagirten Prinzen in seiner Residenz behalten, oder ihnen in einem oder dem andern Amte eine bequeme Wohnung anweisen will.

So heisst es z. B. in der S. Gothaischen Primogeniturconstitution vom J. 1685.

„dass, wenn die appanagirten Prinzen bei des regierenden Herrn Hoflager nicht ferner verbleiben wollen, oder auch der regierende Herr selber dieses verträglicher erachtet, — alsdann er schuldig sey, ihnen gewisse bequeme Orte in einem oder dem andern Amte anzuweisen etc.“

Beilage Nr. XLVI.

Auf gleiche Art verordnet die S. Eisenachische Primogeniturconstitution vom J. 1685:

„dass dem ältern Sohn (als Regenten) frei bleiben solle, die nachgebornen Prinzen, welche inner Landes bleiben, entweder bei sich in der Residenz zu behalten, oder denselben auf dem Lande in Amthäusern, Wohnung einzugeben.“

Beilage Nr. XLIV.

§. 160.

Wenn Euer etc. auf diese im fürstlichen Hause Sachsen von jeher bestandene Verfassung einen Blick zu werfen allergnädigst geruhen wollen; so werden Allerhöchstdieselben diejenigen Aeufserungen des regierenden Herrn Herzogs, welche Ihm durch das unfreundliche und ehrenkränkende Benehmen der fürstlichen Hrn. Impetranten abgedrungen worden, keinesweges für vermessene und rechtswidrige Drohungen — sondern für erlaubte und gesetzmässige Maafsregeln allergnädigst erkennen, welche der regierende Herr Herzog, nach dem Geiste der sächsischen Hausverfassung, gegen die appanagirten Hrn. Prinzen zu ergreifen berechtigt war.

Anwalds Herzogl. Herr Principal darf daher dem allerhöchsten Ausspruche Euer etc. so wie dem Urtheil der Zeitgenossen und der Nachwelt mit dem ruhigen Bewußtseyn entgegen sehen, daß Dieselben Ihres Orts zu den gegenwärtigen traurigen Misverhältnissen nie Anlaß gegeben, im Gegentheil aber alles gethan haben, was nur irgend zur Herstellung und Fortdauer eines guten Vernehmens mit Dero fürstlichen Hrn. Agnaten abzuwecken konnte.

§. 161.

Geruhen Euer etc. hierbei allergnädigst zu beherzigen, daß der regierende Herr Herzog selbst zu der Zeit, wo die Hrn. Prinzen sich ganz vom Hofe entfernt und die Spannung aufs höchste getrieben hatten, bei jeder Gelegenheit die Hände zum Frieden geboten und die deutlichsten Beweise der Achtung an Tag gelegt haben, welche Sie von jeher diesen beiden hohen Anverwandten zu erweisen geneigt gewesen sind.

So haben, zum Beispiel, impetratischer Herr Herzog nicht ermangelt, dem Hn. Prinzen Friedrich, bei Dero Geburtstage, die gewöhnliche Gratulation abstat-ten und Ihm die aufrichtigste Theilnahme an Dero Wohlbefinden versichern lassen. Diese Freundschafts- und Höflichkeitsbezeugungen haben Herr Impetrat auch bei dem Dienstjubiläo des hochgedachten Herrn Prinzen Friedrichs beobachtet; ja Sie haben sogar Dero ganzes Offiziercorps befehliget, dem Herrn Prinzen an jenem ehrenvollen Tage ihre Devotion zu bezeigen, und Demselben bei dieser Jubelfeier ihre Glückwünsche abzulegen.

§. 162.

So gewiß Euer etc. in diesem edlen Betragen des impetratischen Herrn Herzogs die freundschaftlichen

und friedliebenden Gesinnungen Desselben mit allernädigstem Wohlgefallen erblicken werden; eben so gewifs werden Allerhöchstdieselben im Gegentheil das unfreundliche Benehmen der impetrantischen Hrn. Prinzen mißbilligen, die bis jetzo auch nicht den mindesten Willen zeigen, um die vielfältigen Beleidigungen, die Sie dem regierenden Herrn Herzog zugefügt haben, wieder gut zu machen, und das unterbrochene Vernehmen wieder herzustellen.

III. S a t z.

Der regierende Herr Herzog sind berechtigt, gegen den Consulanten der appanagierten Hrn. Prinzen, als einen S. Coburgischen Unterthan, mit der Verhaftung und Untersuchung vorzuschreiten.

§. 163.

Im Criminalrechte ist es eine ausgemachte und anerkannte Wahrheit, daß ein Unterthan, wenn derselbe die schuldige Ehrerbietung gegen seinen Landesherrn verletzt — wenn er die Handlungen seines Regenten in Staats- und Regierungssachen tadelt — wenn er die Ehre und Würde der Staatsdiener, in Bezug auf die Verwaltung ihrer Staatsämter, beleidiget — sich eines schweren Verbrechens schuldig mache, und daß die Untersuch- und Bestrafung dergleichen groben Vergehungen dem Landesherrn zustehe.

v. Quistorps Grunds. d. t. peincl. Rechts Th. 1.
S. 228. f.

Wernher obs. P. II. obs. 111.

L. 3. cod. decrim. sacril.

§. 164.

Eben so wahr und richtig ist es, daß derjenige Unterthan eines unmittelbaren Reichsstands, der zum Schaden und Verderben des Staats Rath und Anschläge ertheilet, aber auch die dahin abzweckenden Befehle eines fremden Dienstherrn vollziehet, ohne demselben die Ungerechtigkeit dergleichen Verfügungen vorzustellen, — ein Verbrechen gegen den Staat begehet, welches die Lehrer des peinlichen Rechts mit dem Namen des Hochverraths (*crimini perduellionis*) bezeichnen.

v. Quistorp l. c. S. 217.

§. 165.

Wenn Euer etc. auf das Benehmen des gegenseitigen Consulanten Alts, als eines eingebornen Landesunterthans des Herrn Herzogs zu S. Coburg, einen unbefangenen Blick zu werfen allergnädigst geruhen wollen; so kann es Allerhöchstdero erleuchtetsten Einsicht nicht entgehen, daß derselbe durch seine rathgebende Beförderung einer, der Ehre des impetratischen Herrn Herzogs und der Wohlfahrt des Staats äußerst nachtheiligen öffentlichen Bekanntmachung der gegen-
theiligen Protestation gegen die Gültigkeit des Frankfurter Anlehns

Beilage Nr. XXXI.

nicht nur die, seinem Fürsten schuldige Ehrfurcht verletzt, sondern auch sich des Hochverraths schuldig gemacht habe.

§. 166.

Anwalds Herr Principal glauben bereits oben (§. 88. f.) hinlänglich erwiesen zu haben, daß durch die so eben erwähnte und in öffentliche Zeitungen einge-

rückte Anzeige die Ehre und reichsfürstliche Würde des regierenden Herrn Herzogs auf das empfindlichste beleidigt worden. Impetrantische Hrn. Prinzen haben diese nachtheilige Handlung nicht ohne Beirath ihres Hausconsulenten, des Hofadvocat Alts, unternommen; Sie haben selbige sogar durch ihn vollziehen und in die Zeitungscomptoirs zum Abdruck einsenden lassen. Genannter Alt ist daher als Urheber und Beförderer jener, seinem gehuldigten Fürsten zugefügten, Ehrenverletzung anzusehen. Er machte sich schon dadurch einer schnöden Uebertretung seiner Unterthanenpflicht schuldig, daß er es unterliefs, seiner hohen Principalschaft die Rechtswidrigkeit ihres Vorhabens vorzustellen, und dadurch den Schaden und Nachtheil seines Landesherrn abzuwenden.

Es ist mithin ganz offenbar, daß der Consulent Alt an der Verletzung der Ehre seines Fürsten directen und indirecten Antheil genommen, und dadurch ein Verbrechen an seinem Fürsten begangen habe.

§. 167.

Die nemlichen Gründe treten auch bei dem Hochverrath ein, dessen sich gedachter Alt, als coburgischer Unterthan und als Rathgeber der Hrn. Prinzen schuldig gemacht hat. Die von ihm entworfene und von seiner Principalschaft genehmigte öffentliche Bekanntmachung

Beilage Nr. XXXI.

enthält offenbar eine Vernichtung des Landescredits. Sie warnet das creditirende Publikum Deutschlands vor den S. coburgischen Anleihen, die doch zur Tilgung altväterl. Schulden, zur Beförderung der Landesindustrie, zur Aufnahme des gesunkenen Wohlstands der Unterthanen und zu nützlichen Anstalten bestimmt waren (Beil. Nr. XXV.)

§. 168.

Dieses gesetzwidrige Unternehmen mußte natürlicherweise, unter der Firma zweier Prinzen vom Hause, auf den öffentlichen Staatscredit den nachtheiligsten Einfluß haben. Es mußte die rechtmäßigsten Mittel zu einem Zweck vereiteln, der nur allein die Wohlfahrt des Landes zum Gegenstand hatte. Der Hofadvocat Alt hat solchermnach als Rathgeber und Sachführer der appanagirten Hrn. Prinzen, zum Schaden und Verderben des Staats und seines eignen Vaterlandes nicht nur gerathen, sondern auch diese strafbare That wirklich zur Ausführung bringen helfen.

Es giebt in Wahrheit keinen gelindern Ausdruck, womit man diese Handlung charakterisiren kann, als den des Hochverraths, wodurch sich besagter Alt, als Unterthan, an dem Staate und an seinem Vaterlande versündigt hat.

§. 169.

Da Anwalds Herzogl. Herr Principal, als Landesherr und vermöge der Demselben zuständigen hohen Gerichtsbarkeit, die Pflicht auf sich haben, die Verbrechen Dero Unterthanen zu untersuchen und zu bestrafen; — da es keinem Zweifel unterliegt, daß Dieselben, so wie jeder deutsche Reichsfürst, berechtigt sind, auch solche Verbrechen, welche an Dero eignen hohen Person oder an dem Staat begangen werden, zur Untersuchung und Strafe zu ziehen: —

Princeps Imperii subditos, contra se delinquentes, carcere includere, causam cognoscere et poenam statuere ipse potest.

Leyser Meditat. ad ff. Vol. II. Spec. 69. Med. 3. so durften der Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld keinen Augenblick anstehen, auch gegen den Advocat Alt,

wegen dessen, im Privatdienste der fürstlichen Hrn. Agnaten, zu Schulden gebrachten schweren Staatsverbrechens, die erforderlichen Verfügungen zu treffen und diejenigen gesetzmässigen Maafsregeln zu ergreifen, zu welchen Dieselben nach dem Umfange Dero Regengewalt und nach den Grundsätzen der reichsständischen Landeshoheit berechtigt sind.

§. 170.

Es mußte daher impetrantischem Herrn Herzog zu S. Coburg Saalfeld ganz unerwartet seyn, daß impetrantische Hrn. Prinzen es haben unternehmen mögen, Euer etc. auch dahin zu imploriren, daß Allerhöchstdieselben in Gnaden geruhen möchten, Anwalds Herzogl. Herrn Principal durch ein anclausulines Rescript anzubehalten:

die gegen den Alt angeordnete Untersuchung und andre seiner persönlichen Sicherheit zu nahe tretende Vorkehrung zurück zu nehmen.

§. 171.

Euer etc. sind viel zu gerecht, als daß Allerhöchstdieselben einem Petito zu fügen geruhen sollten, welches mit den reichsconstitutionsmässigen Hoheitsgerechtsamen eines reichsständischen Fürsten und mit der Verfassung des gesammten Hauses Sachsen im offenkundigen Widerspruche stehet. Nach der klaren Vorschrift der Reichsgesetze sind alle peinliche Sachen, welche mittelbare Unterthanen betreffen, von der Gerichtsbarkeit der höchsten Reichsgerichte ausgeschlossen und nur allein der Landesobrigkeit überlassen.

R. Absch. vom J. 1530. §. 95.

C. Ger. Ord. vom J. 1595. Th. 2. Tit. 28. §. 5.

Eben daher wird auch in der Wahlcapitulation Art. 1. §. 8. folgendes verordnet:

„Wir wollen weder den Reichsgerichten, noch sonst Jemand, wer der auch sey, so in, als ausser dem Reiche, gestatten, daß den Ständen in ihren territoriis, in ihre Landeshoheits- und Regierungs- besonders in Polizei- Cammeral- Militär- Justiz- Lehens- Criminal- und Gnadensachen, sub quocunque praetextu, wider die Reichsgesetze, den Friedensschluss, oder aufgerichtete rechtmäßige und verbindliche Pacta vor- oder eingegriffen werde;“

Auch die Rechte und Privilegia des gesammten chur- und fürstlichen Hauses Sachsen werden auf den gegenwärtigen Fall um so vielmehr in Anwendung kommen, weil sie einem jeden Landesunterthanen bei hoher Strafe verbieten, sich den inländischen Gerichten zu entziehen, und sich, in bürgerlichen und peinlichen Sachen an die Reichsgerichte zu wenden.

Beilage Nr. XLVII.

§. 172.

Mit so vieler Bereitwilligkeit und mit so großer Ehrerbietung Anwalds Herr Principal von jeher geneigt gewesen, den allerhöchsten Befehlen Euer etc. die schuldigste Folge zu leisten; so wenig sind Sie dermalen im Stande, dem von Allerhöchstdenenselben erlassenen und dem Gesuche des hohen Gegentheils entsprechenden höchstverehrlichen Mandate vom 20. Aug. 1804 nachzukommen.

Die Gegenstände desselben betreffen nicht bloß die verfassungsmäßigen Regentenrechte des fürstlichen Hauses Coburg Saalfeld, sondern sie berühren zugleich die Befugnisse und Gerechtsame des gesammten chur- und fürstlichen Hauses Sachsen und der beiden resp. königlich und churfürstlichen Häuser Preussen

und Hessen, welche bekanntlich mit Sachsen, durch Erbverbrüderungsverträge, in der engsten Verbindung stehen.

Der regierende Herr Herzog zu S. Coburg ist nur als ein untrennbares Glied des ganzen Corpus zu betrachten, in welchen die jetzt genannten hohen Häuser vereinigt sind. Es lieget also auch nicht in Dero Macht, von der allgemeinen Verfassung des gesammten Hauses Sachsen und der mit denselben verbundenen höchsten und hohen Häusern abzuweichen, oder wohl gar die wichtigsten Regentenrechte den gesetzwidrigen Zudringlichkeiten zweier appanagirten Prinzen aufzuopfern. Es lieget vielmehr in der Gemeinschaftspflicht des impetratischen Herrn Herzogs, die verfassungswidrigen und arroganten Angriffe der Hrn. Impetranten dem gesammten chur- und fürstlichen Hause Sachsen und den erbverbrüdereten königlichen und churfürstlichen Häusern Preussen und Heesen zur höchsten und hohen Kenntniss zu bringen, und mit Hochdenselben gemeinschaftliche Rücksprache über die Grundsätze zu nehmen, welche die regierenden Herren in dergleichen Fällen gegen appanagirte Prinzen zu beobachten haben.

§. 173.

Im übrigen kann Anwalds Herzogl. Herr Principal die ehrerbietigste Versicherung ablegen, daß Dieselben nie daran gedacht haben, die fürstlichen Hrn. Impetranten zu behindern, sich Ihres Consulanten in Ihren reichsgerichtlichen und andern Angelegenheiten zu bedienen. Mit desto größerer Bereitwilligkeit werden also der Herr Herzog zu S. Coburg Saalfeld gewiß nicht ermangeln, dem hierauf Bezug habenden allerhöchsten Befehl — jedoch mit Vorbehalt der gegen Al-

ten fortzusetzenden Untersuchung — volle Gnüge zu leisten.

§. 174.

Lediglich aus der devotesten Achtung für das von Euer etc. allergnädigst erlassene Rescript, hat bereits Anwalds Herzogl. Herr Principal den Advocat Alt, bis zu Einlangung des Straferkenntnisses, die Ausübung der Advocatur in coburg. Landen ferner erlaubt; auch werden Dieselben, nach vollendeter Untersuchung die verhandelten Acten ad exteros impartialis zum rechtlichen Erkenntniß versenden, um auch nur den mindesten Schein einer Parteilichkeit von sich zu entfernen.

Euer etc. werden hieraus allergnädigst erkennen, wie geneigt Anwalds Herr Principal sey, gegen den Commissionsrath Alt, in gesetzlicher Ordnung und mit der strengsten Unparteilichkeit zu Werke zu gehen, und seine Vergehungen ganz dem Urtheile eines auswärtigen Dicasterii zu überlassen. Um so zuversichtlicher darf aber auch Derselbe hoffen, daß Euer etc. den von impetrantischen Herren Prinzen, wegen Einschränkung der dem regierenden Herrn Herzog über den etc. Alt zuständigen Gerichtsbarkeit, geschehenen Antrag als unstatthaft zu verwerfen in allerhöchsten Gnaden geruhen werden.

§. 175.

So viel endlich diejenigen Beschwerden betrifft, welche Hrn. Impetranten, in Hinsicht auf Ihre Personen, gegen Anwalds Herzogl. Hn. Principal vorzubringen vermeinen, so ist in der gegenwärtigen Vorstellung zur Gnüge dargethan worden, daß Derselbe vollkommen berechtigt war, gegen die öffentlichen Beleidigungen und andere gesetzwidrigen Handlungen der appa

nagierten Hrn. Prinzen, diejenigen Wege einzuschlagen, welche Dero reichsständische Hoheitsgerechtsame und die Staatsverfassung des gesammten Hauses Sachsen an die Hand geben.

Euer etc. werden in der Darstellung der Handlungsweise des hohen Gegentheils, zugleich die vollständigste Ueberzeugung erhalten haben, daß impetrantische Hrn. Prinzen nicht nur die persönliche Ehre und Würde des regierenden Hrn. Herzogs, durch Ihre öffentliche Erklärung (§. 88.) auf das empfindlichste beleidiget und den Credit des fürstl. Hauses und des Landes geschwächt — sondern daß auch Dieselben, durch mehrere verfassungswidrige Anmaßungen, sich in die Regierungsrechte eingemischt und das Gouvernement auf eine unverantwortliche Weise beunruhiget haben.

Wegen dieser erwiesenen Beleidigungen und Eingriffe siehet Anwalds Hr. Principal sich genothdrungen, von impetrantischen Hrn. Prinzen eine eclatante Genugthuung zu fordern und mit Beifall der Rechte auf den öffentlichen Widerruf der entehrenden Bekanntmachung (§. 88.) zu bestehen.

§. 176.

An Euer etc. ergeht daher des unterzeichneten impetratischen Anwalds allersubmisseste Bitte:

Allerhöchstdieselben geruhen allergnädigst, beide Hrn. Prinzen, Friedrich und Ludwig nicht nur mit Ihrer offenbar unstatthaften Beschwerde ab- und zur Ruhe zu verweisen, sondern Ihnen auch allergerechtest anzubefehlen, daß Sie dem Herrn Impetraten als Landesregenten und Haupte der Familie die schuldige Achtung erweisen, dem Landesministerio und allen Landesbehörden mit

gebührendem Anstand begegnen und sich aller fernern Beleidigungen enthalten; nicht weniger von allen Einmischungen in Regierungsangelegenheiten und vom Critisiren der Regierungshandlungen abstehen; mit den Feinden des Gouvernements fernerhin nicht mehr colludiren, und überhaupt alle Gelegenheiten entfernen, wodurch die Ruhe des fürstl. Hauses und des Gouvernements gestöhret und das freundschaftliche Vernehmen so naher Anverwandten unterbrochen werde.

Hierüber und was etwa besser und dienlicher allerunterthänigst hätte gebeten werden können, oder sollen, rufet Euer etc. obristreichsmildrichterliches Amt Anwald submissesest an, in tiefster Unterwürfigkeit beharrend

Euer etc.

Verzeichniss

der Beilagen zum Bericht über die von den
appanagirten Hrn. Prinzen angebrachten
Beschwerden.

- I. Conferenzprotocoll vom 26. Febr. 1803, die Staatsverwaltung des Ministers von Kretschmann betreffend.
- II. Schreiben des Hn. Prinzen Friedrich Josias an den Minister v. Kretschmann, dessen Staats- und Finanzadministration betr. d. d. 28. Febr. 1803.
- III. Vollmacht des Hn. Prinzen Ludwig für den Minister v. Kretschmann, die Berichtigung seines Schuldenwesens betr. d. d. 2. Jan. 1802.
- IV. Desselben Danksagungsschreiben an den Minister v. Kretschmann d. d. 31. März 1802.
- V. Fürstl. Assecuranzurkunde für den Hn. Prinzen Ludwig d. d. 29. Dec. 1801.
- VI. Extract aus der Primogeniturconstitution de anno 1746.

- VII. a). Schreiben des Hn. Prinzen Ludwigs an den Minister v. Kretschmann, d. d. 17. Dec. 1801.
- VII. b). Dergl. die vom Hn. Prinzen Ludwig geforderten 175 fl. betr. d. d. 11. Jan. 1802.
- VII. c). Vortrag des Ministers an des Hn. Herzogs Durchl. wegen obiger 175 fl.
- VIII. Rescript an den Canzlar Schnetler, die Ueberlassung des Nachlasses der Frau Herzogin an Hn. Prinzen Ludwig betr. d. d. 18. Mai 1802.
- IX. Schreiben des Hn. Prinzen Ludwigs an den Minister v. Kretschmann wegen Uebernehmung der Chausseebaudirection d. d. 12. Febr. 1802.
- X. Antwortschreiben des Ministers darauf d. d. 13. Febr. 1802.
- XI. Extract eines Schreibens des ehemaligen Landschaftsdirectors von Köniz an die coburgis. Landschaft d. d. 3. Aug. 1804.
- XII. Herzogl. Requisitionsschreiben an Chursachsen, die Absendung einiger Manutenenztruppen betr. d. d. 25. Febr. 1803.
- XIII. Des Hn. Prinzen Ludwigs Geschichtserzählung d. d. 19. Jun. 1803.
- XIV. Attestat der Landesregierung die Bürgerunruhen betr. d. d. 20. Sept. 1804.
- XV. Des Hn. Prinzen Ludwigs Schreiben an des regierenden Hn. Herzogs Durchl. gegen den Minister v. Kretschmann d. d. 3. Jun. 1804.

XVI. Herzogl. Mandat de 23. Febr. 1803, die Untersuchung der von den Viertelsmeistern angebrachten Beschwerden betr.

XVII. Des Hn. Prinzen Ludwigs an die Bürger gehaltene Rede.

XVIII. a). Mandat d. 13. März 1803 die Einquartierung der chursächs. Manutenenztruppen betr.

XVIII. b). Dergl. de eod. dat. die Beschwerden der Viertelsmeister betr.

XIX. Schreiben des Hn. Herzogs an den Hn. Prinzen Ludwig d. d. 26. Sept. 1804.

XX. Des Hn. Prinzen Ludwigs gegen den Minister v. Kretschmann angebrachte Diffamationsklage.

XXI. Extract aus dem Reces de ao. 1791.

XXIV. a). Schreiben des Hn. Herzogs zu S. Gotha ad Sereniss. die aufgehobene kaiserliche Debitcommission betr. d. d. 8. Oct. 1802. nebst Rhofraths Concl. de 20. Aug. 1802.

XXIV. b). Rescript an die Landesregierung, die Vorlegung der Uebersicht aller Schulden betreffend, d. d. 7. Mai 1803.

XXV. a) Regierungsbericht, ein Anlehn um die sämtlich aufkündigbaren Schulden, welche die Staatsbank zu beschäftigen hat, zu tilgen betr.

XXV. b). Legalisationsurkunde, das Leipziger Anlehn betr. d. M. Oct. 1803.

- XXV. c). Bedingungen, unter denen für des Hn. Herzogs zu S. Coburg Saalfeld Durchl. 200000 Rthlr. zu negociiren gesucht werden.
- XXVI. Schreiben der beiden Herren Prinzen an den Herrn Herzog, das Leipziger Anlehn betr. d. d. 29. Jan. 1804.
- XXVII. Antwort darauf d. d. 2. Febr. 1804.
- XXVIII. Extr. aus der Bankordnung vom 4. Apr. 1802.
- XXIX. Staatsobligation d. d. 7. Apr. 1804.
- XXX. Auszug aus der Bamberger Zeitung No. 173. die Bekanntmachung des Frankfurter Anlehns betreffend.
- XXXI. Erklärung der beiden appanagirten Hrn. Prinzen auf obige Bekanntmachung d. d. 5. Jul. 1804.
- XXXII. Schreiben des Hn. Herzogs an die Hrn. Prinzen, deren Einladung zur Conferenz betr. d. d. 14. Febr. 1804.
- XXXIII. Commissarischer Bericht des Hn. Erbprinzen von Leiningen, den Zustand der Cassen betr. d. d. 23. Febr. 1804. nebst angefügten Protocoll über den Cassensturz.
- XXXIV. Desselben Schreiben ad Sereniss. den Zustand der Finanzen betr. d. d. 26. März 1804.
- XXXV. Extract aus einem von dem Commissionsrath Alt an den Scribenten Scherzer zu Coburg geschriebenen Brief d. d. Sonneberg den 15. März 1805.

XXXVI. Protocoll vom 26. März 1805 über die Vernehmung des Scribenten Scherzers.

XXXVII. Rechtfertigungsurkunde des Hn. Herzogs für den Minister v. Kretschmann, dessen Dienstführung betr. vom 27. März 1804.

XXXVIII. a). Attest der Hrn. Prinzen dem v. Wangenheim ausgestellt d. d. 16. Mai 1804.

XXXVIII. b). Einladung der Hn. Prinzen zur Conferenz am 26. März 1804.

XXXIX. Publikandum, die in den öffentlichen Zeitungen von den Consulanten der Hrn. Prinzen geschehene Erklärung gegen das Frankfurter Anlehn betr.

XL. Befehl des Hn. Herzogs an den L. R. Director Gruner, die Untersagung des Umgangs der Dienerschaft mit den appanagierten Hn. Prinzen betr. d. d. 16. Jul. 1804.

XLI. Schreiben des Hn. Herzogs an Hn. Prinzen Friedrich, die, gegen dessen Benehmen ergriffenen Maafsregeln betr. d. d. 14. Jul. 1804.

XLII. Dergl. an Hn. Prinzen Ludwig d. d. 16. Jul. 1804.

XLIII. Extract eines Regierungsberichts de 6. Febr. 1803.

XLIV. Extract aus der Eisenachischen Primogeniturconstitution vom 4. Aug. 1685.

XLV. Abkündigung wegen der Verhaftung des Herzogs Johann Friedrich zu Sachsen.

XLVI. Extract aus der gothaischen Primogeniturconstitution de 22. April 1685.

XLVII. Extract aus der Landesordnung de ao. 1666.

B e i l a g e n

z u m

Bericht über die von den appanagir-
ten Herren Prinzen angebrachten
Beschwerden.

Nr. I.

Conferenzprotocoll vom 26. Febr. 1803. die
Staatsverwaltung des Ministers v. Kretsch-
mann betreffend.

Geschehen Coburg den 26. Febr. 1803.

Es hat der Minister von Kretschmann durch die gegen die Redlichkeit seiner Staatsverwaltung in Umlauf gebrachten Gerüchte sich veranlaßt gefunden, über Undankbarkeit bei Uns unmittelbar Klage zu führen, und er hat um Entlassung von seinen Diensten und Pflichten unter der Bedingung nachgesucht, daß er zwar den Ausgang der gegen ihn niedergesetzten Untersuchung abwarten wolle, zugleich aber auch darauf antragen müsse, daß Wir eine Conferenz mit Unsers Herrn Oncles, Herrn Feldmarschalls Friedrich, mit Unsers Herrn Bruders, Herrn Feldmarschall-Lieutenants Louis und Unsers Herrn Erbprinzen Lbdl. Lbdl. Lbdl. veranstalten und ihm erlauben möchten, in derselben offen darlegen zu dürfen, mit welcher Anstrengung er die beträchtlich vorgefundenen altväterlichen Schulden, die Privatschulden Unsers hochseligen Herrn Vaters Gnaden, Unsrer Frau Mutter Gnaden und Unsere eigene Privatschulden in einem Zeitraume von zwei Jahren um mehr als eine halbe Million Rheinische Gulden vermindert, welche dauernde Fonds er für die gänzliche Abtragung der Schulden ohne Be-

lástigung des Landes ausgemittelt, wie sehr er die Einkünfte des Landes ohne neue Auflagen

- a) durch Verminderung unnöthiger Ausgaben,
- b) durch Sparsamkeit in allen Finanzbranchen,
- c) durch schnelle Beitreibung aller rechtlichen Finanzgefälle,
- d) durch Entfernung der Betrügereien und des Unterschleifs,
- e) durch zweckmäßige Benutzung der Naturaleinkünfte,
- f) durch vortheilhaftere Verpachtung der Zehenden,
- g) durch bessere Benutzung der Forsten, und endlich
- h) durch eine erhöhte Thätigkeit in allen Geschäften

vermehrt und durch eine gewifs sich auszeichnende Ersparung einen baaren Fonds von grosser Beträchtlichkeit in der Banque hergestellet habe.

So sehr Wir der regierende Herzog überzeugt waren, und da der Minister von Kretschmann ohne Unsere Genehmigung nicht das Mindeste unternommen hat, von der Redlichkeit und Richtigkeit seiner Administration überzeugt seyn mußten — so haben Wir, ohne in sein Dienstentlassungs-Gesuch einzugehen, doch recht gerne seinen Wünschen, auch Unsern Herren Agnaten und Unserm Herrn Erbprinzen einen Begriff von den glänzenden Aussichten der glücklichen Lage Unsers Hauses zu geben, und dadurch den übelgesinnten und neidischen Menschen die Verläumdung abzuschneiden, dadurch zu entsprechen geglaubt, daß Wir auf den heutigen Tag Unsers Herrn Oncles, Herrn Bruders und Herrn Erbprinzen Lbdl. zu einer Conferenz einluden, und Unsern Minister mit beizogen. In dieser Conferenz legte der Minister die traurige Gestalt

Unserer Angelegenheiten, die unglückliche Lage Unsers Landes, das grenzenlose Elend Unserer Familie, die hoffnungslosen Aussichten für Unsere Nachkommen und die Unmöglichkeit, bei diesen Verhältnissen, je Unserm Fürstenstande gemäß leben zu können, so vor, wie er sie im April 1801 gefunden hat.

So sehr Wir und Unsere Agnaten vollkommen davon überzeugt waren, daß Unsere Lage damals trauriger nicht seyn konnte, so gründlich und umfassend hat der Minister nachgewiesen und mit dem von Uns genehmigten Etatsschuldenverzeichniß und cassirten Schulddocumenten, dann Instructionen bestärkt, daß nun alle Gefahr vorüber sey, daß in einem Zeitraum von sechs Jahren, die der Aufkündigung unterworfenen Capitalien, wenn man die Plane des Ministers treu und ehrlich befolgen wird, ohne Schwierigkeit abgetragen werden können, daß die Einkünfte des Landes, ohne Druck desselben, beträchtlich erhöht worden sind, daß unnöthige Ausgaben vermieden wurden, daß in der Banque für unvorhergesehene Fälle ein beträchtliches Capital erspart worden ist, daß der Ankauf von Erkersreuth auf die nach dem Hausgesetz von 1802 vorgeschriebene Weise und mit Genehmigung der Landesregierung geschlossen wurde, (und daß er, nach den Familien Conjunctionen Unsers Hauses nothwendig, auch um so unverfänglicher war, weil sich der Minister erklärt hatte, es zurück zu nehmen, wenn Wir einen Verlust bei Befolgung der von ihm aufgestellten Administrationsprincipien leiden würden) und daß endlich nun erst die Möglichkeit eintreten könne, von künftigen Jahre an beträchtliche Summen auf Verbesserung gemeinnütziger Landes-Anstalten und zu Erhöhung des Wohlstands zu verwenden.

Er hat nachgewiesen, daß schon in diesem Etats-Jahre auf Bibliothek, Forsten, Chausseen, Armen-Wesen, Bauten, Meublement über

34000 fl. Rhein.

ausgesetzt waren, wozu sonst nur geborgt und kein Heller verwendet werden konnte.

Er hat ferner nachgewiesen, daß der Kaufschilling von Erkersreuth in 23 Jahren und also aus sich selbst erst abgetragen werden soll, und daß er keine öffentliche Casse irgend einer Art je in seine unmittelbare Administration hat haben wollen und wirklich hat, daß er mit rastloser Thätigkeit dahin arbeitet, die unglücklichen Verhältnisse zwischen dem hiesigen und Gothaischen Hause auf die kräftigste Art ins Reine zu bringen. Nach diesen Nachweisungen konnte man ihm auch von Seiten Unserer Herren Agnaten und Herrn Erbprinzen Lbdl. den vollsten Beifall und die vollste Zufriedenheit nicht versagen, und Wir der regierende Herzog hatten ihm dasselbe schon im Laufe seiner Administration zu erkennen gegeben. Der Minister äußerte aber gleichwohl, daß er an des Herrn Feldmarschalls Prinzen Friedrich Lbdl. nicht nur den neuesten Schuldenzustand, sondern auch die General- und Special-Etats zu Seiner nähern Prüfung in Seiner Behausung vorlegen wolle.

Zur mehrern Urkunde ist dieses auf Unsern Befehl gefertigte Protocoll von Uns, dem regierenden Herrn, von Uns den Agnaten und von Uns dem Erbprinzen unterschrieben worden.

Franz H. z. S. C. S.

Friedrich Josias Prinz z. S. C. S.

Ludwig Pr. z. S. Coburg.

Ernst Erbprinz z. S. C. S.

Nr. II.

Schreiben des Hn. Prinzen Friedrich Josias
an den Minister von Kretschmann, dessen
Staats- und Finanzadministration betrf.

d. d. 28. Febr. 1803.

Hochwohlgeborner Herr,
Insonders hochgeehrtester Herr Minister!

Ich statue Euer Hochwohlgebl. für sämmtlich mir mitgetheilte Schriften und Auskünfte den verbundensten Dank ab, und da ich aus solchen neuerdings ansehen, welche wichtige Dienste Dieselben durch die so beträchtliche Vermehrung derer Landeseinkünfte dem Herrn Herzog und dessen ganzen Hause und Land geleistet, so wünsche dem Herzog von ganzem Herzen Glück dazu, einen Mann an Ihnen gefunden zu haben, der in so kurzer Zeit so viel Gutes leisten können, als welches Ihnen gewiss viel Ehre macht. Da ich versichert bin, daß die bestehende Untersuchungs-Commission für Euer etc. ohne Zweifel sehr gut ausfallen, und es Denenselben an hinlänglicher Satisfaction nicht fehlen wird, so dürfte Dero dabei zu vermuthende Großmuth gegen Dero Feinde, Dero Ruhm nur um so mehr vergrößern. Der ich mit der vollkommensten Hochachtung zu seyn die Ehre habe

Euer etc.

Coburg
den 28. Febr.
1803.

ergebenster Diener
Fr. Josias P. z. S. C. S.

Nr. III.

Vollmacht des Hn. Prinzen Ludwigs für den
Minister von Kretschmann, die Berichtigung
seines Schuldenwesens betreffend,
d. d. 2. Jan. 1802.

Wir Ludwig Carl Friedrich, Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, Landgraf zu Thüringen, Marggraf zu Meissen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein etc. etc. Seiner Kaiserlichen Majestät bestellter General Feldmarschall Lieutenant und Ritter des Preussischen rothen Adler Ordens etc. urkunden und bekennen hiermit, daß Wir dem Herzoglich-Sächsischen wirklichen geheimen Rath und dirigirenden Minister Herrn von Kretschmann hieselbst den Auftrag gegeben haben, Unser Schuldenwesen in Ordnung zu bringen, aus den Uns zustehenden Einkünften einen Schulden-Amortisations-Fonds zu errichten, aus diesem für die allmähliche Abzahlung der Schulden zu sorgen, mit den Gläubigern über die Stundung der Capitalien zu traktiren und das Ganze so gut als möglich zu berichtigen.

Wir geben hiebei zugleich die Versicherung, daß Wir alles was erwähnter Geheimbderath in Unserm Namen verhandeln und abschliessen wird, vollkommen genehm halten wollen.

Urkundlich haben Wir diese Vollmacht eigenhändig vollzogen und besiegelt. Coburg, den 2. Jenner 1802.

(L. S.)

Ludwig Pr. z. S. Coburg.

Nr. IV.

Des Hn. Prinzen Ludwigs Danksagungsschreiben an den Minister von Kretschmann
d. d. 31. März 1802.

Euer Hochwohlgebornen sende ich mit dem innigsten Dank den Entwurf zur Urkunde wegen Tilchung meiner Schulden zurück, ich wufste weder etwas zu erinnern noch abzuändern, nur wünschte ich, daß das ich Fol. 2. von mir mit NB. bezeichnet und leicht durchstrichen wegfallen könnte, indem es unerwartete Zerrüttung in meine häusliche Einrichtung bringen würde. Empfangen Euer Hochwohlgeb. hier nochmals meinen innigsten Dank nicht nur vor die freundschaftliche Bemühung dieses mein wichtigstes Anliegen in Ordnung und zu erwünschter Beendigung zu bringen, so auch vor die frohe Aussicht, daß bei fernerer Verbesserung der Finanzen Dieselben auch auf meinen Wohlstand Rücksicht nehmen wollen.

Seyn aber Euer Hochwohlgeboren fest versichert, daß mir hauptsächlich das Wohl meines Vaterlandes, das so sehr zu großen Verbesserungen geeignet ist, und daher das Wohl des Hofes also meiner, mir gewis höchst werthen Familie am Herzen liegt, und ich zufolge diesem nichts sehnlicher wünsche, als daß alles dahin sich vereinigen möge, Euer Hochwohlgeborn in den Stand zu setzen, ihre

so zweckmäfsig guten Absichten in stiller Ruhe und ganzer Heiderkeit des Gemüthes zu selbst eigener frohen Zufriedenheit auszuführen, und die- sertwegen alle Cabale einerseits erstickt, nötige Festigkeit andrer Seits ohne alle fremde Ein- wirkung von Tag zu Tag zunehmen möge, und de- nenselben alle die so beschwerlichen Geschäfte mög- lichst zu erleichtern; wahre Wonne für mich würde es seyn, könnte ich diesen Wunsch in Erfüllung zu bringen thätig mitwürken, so wie es mir zur Pflicht worden ist, stets zu beweisen, mit welcher dankba- ren Hochachtung ich lebenslang seyn werde

Euer Hochwohlgeborn

Coburg
den 31. März 1802.

ganz ergebenster Freund und Diener

Ludwig
Prinz zu S. Coburg.

Nr. V.

Fürstl. Assecuranzurkunde für den Hn. Prinzen Ludwig d. d. 29. Dec. 1801.

Wir von G. G. Franz, Herzog zu Sachsen etc.

bekennen hiermit, daß Wir auf Ansuchen Unsers Herrn Bruders, des Prinzen Ludwig Lbd. beschlossen haben, Denselben für die Vortheile, welche Er auser Seiner Hausverfassungsmäßigen Appanage unter der Regierung Unsers Herrn Vaters Gnaden genossen hat, auf Unsere Lebenszeit folgende Entschädigung zu bestimmen:

I.

Soll Derselbe ferner, wie zeither

Zweihundert fünf und ein Viertel Simra und eine Metze Haber, hiesiges Gemäfs,

Zweihundert und neunzehn Centner Heu, und

Zehn Schock, Vier und Zwanzig Bund Stroh

jährlich aus dem hiesigen Castenamte gegen baare Bezahlung des Cammertaxes, und zwar

das Simra Haber zu 16 ggr.

den Centner Heu zu 6 ggr. und

das Schock Stroh zu 2 fl. Fr.

als benöthigte Pferdefourage erhalten.

II.

Wollen Wir Ihm ebenfalls noch fernerhin nicht nur die bisher auch nach dem Cammertax, monatlich bezogenen

Zwey Simra Korn, und

Ein Simra Waizen

um die nemliche Taxe, als

das Simra Waizen zu 2 fl. Fr. und

das Simra Korn zu 1 fl. 12 ggr.

gegen baare Bezahlung, sondern auch

Acht und Vierzig Simra Gerste

zu Bestreitung seines Tischtrunks ohnentgeltlich von besagtem Castenamte abreichen lassen.

III.

Da Derselbe, wegen eingetretener Verhältnisse, nicht mehr im Schlosse wohnen kann; so wollen Wir Ihm für die mit dieser Wohnung verknüpften Emolumente, aufser der freien Tafel, wenn Er persönlich bei Hofe erscheint, die Summe von

Siebenhundert Gulden rhn.

aus Unserer Dispositionscasse in vierteljährigen Ratis vom 1. Jan. 1802 auszahlen lassen, und den bisherigen Miethzins bis zum letzten Dezember des jetzigen Jahres ohne Anrechnung aus dieser Casse bestreiten.

IV.

Zu augenblicklicher Anschaffung der Unsers Herrn Bruders Lbd. in einer andern Sich selbst in Zukunft auszuwählenden Wohnung benöthigten Mobilien, des weissen Zeuches u. a. wollen Wir demselben die Summe auf Abschlag der jährlich zu zahlenden 700 fl. rhn.

Einhundert Fünf und Siebenzig Gulden rhn.

vorauszahlen lassen, welche Er aus Unserer Dispositionscasse sofort baar gegen Quittung erheben kann. Endlich

V.

soll Unsere Hofstaatscasse an Denselben noch monatlich

Elf Gulden rhn.

oder jährlich 152 fl. rhn. wegen der bei der aufgehobenen Rodacher Stuterei vorhin gehabten Emolumente, entrichten. Dagegen wollen

VI.

Unsers Herrn Bruders Lbd.

- a) den Miethzins für das laut des Ihnen zuzustellenden Contracts noch jetzt gemiethete, oder künftig von Ihnen anderweit gemiethete Quartier vom 1. Jan. des nächstkünftigen Jahres 1802 an,
- b) das während Ihrem Hierseyn nothwendige Frühstück,
- c) die Beheizung Ihrer Wohnung und die damit verknüpfte Beischaffung des Holzes und des Macherlohns desselben,
- d) die Beleuchtung in Ihrem Hause, und
- e) die Wäsche und das weisse Zeuch, auch
- f) die Beköstigung, wenn die Tafel Krankheits halber nicht bei Hofe genommen werden kann,

Selbst bestreiten, und das Ameublement, welches vom Hofe bereits verabfolget worden ist, als Inventarium lassen, und für dessen Reparatur und Erhaltung sorgen, auch übrigens bei der grossen Beschränktheit der hiesigen Cassen weiter keine Ansprüche auf Unterstüt-

zung machen, sondern Sich vollkommen damit begnügen lassen.

Urkündlich haben Wir diese Versicherung eigenhändig unterschrieben und mit Unserm Fürstl. Siegel bedrucken lassen.

Coburg den 29. Dec. 1801.

Serenissimus.

Nr. VI.

**Extract aus der Primogeniturconstitution
de anno 1746.**

etc.

Alldieweilen Wir auch

Sechstens mittelst der nur besagten Erläuterungsdisposition Paragrapho tertio Uns vorbehalten haben, derer denen Apanagiatis zu assignirenden Wohnungen halber weiter Anordnung zu thun; Als wollen Wir Uns zwar zu Unsern jüngern Prinzen Lbd. gänzlich versehen, Sie auch andurch väterlich und wohlmeinend ermahnet haben, sich durch Fleiß, tugendhafte und Fürsten anständige Aufführung dergestalt zu qualificiren, damit Sie durch ihre Verdienste zu ihren eigenen und des fürstlichen Hauses Ruhm, Besten und Aufnehmen, zu hohen Ehrenstellen und gewünschten Gelegenheit, Gott, dem Vaterland und hohen Häuptern zu dienen, gelangen, nicht aber durch widriges Bezeigen sich in den Stand setzen mögen, ihre besten Jahre zu Haus im Müssiggang zubringen zu müssen.

Woferne jedoch bemeldete Unsere Söhne oder einer von Ihnen, aus erheblichen Ursachen in Unsern Landen sich aufzuhalten genöthigt würden, und ihre Convenienz nicht leiden wollte, bey dem Primogenito in der Residenz zu verbleiben, solchen Falls soll der Primogenitus bemeldeten appanagirten Prinzen, oder

auch deren Gemahlinnen, Wittwen und Famillen, entweder in denen Fürstl. Gebäuden zu Saalfeld, oder in einem Fürstl. Haus eines Coburgisch oder Saalfeldischen Amtes die benöthigte bequeme Wohnung ohnentgeltlich, und ohne dieserhalb an dem Apanagio etwas abzuziehen, anweisen und einräumen, auch auf seine des Primogeniti Kosten in baulichen Wesen erhalten, das zur Feuerung nothwendige Holz aber um einen billigen Preis liefern lassen.

etc.

Damit aber auch

Neunten s Unsere bei Einführung des Juris primogeniturae, und dieserhalb getroffenen vormalig- und jetzigen Anordnungen habende Absicht, das Wohl und gedeihliche Aufnehmen Unsers Fürstl. Hauses zu erhalten und nach Möglichkeit zu befördern erreicht, nicht aber etwa durch unwirthschaftlichen Haushalt derer Primogenitorum die jetzig und künftig überkommende Lande geschwächet, die Einkünfte vermindert, und derer Postgenitorum habendes eventuale Successions-Recht geschmälert werde; Als ermahnen Wir nicht nur Unsers Erstgebohrnen Sohnes Liebd. und alle diejenige Unsere Söhne und Nachkommen, auf welche die Regierung Unserer Lande nach Anlaut der errichteten Primogeniturconstitution kommen und fallen wird, wohlmeinend und ernstlich, daß sie mit Vermeidung des die Landes-Einkünfte absorbirend und übersteigenden Prachts und unnöthigen Aufwands, vielmehr auf die Realität sehen, und ihre Revenüen dergestalt zu Rath halten mögen, damit es an denen zu glücklicher Führung des Regiments ganz unentbehrlichen Mitteln niemals gebrechen, sondern durch Schuldentilgung und Wiederherbeibringung ehedin verpfändet und veräuser-

ter Stücke die Lande redintegriret, und das Cammerwesen gebessert werden möge, sondern Wir setzen, ordnen und wollen auch, daß der jedesmalige Primogenitus und regierende Herr Unsers Fürstl. Particulierhauses sich aller Verpfänd- und Veräuserung jetzig und künftiger Lande, liegender Güter und Zugehörung, in gleichen aller neuen Schuldenwürkung durchaus und gänzlich enthalten, in unvermeidlichen Nothfällen aber dergleichen Veräuserungen, Verpfändungen und Geldaufnahmen nicht anders, als mit vorgängiger Einwilligung aller sodann in Unserm Fürstl. Haus sich findender Appanagiatorum, vornehmen, im widrigen Fall aber dergleichen Alienation und Verpfändungen null und nichtig, auch die Apanagiati, wann ihrer einer zur Succession gelanget, zu Abtrag derer ohne ihren Consens gewürkten Schulden in keinerlei Weise verbunden seyn sollen.

etc.

Nr. VII. c).

Schreiben des Hn. Prinzen Ludwigs an den
Minister von Kretschmann d. d. 17. Dec.
1801.

Hochwohlgeborner Herr,
werthgeschätzter Herr Minister!

Auf Euer etc. Zuschrift vom 14. Dec. mit Beilage der Assecuranz Punkte, enthaltend die Emolumenten die schon ich vor dem Auszug aus dem Schloß genossen, wie auch jener so mit der Wohnung im Schlosse verbunden und daher nachdem ich solches verlassen natürlich zu ersetzen kommen und worüber Euer etc. meine Bemerkung begehren, habe ich nicht säumen wollen, solches in Beilage hiermit zu leisten.

Hienebst bitte ich Euer etc. auf das Angelegentlichste Hochdieselben, wollen den von meinen Brüdern zu Freundschaftlicher Einrath und Vermittelung überkommenen Aufsatz mein Schuldenwesen betreffend, Sich in Rücksicht der Vorsprache meiner Frau Schwägerin und der Anhänglichkeit Euer etc. an der Person meines Bruder bestens empfohlen seyn lassen, wodurch aber Hochdieselben mich auf das festeste verpflichten würden, als den Mitbeförderer zu Wiederherstellung meiner Ruhe und meines Glückes anzusehen, lebenslang aber dankbarlich beflissen zu seyn,

bei jeder Gelegenheit zu beweisen, mit welcher ausgezeichneten Hochachtung ich die Ehre habe zu seyn.

Euer etc.

Coburg

den 17. Dec.

1801.

etc. etc.

Ludwig Pr. z. S. Coburg.

N. S.

Die in den Zahlungsplan meines Schuldenwessens in Einnahme gesetzten 400 fl. finden sich auch in der hier beiliegenden Beantwortung ausgewiesen und ist hie als dorten ersichtlich mit welcher Gewisheit ich Rechnung darauf machen muß.

An

des Herrn Ministers von Kretschmann

Hochwohlgebl.

Nr. VII. b.

Schreiben des Hn. Prinzen Ludwigs an den
Minister von Kretschmann, die von erstern
geforderten 175 fl. betr. d. d. 11 Jan.

1802.

Hochwohlgebohrner Herr,

Werthgeschätzter Herr Minister!

Wegen den Verstofs, des Gestern nur Einfach bezo-
genen viertheiljährigen Betrags der mir aus der Dispo-
sitionskasse bewilligter Jährlicher 700 fl. mit 175 da
ich davon als das gedoppelte nur 350 fl. erwarten konn-
te und desfalls zwei Quittungen eingeschikt hatte, wo
ich die mir zurück gekommene hierbei schliesse, wol-
len Euer etc. mir weiters die Erinnerung erlauben:

Erstlich stehet in denen eingegebenen gegen Puncten
auf die zuerst mir zugefertigte Assecuranz Urkunde
im 7ten Nro.

Zu Augenblicklicher Anschaffung aller nur durch
mich zu besorgenten Vorräthe etc. von denen
300 Emolumenten Ersatz als auch von denen
400 Hauszinns u. d. gl. ein Viertel Jahr im Gan-
zen mit 175 fl. im Voraus und Unbeschadet, der
künftigen laufenden Radiis, wo sofort der erste,
wieder den 1sten Jan. 1802 gefällig wäre zahlen
zu lassen.

Zweitens haben Euer etc. bei Gelegenheit, dafs ich
mich dieser Sache wegen bei Denenselben einge-
funden, mir selbst en eröffnet, dafs es damit kei-

nen Anstand habe, indem alles Praenumeranto ausgezahlt werde, welches glaube ich bei Emolumenten Ersaz, als tägliche Bedürfnisse, vorzüglich von Besoldung dieses Benefic zu genießen haben. Drittens ist in der mir zugegangenen Assecuranz Urkunde, ganz nichts Abschlägliches von mir bemerkt, und also alle durch mich erbetene Puncte als vollkommen angenommen angesehen worden worauf sich auch meine Beruhigung und Dank bezog.

Viertens habe ich durch und seit dem Auszug aus dem Schlosse gerne die Summe von 175 fl. mit dieser Veranlassung verbundene Auslagen gehabt, die aber mich nicht hätten treffen sollen, vor mich in meiner Lage ein Object ausmachen, hingegen dem Hof, in Rücksicht des vorgegangenen allen und dem hier angeführten, von keinem Belangen seyn können.

Es würde mir Schmerzhaft fallen, wenn ich hier wieder den Glauben erregt finden müßte, dafs nur vor mich, man Spahren und vernachlässigen dürfe; weswegen ich bitte um diese Meinung ein vor allemal nieder zuschlagen, gegen beiliegende Quittung, das im 7ten Punct meiner Gegenäuserung klar ausgemachten Quantum von 175 fl. rhenl. unbeschadet der laufenden Ratis und so Pränumeranto zu beziehen wären, gefälligst auszahlen zu lassen. Der ich ansonst mit ausgezeichnete Hochachtung die Ehre habe zu seyn

Euer

Coburg

etc. etc.

den 11. Jan. 1802.

Ludwig Pr. z. S. Coburg.

An

des Herrn Ministers von Kretschmann

Hochwohlgeb.

Nr. VII. c).

Vortrag des Ministers an des Herrn Herzogs
Durchlaucht, die von dem Prinzen Lud-
wig geforderten 175 fl. betr.

Sr. Herzogl. Durchl. Herr Prinz Ludwig wollen sich die in §. IV. bestimmten 175 fl. rhn. nicht abrechnen lassen und verlangen sie besonders nach den fernern Anlagen, glauben auch, daß von mir das Auszahlen abhängt. Da ich aber nicht, sondern nur Euer Durchl. über die Cassen disponiren können, so erwarte ich deshalb höchste Verhaltungsbefehle. Die Summe ist aber so klein, daß es wirklich nicht der Mühe lohnt, deshalb Aufsehens zu machen, ob schon in den Verhandlungen nicht vorkommt, daß 175 fl. geschenkt werden sollen.

Kretschmann.

Es können meinem Bruder die
175 fl. rhu. nach seinem Ver-
langen ausgezahlt werden.

Franz H.

Nr. VIII.

Rescript an den Canzlar Schnetter, wegen
Ueberlassung des Nachlasses der Frau Her-
zogin an Hn. Prinzen Ludwig d. d. 18.

Mai 1802.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc. etc.

Unter Rückgabe der von Euch eingesendeten Acten und Schlüssel genehmigen Wir Euer Verfahren vollkommen, welches Ihr bei Versiegelung des Nachlasses Unserer Frau Mutter Gnaden beobachtet habt. Zugleich eröffnen Wir Euch hiermit, daß Wir den ganzen Nachlaß Derselben an Unsers Hn. Bruders Ludwig und Unserer Frau Schwester Prinzessin Caroline Lbdl. Lbdl. ausschließlich überlassen haben, wogegen aber auch von denselben die etwa noch zu bezahlenden Schulden Unserer Frau Mutter Gnaden zu übernehmen sind. Doch werden von dieser Erbschaft ausgenommen, der Verstorbenen Sterbebette, die beste Wäsche, Spitzen und dergl. worin sich die Hofdame mit den Cammerjungfern und Garderobe-Mädchen, dem Herkommen gemäß, theilen werden, ferner, alle vorhandenen Pferde, die Meubles, die Hauswäsche und überhaupt alle Sachen, welche nicht Unserer Frau Mutter Gnaden erweisliches Eigenthum, sondern von Unserer Hofhaltung dahin abgegeben worden sind, und

also wiederum dahin zurück geliefert werden müssen. Sollte der Geh. R. Goebel von Unserer Frau Schwester Lbdl. zur Hebung dieser Erbschaft, wie Wir glauben, speciell bevollmächtigt seyn, so könnt Ihr, wie Unsers Hn. Bruders Lbdl. wünschen, die Entsiegelung des Nachlasses bald möglichst vornehmen und den Erben die Theilung desselben überlassen.

Nur habt Ihr, wenn die Aufsiegelung geschehen soll, Unserm Landesministerium davon Bericht zu erstatten, damit die nöthigen Vorkehrungen zur Entfernung aller Papiere, welche Uns und Unser Land unmittelbar angehen, getroffen werden können.

Coburg den 18. Mai 1802.

A. S. B.

v. Kretschmann.

An
den Geh. Rath u. Canzlar
Schnetter allh.

Nr. IX.

Schreiben des Herrn Prinzen Ludwigs an den
Minister von Kretschmann wegen Ueberneh-
mung der Chausseebaudirection

d. d. 12. Febr. 1802.

Der groſſe Vortheil so einem Land durch den Bau
guter Straſſen zugeht auſſer daſſ dergleichen Unterneh-
mungen in Rückſicht des einheimiſchen als fremden
Publikums ſchon der Billigkeit angemessen ſind, iſt
zu einleuchtend als daſſ hierüber nur noch etwas zu-
zuſetzen nöthig wird.

Nur kommt noch zu bemerken, daſſ vorzüglich
in kleinen Ländern, ſo auch im Coburgiſchen, durch
die, zuſolge ſolcher Einrichtung immer ſich ver-
mehrende Paſſage ſodann ſtets nur dieſe Straſſe hält,
und ſich nicht willkührlich auf jene der nahen Nach-
barschaft vertheilet, der Wohlſtand aller Gewerbzwei-
ge und der Unterthanen, mit einem Wort die Betrieb-
ſamkeit aller Theile jener Lande und mit ſolcher, die
Steuer und Umgelds oder Acciſe-Einnahme ſich hebt,
welches eben hier als ein Hauptpunkt zu betrachten
kömmt.

In dieſer Rückſicht nun wäre daher einem ſo es
übernehmen würde den Chausſée-Bau im ganzen
Lande auf eignen Schaden und Nutzen zu betreiben
billigerweiſe zu vergönnen ſeyn:

- 1) Ein angemessenes Quantum aus der Landschafts- und Umgelds-Casse jährlich, so lange der Bau dauren würde zu erheben.
- 2) Die gesammte Geleits-Einnahme sammt darauf haftenden alten Schuld von 13000 fl. Fr. zu eigener Administration zu überlassen.
- 3) Die Einnahme der schon bestehenden als noch zu errichtender Schlagbäume einzuräumen.
- 4) Den übrig bleibenden Strafsenraum als Eigenthum ohne darauf zu legende Onera zu überlassen.

Unter diesen vorauszusetzenden billigen Bedingungen und anzuhoftender Genehmigung der noch weiters zu machenden Vorschläge die innere Einrichtung des Baues und der Strafsenordnung betreffend, so zu seiner Zeit, wenn erst diese Hauptpunkte berichtet seyn werden, folgen sollen, wäre Ich erbötig dieses Unternehmen selbst einzugehen, so dafs Cs. Cammer fernerhin gar nicht mehr damit befangen wäre Dieselbe jedoch ohne allen eignen Aufwand, so wie die Landschaft- und Accise-Casse beträchtliche Erhöhung geniessen würde.

Ich als Unternehmer aber würde alsdann folgende Lasten übernehmen, als:

- 1) Alle bisher von Geleit- und Weg-Geld-Einnahme salarirte Personen, nemlich:
 - a) den Hn. Geleits-Amtmann. b) Hn. Landbau-meister Polster, und Wegwarte so weit diese nöthig beyzubehalten.
- 2) Alle zur Strafsen nothwendig zuzuziehende Grundstücke zu vergüten.
- 3) Die auf der Geleits-Casse haftende alte Schuld à 13000 fl. Fr. zu übernehmen.

- 4) Cs. Cammer durch den Hn. Geleits - Amtmann zum Revisor und letztern nach wie vor zum Haupt-Einnehmer beyzubehalten.

Nur ist schleunige Resolution nöthig, um die nöthigen Anstalten zu treffen, und eben bey jetziger Jahreszeit alles zweckmäfsig vorzukehren. Dieses alles vorausgesetzt wollte Ich mich dann verpflichten falls meine weitem Vorschläge bewilligt und hinlänglich unterstützt würden, zufolge einzureichenden Plan alle Strassen im Lande ohngefahr 28 Stunden so noch ungebaut in Coburg, und Saalfeldischen Antheil sich befinden, in Zeit von längstens 15 Jahren — die Haupt-Strassen aber als den Itzgrund — nach Rodach und über Saalfeld bis Pöfsneck in Zeit von 8 bis 9 Jahren gänzlich als vollkommen gute Chaussée herstellen.

Coburg den 12. Febr. 1802.

Ludwig Prinz Coburg.

Nr. X.

Antwortschreiben des Ministers von Kretschmann an den Hn. Prinzen Ludwig auf dessen gemachten Antrag wegen Uebernehmung der Chausseebaudirection d. d. 13. Febr.

1802.

Durchlauchtigster etc. etc.

Ew. etc. dürfen Sich vollkommen überzeugen, daß ich gewiß alle meine Kräfte aufbieten werde, um Höchstdero Angelegenheiten bestens zu besorgen und Höchstdenenselben dadurch diejenige reine Verehrung an den Tag zu legen, welche ich für Ew. etc. hege; allein ich bin ganz außer Stande, für den mir gnädigst mitgetheilten Plan etwas zu würken, weil sich die schon getroffenen Einrichtungen für den Chaussée-Bau nicht mehr aufheben lassen, weil die Geleits Einnahme in der Zukunft durchaus nicht mit dem Chaussée-Bau in Verbindung stehen darf, ohne den Cassen Schaden zu thun, weil der Fonds zu Abzahlung der 13000 fl. Fr. bereits ausgemittelt ist, und weil im Saalfeldischen solche Einrichtungen bereits vorbereitet sind, daß die Anlage der Chaussée nicht sehr hoch kommen kann.

Wollten Ew. etc. aber Höchstdero Plane nur näher mittheilen und dadurch Serenissimum überzeugen, daß durch die Realisirung größserer Vorthail für die Cassen entstehen könnte; so möchte sich wohl leicht ein Mittel finden lassen, Höchstdero Bemühung auf eine andere Art zu vergüten. Ich wenigstens würde mir es zu einem sehr angenehmen Geschäfte machen, Höchstdero rühmliche Thätigkeit zu unterstützen. Nur liegt es außer meinen Grenzen von Pflicht da mitzuwirken, wo es auf die immerwährende oder temporale Veräußerung von öffentlichen Cassen ankommt.

Verehrungsvoll ersterbe ich

E w. etc.

etc.

v. Kretschmann.

Nr. XI.

Extract eines Schreibens des ehemaligen Landschaftsdirectors von Köniz an die Coburgischen Landstände de 3. Aug. 1804.

etc.

Wie könnten sie auch den Versicherungen und Zusagen des Ministers von Kretschmann Glauben beimessen, der überhaupt keinen andern Zweck zu haben scheint, als die landschaftliche Verfassung umzustürzen und sie nach seinen ungangbaren Ideen zu modeln?

etc.

sollten wir als treue Väter und Repräsentanten des Volks und als treue Vasallen und Unterthanen nicht in unsern Gewissen verbunden seyn, unsern Landesherrn um dessen Entfernung zu bitten? Um die Entfernung eines Menschen bitten der das landesherrliche Ansehen allenthalben herabwürdigt, die Großmuth desselben irre leitet, seine Gerechtigkeit überrascht und die Herzen der Unterthanen abwendet?

etc.

Nr. XII.

Herzogl. Requisitionsschreiben an Chursachsen, die Absendung einiger Manutenenztruppen betreffend d. d. 25. Febr. 1803.

Durchlauchtigster etc. etc.

Seit dem Antritte Unserer Regierung haben Wir es Uns zur Pflicht gemacht, die seit länger als einem halben Jahrhundert schlafende Polizei zum allgemeinen Besten zu wecken.

Die richtige Bestimmung der Taxen der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, Organisation der Gesundheitspolizei, die Verbesserung der Feueranstalten, der Versuch einer Brand-Assecuranzkasse, die Verbesserung des Rechnungswesens bei den Kämmereikassen und die nothwendigen Verfügungen in noch mehreren Branchen der städtischen Policei haben, so wohlthätig sie auch für das allgemeine seyn mußten und seyn werden, dennoch da sie die Fortdauer der abusiven Vortheile mehrerer Individuen, welche diese aus der vorigen Anarchie zu ziehen wußten, zugleich unmöglich machen mußte, in den Gemüthern der Bürgerschaft Unserer Residenzstadt Coburg eine unruhige Stimmung und schlecht verborgene Unzufriedenheit hervorgebracht.

Ob Wir nun gleich kein Mittel unversucht gelassen haben, diese Menschen durch Belehrung und sanfte Zurechtweisung in die Schranken ihrer Pflicht zurück zu bringen, und ob Wir schon Unsern Unterthanen die Versicherung geben konnten, daß Wir neue Abgaben zu machen nicht nöthig hätten, so ist es doch jenen Einzelnen gelungen, mit Hülfe mehrerer wohlhabender Wucherer und Geldmäkler, die sich ebenfalls in ihrem schändlichen Gewerbe gehemmt fühlten, eine allgemeine Unzufriedenheit zu bewürken.

Einen eben so unverfänglichen als in der Natur einer guten Polizei gegründeten Befehl, die Häuser in den Städten und auf dem platten Lande zu nummeriren, wußten jene Ruhestörer unter einem so verhaßten und schreckbaren Lichte den vor neuen Abgaben zitternden Bürgern, welche in dieser Anstalt eine Finanzoperation fürchteten, vorzustellen, daß ein Theil derselben durch ihre Viertelsmeister schlechthin erklären ließen, daß sie diesem Befehl nie Folge leisten, daß sie überhaupt gegen jede neue Policeianstalt protestiren und nur solche Anordnungen sich gefallen lassen würden, welche sie genehmiget hätten. Unter solchen Umständen haben Wir eine genaue und strenge Untersuchung gegen die Rädelsführer nothwendig verhängen müssen. Um aber bei der Vollstreckung des Urthels sowohl als auch schon im Verlaufe der Untersuchung selbst mit dem erforderlichen Nachdruck handeln zu können, so sehen Wir Uns vermüßigt, Euer etc. als Kreisausschreibenden Fürsten ergebenst zu ersuchen, von einem der nächststehenden Cavallerie-Regimenter Uns zur Aufrechthaltung guter Ordnung zwei Escadrons gütigst zu verwilligen und diesen den Befehl zugehen zu lassen, ihren Marsch hierher möglichst zu beschleunigen.

In der Ueberzeugung, daß Uns Euer etc. bei dieser unangenehmen Lage gewiß nicht die erbetene Hülfe verweigern werden, haben Wir bereits wegen der Einquartierung das Erforderliche verfügt und sehen von Euer etc. Selbst der Bestimmung über die Verpflegung der commandirten Mannschaft entgegen.

Die Wir in der vollkommensten Hochachtung zur
Erweisung etc. Coburg z. E. den 25. Febr. 1803.

Serenissimus.

An
Chursachsen.

Nr. XIII.

Des Herrn Prinzen Ludwigs Geschichtserzählung d. d. 19. Jun. 1803.

Pro Memoria.

U ngefähr 8 Tage vor dem 22sten Febr. d. J. erhielt ich zu allererst Wissenschaft von dem, was man in Stadt und Land, alles dem Minister von Kretschmann zur Last legte, und anschuldigte, worüber aber die Bürger hiesiger Stadt vorhatten, bei meinem Bruder Klage zu führen, und vorzüglich bitten wollten, daß solcher doch die Gnade haben mögte, alle neu ausgehende Befehle mit Seiner eigenen Hand-Unterschrift zu beehren, damit sie dadurch erführen, daß das, was befohlen werde, Sein eigener Wille seye; da sie in einem Minister, der so manche ihne nachtheilig scheinende Verordnungen bloß unter seinem Namen ergehen lasse, und so manchen bedenklichen Vorkehrungen Seiner Seits, nach dem Vorgang des Verkaufs von Erckersreuth und andern nachtheilig scheinenden Unternehmungen, ganz kein Vertrauen mehr haben, und als einen Wortbrüchigen Mann nicht mehr achten könnten; sondern glauben zu müssen, alles nachtheilige für sich und das Land mit Gewissheit voraus zu sehen. Sie wollten schlechterdings vor meinen Bruder gelassen werden, und auf den Fall, daß sie das nicht erreichen könnten, dann in Menge sich unter seine Fenster versammeln, um Abhülfe und mehrerer

Einsicht, in die ihnen bedenklich scheinenden zu willkührlichen Unternehmungen des Ministers bitten. Da man sie nun auch von diesen — obgleich mit vieler Mühe abbrachte, und sie hingegen, falls sie glaubten Ursache zu haben, und wirklich statthafte Klagen führen zu können, auf den rechten Weg und das wahre ihnen erlaubte Benehmen hinwies, und wie solches nur geschehen dürfe; so versammelten sich den 21sten Februar die sämmtlichen Viertelsmeister auf dem Rathhaus, um ihre vermeintliche Klagen und Besorgnisse zu Protocoll zu geben, und so vor meinen Bruder zu bringen. Auch war eine allgemeine Erbitterung gegen den Minister zu verspüren, welches nun sammt gedachten Klagprotocoll nothwendig den 22sten in der Frühe meinem Bruder zukommen, aber bei Seinem damals bedenklichen Gesundheitszustande, als gänzlich unvorbereitet schreckhaft überraschen, und daher tödlich werden konnte. Dieses nun setzte mich in die peinigste Verlegenheit und wahrer Todesangst, indem ich alle üble Folgen so hieraus entstehen mußten, nur gar zu deutlich vor Augen hatte.

Ich besprach mich daher mit denen zwei meinen Bruder besuchende Aerzte die Herren Scheeler und Müller, und stellte ihnen vor, wie nothwendig es seye, ohne Verzug wegen der nahen Gefahr meinen Bruder von dem, was vor sey, zu praeveniren, indem sonst das schrecklichste vor meinen Bruder und das ganze Land zu fürchten stehe!! Beide stimmten mit mir auch vollkommen überein, versicherten, daß ohne diese Vorsicht der bevorstehende — von meinem Bruder aber ganz nicht geahndete Schlag allerdings für Solchen höchstbedenkliche Folgen sonst haben müsse.

Nur war einem, wie dem andern bange, auf was

Art dieses unumgänglich nöthige, und wegen dringenden Umständen nicht mehr länger aufzuschieben mögliche Unternehmen auf das glimpflichste begonnen, und der Vortrag auf das möglichst schonendste — daher unschädlichste ausgeführt werden mögte. Beide sahen die höchste Nothwendigkeit dieses Unternehmens reichlich ein, dennoch wollte sich keiner dieses Vortrags unterziehen.

In dieser höchsten Noth, wo ganz kein Augenblick mehr zu säumen war, entschloß ich mich kurz, es selbst zu übernehmen, ohngeachtet der Verhältnisse und aller der Unannehmlichkeiten, so nur nach solchen aus diesen hervorgehen könnten, theilte ich nur ihnen die Art mit, als auf welche ich mich bei diesem, in aller Rücksicht bedenklichen Vorhaben nehmen wolle, Herrn Scheeler erst den 22sten Morgens um 7 Uhr auf seinem Zimmer im Schlosse, da beide nun solches genehmiget, so bedung ich mir nur noch aus, daß Herr Scheeler als Leibarzt die Einleitung machen möge, wo ich dann einfallen, und meinen Vortrag machen wolle; So fanden Wir uns denselben Morgen Vormittags 9 Uhr auf dem Zimmer meines Bruders ein. Nach einigen tröstenden Zureden dieser Herren, sagte endlich Herr Scheeler, und bat, mein Bruder mögte doch Seiner eigenen Ueberzeugung und Vernunft mehr folgen, und die wider solche gerade zu anstossende ungegründeten Klagen, von immer kränker werden aufgeben, und Sich keine falsche Vorstellungen erlauben. Hiermit vereinigte ich denn auch meine Bitte, und ging von da aus durch ein untergelegtes Gleichniß, meinen Bruder von dem, was vorseye, und ihm in Zeit von weniger vielleicht, als einer Stunde höchst nachtheilig überrascht haben würde, noch zeitig genug zu praeveniren, ich sagte bittend:

„lieber Bruder! Du mußt Dir schlechterdings die günstigere Vorstellung, und möglichste illusion machen, stehet solches doch in Deiner Macht, sogar Gewohnheit, indem Du derselben täglich übst, so z. E. glaubst Du in Deinen Regierungs-Geschäften so manches gut und leichter auszuführen, als es wirklich ist, und Dir vorgetragen wird — Du glaubst alles zu beglücken, und hierzu die zweckmäßigsten Vorkehrungen getroffen, und ist dies nichts anders, als eine Dir selbst geschaffene Illusion, wende dergleichen bei deinen Gesundheits-Umständen etc. ich muß Dir sagen, um Dich gegen nachtheilige Ueberraschung zu schützen, es stehet nicht alles wie Du glaubst, so muß Dir in Zeit von höchstens einer Stunde eine Klagschrift sämtlicher Bürger gegen des Ministers ihnen verdächtige Benehmen zukommen, solche sind höchst unzufrieden und aufgebracht auf denselben! Dich hievon zu praeveniren, hielt ich für meine Pflicht, und nothwendig, und willst Du es ansehen, als der Erfolg der reinsten brüderlichen Liebe und Anhänglichkeit, der sein Leben für Dich aufopfern möchte, nur um Dich zu retten!

Dies wurde nun als unnöthiges Allarm blasen, höchst herzlos als Einmischung in Dinge, die mich nichts angingen als ein Complot, und Beweifs, daß ich versucht hätte, meinem Bruder als regierenden in die Zügel zu greifen, und in einer Mitregentschaft Ihne zu bevormunden angesehen, und mir dies- und andere — meinem Charakter unanpassende Dinge angedichtet, die aber nie in der besten Ueberzeugung meines Bruders liegen konnten.

Mein Bruder zwar etwas betroffen, über diese Mittheilung und dadurch erschüttert — auch mit un-

ter ein wenig erzürnt, daß Ihme dieses gerade in Seinem jetzigen Krankheitszustande kommen müsse, auf meine Vorstellung, daß solches nicht länger aufzuschieben gewesen, wegen der damit für Ihn verknüpften Gefahr, besänftigte Sich sogleich — auch versicherte Solcher, Er erkenne dieses Unternehmen, und in solchen die Absicht als den Erfolg meiner brüderlichen Liebe und Vorsicht, könne nur daher nicht zürnen, und keinen Groll gegen mich hegen; so ließ ich Ihne beruhiget, in den Händen der Doktorn, und war Solcher nach einigen unbedeutenden Verrichtungen freundlich und gutmüthig, als ich von ihm schied.

Demohngeachtet in der Folge alle das obige mir angedichtete, auch war mein Bruder, als ich solchen nach drei Stunden wieder sprach, gänzlich umgewandt, betrug Sich mit aller Abneigung, und auf die gehässigste Art, gegen mich, bediente sich da — und in einem späteren Briefe der beleidigsten Ausdrücke, auch machte Er mir die schwärzesten Vorwürfe in eben demselben vom 2ten März, behandelte mich von Stund an für alle meine Liebe und Sorgfalt auf die verworfenste, abstosende und kälteste Art. Auch wurde in der Folge, und das mit Hartnäckigkeit behauptet, daß nothwendig wegen diesem meinem Betragen, was man eine Kränkung nannte, mein Bruder gegen mich hätte aufgebracht werden müssen. Woher nun alle auf nichts beruhende Behauptungen kommen, und wer so solche ganz sonderbare Sophismen einflöste, worinnen mein Betragen allenfalls anders noch bestanden haben könne, so diese widernatürliche, und ohne fremden Einfluß unmögliche Veränderung hervorgegangen, ist mir wegen meinen ganz reinen Bewußtseyn unerklärbar, und

muß ich daher um weitem Aufschluß bitten, damit höchstnatürlicher Argwohn nicht weiters Wurzeln fassen möge.

Unterdessen war das gedruckte Mandat vom 23. erschienen, den 24sten, als mein Bruder allein auf dem Zimmer speiste, überfiel ihn der Minister mitten in solchem auf die stürmischste rücksichtslose Art, trug einen noch nicht legal mitgetheilten Vorgang der Bürger auf dem Rathhause, so eben erfolgt seyn sollte, auf die empörendste, beunruhigendste, und erschütterndste Art vor: „Die Bürger wären auf das Rathhaus gestürmt, hätten das Mandat von gestern beschimpft, ein Ding genannt, die Magistrats-Person, so am Protocoll gesessen, gezwungen, aufzustehen, somit die Sessionsstube leer zu lassen, zum Praesidenten Goebel zu gehen, um diesen zu fragen, ob mehrere dergleichen Dinger nachkommen würden, zu erklären, daß sie keine dergleichen mehr wollten, auch hätten sie die ihnen angekündigte Untersuchung gegen den Minister verworfen etc. hätten sich über ihm auf eine so bedenkliche Art herausgelassen, so, daß Er und die Seinigen nicht mehr des Lebens sicher wären, ohnedem würden Seine Leute schon wirklich in keinem Schenkhause mehr gelitten, sondern aller Orten herausgeschmissen. In dieser Stimmung nun der Köpfe würden sich diese Leute be- rauschen, und wäre auf den Abend alles zu befürchten. Unter derlei Verhältnisse könne Er hier nichts mehr nützen, bäte daher um seinen Abschied, zuvor aber um eine Konferenz zur Untersuchung seiner Verwaltung.

Das später eingegangene Protokoll sagte nun von alle dem durch den Minister geradezu als Grund

behaupteten nichts — ganz nichts, vielmehr, daß die Bürger in aller Unterthänigkeit sich fügten, mündlich nach, daß sie sich nur befragt, und gewünscht hätten, bei der ihnen angekündigten Untersuchung, ob, und daß ein Glied der Landschaft beisitzen möge; auch stand nichts von nachfolgender Behauptung darinnen, und blieb auch diese unerwiesen, Straffen und Schenken ruhiger aber, als vordem.

Dieses erzählte nun der Minister der Schwägerin, und auch mir, der ich noch später als jene dazu kamen, und in der erstaunlichsten Hast, und großen Jast: Auf meine Aeufserung, daß solches unbegreiflich seye, und auf die Frage, ob solches auch wohl gegründet seye, versicherte solcher, es wäre zwar noch kein Protokoll dieserntwegen noch eingegangen, aber Goebel habe es ihm so sagen lassen, und nun stürmte er gegen mich auf eine höchst empörende und wahrhaft pöbelhafte — allen Anstand vergessende Art auf mich ein, sagend: „und auch, daß die Bürger sich einstimmig auf mich beriefen, mir stets seine Faust „unter die Nase schwellend“ daß ich der „Veranlasser von allem seye, und gesagt hätten, sie „müsten ja Narren seyn, anders, als so zu handeln, „indem sie wüsten, auf wen sie sich fusten, und „daß sie gefüttert wären.

Ob nun Goebel dieses hat sagen lassen, ist mir unbekannt geblieben, aber von einem wahren Geschäftsmanne nicht glaublich — wahrscheinlicher aber ist es, daß des Ministers unselige Hitze, und übernatürlicher Argwohn, so auch seine Spione, so schon manches Unheil angestiftet, indem sie manchen redlichen Bürger, ehe sie noch dieser schändliche Geschmeiß bekannt worden, in aller

scheinbaren Vertraulichkeit um sein unbefangenes Urtheil im Glauben zu einem Freund gesprochen zu haben, bestohlen, und so den Unschuldigen in Verdacht und Verfolgung brachten, daß auch diesmal solche ihn irre leiteten. Kann aber einem Mann in einem Posten, wie der Minister erlaubt seyn, und in einer zweimaligen so kitzeligen Sache auf so unzureichende nichtige Dinge nur einseitig, und dennoch auf so dreiste, als beleidigende Art vorzugehen, da man in dieser Sache noch nicht einmal gründlich urtheilen, geschweige handeln konnte; dennoch den unbescholtenen Bruder seines Herrn, und in dessen Gegenwart so ungestraft, als vergeifert zu behandeln? ohne auch nur durch etwas wahrscheinlichen veranlaßt, oder gereizt zu seyn, lediglich und glimpflich zu urtheilen, verführt durch seinen Haß und Argwohn.

Die Lage meines Bruders betrachtend, und um solchen in dieser zu schonen, hatte ich das unbegreifliche Glück, in Fassung zu bleiben, und nur dies zu antworten: Ich! durch mich wäre dieses geschehen, und fest war mein Entschluß um nichts noch zur Genugthuung zu verlangen, alles der aufgestellten Commission zu überlassen, und verlangte einzig nur an meinem Bruder, und denen Bürgern mich nicht zu schonen, überzeugt, daß auf diesen Weg, wenn anders die Commission mit aller Strenge, und ohne Ansehung irgend einer Person verfahren würde, am leichtesten dargethan werden müsse, wie lügenhaft alles Anbringen gegen mich gewesen seye. Dabei stand ich in dem festen Wahne, es nach Aussage des Ministers lediglich mit heimtücki-

schen einzelnen Bürgern, oder mit des Ministers Spionen zu thun zu haben, weswegen ich auch mit allem Nachdruck die strengste Untersuchung begehrte, so oft erinnerte, und Anfrage that, nur meinerseits reine zu werden.

Das unbesonnene und unerlaubte — im höchsten Grade beleidigende Betragen des Ministers als Persönlichkeit, behielt ich mir vor, nach Ausgang dieses erst zu rügen.

Die Konferenz — ein sehr übereiltes Geschäft in ein — und einer halben Stunde abgethan — bestand unter Vorsitz des Onkels, meiner, des Beisitzes des Erbprinzen, und in dem Minister als vortragenden, wo uns nichts weiters zur Einsicht wurde, als bekannter Hände Unterschriften über das noch legitimirt, durch die Ueberschrift meines Bruders, und der Betheuerung desselben, des durchgängig richtigen Befundes, und daher viel anzügliches und beleidigendes hätte vorkommen müssen, wenn man sich nicht hätte wollen genügen, und sich beruhigen lassen, unter dessen gedachte Conferenz unter diesen Umständen, so auch das den 4ten März hierauf dem Minister vom Bruder ausgefertigte — von Uns aber zu Unterschrift eingeladene mit unterschriebene Zeugniss von ganz keinem Werth nicht seyn kann, da nur einzig mein Bruder, falls er alles gehörig ergründet, nicht aber so wir mit Ueberzeugung unterschreiben konnten, unterschrieben, wie bloß seine Aussage mit Seines Namens Unterschriftsfertigung bekräftiget zu ehren, so auch dem kranken Bruder alle angreifende Scenen zu ersparen, obgleich ich mich anfangs weigerte, so

geradezu zu unterschreiben, und man mich nur dazu beredete.

Ohngeachtet dieser Gefälligkeit gegen den Bruder und der in ihren möglichen Folgen unverzeihlichen Nachlässigkeit gegen allen eigenen guten Ruf blieb das Betragen von allen Theilen gegen mich dasselbe, und wurde in der Folge das gegen alle Begriffe ungebührliche Betragen des Ministers gegen mich, und das durch nichts zu verantworten stehet, auf alle mögliche Art gesucht, es zu beschämigen, sogar wider besser Wissen und Ueberzeugung, ein Privat-Geschwätz genannt, und alle Hilfsmittel angewandt, um Jenen zu entschuldigen: es wurde behauptet, als ich nur erst kürzlich Klage dieserntwegen führte, diese Scene, obgleich man eingestand, daß der Minister auf-fahrend und beleidigend gegen mich gewesen, zu groß ausgemahlt zu haben, da doch solche jedem noch rememberlich seyn muß. Daß ich vor Kretschmann nichts voraus habe, indem ich diesen gegenseitig beleidigenden und kränkenden Dingen gesagt zu haben.

Jener Vorwurf hatte nun dahin seinen — obgleich falschen Bezug: an jenem nemlichen Nachmittag den 24sten Febr. aber eine ganze Stunde später, bei ruhiger Fassung, und nachdem der Minister uns überein- und das andere einverstanden, und ich vom Onkel zurücke kam, wohin ich geschickt worden war, um Ihm zur Konferenz auf Morgen einzuladen, welches mir auch geglückt hatte, wurde ich im vertraulichen freundschaftlichen Tone gefragt, woher es doch komme, daß sowohl durch den Onkel als mir, wie auch allgemein Kretschmann beargwohnet werde?

Ich antwortete: „dafs Handlungen eines Mannes in
„so hohen Posten und mit so vieler Gewalt, wenn
„solche den höchsten Schein der Unredlichkeit an sich
„trügen, nothwendig Verdacht erregen müßten, be-
„sonders wenn man dessen Pläne nicht durchschauen
„könne, an dergleichen Beispiele es aber in jenem
„Augenblick nicht fehle, welches aber in morgender
„Konferenz alles wohl, klar und deutlich werden
„würde.“

Einer durch nichts veranlafsten solchen widerrecht-
lichen Anstalt, als der Minister gegen mich übte, und
diese mit aller Gelassenheit gegebene — auf reine Wahr-
heit gegründete Antwort, will man nun in eine Klasse
bringen, die Handlungen einander gleich setzen, und
gegen einander aufwägen! Wie ungerecht, untheil-
nehmend — und ich darf sagen inconsequent!!!

Doch wieder zum Geschichtsgang zurück, dabei
habe ich den Vorthail, dafs alles, was ich hier er-
zähle, in Beiseyn des Bruders und Schwägerin ohne
alle Ausnahme vorgefallen, die Refectionen, und mei-
nen Klagen entgegengesetzte Behauptungen alle schrift-
lich von ein — oder der andern ausgeflossen, so, dafs
ersteres durch Ihr — auf treues Gedächtniß beruhendes
Zeugnifs, dafs letztere mit Original-Briefen belegen kann.

Den 25sten nach oftmaligen mir widerlichen —
doch mir schuldigen Erinnerungen bat ich endlich
durch Umstände gedrungen, und in dieser Sache ein-
mal in das reine zu kommen, mir die Urheber des
auf mich geworfenen Verdachtes, und aller aus solchen
für mich höchst kränkenden Folgen zu nennen, damit
ich solche widerlegen, und meinem Bruder dann zur
gerechten Strafe mir zur Genugthuung überlassen
möge!

In einer Antwort vom 28sten erfuhr ich folgendes: „Ich wußte von der als ausgemachten und ganz bestimmt angesehenen Anklage gegen dich — — — nichts ausgemachtes, als was Kretschmann darüber äußerte, mit der Versicherung, daß es allgemeiner Sage seye, und jener Versicherung, von der ich dort, und da hörte, daß ohne Rückenhalt zu haben, die Bürgerschaft sich nicht auf so etwas würde einge-lassen haben.“ —

Dies unzulängliche, von ganz keinem Gewicht gegen einen, den man so durch und durch kennen sollte, da nichts so leicht zu durchschauen ist, konnte nun den Bruder und dessen Minister auslangender Grund scheinen, mich schuldig zu glauben, und mich, ohne weiter sich zu bekümmern, und auf dem kürzesten Weg, wie anständig gewesen wäre, durch Conferirung des allenfalls Ausgesagten, und gegen mich mißdeuteten — sich in das wahre Licht zu setzen; gleich gleich einem höchst gravirten zu mißhandeln! wo ist hier nur Billigkeit — geschweige Gerechtigkeit?

Wo nur Hörensagen den Richter giebt, gilt auch das sehr wahre alte Deutsche Sprichwort:

wer nur geht aufs Hörensagen,
der muß werden aufs Maul geschlagen!

Ist nun erst im klaren, daß ich nicht, wie meine Vermuthung ware, nur zu einiger wo möglichen Entschuldigung des Benehmens nicht (wie es einem Minister geziemt) nicht einmal gegen seinen Bedienten desselben gegen mich was nicht mit Bürgern, sondern einzig mit denen Hirngespinnern, und Verfolgungssucht dieses Ministers zu thun habe, so nur durch jenes ungegründete Anbringen, und allen Nebendeutungen, wozu solcher nicht berufen war, den Schein habe, die

Herzen zweyer Brüder zu trennen, in Absicht gehabt zu haben, woher sonst die mehr wüthigen Worte, so Ihm unwillkührlich entfuhr, als Er nicht vermögend war, mich aus meiner Fassung, wie er zu Seinem Vortheil wohl wünschte, bringen konnte.

„Ich glaube diesmal falsch calculirt zu haben.“ Ich klagte nun gegen meinen mir endlich entdeckten Verläumder, und bath um Genugthuung, hierauf nun wurde ich verwiesen, den Minister bei der Landesregierung zu belangen, indem mein Bruder nicht entscheiden könne, bevor nicht erst Kläger und Beklagter, und dessen Vertheidigung gehört worden.

Wo hier noch in einer erwiesenen — meinem Bruder selbst bekannten Thatsache Klage nöthig, und welche Vertheidigung und nur denkbare Rechtfertigung dem Minister möglich seye, überlasse ich jedem Unbefangenen zu beurtheilen.

Ich bin auf bloßes Hörensagen und Anbringen aufgestellter schändlicher Spione — auf eine — meiner Person und unbescholtenen Karakter unanständige — zu willkührliche Weise mißhandelt, gleich einem völlig überwiesenen — vom Minister über das noch auf die pöbelhafteste und anmaßenste, alle Rücksichten, und mir gebührende Achtung zuwiderlaufende Art mir begegnet worden, ohne dazu irgend einen Grund oder statthafte Veranlassung zu haben, oder auch nur im geringsten von meiner Seite gereizt worden zu seyn.

Alles dies in Gegenwart meines Brudern, der solches gegen mich geschehen liefs, und ohne Einhalt zu thun, dultete.

Ich frage daher die ganze unbefangene Welt; was gebührt mir für diese unverschuldete Beleidigung?

Ich erkläre hiemit Herrn von Kretschmann nun so lange für einen lügenhaften Verläumder, bis dafs er nicht dargethan haben wird, aus was Grund und mit welchem Rechte solcher damals sich erlauben, und beugehen lassen konnte, mir mit so ungebührlicher Hitze, und auf so pöbelhafte Art, mit Hintansetzung aller Achtung zu begegnen.

Coburg
den 19. Juni 1803.

Ludwig Pr. z. S. Coburg.

Nr. XIV.

Attestat der Landesregierung, die Bürgerunruhen betr. d. d. 20. Sept. 1804.

Es hat der wirkliche geheime Rath und dirigirende Minister Herr von Kretschmann allhier darüber ein glaubhaftes, auf den Grund der Akten sich stützendes Zeugniß begehrt, in wie fern folgende Thatsachen bey der von uns Endesunterzeichneten Räthen der hiesigen Herzoglichen Landes-Regierung geführten Untersuchung, in Betreff der in der hiesigen Stadt vorgewalteten bürgerlichen Unruhen sich bewahrheitet haben, oder nicht? nämlich

- 1) daß man in der Stadt und im Lande dem Herzoglichen Landes-Ministerium vieles zur Last lege und dasselbe beschuldige;
- 2) daß darüber die Bürger hiesiger Stadt vor hätten, bei des gnädigst regierenden Herzogs Durchlaucht Klage zu führen, und vorzüglich bitten wollten, daß Se. Herzogliche Durchlaucht alle ausgehende Befehle Selbst unterschreiben mögten, damit sie dadurch erführen, daß das, was befohlen werde, Höchstdero eigener Wille seye, weil sie in einen Minister, der so manche ihnen nachtheilig scheinende Verordnung bloß unter seinem Namen ergehen lasse, und so manche bedenkliche Vorkehrung treffe,

nach dem Vorgange des Verkaufs von Erkersreuth und andern nachtheilig scheinenden Untersuchungen ganz kein Vertrauen mehr hätten;

3) dafs sie den Minister als einen wortbrüchigen Mann nicht mehr achten könnten, sondern glauben müßten, alles Nachtheilige für sich und das Land mit Gewifsheit voranzusehen;

4) dafs die Bürger schlechterdings vor des Herzogs Durchlaucht hätten gelassen seyn wollen, und auf den Fall, dafs sie das nicht erreichen könnten, dann in Menge sich unter seine Fenster versammeln und um Abhülfe und mehrere Einsicht in die ihnen bedenklich scheinenden zu willkührlichen Einrichtungen des Ministers hätten bitten wollen;

5) dafs man sie hiervon nur mit Mühe hätte abhalten können;

6) dafs eine allgemeine Erbitterung gegen den Minister zu verspüren gewesen;

7) dafs das Schrecklichste für den Herzog und das ganze Land ein nicht geahndeter Schlag, der den Herzog in vielleicht weniger als einer Stunde höchst nachtheilig überrascht haben würde, bevorgestanden, daher es nothwendig gewesen sey, den Herzog ohne Verzug von der nahen Gefahr zu praeveniren.

Nachdem nun diesem Ansuchen nicht zu entstehen gewesen ist; als attestiren wir der Wahrheit gemäfs und auf den Grund der ergangenen Untersuchungs-Akten hiermit:

ad 1. dafs nach den geführten Untersuchungs-Akten ersichtlich ist, dafs zwar die Viertelsmeister und ein Theil der Bürgerschaft dem Ministerium vieles zur Last gelegt und beschuldigt haben, dafs aber solches

vom Lande nicht statt findet, indem von dem platten Lande nichts vorzügliches weiter vorgekommen, als dafs man auf dem Lande anfangs bedenklich gewesen ist, die Häuser numeriren zu lassen;

ad 2) dafs aus eben diesen Akten sich so viel ergibt, dafs die Viertelsmeister und ein Theil der Bürgerschaft vorhabens gewesen, schriftliche Vorstellung bei Serenissimo gegen die Administration des Herzoglichen Landes-Ministerii und dem Ankauf von Erkersreuth zu thun, wovon auch verschiedene Concepte zu den Akten gekommen, und dafs dieselben nicht weniger darauf angetragen haben, dafs Serenissimus die ausgehenden Befehle Höchstselbst unterschreiben möchten, weil sie kein Vertrauen zum Ministerio hätten, und in der Meinung ständen, dafs Höchstdieselben nicht alles erfahren dürften;

ad 3) dafs zwar nach den Akten nicht die sub Num. 3. angegebenen Worte ausdrücklich vorgekommen, dafs aber verschiedene einen ähnlichen Sinn habende Aeufserungen in den concipirten und ad Serenissimum gerichteten Schreiben, welche zu den Akten gekommen, enthalten sind. Dagegen schweigen

ad 4) die Untersuchungs-Akten von diesen Umständen, und müssen daher auf ihrem Werth beruhen bleiben. Eben dieses hat

ad 5) Statt;

ad 6) dafs die Erbitterung allgemein gewesen, begründet sich, nach den Untersuchungsakten um deßwillen nicht, weil ein ganzes Viertel der Stadt und einzelne Glieder der übrigen Viertel im Laufe der Untersuchung die Theilnahme von sich abge-

wendet, auch in Ansehung des platten Landes, wie ad 1) bereits bemerkt worden ist, nichts defshalb bey der Untersuchung vorgekommen ist. Endlich ad 7) schweigen die Untersuchungs-Acten wieder von den dort angegebenen Umständen, daher sie ebenfalls auf ihrem Werth belassen werden.

Urkundlich ist vorstehendes Attestat pflichtmäfsig auf den Grund der Akten von uns ausgestellt, und mit unserer Unterschrift und Beydruckung des Herzogl. Canzley-Insiegels gehörig bestärket worden.

Coburg den 20. September 1804.

(L. S.)

Herzogl. H. Untersuchungs-Commission.

E. E. Cheunel. C. v. Griesheim.

Gonned.

Nr. XV.

Des Hn. Prinzen Ludwigs Schreiben an den
regierenden Hn. Herzog gegen den Mi-
nister v. Kretschmann d. d. 3. Jun.

1804.

Coburg den 3ten Juny 1804.

Lieber Bruder!

Vor allen Dingen mußt Du mir erlauben, von dem Grundsatz meiner Ueberzeugung auszugehen, daß, so wie jedem redlich denkenden und gutgesinnten Menschen es erlaubt sey, seinen Nebenmenschen so freundschaftlich, als theilnehmend, wie auch nachdrücklich die Wahrheit sagen zu dürfen, dieses um so mehr einem Bruder zum andern zustehe, hiezu aber es nöthig sey, daß hier dann das zu hoch gespannte Gefühl von Regierenden und zu großer Empfindlichkeit, nach welchem Du gar zu leicht alles als Anmaßung und Beleidigung deutest, ganz wegfallen müsse. Was ich thue, halte ich mich verpflichtet zu thun, und würde glauben, meine Pflichten schon nur als Mensch zu versäumen, wenn ich mich durch Unterlassung an Dir und mir versündigen möchte.

Gerne und das von ganzem Herzen nehme ich gegründete und überzeugende Zurechtweisungen an, so

wie ich hoffe, daß Du jede meiner Meinungen als Ausfluß meiner innigsten Freundschaft, und aus einem Gott weiß! Dir ganz ergebenen Herzen ansehen wirst.

Unter dieser Voraussetzung darf ich mir schmeicheln, Du werdest mir nun kein Wort anders deuten, als innigste Theilnahme und wahre Freundschaft. Somit schreite ich weiter, ganz getrost, Du werdest mich mit wahrer Fassung anhören. Sollte aber diese meine Hoffnung nicht bestehen können, so muß ich bitten, lasse alles weitere ungelesen; denn bist Du nicht geneigt, mich endlich einmal nach meinem wahren Gehalt zu erkennen, und endlich alles so falsche Urtheil gegen mich fahren zu lassen, wodurch Du nun schon durch mehr als ein Jahr mich so tödtlich kränkest, und meinen Geist fast gänzlich zerrüttet hast, so wäre weiteres Lesen für Dich nur Gift, mich aber würde es nur zu gänzlicher Vernichtung führen.

Vor allen Dingen einige starke aber große Wahrheiten.

Du wirst solche leugnen, was nützt aber leugnen, wo der Erfolg nur zu deutlich spricht.

Du bist zu Deinem und vieler Unglück auf die unbegreiflichste aber schrecklichste Art irre geleitet, so, daß Dein ganzer Charakter sich verändert zeigt.

Du siehst nicht mehr mit eigenen Augen, und urtheilst nicht mehr mit eigener Vernunft! Würde, aber falsch verstanden, Würde des regierenden, soll Dich in dieser Deiner Verlegenheit schützen, daß sich keine Wahrheit in ihrer nackenden Gestalt, so schön solche auch ist, Dir mehr nahen darf — Dieß verleitet Dich zu schreienden Ungerechtigkeiten, und setzt Dich dem Tadel des so richtig richtenden Publikums aus, und muß Dir im innern Deines Lan-

des, so wie im äufsern alle Liebe und Achtung entziehen, auf welche Beide Du vordem so gerechten Anspruch hattest. Diese Veränderung Deines Gemüths muß man durchaus als einen natürlichen Zug des Despotismus ansehen, der allen Sinn für die Würde der Menschheit stumpf macht, höchstens hat dieser nur noch Phrasen; will er seine Würde zeigen, so ist solches wegwerfender Stolz, Trotz und Hochmuth, von diesen waren alle Deine Antwortschreiben an uns, dem Onkel und mir die Zeit her erfüllt, und zeigten alle Deine Handlungen so wir immer unter Deinem Namen erfuhren. Eigennutz, (Egoismus) und grofse Nachgiebigkeit, um Dir alleine nur nicht wehe zu thun, ist ferner, was Dich zu diesen nur zu häufigen Ungerechtigkeiten verleitet. Dein Wahn nicht lange mehr zu leben, ist es, was Dir wünschen macht, aller Mühe überhoben zu seyn, daher Du alles geschehen läfst, was nicht gut ist, und nicht seyn sollte, nicht achtend, wie wehe auch andern dadurch geschieht. Dazu kömmt noch, daß Du stets nur einen Theil hörst, der aber seine ganze Beredsamkeit aufbietet, um sich nicht durch seine eigene Wege und Handlungen zu compromittiren. Das unbefangene Publikum aber sieht anders — — Egoismus (Eigennutz) ist es, was Dich gefangen hält.

Hierüber ist eine treffende Abhandlung in dem mir so werthen Betrachtungs - Buch auf jeden Tag des Jahres von Bauer 2ter Theil den 27sten Mai unter Eigennutz nachzulesen.

Vergleicht man Deine sonstige Denk - und Handlungsweise mit Deiner jetzigen, so Dich so auffallend darstellt, so weiß man nicht, von welcher Seite man Dich richtig beurtheilen solle.

Grofse Worte und scheinbar glänzende Aussenseite,

aber kein Zusammenhang und Erfolg, Herabwürdigung Deiner nächsten Anverwandten, getäuschte Hoffnung dieser. Gefühlvolle Ausdrücke in einem Brief an I. P. Richter als Antwort auf dessen Beschwerde wegen des über diesen verhängten so auffallenden Verhörs. Höchst ungerechte Machtsprüche, wahre Cabinets-Justiz, wo der regierende sich an ihm Misfällige, aber nicht des Unrechts überführte, nicht einmal darüber gehörte sich rächt, vielmehr ein anderer durch Ihn sich rächt, um aller Unwahrheit ungeachtet diesen zu erhalten. Endlich das wiedernatürliche Rescript vom 23ten April an die Regierung in Absicht etc. Kretschmanns rechtfertigen zu wollen. Weifs man nun noch, dafs Du ein und das andere dieser Dekrete und Rescripte wieder Deinen Willen unterschriebst, aber doch unterschriebst — dieses alles zusammen genommen, und diese so sehr wieder einander laufende Handlungen mit einander verglichen, so weifs man bei Gott nicht, was man von Dir denken soll. —

Nun zur Vertheidigung meines Zurückziehens von Hofe. Schon vom Anfange des vergangenen Jahrs an sah ich zu deutlich und mit blutendem Herzen, dafs mir Dein Herz entzogen war, dafs man sogar es dahin gebracht hatte, Deine bessere Ueberzeugungen, so Du von mir haben solltest, überwältiget und Dir geraubt zu haben, man Dir aber andere, Dir nicht eigene und meinem Charakter nicht anpassende Meinungen von mir unterschoben habe. Nur durch überwiegende nicht aber wahre Beredsamkeit erst macht man solche Dir nur eigen. Mehrere Tage vor dem 22ten Februar klagtest Du mir, dafs etc. Kretschmann Dich durch ein grobes und widerspenstiges Benehmen alterirt, und dadurch Deine Gesundheit untergraben habe. Es war Dir dies zur fixen Idee geworden, so dafs Du diese

Klage öffentlich in Gesellschaft und beim Thee mehrmalen äusertest. Jenesmal hattest Du noch Vertrauen zu mir — Deinem stets gleich gebliebenen Bruder, und der nie sich ändern wird. Den 22sten Februar selbst, als ich meiner Pflicht als Mensch und als Bruder gemäs Dir mit aller Vorsicht, von der Stimmung der Bürger über die augenscheinliche Lage der Dinge vorzubereiten, so als unerwartet, bei Deinen damals kränklichen Umständen, für Dich zum tödlichen Schlag hätte werden können. Eine Handlung gleich jener des Erbprinzen von Leiningen, nur dafs dieser solche bei weniger wichtigen und dringenden Umständen seiner Seits ausübte, dennoch aber deren in öffentlicher Conferenz Versammlung, und so grofs, in Beyseyn Deiner sich rühmen durfte, und Du auf eine so schmeichelhafte Art aufnahmst. Auch meine dieser gleiche Handlung nahmst Du nach Deiner ersten Versicherung für das, was solche nur seyn konnte, für ächt brüderliche Freundschaft, und treue Theilnahme für Dein Wohl, wie auch Vorsicht für Deine Gesundheit, und Du erwiedertest auf das zärtlichste meine herzlichen Versicherungen als Ergüsse meiner innigsten Anhänglichkeit an Dich. Dies geschah in Gegenwart derer beiden Leibärzte, auch können und wollen dies solche zu jeder Stunde zeugen. Auch da waren noch Spuren Deiner Herzlichkeit unverkennbar. —

Wie aber ganz anders fand ich Dich in wenigen Stunden nach diesem Vorgang gegen mich gestimmt, nachdem Du mit etc. Kretschmann conferirt, welchen ich bei meinem ersten Erscheinen nach diesen auch noch bei Dir fand. — Von dieser Stunde an fand ich nur zu deutliche Spuren von Abneigung, sogar Haß in Deinem Betragen gegen mich. Diese Deinem Herzen aber nie eigene Gesinnungen nahmen aber dermaßen

zu, daß nicht nur all mein Beginnen von der Tadellosesten Redlichkeit, Dir verdächtig, und als Dich in Deiner Würde beleidigend erschienen. Hievon mögen so manche Deiner Briefe zeugen, durch welche Du mich auf das empfindlichste mißhandeltest und kränkest. Ja! Dein Verkennen meines so ganz redlichen Charakters und Handlungen ging so weit, daß Du selbst die Abneigung gegen etc. Kretschmann und Deiner Klagen deswegen gegen mich hierüber vergaltest, und im Gegentheil auf mich übertrugst, sogar daß Du mir in einem Briefe den Vorwurf machtest, daß einzig jenes mein Benehmen am 22ten Februar, so aber dem ähnlich, dessen der Erbprinz von Leiningen sich so groß und öffentlich rühmen durfte, Dir zur Ursache einer unheilbaren Krankheit worden sey, und Du so hart gegen mich verfuhrst, da ich dieserwegen als einer Gewissenssache bat, zu meiner Rechtfertigung beide Hrn. Leib-Aerzte hierüber vernehmen zu lassen, Du, so wichtig auch diese Sache für mich seyn muß, mir kein Gehör gabst.

Mehr noch als dies, den 25ten Februar übersahst Du etc. Kretschmann seine tödliche Ueberraschung durch sein lügenhaftes Anbringen von Aufruhr der Bürgerschaft. Lügenhaft muß man dies Anbringen nennen, da nichts solches bestätigt, sondern gegentheils alles das Gegentheil bezeugt.

Dennoch machtest Du mir ganz unschuldigen deshalb als Urheber alles dessen die bittersten Vorwürfe, ungeachtet Du keinen Beweis noch hattest, welcher Dir auch nie nicht worden. Du dultetest, ungeachtet Du mich besser kennen solltest, und ich den etc. Kretschmann zu Beweisen auffoderte, die dieser nicht geben konnte, daß dieser die schändlichsten Vorwürfe und dies auf die gröbste Art mir machen durfte. Als

ich aber Genugthuung deshalb von Stund an foderte, verweigertest Du mir solche, und verwiesest mich auf den Ausgang einer Untersuchungs-Commission. Du botest mir an, die Protokolle dieser Commission zur Durchsicht zukommen zu lassen, hattest auch deshalb Deine Befehle ertheilt. — Ich mußte solches in der Folge sogar in Erinnerung bringen, und dennoch wurden mir solche verweigert, da doch jedem andern, so man befangen glaubte, das ihn betreffende Protokoll zur Beantwortung mitgetheilt wurde.

Die Untersuchungs-Commission ging aus einander, ohne etwas reelles bewürkt zu haben, und durch einen Machtspruch wurde der etc. Kretschmann rein erklärt.

Ich brachte meine Bitte um Genugthuung als der ich mit solcher auf das Ende dieser Commission verwiesen war, in Erinnerung, und wurde mit dieser, als einer gerichtlichen Klage auf die schnödeste Art an die hiesige Justiz verwiesen. Du dultetest, daß mich der etc. Kretschmann in seiner Schrift, Organisation etc. und welche nothwendig als unter Deiner ausdrücklichen Autorität erschienen, beurtheilt werden mußte; so sehr solche Dich auch bei dem denkenden Leser compromittiren muß, vor aller Welt mit gleicher schädlicher Beschuldigung verläumdete, und ich misfiel Dir, als ich einen eben so öffentlichen Schritt zu meiner Vertheidigung that, der doch mit allem Recht mir zukam.

Ich misfiel Dir, so wie Dir jeder misfällt, so sich gegen diesen Mann mit gerechten Waffen vertheidigt. Von Stund an war nun Dein ganzer Unwille gegen mich rege gemacht. Beweises genug, wie leicht es diesem Mann wird, Dich dermaßen zu Deiner eigenen Herabwürdigung zu bearbeiten, Dich ganz Deinen eigenen und bessern Einsichten und Ueberzeugung ent-

gegen handelnd zu machen. Ich bat um Berichtigung der mich in des etc. Kretschmanns Schrift betreffenden Stellen, nachdem ein gleiches schon andern bewilligt, und wenigstens zugesichert worden, aber nur ich bat vergebens — ich enthalte mich über die Ursache dieser ausgezeichneten Unbilligkeit alles Urtheils.

Es war nothwendig, dafs sobald ich die öffentliche Klage gegen etc. Kretschmann erhob, dafs ich vor dem Publikum eine mir anständige Haltung annahm. Um Dich und etc. Kretschmann nicht wegen meinem an Hof gehn zu beschränken, indem ich mit diesem nun nirgends mehr öffentlich vertraut zusammen kommen konnte, bei Tische aber am wenigsten wollte, um wenigstens meinen Genufs an solchen nicht zu vergällen, und die Speise mit heiterem Gemüthe zu verzehren, eine Sache, die ich mir glaubte, in aller Maafse schuldig zu seyn, widrigenfalls ich die Hoftafel und den Hof lieber gänzlich meiden wollte, da aufser dieser Zeit Du und Deine Familie ohnedem für mich nicht zu geniessen sind, zog ich mir nur die wenigen Stunden des Freitags und Sonntags, wie auch aller ausserordentlichen Hoftäge aus, und bat Dich, mir an diesen Tagen wissend zu machen, ob etc. Kretschmann nicht an solchen bei Hofe erscheinen werde, um mich dann einfinden zu können. Gewifs Bescheidenheit genug meiner Seits. Du nahmst im ganzen solches an, nur dafs Du unter manchen Widersprüchen vor den Sonntag dem etc. Kretschmann den Vorzug vor mir gewährtest, und lieber mir Deinen Bruder den Vernachlässigten und durch keine Schuld belasteten, als etc. Kretschmann, der so grofse Schuld gegen mich hatte, wehe thatest. Auch dies misfiel Dir, da doch meine unverschuldet angetastete Würde nicht ohne Beleidigung der Deinigen bestehen konnte. Du übernahmst

es ausdrücklich gegen meine wiederholten Bitten es nur dem Hoffourier zu übertragen: selbst und zwar täglich mir den Tafelzettel zuzusenden, welches aber aus angewohnter Nichtachtung meiner Person gar bald in Verfall und endlich in Vergessenheit gerieth, so daß ich willig mich nur auf den Freitag einschränkte, durch den Hoffourier, den ich darum gebeten hatte, wirklich zu erfahren, ob etc. Kretschmann bei Hof speisse, oder nicht.

Als wiederrechtlich man ein Anlehn vor den Hof eröffnete, ohne vorläufig uns nach dem uns zustehenden Rechte als Agnaten darum zu begrüßen, hier nirgends Auskunft dieserwegen zu erhalten war, und wir uns deshalb an den Unterhändler nach Leipzig selbst um Erläuterung als Theil nehmende Particuliers wendeten, wurde dies von Dir höchst übel gedeutet, und ich erhielt durch die Hände meines Neffen des Prinzen von Leiningen einen Brief von Dir, voll der größten Schmähungen, und Beweise des Dir fälschlich eingeblösten Argwohns gegen mich.

In einer zweistündigen Unterredung mit diesem meinem Neffen fand ich, daß auch dieser fälschlich gegen mich eingenommen war. Ich berichtigte seine Ideen so, daß solcher, was mich betrifft, überzeugt schien. In Aeufserungen den etc. Kretschmann betreffend, gestand solcher sogar, wie er vollkommen einsehe, daß an so vielen Irrungen der Unselige etc. Kretschmann, dies war sein eigener Ausdruck, und so mancher unberufene Rathgeber, deren so viele Dich leider umlagern, Schuld seyen.

Wir der Onkel und ich verlangten nach denen uns zuständigen Rechten, die Nothwendigkeit des Anlehns dargelegt zu erhalten, zur Antwort wurde uns hierauf, daß ohnedem etc. Kretschmann schon längst ge-

wünscht, den ganzen Umfang seiner Finanz-Operation in einer öffentlichen Conferenz vorzulegen, wozu wir, die Landschafts-Deputirten, die Regierung, das Justiz-Collegium und mehrere Bürger eingeladen wurden, den 21. Februar dieses Jahrs zu erscheinen. Wir nahmen diese Einladung mit Freuden an, indem dadurch es schien, als wenn Unser und des ganzen Publikums so schnliches Erwarten endlich einmal Wahrheit zu erfahren, erfüllt, und Uns volle Eröffnung des Bestandes aller Cassen ohne Ausnahme, sollte anders die Verhandlung auf das legalste vorgenommen werden, werden würde. Durch drei nach einander folgende Conferenz-Tage erfolgte aber ganz nichts belehrendes, als dafs etc. Kretschmann theils überführt, theils mit mehr als Wahrscheinlichkeit beschuldigt wurde.

- a) Die Ehre und Würde seines Herrn compromittirt zu haben.
- b) Beim Verkauf von Erkersreuth betrügerisch, wenigstens höchst unredlich gehandelt zu haben.
- c) In mehreren Fällen als höchst lügenhaft gehandelt zu haben.

Das erste mußte Kretschmann ohngeachtet einiger kahlen Ausflüchte eingestehen. Ueber die zweite Beschuldigung verlangte etc. Kretschmann eine Untersuchung des Justiz-Collegiums, die aber nicht erfolgte. Das dritte blieb als nur zu klar erwiesen. Auch ist etc. Kretschmann von dieser Seite nur zu gut bekannt, alles dies bezeugen die Conferenz Protokolle.

Es wurde nun eine Commission unter Vorsitz des Erbprinzen von Leiningen, und des Beysitzes meines andern Neffen, des Erbprinzen Ernst, aufgetragen, die ganze Finanz-Operation des etc. Kretschmann zu un-

tersuchen, dazu auch Wir in der Person Unsers Consulanten, und der landschaftlichen Deputirten, so weit eingeladen, daß Uns versprochen wurde, gesammte Akten so gedachter Commission vorerst übergeben worden, auch Uns zur ruhigen Prüfung mit ausdrücklichem Vorbehalt der Rücksprache mit Herzogl. Regierung, in Rücksicht eines bedenklichen Berichts, den Finanz-Zustand betreffend, zugehen sollten, auch wurde uns angeboten und bestimmt, die Befehle zu ertheilen, daß Wir genaue Einsicht in der Registratur die als bezahlt cassirten Schuldscheine durchzusehen, nehmen sollten, welches beides aber nie erfüllt wurde. Schon vor Eröffnung der Conferenzen wurden die zwei Regierungs-Präsidenten suspendirt, so auch der erste Rechnungsrath Feder und Ihnen unter nichtigem Vorwand alle Akten unter militärischer Gewalt abgenommen, somit Ihnen alle Subsidien abgeschnitten, um mit ganzem Nachdruck ihren Beweis führen zu können, was aber in dem Urtheil des unbefangenen Publikums, als ein höchst auffallender Mißgrif, und als eine geflissentliche Lähmung derer erscheinen mußte, so einzig im Stande waren etc. Kretschmann einer fehlerhaften und nachtheiligen Finanz-Operation zu überführen, und als wenn es etc. Kretschmann Noth thue, sich hinter ein anscheinendes rechtliches, aber dem ganz gegentheiligen Verfahren zu verbergen, somit mußttest Du in aller Augen als höchst compromittirt erscheinen.

Es wurde gegen etc. Kretschmann ungeachtet aller so auffallenden Beschuldigungen nichts unternommen, vielmehr solcher durch Dich nur um so mehr ausgezeichnet. Treue Diener, die sogar zu dem gedachten Bericht über den mißlichen Zustand der Finanzen Bericht zu erstatten aufgefordert waren, und

nach Pflicht, selbst mit Vorwissen der Justiz-Deputation gehandelt hatten, mit Unwillen angesehen, was nothwendig auf Dich kein gutes Licht werfen mußte. Du erklärtest in einem Schreiben an Uns sogar, daß etc. Kretschmann, ungeachtet dieser von keiner der Beschuldigungen noch gereinigt war, dennoch nach wie vor in Deiner Gunst stehe.

Wir konnten nicht anders als mit wehem Herzen und Besorgniß um Dein und des Hauses Wohl vor der Hand schweigen, und den Ausgang der Arbeiten der mehrerwähnten Commission wie auch den Erfolg der Einsichten der Landschaftlichen Deputirten und Unsers Consulanten abwarten.

Die Commission arbeitete lange, als unversehens die Herren der Landschaft und unser Consulent eingeladen wurden, sich den 20ten März zu einer Privat-Conferenz bei dem Leiningischen Geh. Rath Lang einzufinden.

Der Erfolg von dieser war, daß Hr. Geh. Rath seine Ansicht über die Lage der Finanz-Operation des etc. Kretschmann vorlegte, ausdrücklich bestimmte, solche sey nur seine Ansicht, die er keinem aufdringen wollen etc. Aus solcher ging nun hervor, daß Hr. Geh. Rath etwas sehr unvollkommenes bewürkt hatte, was ganz ungethan hätte bleiben können, jedem verleidet die Angaben in den vor sich gehaltenen Acten des etc. Kretschmann als unumstößliche Wahrheit und richtig berechnet anzusehen, etwas ganz unbrauchbares geliefert hatte.

Auch den 26ten März wurden Wir, so wie die Hrn. der Landschaft, das Justiz-Collegium, aber keines der Regierungsglieder, so auch nicht die drei suspendirten Herrn, so doch die ersten Conferenz-Tage zugegen, und beor-

dert waren, allen beizuwohnen, und ihre Desideria anzugeben, auch einzig im Stande waren, in der Kürze das hellste Licht über alles zu verbreiten, und somit auf das leichteste die reinste Wahrheit erscheinen zu machen, welches schon vor zwey Monaten und mit einer Conferenz hätte geschehen können, würde man diese Herren nur ein einzigesmal gehört haben. Der Vortrag in dieser Conferenz war nichts anders, als die Wiederholung dessen, was Hr. Geh. Rath Lang schon am 20. März denen Herrn der Landschaft und Unserm Consulanten vorgelegt hatte, und ohne allen Nutzen, da solche außerdem nur die einseitige Ansicht des Geh. Rath war, und der unter ausdrücklicher Angabe, keine Rücksprache mit irgend Jemanden genommen, die doch bestimmt war, sondern sich lediglich an die vor ihm gelegenen Acten gehalten zu haben, und somit eingestand, sich selbst wegen deren erwiesenen Unrichtigkeit derselben, vom rechten Weg der Untersuchung geflissentlich abgeleitet zu haben. Sowohl denen Herrn der Landschaft, als auch unserm Consulanten waren keineswegs die angebotenen und versprochenen Acten unter obigen ausdrücklichen Bedingnissen zugegangen.

Nur Hr. von Hendrich hatte aus einzelnen erhaltenen Stücken derselben und dessen eigenen Einsicht und frühere Kenntniß dieser aus vorhergehenden Verhandlungen mit der Landschaft, eben den Entwurf eines Gutachtens, aber nur als Privatarbeit erst beendet, konnte aber solches, bis es rein geschrieben seyn würde, noch nicht vorlegen; wiederlegte aber vorläufig den Hn. Geh. Rath Lang in mehreren Hauptpunkten; erwies, dafs, wie etc. Kretschmann behaupten will, das Einkommen um 250000. erhöht, und die Schulden-

last vermindert zu haben, vielmehr, daß die letztere um wenigstens 100,000 vermehrt sey, und die Finanzen schlechter stünden, als bei dessen Antritt seiner Administration, und machte den etc. Kretschmann über das durch den ganz unerlaubten Ansatz in seiner Rechnung, wie auch durch Erweis der auffallendsten Widersprüche in seiner Regierungsverwaltung, wahrhaft lächerlich.

Auch sprach solcher nachdrücklich vor die nothwendige Einsicht in den Zustand der Banque und Operation in solcher, mit Beziehung auf die übrigen Casen, ohne welche eine gründliche Uebersicht und Beurtheilung des ganzen, die hier doch nothwendig, unmöglich sey.

So wahr nun dieser Mann sprach, so mußte nun auch dieser, welchem Du noch einige Achtung erwiesest, Dein ganzes Misfallen erfahren.

Die Herren der Landschaft, so wie Wir behielten Uns nachdrücklich vor, auch Unser Gutachten nach erst genommener Einsicht der Acten, wozu Wir eingeladen, und solche uns versprochen worden, weswegen Wir uns solche nochmals erbaten, um wie bestimmt war, solche in aller Ruhe zu prüfen, dann, nach dem den dritten Conferenz-Tag als den 23. Febr. fest bestimmten Grundsatz zu verfahren, vorzüglich den als bedenklich angegebenen Regierungs-Bericht vom 7. Febr. zum Grund gelegt, in steter Rücksprache mit der Regierung zu verfahren, schlugen wir, als der Sache am angemessensten vor, dann aus denen drei verschiedenen Gutachten oder Ansichten ein ganzes zu verfassen, über die noch allenfalls sich vorfindenden von einander abweichenden Punkte sich zu verstehen, und über jene, wo man sich nicht würde vereinigen können, dann die Regierung zu hören, und so auf

den sichersten und kürzesten Weg zur wahren Einsicht zu gelangen, und somit, mit einmal darzuthun, auf welcher Seite das Recht sey, ob auf Seite des etc. Kretschmann, oder der Regierung, und äuserten Uns auf das deutlichste, daß Wir nicht den Mann ansehen, sondern die Handlungen, und es uns lediglich ohne alle Partheilichkeit für ein oder den andern Theil, nur um reine Wahrheit, und um Beendigung einer so verdrießlichen Sache zu thun sey. Dies alles enthält das Protokoll der letzten Conferenz vom 26. April.

Ohne den geringsten Erfolg dieser so billigen und einzig nur anwendbaren Vorschläge, könnten Wir dennoch die Uns versprochenen und Uns nöthigen Acten, auch selbst da Unser Consulent zweimal mündlich in der Canzlei, und einmal schriftlich bei Dir in Unserm Namen darum sollicitiren mußte, nicht erhalten. — Als wir uns endlich entschlossen, solches selbst schriftlich bei Dir in Erinnerung zu bringen, waren unterdessen die beiden Hrn. Präsidenten der Regierung wegen eines pflichtmäßigen aber vorgeblich pflichtwidrigen Benehmens, wozu Sie noch über das durch Befehle von Dir aufgemuntert worden, ohne solche vorher zu ihrer Vertheidigung gehört zu haben, und ohne alles rechtliche Verfahren gegen alle Billigkeit und Justiz - Verfassung verabschiedet! — Uns aber wurde zur Antwort, das ganze sey nach Deiner vollen Ueberzeugung beendiget.

Wem mußte nicht diese heimliche, wiederrechtliche Cabinets - Justiz - und selbst Rache eines Regenten, gegen Unbeschuldete und ungehörte, daher desto unüberwiesene, dienstpflichtmäßig handelnde, die aber das Unglück hatten, gerade durch dies Dir misfallen zu müssen, auf das höchste empören? — Wenn

aber so sehr als Uns, die zu einer gemeinschaftlichen Untersuchung eingeladen waren, in einer vor das allgemeine so wichtigen Sache, die nachmals aber einseitig, ohne allen Grund und Recht, zu Deinem wahren Despect vor aller Welt, ohne weitere nöthige Zuziehung Unserer beendigt, Wir aber Uns auf das empfindlichste gefopt, und auf das äußerste herabgesetzt fühlen müssen. Welches höchste schmerzhaftes Gefühl, diese so alle Masse übersteigende Unbilligkeit, so wir hierdurch von Dir erfuhren, in Uns aber erzeugen mußte, überlasse ich Dir selbst zu erwägen, willst Du Dich nur mit ruhigem Gemüthe an Unsere Stelle setzen. Auch würden Deine kräftigen Ahndungen, hättest Du an Unserer Stelle zu handeln gehabt, nicht in denen Schranken geblieben seyn, die wir uns vorgezeichnet! Wir schwiegen vor der Hand, und sehen nun ruhig noch den Gang der Verkehrtheit zu, den man Dich zu Deinem eigenen Nachtheil in allen Stücken gehen läßt. Wird diesem aber nicht bald abgeholfen, wir uns dann bemüßiget sehen würden, durch die Reichsgerichte und dem Kaiser Uns und dem Ganzen Ruhe, vor einem Manne, wie etc. Kretschmann zu verschaffen, der die einzige Ursache alles Unheils in der Familie und dem Lande ist, und neben und unter dem, bis solcher erst öffentlich von aller Beschuldigung gereinigt seyn wird, kein rechtschaffener Mann von wahren wohlgeordneten Gefühl, mehr dienen kann. — Dies nun zu bewürken ist Deine Sache und muß Dir die wichtigste Regenten - Pflicht seyn.

[Wir konnten vor Uns, auf alle diese jeden ohne Ausnahme herabwürdigende Ereignisse, Unserer Würde nichts angemesseners thun, als Uns von einem Hof und Familie, der sich selbst so herabwürdigen und dem nachtheiligsten Urtheil aller Welt hingeben moch-

te, zurück zu ziehen, an welchem ein so öffentlich beschimpfter und durchaus noch nicht gerechtfertigter oder nur gereinigter Mann, wie etc. Kretschmann mehr gilt und geachtet wird, als Unsere Person und Unsere Rechte. Wir mußten Uns scheuen an einem Hof zu erscheinen, der sich selbst vor aller Welt so herabwürdigend konnte, Wir müssen Uns auch scheuen, an einem solchen Hofe und in der Familie zu erscheinen, indem es unmöglich ist, über all dies so unerhörte Benehmen, würden wir unter solche treten, das inzigst aufgeregte Gefühl nicht laut werden zu lassen. Somit aus Achtung und Schonung für Dich, müssen Wir uns Uns bis zu bessern Verhältnissen, aus oben angegebener Ursache auch ferner noch vom Hofe entfernt halten], um endlich auch dem Publikum zu zeigen, daß Wir keinen Antheil an solchen Greuelthaten, seye es auch nur durch schwächliches Stillschweigen genommen, sondern vielmehr das empörende Benehmen, wozu Du verleidet wurdest, höchst misbilligen, somit Uns vor allen neuern Vorwurf des Publikums als Schwächlinge gehandelt zu haben, und wie ein solches Uns durch Mitunterschrift Deines dem etc. Kretschmann am 26. März v. J. ausgefertigten, so simplice ohne wohlbedächtige Clausel Unserer Seits, die aber ich ausdrücklich beyzusetzen bestimmt hatte, schon einmal wurde, auf das beste zu decken.

Ueber das alles hörte vom Tage des Kundwerdens der Verabschiedung derer Herren Regierungs-Präsidenten auch die Mittheilung des Tafelzettels mit einmal ganz auf, so daß ich nun durch zwei ganze Monate keinen, oder auch nur Nachricht der Art erhalten habe. Ich mußte mich daher auch verabschiedet und verwiesen achten, und aus dieser Ursache allein schon nicht wagen, mich hinzu zu dringen, wo ich ausge-

stossen zu seyn scheine. Näheres forschen aber um die Ursache hievon, kam aber mir nicht zu.

Dafs nun alles in dieser neuen aber um nichts bessern Ordnung demungeachtet fortgeführt wird, was kannst Du Dir aber von denen versprechen, die neben einem solchen Manne aushalten mögen, oder müssen? und wie lange kannst Du noch auf die Dienste derer noch wenigen redlichen rechnen, die nicht bleiben müssen; was aber vor eine Race von Dienern muß Dir endlich unter solchen Verhältnissen übrig bleiben?

Was kannst Du Dir endlich von einer Regierung und von einer Justiz unter solchen Umständen, und von solchen Dienern besetzt, die sich in allem fügen mögen, versprechen, und wo der Minister zugleich dirigirender in dem Collegio, diese aber nur seine Schreiber sind, und wo über das noch eben dieser Minister auch einziger Haupt-Controleur sowohl seiner Willkühr in Regierungs-Justiz- und Cassen-Sachen ist. — Dafs nun alles in diesen neuen aber verkehrten Gang fortgeführt wird, dafs dem allen ungeachtet etc. Kretschmann in seinem Werth in Deinen Augen gestiegen, ist bei Deinem ernstlichen Hang zu wahrer Regentenpflicht, bei Deinen Geistesgaben und Drang, die vollkommenste Gerechtigkeit zu üben, etwas ganz, dem Publikum und aller Welt unbegreifliches, Du müsstest dann nicht alle die Zeit herausgekommene Schriften die hiesigen Angelegenheiten betreffend, vorzüglich aber des Hn. von Hendrichs Gutachten und die Recension der ersten vier öffentlich erschienenen Schriften mit zweckmäßiger und angemessener Gemüthsstimmung gelesen haben, muß aller Welt ein Räthsel bleiben. —

Solltest Du aber vielleicht noch in dieser Unkunde seyn; so muß ich Dich als Bruder und als einzelner des Publikums aus innigster Anhanglichkeit an Dich

und ängstlich besorgter um Dein Wohl inständigst und in aller Rücksicht um Deiner selbst willen Dich bitten! Laß es Deine wichtigste Menschen, laß es Deine erste Regentenpflicht seyn, ja willst Du auch in Zukunft Dein Gewissen noch rein und ruhig erhalten wissen, so erheischt solches. — Lies des Hendrichs Gutachten und beiliegendes!!

So lange alle diese widrigen Verhältnisse aber noch fort bestehen, muß mein Geist durch zu großen Schmerz verkannt zu seyn, und nach dieser so irrigen Meinung mich behandelt zu sehen, zu sehr gebeugt, endlich dem diesen zerstörenden Uebermaas von herzerreißenden Gefühlen erliegen. Wirklich bin ich in einer Gemüthsstimmung, Schwäche und Bangigkeit unterworfen, die mich vor die Zukunft auf das äußerste ängstigen. So lange diese Verhältnisse noch fort-dauern, kann ich hier unmöglich länger bestehen.

Meine Lage ist zu unendlich und wirklich schrecklich. —

Nicht Anregung noch Leben mehr in keiner der gewohnten Beschäftigungen finden, in die Natur hinstarren ohne Wohlgefallen, in die Zukunft ohne Entwurf. — Gerechter Himmel welch ein Loos!

Wie wäre ich in einem solchen Zustand der mindesten Entscheidung fähig, in welcher Sache es sey? Nur ein Gedanke wohnt mir bei, der mich verzehrt — und ich strenge mich an ihn zu verbergen; das ist alles, was in mir vorgeht.

Nein ich verdiene nicht, was ich gelitten habe, und noch leide, verkannt und mit Undank belohnt zu werden. Ist aber von allem, was den Menschen schändet, die Undankbarkeit nicht das scheuslichste Laster, und das was am meisten von Härte und Dürre des Gemüths zeugt, daß ein gänzlich Veressen der Vergan-

genheit jener glücklichen Zeit voraussetzt, die gefühlvolle Seelen so tief empfinden. Ein Haus und Familie, der Anblick immer unwandelbarer Gegenstände, wenn dessen Bewohner und Mitglieder, ihre Sinnesart geändert, und dieses auf unser Herz wirkt, wird dadurch ein bitterer und trüber Sinn in uns erzeugt.

Ich zog mich zurück, die Gesellschaft am Hofe ist gewiß nicht der Marter werth, seinen natürlichen Charakter auf die Folter zu spannen, und seine Gefühle zu schweigen, und welche beide aber bei der ersten Zusammenkunft, wollte ich nicht die Rechtchaffenheit und meine Würde verleugnen, nicht länger zu unterdrücken wären.

Die kahlen und kalten Stunden des Tags, durch die ich langsam schreiten muß, um die Nacht wieder zu erreichen, schrecken mich, vor mir liegend noch mehr, als während sie ablaufen! Die Natur hat in uns ein unendliches Vermögen zu leiden gelegt, wo hört dieses Vermögen auf? Warum kennen wir nicht die Grenzen des Schmerzens, die nie der Mensch überschritten hat? Die Einbildungskraft würde ein Ziel ihres Schauders erklicken — welch ein Heer von Gedanken der Verhältnisse von Zurücksetzungen, drängt sich in mein Herz; die Erfindungskraft des Leidenden ist die furchtbarste von allen. Thränen der Menschheit geweint, müssen ganz im Stillen vergossen werden; so weit sind die Menschen gesunken, und Thränen der Art sind doch so gerecht. Setze mich daher in Stande auswärts von hier in fremder Gegend leben zu können, damit ich dieser Pein überhoben werde. — Gieb mir, was mein ist, die Rückstände meiner Appanageforderungen, und die feste Versicherung, daß der Genuß meiner laufenden jährlichen Appanagen, nie durch nichts, was vor Namens es auch haben möge, mit

Arrest belegt werden sollen, damit solche, ich sey auch wo immer ich wolle, mir gewiß zugehen können, und ich reise. Warum mußte etc. Kretschmann denn Dich mit seinen verführerischen und trügerischen Geist fesseln? Warum war es mir nicht gegeben, mit meiner Liebe zu Dir jene Kunst der Ueberredung zu verbinden, so Deiner Ueberzeugung aufgeholfen hätte? Du hättest keiner andern Gefühle bedurft, und Dein Herz wäre nicht getäuscht und herabgewürdigt worden; so aber wußte etc. Kretschmann sich die Gutgesinnten wie die schlechtdenkenden zu gewinnen, und überdiß noch die ansehnliche Classe der Seelen, die in gleichgesinnter Ruhe hinbrüten. Dabei eifersüchtig auf jeden, die zu fällen, wenigstens zu entfernen suchte, so am meisten hervorstrahlen, was ihm denn auch bei dem Deinen so folgsamen Gemüthe etwas leichter wird.

Deine große Furcht ist beherrscht zu werden, und gleichwohl ist Deine ganze Anlage ein Spiel des Betrugs zu seyn, daß der Bösgesinnte nur zu leicht sich versucht fühlen muß, Dich zu hintergehen.

Dein zu gutes Herz und Gemüth ist nur zu leicht zu täuschen; dann aber ist es so mislich, Dir die hellste Wahrheit mit Ernst zu sagen. Wohl wahr, daß man von seinem Herzen oft willkührlich auf die Seite einer oder der andern Parthei gezogen wird, haben wir aber nicht die Vernunft, um Herr unsers Herzens und Unsers Urtheils zu werden?

Ich habe nie einen Begriff davon gehabt, wie schrecklich die Meinung werden kann, wenn man die Kunst gefunden hat, sie irre zu leiten.

Wahrlich die sogenannten Freunde martern uns dann noch mehr, als die eingebildeten Feinde.

Da stellen die sich hin, und rühmen uns die Dien-

ste, so sie uns geleistet zu haben behaupten, und man strebt vergebens, mit Gewifsheit zu entdecken, auf welcher Seite das Recht und die Wahrheit sey. Könntest Du von Deinen Irthümern zurückkommen, was wäre nicht vor das allgemeine Beste mit Gewifsheit zu erwarten? — Aber ach es scheint, dafs die Natur die fürchterlichste Lehre, die sie gibt, bis auf die letzten Tage unsers Lebens so gerne verspart, und oft nicht mehr für dies Leben solche wiederkehrende Empfindungen gestattet, welche aber die Annäherung des Todes beinahe unausbleiblich einflößt, und wie schrecklich mufs dann dieses Erwachen seyn! wenn man sich bewust wird, wie viel Unglück und Verkehrtheiten man durch zu grofse Nachgiebigkeiten durch andere auf Unsern Namen hat wirken lassen und wohin Unsere nur zu unerlaubte Schwäche uns verleiten konnte, dafs wir uns zum Nachtheil so vieler so fesseln und uns herabwürdigen liefsen. Wie müssen dann die Seufzer der Bedrängten und durch Willkühr verfolgten auf unser Herz fallen. — Können wir uns damit entschuldigen, dafs wir kränklich und hinfällig sind, dieserwegen nur ruhig zu vollenden wünschen?

Diefs wäre der unverzeihlichste Egoismus. Wie würden Nachkommen und die Nachwelt uns beurtheilen müssen? Haben wir in Rücksicht dieser und unsers Nachruhms keine Pflichten auf uns? Sollte ich mich dennoch in Kretschmann irren, so will ich mich gerne belehren lassen, nur gebe man mir Wahrheit und Gründlichkeit. —

Ich setze hieher, was ich einstens in einer Predigt las, und hier sehr passend finde. Die Worte des Eingangs hiezu ausgenommen, sind nicht meine Gedanken, und mufs ich daher bitten, mir nicht die Ausdrücke zuzurechnen.

Die helle, ins Auge springende Wahrheit des Unzulänglichen von etc. Kretschmanns Unternehmungen und Beginnen, und daß solcher nur auf seinen Ruhm los arbeitet, obgleich auf diesen Wegen er ihn nicht erreichen kann, und nur die Ehre und das Ansehen seines Herrn compromittirt, und lächerlich macht, und daß daher aller Argwohn gegen diesen gerecht ist, nicht einsehen wollen, sich gegentheils überzeugt halten, und jeden, der anders sieht, der Ungereimtheit und des Widerspruchs wider die Vernunft beschuldigen, sie für lächerliche Einbildungen, für Träume verkehrter Einbildungen und Kurzsichtigkeit erklären: so sollet Ihr lieben, Euch doch von der Höhe Eurer Weisheit herablassen, und uns belehren, was Euch für Euch und uns Pflicht ist, und alle Theile beruhigen muß. So lange aber dieß von euch nicht bewürkt wird, kann man von uns, so lange man uns erlaubt Menschen zu seyn, nicht begehren, unsere Sinnen zu verleugnen, und eine Sache anders anzusehn, als der Anschein uns zeigt.

Man belehre uns, und mache uns das Achtungswerthe in den Thaten und Handlungen des etc. Kretschmanns erkennen, und wir werden gewiß eben so wie Ihr demselben Weyhrauch streuen, und mehr noch als Ihr, da wir ihn so lange dann verkannt hätten.

Allein dieses hat von Euch noch keiner gegen Uns nur versucht zu bewürken, und wird es auch wohl schwerlich im Stande seyn.

Keiner hat sich noch gewagt, eine ernsthafte Untersuchung über die Sache unserer verschiedenen Meinungen anzustellen.

Diese Leichtsinnigkeit, Verblendung, und wahre Verstocktheit in einer so ernsthaften und wichtigen Sache, muß uns billig alle Eure Unternehmungen, uns eines bessern belehren zu können, verdächtig ma-

chen, und sollte Euch, und muß Euch vor Eurer eigenen Vernunft einstens zu schanden machen. Was hält euch aber von solcher Untersuchung wohl anders ab? Gewiss nicht anders, als die Furcht und Euer inneres Gefühl zu grosser Schwäche in der Ueberlegung schädlicher Unbesonnenheit und Leichtsinns.

Ihr wollet nicht gerne gezwungen werden zu gestehen, wir waren verblendete Thoren und Schwächlinge, wir liessen uns Leichtsinn und Unbesonnenheit zu leicht unsere Vernunft gefangen nehmen, beherrschen, irre und misleiten.

Denn nur einige ernsthafte Aufmerksamkeit auf die Begebenheiten und Vorgänge, muß einen jeden unbefangenen Verstand, der sich nicht muthwillig verblenden will, überzeugen, daßs blos durch zu wenig Aufmerken, durch zu wenigen Gebrauch wahrer und unbefangener Vernunft, der hellere Sinn abgestumpft worden, und er so in diese unerhörte Blindheit versunken sey, so aber und bis zu besserer Ueberzeugung muß Uns etc. Kretschmann immer noch unter folgendem Bilde erscheinen.

Stolz und Eifersucht sind seine Hauptleidenschaften, womit er einen herzlosen Eifer in seinem Dienst und grosse Gewogenheit vereinigt.

Durch diese letztern Eigenschaften gilt er viel bei dem Fürsten, und keiner wagt es, die geheimen Kniffe des etc. Kretschmanns aufzudecken. Auch ist es gefährlich dies zu thun, denn etc. Kretschmann ist verschlagen genug, sie nur da zu üben, wo ihnen der Schein von Gesetzlichkeit zu geben, und wo er sie mit dem Buchstaben des Rechts entschuldigen kann. Wer aber von der Verhandlung des Rechts nur einen entfernten Begriff hat, fühlt nicht, daßs sich ihm hiezu tausendfache Gelegenheiten darbieten müssen.

Trübte in Deiner Lage die Leidenschaft und falsche Vorapiegelung nicht den hellen Blick Deines Geistes, welch ein anderer dürfte so anmaßend seyn, seine Vernunft mit der Deinigen zu messen. Du aber willst Dir den etc. Kretschmann erhalten, ich hingegen liebe in Dir den Bruder, und kenne meine Pflichten. Du weißt, daß es nicht meine Gewohnheit ist, mich hervorzudrängen, hier aber ist es Pflicht, nach meinem Range zu handeln, Dir biete ich mich an, nütze mich denn, wenn ich Dir noch nützen kann, dies wird das Beste seyn, was ich mit meiner müßigen Existenz bewürken kann. Geweckt mußt Du werden, wenn anders Deinem Herzen noch beizukommen ist.

Kretschmann, der Himmel weiß, durch welche Macht, hemmt und schüttelt Deine Begriffe und Leidenschaften, wie ein Instrument, das nach dessen Willkühr in Schwung geräth. Er widersteht Dir geradezu, beleidigt Dich sogar mehrmals gröblich, und dennoch bist Du nicht aufgereizt gegen ihn, sondern es steigt solcher sogar noch in Deiner Gunst. O! daß die Pein, die Du einmal leiden mußt, wenigstens durch die Wahrheit erregt würde! so aber hat etc. Kretschmann aus Dir alles gemacht, was er wollte, nicht durch die Macht der Wahrheit, sondern durch feingeleitete Ueberredung und Umwege, Aufreizung aller misbrauchten Gefühle, und Dich so zu Willkührlichkeiten, Groll und Haß verleitet.

Ludwig Pr. z. S. Coburg etc.

Nr. XVI.

Herzogl. Mandat de 23. Febr. 1803, die Untersuchung der von den Viertelsmeistern angebrachten Beschwerde betr.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

Es ist Uns von mehrern gutgesinnten und glaubhaften hiesigen Bürgern sehr umständlich aus einander gesetzt worden, daß die von den Viertelsmeistern auf dem Rathhause angegebene Stimmung keinesweges allgemein sey; daß vielmehr nur einzelne von einigen Advocaten und schlechten Dienern aufgereizte und durch den Schein einer höhern Protection geblendete Einwohner sich ein eignes Geschäft daraus machen; daß sie in den Häusern und Bierschenken herumschleichen, über allgemeine Noth und künftiges Unglück klagen und ihre Mitbürger ängstlich machen, Stimmen zu allgemeinen Beschwerden sammeln, sogar einzelne Zusammenkünfte veranstalten, Bittschreiben zur Unterschrift herumtragen, allenthalben fragen, ob niemand Beschwerde habe, ihnen Schutz und Hülfe versprechen, und sogar vorgeben, daß ein Theil Unserer Familie gegen Unsere Regierung gestimmt sey und dagegen wirken werde; Unsere Amtleute über die Wahrheit Unserer Verfügungen befragen, öffentlichen Cassenrendanten

die Vorlegung der Schulddocumente verbieten. Man hat Uns persönlich den Hofagent Dressel, Tuchmacher Handel, Goldschmidt Leucht, Bürger Braun, Rath Bröhmer, Bürger Mechthold, Zimmermann Held, Advocat Schamel, Kaufmann Spörl, Bierbrauer Bachmann, Schieferdecker Bachmann, Viertelsmeister Muther genannt, welche in einzelnen Biergelagen und selbst in einzelnen Privathäusern, mit ihren Anhängern dieses Geschäft treiben; so schwer es Unsern gegen Unsere Bürger gutgesinnten Herzen fällt, an die Wahrheit dieser Angaben zu glauben, und so sehnlich Wir der Aufklärung entgegen sehen und Uns überzeugen möchten, daß sie Verläumdung sind, so wenig erlauben es Unsere Regentenpflichten, dieselben ununtersucht zu lassen. Wir sind vielmehr gezwungen, euch als Chef der Justizdeputation und nach dem von euch geleisteten Eide aufzugeben, daß ihr diese Angaben mit aller Vorsicht und Behutsamkeit nachspürt, die nöthigen Data zur Aufklärung sammelt und sammeln lasset, unter der Hand die Untersuchung veranstaltet und das Resultat davon Uns selbst unmittelbar zur höchsteigenen Erbrechung mit den Akten vorleget.

Wir eröffnen euch zugleich hierbei, daß Wir höchstselbst bereits bei Unsern mächtigsten Reichständischen Nachbarn, auf den Fall um Unterstützung durch ausländisches Militär nachgesucht haben, wenn es den Uebelgesinnten beifallen sollte, ihre Zügellosigkeit noch weiter zu treiben, und Wir haben die Versicherung, daß auf den ersten gegebenen geheimen Wink von den Thoren die erforderliche Quantität Militär einmarschiren soll, wiewohl Wir annehmen können, daß die große Anzahl der gutgesinnten Bürger, welche sich Uns schon umständlich namhaft gemacht haben, an sich keine Unordnungen zulassen werden.

Euch aber machen Wir bei Eurem Dienste, Eurer Ehre und Eurem Leben verantwortlich, diese Angelegenheit mit der höchsten Unparteilichkeit, Vorsicht und Geheimhaltung zu behandeln.

Coburg z. E. den 23. Febr. 1803.

Serenissimus.

An

Unsern Geh. Rath und Canzlar
als Chef der Justiz - Deputation.

Nr. XVII.

Des Hn. Prinzen Ludwigs an die Bürger ge-
haltene Rede.

Lieben Mitbürger, der scheinbare Verdacht, so ihr gegen die Handlungsart des dirigirenden Ministers, und als wenn der Herzog durch solchen in seiner herzlichen Liebe zu Euch und in seinem freien Verfahren zufolge dieser Liebe, gehemmt sey, als welche wir gewissermaßen, da wir so wenig als Ihr im Stande waren, durchzuschauen, mit Euch theilten; hat Euch verleitet, durch mehrere unter Euch im Namen aller am 20. Febr. auf dem Rathhause, mehrere Punkte als vermeinte Klagen zu Protocoll zu geben, ungeachtet wir mehrere malen Euch abmahnten, ungebührlich vorzuschreiten, stets hinweisend auf die Gesundheitsumstände des Herzogs, und ein solcher Schritt, auch wenn dergleichen viel glimpflicher, als von Euch geschehen, vor denselben tödlich werden könnte, und deswegen Euch vermahnten, alles ruhig und auf gelegnere Zeit zu verschieben, dann aber nur das anzubringen, was den Charakter gerechter Klagen gegen haben könne, vorzubringen, aber Ihr habt nicht gefolgt.

Aufzählung des ganzen Hergangs bei mir.

Wir müssen Euch vor allen Dingen sagen, daß

Euer Benehmen durch gedachtes Protocoll, als gegen Un-
sern gutgemeinten Rath und Vermahnungen zu anstän-
diger und Vertrauensvollen schuldigen ruhigen Abwar-
ten, als ein Eigensinn erscheint, welcher ganz nicht dem
Vertrauen so wir in Euch setzten noch weniger dem
Vertrauen zu Uns, dessen Wir Uns von Euch schmei-
chelten, auch nur im mindesten entspricht, und uns
daher auf das innigste schmerzen muß. Dann war
Euer Benehmen im Ganzen betrachtet, zu anmaßend
und trotzig und unregelmäßig und schnurstraks gegen
das schuldige Verhalten, treuer guter und rechtschaffener
Bürger, so Herz und Kopf des Herzogen und dessen
Liebe zu seinen Unterthanen Euch besser bekannt seyn
sollte.

Dieses mußte nothwendig demselben schmerzhaft
auffallen und ihn beleidigen. Dennoch liefs er das Pa-
tent vom 23. Febr. in aller Liebe und mit ganzer Of-
fenheit seines Herzens von Ihm unterschrieben, im
Druck an Euch ergehen. Auch dieß legtet ihr verführt
durch Euer einmal gereiztes Gemüthe, falsch aus. Selb-
sten meine gutgemeinte Drukschrift an meine Mitbür-
ger, nahmst ihr in dieser verkehrten Stimmung falsch
auf. Statt nun mit Ehrfurcht und Dank gedachtes Pa-
tent aufzunehmen, und sogleich dem Herzog einen
öffentlichen Dank auch durch den Weg des Protocolls
auf das schleunigste zu bringen, verfehltet Ihr dieses
gänzlich. Im Gegentheil maßten sich einige unter Euch
und zwar nur ihrer drei wider alles Herkommen und
Ordnung an, durch ein nochmaliges Protocoll noch
anmaßender vorzugehen und Eure böse Sache zu der
schlimmsten zu erhöhen. Noch ist es Zeit durch Nach-
holen des Versäumten und Abbitte schuldiger Unter-
werfung und Bereuung Eurer Uebereilung alles wieder
in die alten guten Verhältnisse zu setzen, aber nur

dürft ihr nicht säumen, der Feldmarschall hat durch Vorbitte zum Besten Eurer, Euch den Weg zu dem etwas besänftigten Gemüthe des Herzogs gebahnt, und dessen Herz wieder gegen Euch erweicht.

Nun das tröstl.: Wir waren gleich wie Ihr im Argwohn etc. — aber in der Conferenz etc.

Glaubt uns ja nicht als gewonnen, wie Ihr es allenfalls nennen mögtet, und zur Gegenparthei übergegangen, auch bestehet dergleichen gar nicht — vorzüglich befreiet mich von diesem Verdacht, und als hätte ich Eure Angelegenheiten verlassen: Nein! vielmehr muß ich Euch um Eurer Liebe zu mir und zum Besten Eurer selbst in ständigt bitten, darauf bittlich aber dringendst anzutragen, daß in Rücksicht des Verdachts, in welchem ich stehe, als hätte ich Euch misgeleitet und aufgereizt, die bestehende Untersuchungs-Commission auf das strengste verfahren möge! Keiner von Euch aber schone mich, wo er glaubt mir etwas beizumessen zu müssen, das weitere überlaßt mir, was mich betrifft. Aber eben so treulich müßt Ihr angeben, wenn allenfalls fremde Herzen Euch aufwiegeln, dies ist unnachlässige Pflicht, vor Gott und Euren Herrn und nöthig, nur in das besondere Eure Liebe in Wahrheit darzuthun. Nur dieser Weg ist der wahre und Euch als rechtschaffenen Bürgern erlaubt, und der einzigst mögliche nur Euch mit dem Herzog wieder auszusöhnen, aller Schande und wohlverdienten übeln Nachreden aber ins Ausland zu entgehen.

Nr. XVIII. a.

Mandat de 15. März 1803 die Einquartirung
der chursächsischen Manutenenztruppen
betr.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

haben Uns zwar genöthigt gesehen, zur Verhinderung fernerer aufrührerischen Auftritte, zu Handhabung Unserer landesherrlichen Gewalt, zur Vollziehung der unbedingt nöthigen Polizeianstalten, zu Handhabung der allgemeinen öffentlichen Sicherheit und zu desto nachdrücklicher Vollstreckung der Strafurtheile, welche Unser oberster Gerichtshof über die Ruhestörer fällen wird, den Herrn Churfürsten von Sachsen Lbdl. in der Qualität als kreisausschreibenden Fürsten des obersächsischen Kreises, um die nöthige militärische Unterstützung gegen das tumultuarische Benehmen der hiesigen Bürgerschaft zu ersuchen, und des Hn. Churfürsten Lbdl. haben Uns auch diese reichsständische Hülfe dadurch zugestanden, daß nicht nur heute eine Abtheilung Dragoner einmarschiren und sich einquartiren werden, sondern daß auch noch mehrere Chursächsische Truppen den Befehl erhalten haben, er-

forderlichen Falls auf den ersten Wink hierher aufzubrechen und mit gewaffneter Hand die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten. Es mußte in der That Unserm Landesväterlichen Herzen sehr wehe thun, Uns in die Nothwendigkeit versetzt zu sehen, daß Wir mit so strengen Maafsregeln gegen Unsere Unterthanen verfahren müssen, nachdem alle Ermahnungen, alle Erklärungen und alle öffentliche Versicherungen fruchtlos gewesen sind.

Noch möchten Wir Uns gerne überreden, daß die zeitherigen tumultuarischen Auftritte nicht die Sache der ganzen hiesigen Bürgerschaft war, daß es vielmehr noch redliche, gutgesinnte Einwohner in Coburg gab, welche einsahen, daß Wir das Beste Unseres Landes wollten, daß Wir nur für das Wohl Unserer Unterthanen arbeiteten, und daß die Meisten an dem strafwürdigen Benehmen der Unedelgesinnten keinen Antheil genommen haben.

Allen denjenigen, welche in diesem Falle sich befunden haben und nachweisen können, daß sie den Viertelsmeistern keine Vollmacht zu der Erklärung gegeben haben, welche angeblich in Vollmacht der ganzen Bürgerschaft am 21. 26. und 28sten Febr. vor Unserer Regierungs-Commission geschah, sichern Wir im voraus zu, daß sie nicht nur, wie sich von selbst versteht, von aller Untersuchung, sondern auch von allen Kosten, welche die Verpflegung und Einquartierung des Executions-Commando nothwendig macht, verschont bleiben sollen. Es wird Ihnen aber auch dabei zugleich zur Pflicht gemacht, die ihnen bekannten Urheber der Auftritte anzugeben, um sich dadurch von aller Theilnahme daran zu reinigen. Wer aber dieses nicht thut, und bei der von Uns niedergesetz-

ten Commission, seine Unschuld nicht sogleich nachweist, der hat zu gewarten, daß er mit den angegebenen Uebelgesinnten gleich behandelt werde.
Cob. z. E. den 13. März 1803.

(L. S.)

Franz H. z. S. C. S.

An die Bürgerschaft
der Residenzstadt Coburg.

Nr. XVIII. b.

Mandat de 13. März 1803 die Beschwerden
der Viertelsmeister betr.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

haben zwar wegen der Beschwerden, welche die Viertelsmeister der hiesigen Stadt in angeblicher Vollmacht der hiesigen Bürgerschaft unter dem 21. Febr. d. J. gegen Unser Ministerium angebracht haben, auf Instanz Unsers wirklichen geheimen Raths und dirigirenden Ministers von Kretschmann und nach der ihm bei seinem Dienstantritte gethanen Zusage in der Person Unsers geheimen Raths und Regierungspräsidenten Goebel und Landesregierungsrath von Griesheim eine Untersuchung gegen ihn niedergesetzt; allein, da sich bei der umständlichen Vernehmung der Viertelsmeister nicht nur, sondern auch durch Einsicht der einschlagenden Akten und Urkunden ergeben hat, daß die Beschwerden nur gegen solche Handlungen Unsers Ministeriums gerichtet waren, welche Wir unmittelbar genehmigt haben, und welche der Minister von Kretschmann in Unserm Auftrage unternommen hat, da derselbe sich auf die ehrenvollste Art über die Redlichkeit, den glücklichen Erfolg und die großen Vortheile seiner Verwaltung ausgewiesen hat, und überhaupt die

Beschwerden der Bürgerschaft nur solche Administra-
tionsgegenstände betreffen, wobei ihnen weder Nach-
theil zuwachsen noch ein Einfluß zugestanden werden
kann, so haben Wir zwar die gegen Unsern Minister
von Kretschmann niedergesetzte Commission sofort
aufgehoben.

Wir behalten Uns aber noch die Ahndung gegen
diejenigen Verbrecher ausdrücklich vor, welche durch
Verunglimpfung Unser Ministers zugleich die Würde
beleidiget haben, welche er, als erster Staatsbeamte
bekleidet. Zu jedermanns Nachricht haben Wir dieses
durch den Druck bekannt zu machen befohlen. Coburg
zur Ehrenburg den 13. März 1803.

(L. S.)

Franz H. z. S.

Nr. XIX.

Schreiben des Hn. Herzogs an den Hn. Prinzen Ludwig d. d. 26. Sept. 1804.

Lieber Bruder!

Ich bin durch das, was Du mir heute überschickt hast, auf eine höchstwidrige Weise überrascht worden, da es gerade zu der Uebereinkunft mit dem Onkel zuwider ist. Du willst auf eine mich herunterwürdigende Art, auf eine unsere Staatsgeheimnisse preisgebende einen rechtschaffenen aber mißhandelten Diener Schaden aussetzen: die Weise einen Vermittler machen und mich und das Haus mit Schande brandmarken.

Ich fordere Dich daher auf das bestimmteste und ernstlichste auf, von allen Schritten der Art abzuste-
hen, und jeden von der Familie von ähnlichen zurück zu halten, und verspreche die genaueste, und gerechteste Untersuchung dieser ganz bösen Sache, die nicht das würde geworden seyn, wenn Du nicht Deinen richtigen Standpunkt, und den des Landes zu dem Gesetz und dem Regenten verkannt hättest, wenn Du gleich die Bürger von Dir ab, und auf den Weg der Ordnung verwiesen hättest, und nicht wie Du in Deinem Aufruf bekennt, mit widerspenstigen Unterthanen Partei ergriffen. Das Ueberschickte wirst Du mir

verzeihen, wenn ich es nicht zurückgebe, es ist ein zu ausgezeichnetes Aktenstück. Gerne traue ich es Deinem Herzen zu, daß nicht böser Wille Dich leitete, die unvorsichtige Wahl Deiner Mittel bleibt aber stets verderblich, die Du bei dieser Sache angewendet hast.

Noch einmal bitte ich Dich auf das dringendste, keinen zerstörenden, alte gesetzliche Ordnung trennenden Schritt Dir mehr zu erlauben, und nicht mit der Bürgerschaft in ein Detail zu gehen, daß ich mir bei dem gnädigsten Onkel geradezu verboten hatte.

Im Uebrigen bin ich immer bereit Dir zu zeigen, wie wahr ich bin

Dein

etc.

Franz.

Coburg den 2. März

1803.

Nr. XX.

**Des Hn. Prinzen Ludwigs gegen den Minister
von Kretschmann angebrachte Diffama-
tionsklage.**

**Hochgeborner Reichsgraf, Römisch Kai-
serl. Majestät Cammerrichter,
Gnädigster Graf und Herr!**

Ew. etc. geruhen aus der sub Litt. A. beiliegenden
Druckschrift, betitelt:

**Die Organisation der Coburg-Saalfeldischen
Lande,**

**zu ersehen, daß der Herr Minister Kretschmann zu
Coburg, welcher**

Seite 84.

**durch seine Namensunterzeichnung sich selbst als Ver-
fasser dieser Schrift bekennet, den Anwalts hohen
Hn. Principal**

Seite 80.

in denen Worten:

**„Es ist wahr, ich habe dem Hn. Prinzen Lud-
wig Durchl. in Beiseyn Ew. etc. recht nach-
drücklich zu Gemüthe geführt, daß Sie kei-**

nen gesetzwidrigen Antheil an der unruhigen Stimmung der Bürger hätten nehmen sollen etc. öffentlich vor dem ganzen deutschen Publikum einer gesetzwidrigen Theilnahme an einer unruhigen Stimmung der Coburg. Bürger zu beschuldigen sich erdreistet hat.

In dieser Schrift wird

Seite 53.

von einer aufwieglerischen Rotte, von Strafbarkeit, von Ruhestörern und von aufrührischen Bürgern, dann

Seite 62.

von Realisirung einer Criminal-Untersuchung gegen die Rädelsführer — auch nachher

Seite 85. f. f.

von Hochverrath, und Verbrechen der beleidigten Majestät, so der Geh. Rath Freiherr von Könitz bei geherrschten Unruhen zu Schulden gebracht haben solle — gesprochen. Die Vielbedeutung der Sache fällt also hieraus von selbst in die Augen des Publikums.

Um so mehr muß dahero Anwalds hoher Hr. Principal obige Höchstihm von dem Hn. v. Kretschmann gemachte Beschuldigung für eine wirklich Höchstdero hohen Stand und Charakter auf die nachtheiligste Art öffentlich verunglimpfende Diffamation halten; — je weniger Höchstderselbe sich einer gesetzwidrigen Theilnahme an irgend etwa unerlaubten und strafbaren Auftritten selbst bewußt ist.

Da nun Anwalds Herr Principal weder das Licht scheuet, noch dergleichen fälschliche Beschuldigungen auf sich ersitzen lassen kann, sondern mit dieser Sache baldmöglichst ins Klare kommen will; zu dem Ende sich genöthiget siehet, den Diffamanten, gemeldeten Herrn Kretschmann ad probandum diffamationem ex practica. L. diffamari zu provoci-

ren und verabladen zu lassen, wozu dieses höchsten Gerichts Jurisdiction wegen des Hn. Diffamatens kundbarer Immediatät begründet ist; so gelanget an Ew. etc. Anwalds nomine quo supra unterth. Bitte, Höchstdieselben geruhen, wider mehr bemeldeten Hn. Minister Kretschmann eine Kaiserl. citationem ad probandum diffamationem sub praejudicio perpetui silentii, zu erkennen und mitzutheilen, Inhalts deren, vorerwähnter Diffamant an dieses höchste Gericht, abgela-den wird, um in praefigirenden Termino seine Diffa-mation zu beweisen, oder in Verbleibung dessen zu sehen und zu hören, daß ihm ein ewiges Stillschwei-gen nebst Erstattung sämmtl. Unkosten, auferlegt, und dem Hn. Diffamaten die Injurien-Klage wider ihn vorbehalten werde. In hoffender gnäd. Willfahung ist Anwald des unterth. Erbietens, Narrata supplica loco Libelli et adjuncta in vim probationis in primo termino zu repetiren.

Hierüber Höchsteroselben mildrichterliches Amt pro Juris et Justitiae administratione, als solchem dem Recht, und dieses höchsten Gerichts Gebrauch nach geschehen soll, kann oder mag, unterth. anrufend

Ew. etc.

etc.

v. Z w i e r l e i n.

Nr. XXI.

E x t r a c t

aus dem Recess vom 28. Jul. 1791.

etc. etc.

d) **W**egen Bezahlung und Uebernehmung der bei Abgang einer fürstl. Speciallinie sich findenden Cammerschulden, haben sich sämtliche fürstl. Hrn. Interessenten vereinigt, mit deren successiven Abtrag auch fernerhin zu continuiren.

Von dem bei einem Collateralanfall in dem fürstl. S. Gothaischen Gesammthaus unbezahlt gebliebenen Cammer- und Privatschulden, sollen von den fürstl. Landes-Successoribus alle wahre Cammerschulden, welche von denen fürstl. Vorfahren ererbt — bei den fürstl. Cammern in Einnahme und Ausgabe gebracht und von solcher verzinst worden, übernommen und nach eines jeden fürstl. Hn. Interessenten Erbrata bezahlt und garantirt werden. Sollten sich außer diesen jetzo schon vorhandenen, oder zu deren Abtrag erborgten Cammercapitalien, welche jedoch gedachtermaßen successive zu vermindern sind, noch andere Schulden, oder von neuen vermehrten Capitalien, bei Abgang eines fürstl. Hauses finden, so müssen solche ganz allein aus dem Allodio, und von den Kaufsummen bezahlt, und mithin die fürstl. Hrn. Landes-Successores mit deren Bezahlung gänzlich verschonet werden.

Wenn sich aber Fälle ereigneten, in welchen zu Vermehrung der Cammereinkünfte, oder zu Verbesserung des Landes, oder zu Ausstattung fürstl. Prinzessinnen, oder zu Bestreitung außerordentlicher Ausgaben bei Unglücksfällen, neue Cammer-Capitalien erborgt werden müßten, so soll hierüber zuvörderst mit den fürstl. Agnaten communiciret, der fürstl. Agnaten Consens hierzu erbeten, und solcher nur in den Fällen ertheilt werden, wenn versio in rem dargethan, und gezeigt worden, wie der Abtrag wieder bewürkt werden könne.

Und so wie Ihro Herzogl. Durchl. der regierende Hr. Herzog zu S. Meiningen, obgleich Höchstihroselben noch zur Zeit mit fürstl. Descendenten nicht gesegnet worden, dennoch nichts mehr wünschen, als von den ererbten Schulden successive auch fernerhin Abtrag thun zu können; so versichern Höchstihroselben auch eine solche Einrichtung zu erhalten, daß, wenn die S. Meiningischen Lande mit besondern Unglücksfällen verschont bleiben, die wahren Cammerschulden noch bei Ihren Lebzeiten bis auf 200000 Rthlr. vermindert werden, und wenn solches außer Unglücksfällen gleichwohl nicht möglich seyn sollte, so versichern Höchstgedacht Ihro Herzogl. Durchlaucht, daß die zurücklassende höhere Summe Cammercapiatalien, aus dem Allodio, nebst den übrigen Privatschulden bezahlt werden sollen; worüber die Durchlachtigsten Hrn. Herzoge zu S. Coburg, S. Gotha und S. Hildburghausen Ihre vollkommene Zufriedenheit erkläret, und sich damit völlig einverstanden haben.

e) Damit auch bei vorkommenden Collateral-Successionsfällen wegen Vertheilung derer landschaftlichen Schulden keine Differenzen entstehen können; so wird gleichfalls hierdurch festgesetzt, daß in dem

Herzogl. S. Gothaischen Gesammthaus die fürstl. Landes-Successores bei jedem Collateralanfall schuldig seyn sollen, die sich vorfindenden von den Landständen der angefallenen Landesportion agnoscirte und überhaupt rechtmäfsig constituirte, oder zum Abtrag solcher Capitalien verwendete landschaftl. Schulden nach Proportion derer überkommenden Extrasteuern zu vertheilen und zu übernehmen; auch aus denen Landschafts- und Steuer-Cassen ununterbrochen verzinsen und abtragen zu lassen, wobei jedoch einstimmig bedungen worden ist, dafs sothane landschaftliche Schulden, von dato an, auf keine erhebliche Summe, auser Unglücksfällen, und wenn es das gemeinsame Landeswohl erfordert, ohne Einwilligung derer fürstl. Hrn. Agnaten vermehret, die Landschaft auch bei ihren Gerechtsamen erhalten, die Unterthanen mit Vermehrung der Steuern verschont, und von denen jetzo vorhandenen Schulden in Friedenszeiten jährlich nach Möglichkeit etwas abgetragen werden solle.

etc. etc.

Nr. XXII.

Herzogl. Sachsen - Coburg - Saalfeldisches Hausgesetz über die Nichtverbindlichkeit der Regierungs - Nachfolger, die Schulden und Veräußerungen der Regierungs - Vorfahren anzuerkennen, vom 1. April 1802.

Wir Franz, von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, Landgraf in Thüringen, Marggraf zu Meissen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein etc. etc.

haben aus einer langen und traurigen Erfahrung die unglücklichen Folgen kennen gelernt, welche eine Sequestration der Domainen - Einkünfte für Unser Land, für Unsere Familie und für jeden Unserer getreuen Unterthanen gehabt hat, und Wir halten es jetzt, da Wir durch Zahlung sämtlicher Cammerschulden die Kaiserliche Debit - Commission überflüssig gemacht haben, für Unsere wichtigste Pflicht in Unserm Hause solche Einrichtungen und Verfügungen zu treffen, daß ein solcher Zustand, wie er zeither statt hatte, nie und zu keiner Zeit wieder eintreten kann. Zu dem Ende empfehlen Wir

I.

Allen Unsern Nachfolgern in der Regierung höchstmögliche Sparsamkeit, und damit diese um so weniger irgend jemals verletzt werden könne; so bestimmen Wir als unumstößlich, daß die Etats für die Bedürfnisse der Hofhaltung und der Person des jedesmal regierenden Fürsten, von nun an immer von dem Landes-Ministerio lediglich nach dem Verhältnisse der sichern Landes-Einkünfte, der daraus zu bestreitenden Administrationskosten und des unbedingt nothwendigen Aufwands, welchen die Verbesserung des Landes fordert, gemacht, und die Ausgaben darinnen für den Hof nie höher gestellt werden sollen, als es die übrigen Bedürfnisse der Landes-Administration und das Wohl des Ganzen zulassen. Der Entwurf des Hofstaats-Etats ist dem Regenten dann mit ausreichenden Erläuterungen über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Fonds vorzulegen und über diesen geprüften und von dem regierenden Landesherrn anerkannten Etat dürfen bei der Hofhaltung die Ausgaben nie und unter keiner Bedingung erhöht werden. Das Hofmarschall-Amt hat nach diesem ihm mitzutheilenden Etat sich streng und unverbrüchlich zu richten. Die Haupt-Domänen-Casse wird zu allen Zeiten eidlich darauf verpflichtet und angewiesen, die gegen den Etat eingehenden Zettel oder ausgegebenen Summen, nicht zu bezahlen. Und damit zu keiner Zeit der Aufwand für den Hof unverhältnißmäfsig gegen die Landes-Einkünfte erhöht werden kann; so soll jeder Minister zu allen Zeiten eidlich verpflichtet werden, dem jedesmal regierenden Landesherrn die nachtheiligen Folgen dringend vorzustellen, wenn er darauf bestehen wollte, daß die Ausgaben für den Hof unverhältnißmäfsig gegen die Landes-Einkünfte bestimmt wer-

den sollten. Und damit dieses um so weniger geschehen könne; so setzen Wir als eine unverbrüchliche Norm fest, daß

II.

keiner Unserer Nachfolger in der Regierung je verbunden seyn solle, die Schulden seiner Vorfahren zu bezahlen. Denn jeder Regent hat die unbedingte Verbindlichkeit auf sich, seine Ausgaben nach seinen Landes-Einkünften einzurichten, mit diesen auszukommen, und wo möglich noch zu Verbesserung des Landes und auf unvorhergesehene Fälle zu sparen.

Wir nehmen aber von dieser Bestimmung aus:

- a) diejenigen Schulden, welche in Cautions-Capitalien aller Art bestehen, in der Regel aber auch immer von dem Dienst- und Pacht-Nachfolger bezahlt werden,
- b) diejenigen, welche wegen Ausstattung zu vermählender Prinzessinnen haben gewirkt werden müssen; obgleich dieses in der Zukunft nicht mehr vorkommen darf, weil jährlich aus den Landes-Einkünften so viel zurückgelegt werden muß, daß diese Ausgaben leicht bestritten werden können,
- c) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir als Erbprinz bis zum Antritte Unserer Regierung unter sehr traurigen Verhältnissen haben wirken müssen, und zu deren schleunigen Tilgung Wir bereits einen sichern Zahlungs-Fond angewiesen haben,
- d) diejenigen Schulden, welche Unsers Hn. Vaters Gnaden während der Dauer der Debit-Commission nothgedrungen machen mußten, welche Wir

- übernommen und zu deren Zahlung Wir schon jetzt die nöthigen Verfügungen getroffen haben,
- e) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir von Unserer Frau Mutter Gnaden nach einem besondern Vertrage übernahmen,
 - f) diejenigen Schulden, welche Unsere errichtete Staats-Leihbank, deren Gesetze, Verfassung und Einrichtung Wir des nächsten durch den Druck bekannt machen werden, allenfalls, nach ihrer eigenen Organisation und nach dem Verhältnisse ihres Fonds, zu machen befugt ist,
 - g) diejenigen Schulden, welche zur Verbesserung der Landes-Einkünfte, wegen unverschuldeter Unglücksfälle, wegen Ankauf von Gütern, Emporhebung der Landes-Industrie, Errichtung allgemeiner, gemeinnütziger Anstalten und überhaupt zum Landes Besten und wovon ein bleibender Nutzen für das ganze Land nachgewiesen werden kann, sind gewirkt worden, endlich
 - h) eigentliche altväterliche Schulden, oder welche zu Abtragung der bis jetzt vorhanden gewesenen alten Cammerschulden nothwendig waren.

Alle diese Schulden sind die jedesmaligen Regierungs-Nachfolger anzuerkennen und zu bezahlen verbunden.

Wir werden aber, wenn Uns die Vorsehung noch einige Jahre das Leben schenkt, dafür sorgen, daß weder die wenigen Schulden, welche Wir als Erbprinz wirkten, noch diejenigen, welche Wir von Unsers Herrn Vaters und Frau Mutter Gnaden übernommen haben, noch endlich diejenigen, welche zu Befriedigung alter Cammer-Gläubiger nöthig waren, auf

Unsere Nachfolger übergehen können, weil zu Zahlung derselben bestimmte Fonds bereits angewiesen und schon sehr viele davon bezahlt sind.

III.

Damit aber nicht unter dem Vorwande des allgemeinen Landes Besten oder Erhöhung der Landes-Einkünfte für die Zukunft Schulden gewirkt werden können, die nichts weniger als diesen Zweck haben, sondern vielmehr zur Befriedigung der Privat-Neigung des regierenden Landesherrn bestimmt sind; so soll von nun an kein Schuld-Document und keine Schuld, sie mag Namen haben wie sie will, mit Ausnahme derjenigen, welche im vorhergehenden §. aufgeführt sind, als für den Nachfolger gültig und zahlbar angesehen werden, wenn nicht von Unserer Landes-Regierung das Zeugniß, bekräftiget durch das Regierungs-Insiegel und die Namens Unterschrift sämtlicher Regierungs-Mitglieder, darunter steht: dafs sie wirklich zum Besten des Landes verwendet worden ist.

Alle Schuld-Documente und Schuld-Forderungen, welche dieses Zeugniß nicht haben, sind von dem Nachfolger als unverbindlich und Zahlungsunfähig zu verwerfen.

IV.

Unsere Landes-Regierung soll nie und zu keiner Zeit sich gegen den Landesherrn, welcher etwa Schulden zu seinem Privat-Gebrauch oder Vergnügen wirken wollte, mit Ausstellung obigen Zeugnisses nachgiebig erzeigen; deshalb soll jedes Mitglied der Landes-Regierung in seinem Dienst-Eide dahin ausdrücklich mit verpflichtet werden, nie in Schulden zu willigen, welche zu einem andern Zwecke als dem des

allgemeinen Landes-Besten und zu Erhöhung der Staats-Einkünfte gemacht worden sind. Liefse sich zu irgend einer Zeit die Landes-Regierung beugehen, einem regierenden Landesherrn ein Zeugniß auszustellen, welches diesen Grundsätzen nicht gemäß wäre, und sie könnte von dem Nachfolger davon überwiesen werden; so sollen außer der Strafe der Cassation, alle Mitglieder, oder wenn sie nicht mehr leben, deren Erben, für die auf diese Art gesetzwidrig gemachte Schuld auf immer haften, und die Regierungs-Mitglieder sollen beim Antritte ihres Amtes sich dazu ausdrücklich mit verbindlich machen.

V.

Unsere Landes-Regierung muß in vorkommenden Fällen und wenn neue Schulden contrahirt werden sollen, sich immer gründlich und hinlänglich überzeugen können, daß die zu machende Schuld zu des Landes Besten, zu Ankaufung von Gütern und zu Vermehrung der Landes-Einkünfte nothwendig sey, um dann um so gewissenhafter das Zeugniß darüber den Gläubigern auszustellen; deshalb soll der regierende Landesherr jedesmal, wenn er eine neue Schuld für nothwendig hält, die Regierung umständlich mit den Ursachen und dem Zwecke derselben bekannt machen und ihr gründliches und gewissenhaftes Gutachten darüber hören, und wenn dieses nicht beifällig ist, nicht weiter in sie dringen.

VI.

Unserer Landes-Regierung aber machen Wir dabei zur Pflicht, bei Behandlung eines solchen Gegenstandes mit der größten Vorsicht, aber auch mit der nothwendigen Gründlichkeit zu Werke zu gehen, und

das Zeugniß durch unnöthige Subtilitäten alsdann nicht zu erschweren, wenn zwar der Vortheil der gewirkten Schuld nicht gleich in den ersten Jahren sichtbar, aber doch zu erwarten ist, daß dadurch für die Zukunft dem Lande ein bleibender Nutzen geschafft werde.

VII.

Sollte es einem unter Unsern Nachfolgern gefallen, die Regierung zu Ausstellung eines diesem Hausgesetze entgegen laufenden Zeugnisses zwingen zu wollen; so soll die Regierung eingedenk ihres theuern Eides, Anfangs bescheidene Vorstellungen dagegen machen, und wenn diese fruchtlos sind, ihren Rekurs an das Reichs-Oberhaupt nehmen und daselbst Hülfe suchen.

VIII.

Von diesen in den §. §. III. IV. V. VI. VII. aufgetragenen Bestimmungen ist aber Unsere errichtete Leihbank, vermöge ihrer ganz eigenen Organisation und da der Fond derselben unveräußerlich ist, als Fideicommiss feststeht und nie angegriffen werden darf, gänzlich ausgenommen.

Sie besorgt ihre Geschäfte nach besondern in dem Organisations-Patente derselben enthaltenen Gesetzen, und darf ohnedem keine Schulden machen, welche dem Bank-Fond nicht angemessen sind.

IX.

Sollte aber irgend einer Unserer Nachfolger den Fond dieser von Uns errichteten Bank über lang oder kurz angreifen und dadurch die aufgestellten Bankgesetze verletzen wollen; so soll die Bank-Direction und das Banco-Collegium davon Unserer Landes-Regierung ungesäumt Nachricht geben und die Bank-Direc-

tion und die Landes - Regierung sind gemeinschaftlich, zu Aufrechthaltung des öffentlichen Credits, verpflichtet, gegen dieses Ansinnen oder diesen Landesherrlichen Eingriff Anfangs bescheidene Vorstellungen zu machen, wenn aber diese fruchtlos sind, dem Publikum die Grölse der Verminderung des Bank - Fonds sogleich in öffentlichen Blättern anzuzeigen, damit dasselbe sein Interesse dabei wahren könne.

X.

Alle Etats - Ueberschüsse, welche sich von nun an nach den gemachten Ersparungen und nach einer zweckmälsig eingerichteten Administration ergeben müssen, sollen ausschlüslich zu Bezahlung der vorhandenen Schulden an Unsere Bank bezahlt werden, der Wir das Schuldentilgungs - Wesen übertragen haben, und es soll sich kein regierender Herr einer andern Disposition darüber anmafsen, als zu diesem bestimmten Zwecke und zu Erhöhung der Landes - Einkünfte, Ankaufung von Gütern und zum allgemeinen Landes - Besten, auch auf den Fall, wenn sämtliche Schulden bezahlt sind.

XI.

Um Unser Haus und Unser Land auch vor unvorhergesehenen Unglücksfällen und ungünstigen Ereignissen sicher zu stellen; so haben Wir die Einleitung getroffen, dafs von einem Theile Unserer jährlichen Etats - Ueberschüsse, so weit es nach den vorhergehenden §. §. möglich ist, nach und nach ein eiserner Fond von

Zweymalshundert Tausend Gulden Rheinisch

gesammelt werden soll. Auch diese Summe soll die Qualität eines Fideicommisses haben, und keinem Unserer Nachfolger soll es erlaubt seyn, darüber nach Willkühr zu disponiren, sondern sie soll nur dann angegriffen werden können, wenn es das Landes-Beste unbedingt erfordert, wenn Unserm Hause ein bleibender Nutzen damit geschafft werden kann, und wenn die Staats-Leihbank einzelne Vorschüsse, welche aber von daher immer wieder erstattet werden müssen, zu ihren Geschäften braucht. Es muß aber aus den Etats-Ueberschüssen das Fehlende an der Summe der 200,000 fl. rhl. nach und nach wieder ergänzt und diese Summe immer vollzählig erhalten werden.

XII.

Der Beschluß dieses eisernen Fonds von 200,000 fl. rhl. ist dem jedesmaligen dirigirenden Minister und dem Präsidenten der Landes-Regierung anvertraut. Er kann nur gemeinschaftlich geöffnet werden, und jeder von diesen Dienern hat dazu einen verschiedenen Schlüssel.

XIII.

Werden Rittergüter heimfällig; so sollen dieselben bloß das Fideicommiss Unserer Lande vermehren, und dem regierenden Herrn steht es unter keinem Vorwande frey, darüber nach Eigenthumsrecht zu disponiren, sondern sie müssen den Aemtern, und in Hinsicht auf die Einkünfte den Amts-Einnahmen, auf immer einverleibt werden. Veräußerung derselben findet gar nicht statt. Wäre es aber zweckmäfsig, die Hofbaustücke und die Oekonomie davon zu veräußern; so soll es dennoch nur in der Masse geschehen, daß die

veräußerten Grundstücke mit verhältnismäßigen Grundzinsen belegt, handlohnbar gemacht und das daraus gelöste Kaufgeld zu Ankaufung anderer Güter, oder Zehnten, oder Waldungen verwendet werden. Denn auch dieses Kaufgeld bleibt fideicommiss, und wenn Unsere Landes-Regierung wahrnimmt, daß damit dem Hausgesetze gemäß nicht umgegangen wird, so soll sie die Befugnis haben, das Kaufgeld so lange ad depositum zu nehmen, bis sich eine schickliche Gelegenheit findet, es nutzbar auf Grundstücke anzulegen. Auch diejenigen Güter, welche während der Regierungszeit eines hiesigen Fürsten gekauft worden sind, werden fideicommiss und müssen dem Lande einverleibt werden. Zerschlagungen schon vorhandener Cammergüter und Domainen sind nur in so weit zulässig, als das daraus erlöste Geld zu Abtragung von Schulden, oder zu Anstalten verwendet wird, wodurch die Einkünfte des Landes erhöht werden.

XIV.

Schlüsslich wollen Wir, daß diese Bestimmungen als ein immerwährendes Hausgesetz gelten und von keinem Unserer Nachfolger dagegen gehandelt werde, und damit dieses um so weniger statt habe; so haben Wir dasselbe nicht nur eigenhändig vollzogen, sondern auch von Unsers Herrn Oncle Friedrich, Herrn Bruders Ludwig, und Herrn Erbprinzen Ernst Liebden, Liebden, Liebden eigenhändig vollziehen lassen, und wollen, daß alle appanagirten Prinzen sich zur Aufrechthaltung dieses Gesetzes, nachdem sie das achtzehnte Jahr zurückgelegt haben und volljährig geworden sind, durch einen eidlichen Revers verbindlich machen.

Auch soll diese Anordnung in öffentlichen Zeitungen zur Sicherheit des Publikums bekannt gemacht und die Bestätigung derselben bei Sr. Majestät dem Kaiser nachgesucht werden. Coburg den 1. April 1802.

(L. S.) Friedrich Josias, Prinz zu
Sachsen-Coburg-Saalfeld.

(L. S.) Franz, Herzog zu Sachsen-
Coburg-Saalfeld.

(L. S.) Ludwig, Prinz zu Sachsen-
Coburg.

(L. S.) Ernst, Erbprinz zu-Sachsen-
Coburg-Saalfeld.

von Kretschmann.

Nr. XXIV. a.

Schreiben des Hn. Herzogs zu S. Gotha ad Sereniss. die aufgehobene kaiserl. Debitcommission betr. d. d. 8. Oct. 1802.

Unsere freundliche Dienste und was Wir sonst mehr Liebes und Gutes vermögen, jederzeit zuvor, Durchlachtigster Fürst, freundlich geliebter Herr Vetter und Gevatter!

Es ist Uns überaus erfreulich, Euer Lbdl. benachrichtigen zu können, daß ein Allerhöchstes Kaiserl. Rescript am gestrigen Tage bei Uns eingegangen ist, durch welches Wir den höchsten Auftrag erhalten haben, Denenselben die Administration Ihres Cameral- und Oeconomie - Wesens zu restituiren, sämmtl. Coburg. Cameral- und Oeconomie - Bedienten der Kaiserl. Commissionspflichten zu entlassen, und an Euer Lbdl. zurück zu weisen. Wir geben Uns die Ehre, Euer Lbdl. von dem gedachten Kaiserl. Rescripte eine Abschrift beizulegen, und Dieselben werden daraus zu ersehen belieben, wie nur in Ansehung desjenigen, was Wir etwa noch als Kaiserl. Commissarius wegen den Zinsen von den deponirten Capitalien, oder auch derjenigen Schulden, deren Abtragung vor der Hand nicht

vollständig nachgewiesen werden, an Dero Cammer zu erlassen nöthig finden würden, die Allerhöchste Absicht dahin gehet, daß dieselbe solchen von Uns an sie ergehenden Vorschriften und Befehlen fernerhin Folge zu leisten habe.

Da es nun längst Unser aufrichtiger Wunsch gewesen ist, diese Angelegenheit ganz zu Euer Liebl. Zufriedenheit beendigt, und Uns durch Kaiserl. Befehl in den Stand gesetzt zu sehen, Ihnen Dero Cameral- und Oeconomieverwaltung zu gänzlich freier Disposition überweisen zu können; so haben Wir Ihrer Cammer zu Coburg ungesäumt das Nöthige nach Inhalt des Kaiserl. Rescripts zu erkennen gegeben, und schmeicheln Uns, Euer Lbdl. hierdurch einen unverdächtigen Beweis der aufrichtigen Freundschafts- und hochachtungsvollen Gesinnungen gegeben zu haben, mit welcher Denenselben Wir zu Erweisung aller angenehmen Dienste stetswillig und geflissen verbleiben. Gotha den 8. Oct. 1802.

Von G. G. Ernst, Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg etc.

Euer Lbdl,

etc.

Ernst,

Dem Durchlauchtigsten Fürsten,
Unserm freundlich geliebten Hn.
Vetter und Gevatter, Hn. Franz,
Herzoge zu Sachsen, Jülich,
Cleve und Berg etc.

Coburg.

Veneris 20. Aug. 1802.

Sachsen Coburg Saalfeld Herzogl. Hauses Zahlungsplan
betreffend, Commissionis.

Absolvitur relatio et conclusum:

- 1) Ponantur des Hn. Herzogs zu S. Gotha allerunterthänigste Commissionsberichte de datis respective 10. et 21. et praesentato 29. Mai currentis anni, sammt des Hn. Herzogs zu S. Coburg Saalfeld litteris humillimis ad Sacram Caesaream Majestatem de dato 27. Julii et praes. 5. curr. ad acta.
- 2) Rescribatur dem Hn. Herzog zu S. Gotha als Kaiserlichem Commissario:

Kaiserl. Maj. seyen seine unterm 10. und 21. Mai laufenden Jahres zu gegenwärtiger Sache erstatteten Berichte gebührend vorgetragen worden; und da es denselben zufolge nur noch darauf ankomme, theils der wenigen Schulden halber, deren Abtragung vor der Hand nicht vollständig nachgewiesen worden, theils in Ansehung der Zinsen von den deponirten Capitalien, so weit die zur Zeit der Hinterlegung rückständig gewesenen nicht mit hinterlegt, oder inzwischen sonst berichtet worden, und vorbehältlich, Falls die betreffenden Creditoren auch von Zeit der Hinterlegung an dergleichen verlangen sollten, der dem Hn. Herzog zu S. Coburg Saalfeld etwa aus der Deposition erwachsenen Rechte, ordnungsmäßige Vorsehung zu thun; so wollten Kaiserl. Maj. bei solchen Umständen und überhaupt nach Beschaffenheit und Lage der Sache, ihm, Hn. Commissario, nunmehr hiermit auftragen, dem Hn. Herzog zu S. C. Saalfeld die Administration seines Cameral- und

Oekonomie-Wesens zu restituiren, mithin sämmtl. Coburg. Cameral- und Oekonomie - Bediente der Kaiserl. Commissionspflichten zu entlassen, und an den Hn. Herzog zu S. Coburg Saalfeld zurück zu weisen, jedoch, soviel die Cammer insbesondere betrifft, ersagte Entlassung und Zurückweisung in der Maasse zu beschränken, daß dieselbe denjenigen Vorschriften und Befehlen, welche er, Herr Commissarius, etwa künftig in Ansehung der Zinsen von den deponirten Capitalien, oder auch derjenigen Schulden halber, deren Abtragung vor der Hand nicht vollständig nachgewiesen worden, an sie, die Cammer, zu erlassen nöthig finden würde, fernerhin Folge zu leisten, insonderheit diejenigen Zahlungen, welche allenfalls in dieser oder jener Beziehung verfügt werden möchten, aus den paraten Mitteln ihrer Casse, die zu solchem Ende und so weit nöthig, den betreffenden Creditoren nach wie vor und auf gleiche Art und Weise verhaftet bleibe, pflichtmäßig zu leisten habe. Uebrigens versähen Sich K. Maj. zu ihm, Hn. Commissario, allergnädigst, er werde das bisher mit rühmlicher Sorgfalt und zu Allerhöchstdero besonderer Zufriedenheit geführte Geschäft bis zu dessen gänzlicher, ohnehin naher Erledigung fortzufahren nicht entstehen.

- 3) Fiat nunc petita confirmatio der von dem Hn. Herzog zu S. Coburg Saalfeld unterm 27. April verflossenen Jahres seiner Landschaft ausgestellten Versicherungs - Urkunde.
- 4) Wird der Hr. Herzog zu S. C. Saalfeld auf vorstehende Verfügungen verwiesen.

Joh. Niklas von Schwabenhausen.

Nr. XXIV. b

Rescript an die Landesregierung, die Vorlegung der Uebersicht aller Schulden betr.

d. d. 7. Mai 1803.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

Wir haben nach einem Rescript vom heutigen dato Euerm Ressort auch sämmtl. Geschäfte Unserer Staatsbank angewiesen, unter diesen sind diejenigen die wichtigsten, welche die Abtragung der Schulden nach dem Hausgesetze vom 1. April 1801 und nach dem vorhandenen Fond betreffen.

Ihr habt diesem Gegenstand Eure ganze Aufmerksamkeit zu schenken und Uns, sobald es nur immer seyn könne, eine möglichst vollständige Uebersicht aller noch vorhandenen verzinslichen und unverzinslichen Schulden vorzulegen, Vorschläge zu machen, durch welche Fonds solche am schnellsten bezahlt werden können, und Euch gutachtlich zu äußern, ob es nicht thunlich oder räthlich sey, irgendwo ein Capital gegen niedrige Zinsen höchstens zu drei Procent gegen die nach dem Hausgesetz zu leistende Sicherheit und gegen eine jährl. Rückzahlung von 15000 fl. rhl. aufzunehmen und damit sämmtl. jetzt vorhandene Schulden

mit einemmale abzutragen. Die diese Angelegenheit
betreffenden Expeditionen dürfen aber nicht durch
Eure Canzlei gehen. Coburg zur Ehrenburg den 7.
Mai 1803.

A. S. B.

v. Kretschmann.

An die H. Landes-Regier.

allh.

Nr. XXV. a.

Coburg den

L. Regierungsbericht.

Ein Anlehn um die sämmtl.
aufkündigbaren Schulden,
welche die Staatsbanque zu
beschäftigen hat, zu tilgen
betr.

Euer etc. haben darüber Unser Gutachten zu hören verlangt, ob Wir es nicht für zweckmäfsig halten, dafs ein Capital aufgenommen werde, mit welchem sämmtl. Schulden, welche jetzt der Staatsbank zur Last fallen, mit Ausschluss derjenigen Forderungen, welche die Fürstl. Familie selbst zu machen hat, und derer Schulden, welche mit Zusage des Hausgesetzes zur Erkaufung von Domänen seit dem 1. Aug. 1802 gewirkt wurden und endlich mit Ausschluss der landschaftlichen Schulden, von welchen es noch ungewifs ist, ob sie wirklich Schulden genannt werden können, auf einmal gezahlt werden können.

Das Resultat Unserer collegialischen Berathung geht dahin, dafs ein solches Anlehen, wenn es auch nicht unter so guten Bedingungen gemacht werden könnte, als Uns Euer etc. höchstes Rescript vorschreibt, das sicherste Mittel seyn wird, um

- 1) Ordnung und Festigkeit durch Vereinfachung und Vorherbestimmung der Ausgaben in die Finanz-Administration zu bringen;
- 2) Zufriedenheit und Vertrauen den innländischen Gläubigern einzuflößen;
- 3) den Wohlstand manches dürftigen Gläubigers zu heben und

4) endlich durch dieses alles sogar Unsern Credit im Inn- und Auslande zu vermehren, abgerechnet, daß auch bei einer geschickten Operation vielleicht noch durch Nachlaßverträge etwas beträchtliches, sicher aber wenigstens die Provision, welche bei diesem Geschäfte nicht wird umgangen werden können, gewonnen werden dürfte. Wir sind damit beschäftigt, die nothwendige Gröfse des Anlehns genau auszumitteln, nehmen Uns aber die Freiheit, vorher um einige nähere Verhaltensbefehle um deswillen unterthänigst zu bitten, damit dieses wichtige Geschäfte so wenig als möglich verzögert werden möge. Da nach den neuesten Nachrichten von der Leipziger Messe auch in Chur-Sachsen, welches noch das einzige Land ist, wo Gelder zu billigen Zinsen erlangt werden können, das Geld äußerst rar seyn soll, so tragen Wir darauf an:

- 1) Daß Wir im Nothfall auch $3\frac{1}{2}$ bis 4 p. Cent. zusichern lassen dürfen.
- 2) Daß Wir ermächtigt werden, dieses Geschäft entweder durch hiesige oder auch durch ausländische Geldnegocianten einleiten und ihnen eine Provision von 2 p. Cent. versprechen dürfen. Wir würden dazu den Cammerdirector von Bibra und den Hofadvocat Sartorius vorschlagen.
- 3) Daß Wir darüber näher instruiert werden, ob jährlich bloß die im höchsten Rescripte bestimmten

15000 fl. rhn. oder auch der jährlich durch die Abschlagszahlung sich ergebende Wenigerbetrag der Zinsen nach §. 60. der Bankordnung zur Schuldentilgung angewendet werden, und

- 4) ob Wir die Cammerämter Saalfeld und Gräfenenthal, des 3. §. der Bankordnung ungeachtet, wo sie eventuell zur Sicherheit des Bankfonds verpfändet sind, als erste und einzige Hypothek constituiren und allenfalls auch, wenn Wir die Gelder vielleicht aus irgend einer Fürstl. Chatouille erhielten, die Verpflichtung der Cammerbeamten und etwa auch die Selbsthülfe im Nichtzahlungsfalle, wenn dies als *conditio sine qua non* verlangt würde, dem Gläubiger einräumen dürfen.

Dieser Verpflichtung der Cammerbeamten scheint jedoch die in der Bankordnung §. 1. bemerkte entgegen zu stehen. Wir haben schon oben erwähnt, daß Wir die Unkosten an Provision und Spesen für die Negotianten durch Nachlassverträge mit den Gläubigern zu gewinnen hoffen und bitten nur noch schliesslich, Uns nebst der höchsten Resolution auch die Akten gnädigst mitzutheilen, welche bei Höchstdero Landesministerio über das gesuchte Ständische Anlehn bei Hessen-Cassel verhandelt worden sind.

H. S. L. Regierung.

Goebel.

Wangenheim.

Griesheim.

Feder. Gruner.

Riemann.

Schmidt.

Nr. XXV. b.

**Legalisationsurkunde, das Leipziger Anlehn
betr. de M. Oct. 1803.**

Wir zur Landesregierung der Herzogl. Coburg-Saalfeld. Lande verordnete Präsident, Vicepräsident, Räthe und Assessoren, urkunden und bekennen hierdurch, daß das in dem vorliegenden Schulddocument benannte Capital, nach der, dem Hausgesetz vom 1. April 1802 gemäß, Uns zur Pflicht gemachten Prüfung der Nothwendigkeit, für das allgemeine Landesbeste wirklich aufgenommen, von Uns in Empfang genommen und zu Bezahlung älterer vorhandenen Cammerschulden sowohl, als zum allgemeinen Besten des Landes verwendet worden ist; auch machen Wir Uns verbindlich, die deshalb zu zahlenden Zinsen, in den nach dem Schulddocumente selbst bestimmten Fristen, und von den Uns zur Verwaltung anvertrauten Cammereinkünften richtig und ordentlich abzutragen, nicht minder soll dem Gläubiger auf Verlangen die wirkliche Verwendung dieses Capitals, so wie der Ertrag der verpfändeten Aemter, zu jeder Zeit durch glaubhafte Urkunden nachgewiesen, auch nach Verlauf der festgesetzten 10 Jahre auf erfolgte 6 monatliche vorhergegangene Aufkündigung das Capital selbst in unzertrennter

Summe und in den erhaltenen Münzsorten und zwar in Leipzig unausbleiblich zurück bezahlt werden.

Urkundlich unter Vordrückeung des großen Regier-
ungs-Insiegels und unter der Unterschrift sämtli-
cher Mitglieder der Regierung. Coburg den Oct.
1803.

H. S. Coburg. Saalfeld. L. Regierung.

Goebel.	(L. S.)	Wangenheim.
v. Griesheim.		Riemann.
Gruner I.		Gruner II.
Schmidt.		

Nr. XXV. c.

B e d i n g u n g e n,

unter denen für des Herrn Herzogs zu Coburg Saalfeld Durchl.

200,000 Rthlr.

zu negociiren gesucht werden:

- 1) Die Summe wird zu Bezahlung der noch wenigen Cammerschulden und zur Emporhebung der Landesindustrie verwendet.
- 2) Das Document wird zwar von des Hn. Herzogs Durchl. und des volljährigen Hn. Erbprinzen Durchl. vollzogen, von der Landesregierung zu Coburg aber, die nach dem Hausgesetz vom 1. April 1802 nur allein gültige Landesschulden aufnehmen kann, bestätigt und legalisirt.
- 3) Eben deswegen kann auch das Geld nur an diese abgeliefert werden, weil jedes Mitglied der Landesregierung für sich und seine Nachkommen mit seinem Vermögen dafür haften muß, wenn das Geld anders, als zum Besten des Landes verwendet wird.
- 4) Die Regierung nimmt über die Bezahlung und Einlösung der Schulddocumente ein Protokoll auf,

und theilt es jedem Gläubiger in Beweisform zu seinem Unterricht mit.

- 5) Das Capital kann von 1000 — 100,000 Rthlr. in einzelnen Posten aufgenommen werden, dergestalt, daß wenn ein Creditor dazu 50000 Rthlr. borgen will, er in verschiedenen Documenten seine Sicherheit eben sowohl, als in einem Document erhalten soll.
- 6) Für die ganze Summe werden jährlich 4 pro Cent Zinsen durch Hn. Banquier Löhr et Sohn in Leipzig halbjährig den 1. Jun. und den 1. Dec. jeden Jahres gegen Auslieferung derer diesfalls zu fertigenden Zinslisten praenumerando in denen 10 Jahren bezahlt.
- 7) Vor 10 Jahren hat keine Aufkündigung Statt, nach 10 Jahren erhält jeder Gläubiger die vorgeschossene Summe nach einer Aufkündigung von 6 Monaten.
- 8) Zur Sicherheit werden die ganz Hypotheken freien Kastenämter
Rodach,
Mönchroden und
Themar
verpfändet, die jährlich wenigstens
30000 Rthlr.
nach einer 20 jährigen Fraction tragen.
- 9) Jedem Gläubiger werden auf sein Verlangen alle zu seinem Unterricht nöthigen Documente und Rechnungsextracte mitgetheilt.
- 10) Jeder Gläubiger, der die Zinsen nicht in der stipulirten Zeit erhält, hat das Recht, sein Capital als

aufgekündigt anzusehen, und die Execution zu verlangen.

- 11) Die Zahlung der 200,000 Rthlr. muß in einzelnen Posten von hier bis zu Ostern 1804 geschehen.

Nr. XXVI.

Schreiben der beiden Herren Prinzen an Herrn
Herzog, das Leipziger Anlehn betr. d. d.

29. Jan. 1804.

Durchl. etc.

Gnädigster etc.

Aus dem abschriftlich unter dem Buchstaben A. beiliegenden Leipziger Zeitungs-Auszug sowohl, als aus den, unter B. und C. copeylich anliegend, von dem Hofrath Schreiber zu Leipzig erhaltenen Nachrichten haben Wir sicher vernommen, daß es Ew. etc. gefallen habe, auf das hiesige Fürstenthum, insonderheit unter Verpfändung der Kasten-Aemter Rodach, Mönchröden und Themar, ein Anlehn von
200,000 Rthlr.

in Leipzig negoziiren zu lassen, und daß dieses Anlehnsproject zum Theil wirklich schon ausgeführt sey.

Da Wir nun alles dieses um deswillen für Constitutions- und Hausverfassungswidrig ansehen müssen, weil es der klaren Disposition eines zum Wohl des F. Hauses etablirten und noch in seiner vollen Kraft beständigen ältern Hausgesetzes, der Primogenitur-Constitutions-Erläuterung vom 2. Nov. 1746 nämlich, ge-

rade zuwider, ohne Unser Vorwissen und ohne Unsere erforderliche vorgängige Einwilligung geschehen ist; so können Wir nicht umhin, Denenselben hierdurch ergebenst zu erklären, daß Wir Uns in Ansehung dessen was geschehen ist, lediglich an gedachtes Hausgesetz zu halten gedenken, Unsere darin gegründete Concurrenz-Rechte und sonstige Zuständigkeiten ausdrücklich verwahret und gegen die fragliche Geldaufnahme hiermit feierlichst protestirt haben wollen, auch nicht gesonnen sind, Hausverfassungswidrige Schulden, Verpfändungen und Veräußerungen anzuerkennen.

Es wird Ew. etc. nicht entgehen, daß Wir vollkommen berechtigt sind, auf die Annulation aller Constitutionswidrigen neuen Schuldenwirkungen, Verpfändungen und Veräußerungen zu dringen. Weshalb Wir Uns auch Unsere Zuständigkeiten ausdrücklich reserviren. Sollte indessen Denenselben daran gelegen seyn, dieses vor der Hand beseitiget, und Unsere Zustimmungen verfassungsmäßig nachgeholt zu sehen, so würden diese unter keiner andern Voraussetzung realisirt werden können, als wenn zuvörderst der Zustand der Fürstl. Cammer-Financen auf eine solche gründliche Art recherchirt seyn würde, welche Uns über die Richtigkeit der Resultate keinen Zweifel übrig lassen könnte.

Wir glauben aber, daß Uns diese Ueberzeugung auf keinem andern Weg sicherer verschafft werden könnte, als wenn es Ew. etc. gefällig wäre, eine sowohl aus erfahrenen Cameralisten, welche nicht selbst die Urheber oder Theilhaber einer oder der andern fraglichen Cameral- und Finanz-Vorkehrung sind, als auch aus rechtschaffenen, der Wichtigkeit des Geschäfts gewachsenen Mitgliedern eines Justiz-Collegiums, bestehende, Uns convenirende Deputation anzuordnen,

welche auf eine gemeinschaftlich zu verabfassende Instruction besonders zu vereiden, und weder durch mittel-noch unmittelbare Befehle behindert wäre, nach bestem Wissen und Gewissen ganz frei und rücksichtslos zu Werk zu gehen.

Uebrigens wünschen Wir, daß diese Unsere aufrichtige Aeufserung, in ihrer wahren Gestalt, nämlich nicht nur als Agnatische Rechte, sondern auch als Agnatische Pflichten, und als Eifer für die Aufrechterhaltung des Wohls des F. Hauses aufgenommen werden, Uns aber eine baldige beliebige Nachricht von Dero solchen gefassten Entschliessungen zugehen möchte, welche mit Unsern redlichen Absichten in genauer Uebereinstimmung bestehen, und Uns von weitem rechtlichen Maafsnehmungen abhalten könnten.

Die Wir sonst mit aller Liebe und Ehrfurcht zu beharren die Ehre haben

Ew. etc.

Coburg
den 29. Januar
1804.

etc. etc.

Fr. Josias P. z. S. C. S.

etc. etc.

Ludwig P. Coburg.

Nr. XXVII.

Herzogl. Antwortschreiben an die Hrn. Prinzen
auf die von denselben wegen des Leipziger
Anlehns gemachte Protestation d. d. 2.
Febr. 1804.

Durchlauchtigste etc.
etc.

Eurer etc. Euler etc. ist gefällig gewesen, durch ein
Schreiben vom 29ten vor. Mon. welches Ich Tags darauf
zu erhalten die Ehre hatte, wider das bekannte öffent-
liche Leipziger Anlehnseschäfte und die Aufnahme
des fraglichen Capitals von

200,000 Rthlr.

um deswillen zu protestiren, weil Dieselben solches
für Constitutions - und Hausverfassungswidrig ansehen
zu müssen glauben, indem es angeblich der klaren
Disposition eines zum Wohl des fürstl. Hauses etablir-
ten und noch in seiner vollen Kraft beständigen ältern
Hausgesetzes, der Primogenitur - Constitutions - Erläu-
terung vom 2. Nov. 1746. gerade zuwider, und ohne
Dero Vorwissen und vermeintl. erforderliche vor-
gängige Einwilligung geschehen sey. Ich muß geste-

hen, daß Mir diese Protestation, und die Vorschritte, zu welchen Eure etc. Eure etc. Sich in dieser Sache für berechtigt halten, äußerst unerwartet und um so schmerzhafter sind, je weniger Ich Mir bewußt bin, durch das gedachte Anlehnsgeschäfte Dero Interesse und Gerechtsamen auf irgend eine Weise zu nahe getreten zu seyn. Die Primogenitur - Constitution und deren Erläuterung vom 2. Nov. 1746. sind Mir zwar selbst wohl bekannt: allein Ich weiß nicht, wie selbige in dem gegenwärtigen Fall von Eurer etc. Eurer etc. wider Mich mit Grund angeführet, und für die Rechtfertigung Dero Verfahrens gebraucht werden mag. Sie redet von neuen Schulden, welche der regierende Herr nicht ohne agnatischen Consens contrahiren soll; keinesweges aber von solchen, wodurch altväterliche auf dem Land schon haftende Schulden getilgt werden sollen, und schon getilgt worden sind.

Diefs ist der Fall wirklich mit dem Leipziger Anlehn und dessen Verwendung. Denn Eurer etc. Eurer etc. Vater und resp. Großvater der verstorbene Hr. Herzog Franz Josias hat bekanntlich eine an

500,000 Gulden rhnl.

sich belaufende Schuldenlast hinterlassen, welche bei dem Antritt Meiner Regierung und der damals bestanden Kaiserl. Debitcommission ohngeachtet, größtentheils ungetilgt und auf das Land hypothecirt waren, und welche durch anderweit auf zwei Jahre nämlich bis zum 22. Febr. d. J. aufgenommene Kirchen- und Schul- und andere milde Stiftungs - Cassen - Capitalien getilgt wurden.

Diese aufgenommenen Capitalien sind zu dem angegebenen Zweck richtig verwendet, und es ist da-

durch der Credit des Landes erhalten und die Ehre Unserer Ahnen und Eltern im Grabe noch gerettet worden. Eine Handlung, worüber Ich mehr den Beifall Eurer etc. Eurer etc. als Dero Tadel und Mißbilligung erwarten und fordern zu können geglaubt habe.

Jetzt, wo die zwei Jahre fast verflossen und die Behufs jener Zahlungen vorgeliehenen Capitalien aufgekündigt und wieder zu bezahlen sind, war es unbedingt nothwendig, die dazu erforderliche Summe anderwärts aufzubringen, und dieß geschah durch das dem Hofrath Schreiber zu Leipzig aufgetragene Geld- und Capitalien - Negoce, wodurch die Gelder wegen des gestiegenen Credits sogar zu niedrigen Zinsen erhalten werden. Das, was dadurch bereits erwirkt und an Geldern einkommen ist, ist zum Wiederabtrag jener Capitalien und mithin zu Tilgung jener vorhin gedachten altfürstl. Schulden verwendet worden, und so würde auch das an der bestimmten Summe noch Fehlende ebenfalls verwendet, dadurch aber, daß die neuen Darlehen unter 10. Jahren nicht aufgekündigt, jedoch inzwischen nach und nach abgetragen werden können, ohne Zweifel der Nutzen des Landes selbst sehr befördert worden seyn; und Eure etc. Eure etc. Selbst würden Sich davon auf das vollständigste haben überzeugen können, wenn es Denenselben gefällig gewesen wäre, Sich zu erinnern, daß nach dem von Eurer etc. Eurer etc. Selbst mit vollzogenen und genehmigten Hausgesetz wegen der fürstl. Schulden vom 1. April 1802. von Mir keine neuen Schulden gewirkt werden können, und von den Regierungs-Nachfolgern nicht zu bezahlen sind, wenn solche nicht zuvor von der Landesregierung als nothwendig anerkannt, die über das neue Anlehn ausgestellten Schuldverschreibungen

nicht gehörig legalisirt worden. Die Art, wie die gegenwärtigen Schuldverschreibungen legalisirt worden sind, und daß das aufgenommene Geld nur allein zu Bezahlung alter Schulden verwendet wird, beweiset die Beilage. Auch muß ich bemerken, daß die negociirten Gelder nicht in meine Hände kommen, sondern sogleich zur Schuldenzahlung verwendet werden. Jetzt, wo Eure etc. Eure etc. Sich unmittelbar in diese Angelegenheit zu mischen und einer agnatischen Concurrenz und Protestation berechtigt zu seyn geglaubt haben, kann es dahin kommen, daß das ganze Geschäft, wegen des durch Dero Benehmen in dem Hofrath Schreiber und in den Capitalisten erzeugten Mißtrauens in Stockung geräth, und wegen der nun nicht eingehenden, zum Abtrag der aufgenommenen Capitalien bestimmten Gelder, der letztere Mir Selbst und der Landesregierung unmöglich gemacht wird.

Da hieran aber lediglich und allein die von Eurere etc. Eurere etc. ergriffene verkehrte Maafsregel und unstatthafte Einmischung in die Landesherrlichen Gerechtsame die Ursache ist; so können Dieselben Mir es ohnmöglich verdenken und müssen es Sich ganz allein zuschreiben, wenn Ich Eure etc. Eure etc. für die aus Ihren diesfallsigen Handlungen entspringenden nachtheiligen Folgen zum Voraus tenent mache, und den für den Staat daraus erwachsenden Schaden auf alle Weise zu decken suche. Es ist dieses Meine einzige Antwort und Erklärung, die Ich Eurere etc. Eurere etc. auf Dero Antrag zu ertheilen vermag, Denenselben bleibt aber nun ganz überlassen, ob Dieselben Sich hierbei beruhigen, oder welche Maafsregeln Sie ferner ergreifen wollen. Die Meinigen sind bereits genommen, und auch Ich kenne Meine landesherrlichen Gerechtsame zu gut, um nicht darüber mit eben der Fe-

stigkeit und dem Nachdruck zu halten, welche Eure
etc. Eure etc. auf Dero vermeintlich agnatischen Be-
fugnisse wenden zu müssen, glauben mögen. Ich bin
übrigens mit schuldiger Hochachtung und Ergebenheit

Eurer etc. Euler etc.

Coburg den 2. Febr.
1804.

Serenissimus.

An

die Hrn. Prinzen Friederich Josias
und Ludwig

Herzogl. Durchl. Herzogl. Durchl.

Nr. XXVIII.

E x t r a c t

aus der Bankordnung vom 4. April 1802.

etc. etc.

§. 1.

Es ist der erste Zweck der Bank, daß sie als Leihbank stets einen baaren Fond vorrätzig habe, den sie verhältnißmässig zu diesem Fond zur Beförderung des Handels, der Fabriken und des Ackerbaues, auch zu Beförderung des Geldumlaufs zu verhältnißmässigen Zinsen gegen völlige Sicherheit ausleihen könne. Zu diesem Fond bestimmen Wir von Unsern Einkünften der Aemter Saalfeld, Gräfenthal und Probstzella jährlich einen Zuschufs von

Funfzig Tausend Gulden Rhl.

auf zwanzig nach einander laufende Jahre, in der Maafse, daß Unsere Rendanten in diesen Aemtern öffentlich vereidet werden, von den Einkünften, deren Verwaltung ihnen anvertrauet ist, nicht eher etwas an Unsere Hauptdomänenkasse abzuliefern, bis die Einzahlung von 50000 Gulden rhl. welche sie an Unsere Staatsbank zu machen haben, jährlich gedeckt ist. Aufser diesem steigenden Fond werden Wir Ende dieses Jahres annoch besonders Einhundert Tausend Gulden rhl. zu der Bank einzahlen lassen.

etc. etc.

Nr. XXIX.

Staatsobligation d. d. 7. April 1804.

Wir Franz, von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

urkunden und bekennen hiermit für Uns, Unsere Nachfolger und Erben: Demnach Wir Uns entschlossen haben, Unsere sämmtl. Schulden abzutragen, sie mögen in Cautions - Capitalien, alten Cammerschulden oder sonst bestehen, worinnen sie wollen, und Uns zu diesem Behuf ein Capital von 660000 Gulden nothwendig geworden; so haben Wir in das Handlungshaus Rüppell und Harnier zu Frankfurt a. M. desfalls Unser Zutrauen gesetzt und durch dasselbe das besagte Capital negociiren lassen. Wir bekennen demnach das gedachte Capital der Sechs Hundert und Sechzig Tausend Gulden, schreiben Sechsmal Hundert und Sechzig Tausend Gulden in Laubthl. à 2³/₄ Gulden, wovon die rauhe Cöllnische Mark bekanntlich vierzehn Loth 6 Grains fein Silber enthält, von den Banquiers Rüppell und Harnier zu Frankfurt a. M. baar und in einer unzertrennten Summe empfangen zu haben, mithin ihnen, ihren Erben und Cessionarien richtig schuldig zu seyn, und versprechen, dies Capital jährlich mit vier und ein halb pro Cent in Capitalmäßiger Münz-

sorte zu verzinsen, welche Zinsen von halb zu halb Jahr bei dem Handelshaus der Creditoren zu Frankfurt a. M. gegen gedruckte Zinsscheine an deren Inhaber richtig und Kostenfrei bezahlt werden sollen. Wir sind damit zufrieden, daß die Creditoren Sechs Hundert und Sechzig Stück Partial-Obligationen jede auf Tausend Gulden lautend, welche Nr. 1 bis 660 numerirt und von Unserm dirigirenden Minister von Kretschmann beglaubigt sind, ausfertigen lassen, und es versteht sich von selbst, daß jede dieser Partial-Obligationen quoad summam concurrentem eben die Rechte hat, welche dieser General-Obligation verliehen sind.

Das Capital kann von Seiten der Gläubiger in den nächsten zehn Jahren nicht gekündigt werden, nach Verlauf derselben und zwar vom 15. April 1815. an, werden jährl. Funfzig Tausend Gulden abgetragen, mithin jährl. Funfzig Partial-Obligationen eingelöst.

Sollten Wir indessen in Bezahlung der Zinsen Uns säumig finden, und dieselben nicht spätestens vier Wochen nach Ablauf der stipulirten Zeit auszahlen lassen, so sind Wir schuldig, den Gläubigern das gesammte Capital nebst Zinsen sofort und innerhalb zweier Monate wieder zu restituiren. Ein gleiches soll statt haben, wenn Wir die Partial-Obligationen nicht sofort einlösen, sobald sie verfallen sind.

Damit nun die Gläubiger wegen Capitals, Zinsen und etwaigen Kosten gänzlich gesichert seyn mögen, so bestellen Wir denselben eine öffentliche Spezial-Hypothek auf Unser Schuld- und Hypothekenfreies Amt Coburg, dessen Revenüen laut beiliegenden Rechnungsauszug jährl. 90,216 fl. 2 $\frac{1}{2}$ Xr. nach Abzug aller Unkosten betragen, und wollen zu allem Ueberflufs Unser

Landesministerium nach §. 54 — 68. Unserer Bankordnung verpflichten lassen, daß es durch die Bank die stipulirten Zinsen unmittelbar berichtigen lasse.

Da Wir auch, um den Credit Unserer Lande zu sichern und das Wohl derselben für die Zukunft zu gründen, in Unserm Hausgesetze vom 1. April 1802. Selbst die Verfügung getroffen, daß der Regel nach kein Nachfolger in der Regierung verbunden seyn solle, die von seinem Vorgänger contrahirten Schulden zu bezahlen, wenn solche nicht zum Besten des Landes verwendet worden, so folgt daraus, daß Wir nicht gesonnen seyn können, dieser Verfügung zuwider, Selbst Unsern Nachfolger mit Schulden der Art zu belästigen. Das gegenwärtige Capital wird allerdings zum Besten des Landes verwendet und werden davon diejenigen Schulden abgetragen, deren Bezahlung von Uns und Unseren Agnaten in gedachtem Hausgesetze §. II. sub Lit. a. b. c. d. e. als für den Nachfolger zahlbar, anerkannt worden sind. — Und Wir versprechen daher, daß den Creditoren diejenigen Obligationen und Verbriefungen, welche mit diesem Anlehn bezahlt worden sind und vor Errichtung des Hausgesetzes vom 1. April 1802. gewirkt wurden, wozu also die Bestätigung der Landes-Regierung nach §. III. dieses Hausgesetzes nicht statt haben kann, durch Unser Landesministerium, welches besonders darauf verpflichtet wird, ausgeliefert werden sollen, um sie auf jeden Fall in den Stand zu setzen, *versionem in rem* zu dociren.

Schließlich entsagen Wir für Uns, Unsere Erben und Nachfolger, allen und jeden, gegen diese respective Schuld - und Pfandverschreibung zu machenden Einreden, sie mögen Namen haben wie sie wollen, *als non numeratae pecuniae, rei non sic sed aliter ge-*

stae vel intellectae, legis Anastasianaе doli mali, fraudulentae actionis und der Rechtsregel, daß ein allgemeiner Verzicht nicht gelte, wenn nicht ein besonderer vorhergegangen.

Urkundlich haben Wir diese Schuldverschreibung eigenhändig bekräftiget, und von Unserm Hn. Erbprinzen Lbdl. vollziehen lassen.

So geschehen Coburg den 7. April 1804.

(L. S.) Franz H. z. S. Coburg S.

(L. S.) Ernst Erbprinz z. S. C. S. etc.

Rechnungs-Extract des H. S. Cammeramts Coburg nach einer zehnjährigen Fraction in fränk. Währ.

Cap.	Einnahme.	Fl.	Xr.
1.	Vom Hofstaat - - -	— —	—
2.	Aus dem Grundeigenthum - -	26305.	56 $\frac{1}{2}$
3.	Aus dem Lehensvertrag - -	5977.	24 $\frac{3}{4}$
4.	Von Staatsreservaten - -	3795.	1 $\frac{1}{2}$
5.	Aus der Staatsverwaltung im Allgemeinen	— —	—
6.	Aus der Polizei- und Cameralverwaltung	7873.	27.
7.	Aus der Cameralverwaltung insbesondere	— —	—
8.	Aus der Justizverwaltung - -	3016.	56 $\frac{1}{2}$
9.	Aus der geistlichen Verwaltung -	16.	4.
10.	Zum unmittelbaren Behuf des Militärs	5799.	43 $\frac{1}{2}$
11.	Subsidiarische Gefälle - -	11799.	22.
12.	Aus verkauften Naturalien -	23115.	55.
	Summa der Einnahme	87699.	30 $\frac{3}{4}$
Ausgabe.			
1.	Für den Hofstaat - - -	— —	—
2.	— Grundeigenthum - -	5808.	38 $\frac{1}{2}$
3.	— den Lehensvertrag - -	42.	13 $\frac{1}{2}$
4.	— die Staatsreservate - -	1207.	3 $\frac{3}{4}$
5.	— — Staatsverwaltung im Allgemeinen	— —	—
6.	Auf die Polizei- und Cameralverwaltung	3967.	8 $\frac{1}{4}$
7.	— — Cameralverwaltung insbesondere	52.	30 $\frac{1}{4}$
8.	— — Justizverwaltung - -	3672.	—
9.	— — geistliche Verwaltung -	345.	1.
10.	Zum unmittelbaren Behuf des Militärs	291.	52 $\frac{1}{2}$
11.	Für die subsidiarischen Gefälle -	131.	13 $\frac{1}{2}$
12.	— zuerkaufte Naturalien - -	— —	—
	Summa der Ausgabe	15526.	41.

Schluss:

Die Einnahme ist - - - 87,609 fl. 30 $\frac{3}{4}$ Xr.

Die Ausgabe - - - 15,526 — 41 —

Der Einnahme Ueberschufs - 72,172 — 49 $\frac{3}{4}$ Fr.

oder: - 90,216 — 2 $\frac{1}{2}$ Rhdl.

Dafs vorstehende Abschrift mit dem in den Ministerl. Akten befindl. Original-Extract vollkommen gleichlautend sey; solches wird hiermit beurkundet. Coburg den 7. April 1804.

H. S. Ober-Revision.

(L. S.) Joh. Chr. Albus.

Coburg, den 7. April 1804.

Nach der unterm 4. April 1802 bekannt gemachten Bankordnung Absch. IV. §. 54 bis 61. ist der H. Staatsbank das Schuldentilgungswesen des H. Hauses und Landes übertragen und derselben der Schulden-Tilgungs-Fond angewiesen. Da nun der jedesmalige dirigirende Minister Chef der Bank ist, und nur auf seine Assignation Schulden bezahlt werden dürfen, so hat das Handlungshaus Rüppel und Harnier nach dem Darlehnsvertrag über Sechshundert und Sechzig Tausend Gulden rhein. von dem heutigen Tage, sich zur Bedingung gemacht, daß der jetzige wirkl. Geh. Rath und dirigirende Minister von Kretschmann durch eidliches Handgelöbnis verpflichtet werden möge, die laufenden Zinsen zur Verfallzeit unmittelbar an das Handlungshaus Rüppel et Harnier abzutragen und demselben diejenigen Schuldenverschreibungen und Verbriefungen, welche von dem dargeliehenen Gelde eingelöst werden, eben so wie sie eingelöst sind, im Original cassirt zuzustellen, damit dem Hausgesetz von 1802, §. 2. 3. gemäß die wirkliche Verwendung des vorgeschossenen Capitals zur Bezahlung radizirter, und von den Agnaten anerkannter Schulden nachgewiesen werde.

In Gemälsheit dieser Bedingung ertheilt Unterschriebener den unmittelbaren Auftrag von des regierenden Hn. Herzogs Franz, H. D., sich in die Behausung des dirigirenden Hn. Ministers von Kretschmann zu begeben, und demselben die verlangte eidliche Verpflichtung abzunehmen, welches denn auch dahin bewürkt wurde, daß der Hr. Minister v. Kretschmann in seinem Geschäftszimmer, unterschriebenem Commissario Handgebend, und mit Nachsprechung der Worte:

So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Wort,

sich verpflichtete, die an das Handlungshaus Rüppel et Harnier von S. Herzogl. D. [stipulirten Zinsen zur Verfallzeit jedesmal unmittelbar an dasselbe durch die Bank berichtigen und die von den Revenüen dazu bestimmten Gelder zu keinen andern Zwecken verwenden zu lassen, vorzüglich aber diejenigen Schuldverschreibungen und Verbriefungen, welche durch das Anlehen von Rüppel et Harnier getilgt werden, an dieses Handlungshaus in Original, gleich nach der Einlösung cassirt einzuliefern.

Nachdem dieser Act beschlossen war, wurde gegenwärtiges Protocoll darüber aufgenommen, dem dirigirenden Hn. Minister v. Kretschmann vorgelesen, von demselben mit unterschrieben, dann aber dem Handlungshaus Rüppel et Harnier eine vidimirte Abschrift davon zuzustellen versprochen. Nachrichtl. wie oben.

Kretschmann.

Wilh. Rose.
Geh. Canzley-Rath.

Dafs vorstehende Abschrift mit dem mir vorgelegten Original-Protocoll wörtl. übereinstimme, wird hierdurch nach beschehener genauer Vergleichung von mir glaubhaft bezeuget.

Urkundlich Coburg den 8. April 1804.

(L. S.) Joh. Fried. Voigt,
H. S. Geh. Canzl. Rath.

E x t r a c t

aus dem H. S. Coburg-Saalfeld. Haus-Gesetz

vom 1. April 1802.)

§. II.

Als eine unverbrüchliche Norm setzen Wir fest, daß keiner Unserer Nachfolger in der Regierung je verbunden seyn solle, die Schulden seiner Vorfahren zu bezahlen. Denn jeder Regent hat die unbedingte Verbindlichkeit auf sich, seine Ausgaben nach seinen Landes-Einkünften einzurichten, mit diesen auszukommen, und wo möglich noch zu Verbesserung des Landes und auf unvorhergesehene Fälle zu sparen. — Wir nehmen aber von dieser Bestimmung aus:

a) diejenigen Schulden, welche in Cautions-Capitalien aller Art bestehen, in der Regel aber auch immer von dem Dienst- und Pacht-Nachfolger bezahlt werden; —

b) diejenigen, welche wegen Ausstattung zu vermählender Prinzessinnen haben gewirkt werden müssen; obgleich dieses in der Zukunft nicht mehr vorkommen darf, weil jährlich aus den Landes-Einkünften so viel zurück gelegt werden muß, daß diese Ausgaben leicht bestritten werden können;

c) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir als Erbprinz bis zum Antritte Unserer Regierung unter sehr traurigen Verhältnissen haben wirken müssen, und zu deren schleunigen Tilgung Wir

bereits einen sichern Zahlungs-Fond angewiesen haben; —

d) diejenigen Schulden, welche Unsers Hn. Vaters Gnaden während der Dauer der Debit-Commission nothgedrungen machen mußten, welche Wir übernommen und zu deren Zahlung Wir schon jetzt die nöthigen Verfügungen getroffen haben; —

e) diejenigen wenigen Schulden, welche Wir von Unserer Frau Mutter Gnaden nach einem besondern Vertrag übernahmen.

Dafs vorstehende Copien mit den Original-Documenten fleißig collationirt, und gleichlautend befunden worden — auch dafs nach Inhalt der Haupt-Obligation nicht mehr als Sechshundert Sechszig Stück Partial-Obligationen

sub No. 1 bis 660. jede über 1000 fl.

von mir beglaubigt worden sind, beurkunde ich hiermit. Coburg den 10. April 1804.

(L. S.) H. S. C. S. dirigirender Minister

v. Kretschmann.

Nummer. Dafs Inhaber dieser Partial - Obligation zu obgedachtem, durch uns negoziirten Anlehn von 660,000 fl. im 24 fl. Fufs, den Werth von Tausend Gulden im vier und zwanzig Gulden Fufs berichtet, und deswegen an der H. S. C. S. Haupt-Schuldverschreibung für gedachte 1000 fl. im 24 fl. Fufs cum omni jure Theil habe, bezeugen wir hiermit, und versprechen zugleich, die Original-Documente wie unser Eigenthum zu verwahren, nöthigenfalls den respectiven Theilnehmern zur Einsicht vorzulegen, und nicht

ehender zurück zu geben, bis ein jeder Interessent für Capital, Zinsen und Kosten vollkommen befriedigt seyn wird. Frankfurt, den 15. April 1804.

Dafs die Hrn. Rüppel et Harnier von gegenwärtigem Abdruck

Sechshundert Sechszig Partial - Obligationen sub No. 1 bis 660. jede über 1000 fl. lautend in mein und meiner mitunterzeichneten zwey Hrn. Zeugen Gegenwart ausgefertigt haben, wird hiermit pflichtmäfsig attestirt. Frankfurt den 15. April 1804.

Nr. XXX.

A u s z u g

aus der Bamberger Zeitung No. 173.

4ten Jul. 1804. die Bekanntmachung
des Frankfurter Anlehns betr.

Die Hrn. Rüppel und Harnier zu Frankfurt am Main haben in öffentlichen Blättern folgendes bekannt gemacht:

Für den regierenden Herrn Herzogen zu Sachsen etc. ist bei uns die Negotiation einer öffentlichen Staatsanleihe von Sechsmalshundert Sechszigtausend Gulden zu vier und einen halben pro Cent jährlichen Zinsen eröffnet.

Ueber dieses Anlehen werden sechshundert sechzig gleichlautende Partialobligationen jede von Tausend in vier und zwanzig Gulden-Fuß gegeben, welche zur gröfseren Beruhigung der Innhaber, von dem bevollmächtigten Herrn Minister beglaubiget und mit dem Herzogl. Staatssiegel besiegelt sind.

Diese Partialobligationen sind vierzehn Jahre unaufkündbar, und werden alsdann jährlich davon für funfzigtausend Gulden ausgelöst. Ueber die halbjährig am 15. April und 15. October fällige Zinsen werden Coupons von der Staatsbank zu Coburg gegeben,

welche, so wie die Partialobligationen zur Verfallzeit bei uns dahier ohne Kosten der Innhaber zahlbar sind.

Das Capital wird zur Abzahlung derer, vor Errichtung des neuesten Sachsen-Coburg-Saalfeldischen Hausgesetzes contrahirten, und in demselben von denen Herzogl. Hrn. Agnaten anerkannten Schulden, verwendet, weswegen auch die eingelösten und cassirten Verbriefungen zum Beweis der versiones in rem uns in Original ausgeliefert, und bei der neuen Hauptschuldverschreibung aufbewahrt werden.

Zur Specialhypothek ist das Schuldenfreie Amt Coburg verschrieben, welches nach einem authentischen Extract aus der Herzogl. Sächs. Oberrevision jährlich 9216 fl. reinen Ertrag liefert.

Nr. XXXI.

Erklärung der beiden appanagirten Hrn. Prinzen auf die Bekanntmachung des eröffneten Frankfurter Anlehns d. d. 5. Jul. 1804.

Auf die Nachricht in N. 173. der Bamberger Zeitung, von einem Anlehn von 660,000 fl., welches angeblich mit Consens der Agnaten auf das Fürstenthum Coburg, unter Hypothek des bis jetzt auch nur angeblich, nicht wirklich schuldenfreien Amts Coburg, bei den Hrn. Rüppel und Harnier zu Frankfurt am Main eröffnet worden seyn soll, erklären jene nächsten Agnaten des fürstl. Hauses S. Coburg-Saalfeld, der K. K. Feldmarschall, Prinz Friederich Josias, und der K. K. Feldmarschall-Lieut. Prinz Ludwig Carl Friederich, hiermit öffentlich, zur Warnung des creditirenden Publikums, daß weder obige, noch andere bisherige Anlehns-Speculationen und Verpfändungen des fürstl. Hauses, mit Ihrem nach den bestehenden Hausgesetzen erforderlichen Consens unternommen worden sind, daher niemalsen für Hausverfassungsmäßig anerkannt werden können. Coburg den 5. Jul. 1804.

Nr. XXXII.

Schreiben des Hn. Herzogs an die Hrn. Prinzen, deren Einladung zur Conferenz betr. d.
d. 14. Febr. 1804.

Unsere etc.

Durchlauchtigste Fürsten!

Es hat Unser Minister von Kretschmann vorlängst bei Uns unmittelbar darauf angetragen, daß ihm erlaubt werden möchte, den gegenwärtigen Finanzzustand Unserer Lande und die Verhältnisse seiner Administration in Beiseyn Unserer Herren Agnaten, nemlich Eurer etc. und Eurer etc. dann, in Beiseyn Unsers Herrn Erbprinzen Ernst Lbdl. und Unsers Herrn Schwiegersohns, des Hn. Erbprinzen von Leiningen Lbdl., ferner in Beiseyn Unserer Landesregierung und der damit verknüpften Justizdeputation, endlich in Beiseyn der Landschaftl. Deputirten, des geheimen Raths von Hendrich zu Meiningen und des Polizeidirectors Ortloff hieselbst vorlegen zu dürfen.

Da Wir diese Publicität den gegenwärtigen Verhältnissen, wo sich so viele Stimmen gegen die Regie-

rung erheben, angemessen finden; so haben Wir seinen Antrag genehmigt, und künftigen Montag den
Zwanzigsten d. M.

zum Antritt der Conferenzen bestimmt. Eure etc. und
Eure etc. ersuchen Wir daher ganz ergebenst und freundschaftlich, am ermeldeten Tage in Unserer Residenz gefälligst diesen Conferenzen persönlich beizuwohnen. Wir zweifeln um so weniger daran, daß Eure etc. Eure etc. Unserer Bitte Statt geben werden, je größern Antheil Dieselben an Unserm und des Landes Wohl von jeher zu nehmen gewohnt sind, und verbleiben Eurer etc. Eurer etc. mit wahrer Hochachtung und Freundschaft zu Erweisung etc. Coburg z. E. den
14 Febr. 1804.

V. G. G. Franz etc.

An

des Herrn Prinzen Friedrich Josias und

— — Prinzen Ludwig Durchl. Durchl.

Nr. XXXIII. a.

Bericht des Herrn Erbprinzen von Leiningen
den gnädigst aufgetragenen Sturz der Herr-
schaftl. Cassen in Coburg betr. d. d.

23. Febr. 1804.

Nach dem Verlangen Euer etc. und dem mir darüber
besonders ertheilten Auftrage zu Folge habe ich des
Herrn Feldmarschall Prinzen Friederichs Lbd. und die
landständische Herren Deputirte ersuchet und die städ-
tische bürgerliche Deputirte einbescheiden lassen, den
Cassensturz der Herzogl. Cassen in Coburg in Gegen-
wart Dero Herrn Sohnes und Erbprinzen Lbd. und
meiner, unter Beiziehung meines geheimen Rathes Lang,
resp. gefälligst und befohlenermaßen beizuwohnen.
Aus anliegenden darüber abgehaltenen Protocoll ge-
ruhen Euer Herzogl. Durchl. die Resultate zu er-
sehen.

Die Bank hat einen baaren Cassenvorrath von
34052 fl. 13 $\frac{1}{2}$ Xr.

Das Lotto von 17445 — 31 $\frac{1}{2}$ —

Die Domänencasse von 24166 — 28 $\frac{1}{2}$ —

Summa 75664 — 13 $\frac{1}{2}$ —

Da der Herr Vicepräsident von Wangenheim mir gestern die Anzeige gemacht hat, daß erstlich eine große Anzahl unbezahlter Zettel auf der Hauptdomänenkasse liege,

Zweitens, daß viele noch undecretirte Zettel seit der Geschäftsdispensation des Praesidii auf der Landesregierung sich vorfinden würden;

Drittens, daß viele Gelder anticipando beigetrieben worden seyn, um die Cassen zu füllen, und

Viertens, daß der Minister die Beamten mit Härte dazu angehalten habe.

So habe ich es für Pflicht gehalten, die Rendanten der Herzoglichen Cassen hierüber zu constituiren und jene des Cammeramts Coburg hiezu einbescheiden zu lassen. — Ihre Aussagen haben ergeben,

erstlich, daß von dem Lotto außer den gewöhnlichen Gang der Geschäfte kein Ministerialbefehl zu irgend einer Geldabgabe an die Domänenkasse gegeben worden seye;

Zweitens, die Rendanten des Cammeramts Coburg haben erklärt, daß sie keinen ausdrücklichen Ministerialbefehl zu Anticipationen erhalten hätten, daß sie aber zu ihrer Rechnungsbequemlichkeit ständige Abgaben, als z. B. Landessteuern - Erbzinse - bestimmte Chaussee-Gelder für das laufende Etatsjahr, weil das letzte Quartal anfangt und alle Einnahmen bis zum ersten Mai vervollständigt seyn sollen, bei einzelnen Debenten gefodert hätten, und

wenn sich diese zur Zahlung bequemet, solche angenommen worden sey. Sie hätten aber keinen, der solche nicht leisten wollen, darauf geprefst.

Drittens. Ich habe mir die Zettel vorlegen lassen, welche zur Zahlung an die Domänenkasse von der Landesregierung angewiesen sind, und welche seit der angelegten Kassensperre nicht bezahlt werden konnten. Sie betragen nach Abzug des Utzischen Gartenkaufschillings ad 2200 fl., welcher ad extraordinaria gehört, 1190 fl. 14 Xr.

Viertens. Da bei der Regierung verschiedene Zettel undecretirt sich befinden sollen; so trage ich darauf an, daß Euer etc. geruhen wollen, dem interimistischen Directorio der Landesregierung zu befehlen,

a) die undecretirte Conti zur Zahlung zu assigniren und derselben Betrag Euer etc. specific zu berichten;

b) die Kassensperre aufzuheben, und dem Landesministerium aufzugeben, die currenten Zahlungen ordnungsmäßig leisten zu lassen. Ich habe den Domänenkasse Rendanten über seine in dem laufenden Etatsjahre annoch zu beziehen habende Einnahmen gefragt. Er hat solche auf 100,000 fl. nach dem Etat der Cammerämter angegeben, und dabei bemerkt, daß er auch eine Ausgabe von circa 66,000 fl. davon zu bestreiten habe. Er würde also dadurch einen Ueberschuß von 34,000 fl. behalten, wenn die Etatseinnahme der Cammerämter, worauf sich die Domänenkasse fondirt, richtig sich einstellt.

Euer H. D. lege ich diese mir beruhigend scheinende Resultate ehrerbiethigst vor und erbitte mir die Anlagen zurück.

Karl Erbprinz zu Leiningen.

Nr. XXXIII. b.

Praesentes.

Ihro Herzogl. Durchl. Prinz Friedrich von S.
Coburg.

Ihro Herzogl. Durchl. der Herr Erbprinz Ernst
von S. Coburg.

Ihro Herzogl. Durchl. der Herr Erbprinz zu Lei-
ningen nebst dessen Subdelegato geheimen Rath
Lang.

Die Landständ. Herrn Deputirten Herr geheime
Rath von Hendrich und Hr. Policeidirector Ort-
loff und

Drei Deputirte der Bürgerschaft von Coburg.

A c t u m

Coburg den 23. Febr. 1804.

Da durch einen Ministerialbeschluss unter Genehmi-
gung Sr. des regierenden Herrn Herzogs zu S. Coburg
Herzoglichen Durchlaucht die Zahlungen bei den Cas-
sen bei dem Anfang der Conferenzen über den derma-
ligen Finanzbestand der Herzogl. Lande in so lange si-
stiret worden, bis man auf die Resultate der vorzule-
genden Recherchen näher vorgerückt seyn würde, sich
aber hierbey ergeben hat, dass durch die Sistirung
der Zahlungen auf einen nicht zu bestimmenden, gleich-

wohlen nicht lange andauren könnenden Zeitpunct, eines Theils der Credit leiden, andern Theils aber das Interesse der fordernden Gläubiger und Professionisten bekümmert werden könnte, so haben Se. Herzogl. Durchl. den Herrn Erbprinzen zu Leiningen als erbetenen Commissarium ersuchet, mit Zuziehung Höchstdero Herrn Agnaten und der Landständischen Herrn Deputirten, auch der Deputirten des hiesigen Bürgerstandes, den Bestand der Herzogl. Cassen zu untersuchen und bei der Hauptdomänenkasse die vorzüglichste Rücksicht darauf zu nehmen, den Betrag der bei derselben sich befindenden bereits decretirten Zahlungsanweisungen aufzunehmen, auch sich zu informiren, ob und welche Befehle zu Einnahmsanticipationen gegeben worden seyen.

Auf vorhero geschehene Einladung und Ersuchung an des Herrn Feldmarschalls Prinz Friederich Herzogl. Durchl. und die landständische Herrn Deputirte wurde somit diese Untersuchung vorgenommen und begabe man sich zuerst in die Herzogl. Staatsbank, bei welcher Herr Cammerrath Wagner einen baaren Cassenvorrath von 34052 fl. 13 $\frac{1}{2}$ Xr. nach anliegenden Banco-Rechnungs-Extract mit pflichtmäßiger Versicherung des effectiven Bestandes vorgewiesen hat.

Man begab sich sofort auf die Herzogl. Domänenkasse, allwo das Journal derselben pro 180 $\frac{3}{4}$ vorgelegt worden. Die Einnahme derselben bis zum 23. Febr. betrug

	53259 fl.	53 $\frac{1}{2}$ Xr.
die Ausgabe	28934 —	8 $\frac{1}{2}$ —
mithin soll baarer Casse vorrath seyn	24325 —	45 —

Das Garten-Journal hat

Einnahme	345 fl.	39 Xr.
Ausgabe	378 —	37 $\frac{1}{4}$ —
mithin Plus Ausgabe	32 —	58 $\frac{1}{4}$ —

Das Leihbank-Journal hat

Einnahme	-	-	-	153 fl. 56 $\frac{3}{4}$ Xr.
Ausgabe	-	-	-	280 — 15 —
mithin Plus - Ausgabe				126 — 18 $\frac{1}{4}$ —
Die Plus - Ausgabe des Garten - Journals und der Leihbank von dem Domänenencassenbestand ad				
				24325 fl. 45 Xr.
abgezogen mit				159 — 16 $\frac{1}{2}$ —
muß in der Domänenencasse baar in Vorrath seyn				
				24166 fl. 28 $\frac{1}{2}$ Xr.

Die Cassen wurden hierauf eröffnet und die enrolirten Gelder mit 23671 fl. 58 $\frac{1}{2}$ Xr. baar vorgelegt. Zugleich aber ein weiterer noch nicht gezählter Vorrath sowohl an Gold, als harten Silbersorten und Scheidemünze vorgewiesen, welcher den Cassenbestand vollkommen liquidiren wird. Man hat solchen nicht durchgezählt, weil die Zeit zu kurz war und die Herzogl. Domänenencasse die Erklärung gegeben, einen genauen Sortenzettel Commissioni vorzulegen. Es wurde hierauf verlangt, den Betrag der bereits decretirten Conti vorzulegen. Solche betragen in toto

3390 fl. 14 Xr.

Unter dieser Summe ist aber der Utzische Garten mit 2200 fl. begriffen, welcher ad extraordinaria gehöre, und sind somit an zu bezahlenden Zetteln dermalen vorhanden

1190 fl. 14 Xr.

Die Herrn Rendanten von dem Cammeramte Coburg Lang und Schmidt wurden hierauf befraget, ob dieselben bis zum heutigen Tage keine herrschaftlichen Gelder anticipando eingenommen hätten, welche bis jetzo noch nicht fällig gewesen seyen?

Dieselben antworteten: Sie hätten ein und andere Gelder, als z. B. Steuergelder, Erbzinsen bis zu Ende des Etatsjahrs eingehoben und auch hierunter die bestimmten Chausseegelder begriffen, weil solches Ihnen eine Erleichterung in ihrem Rechnungswesen gewähret; Sie hätten solche aber nicht erpresst, sondern bloß gefodert, und wenn sie bezahlt worden seyen, auch angenommen, die Summe dieser Einnahme an Steuern könne sich auf 1000 fl. belaufen, die übrigen Beträge könnten sie nicht bestimmt angeben, sie seyen aber von keinem Belang.

2te Frage: Ob ein Ministerialbefehl zu Anticipirung und Beitreibung noch nicht fälliger Gelder Ihnen gegeben worden?

Antwort. Sie hätten keinen ausdrücklichen Befehl dazu gehabt, sondern bloß zur Erleichterung ihres Rechnungswesens jene Beträge erhoben.

Herr Cammerrath Braun wurde hierauf befraget, wieviel derselbe bis zu Ende des Etats-Jahrs von den Herzogl. Cammerämtern noch zu erwarten habe. Derselbe ertheilte die Auskunft: daß er auf den Etat der Cammerämter, worauf die Domänencasse fondirt sey, noch 100,000 fl. zu erwarten habe, und die Ausgabe werde sich auf 66,000 fl. belaufen.

Man verfügte sich hierauf auf die Lottocasse, welche nach dem Abschlusse ihrer Bücher zu Pösneck einen baaren Vorrath von 5337 Rthlr. 12 Gr. 8 Pf. oder rhein. 9607 fl. 33 Xr.

Die hiesige Lottocasse in Coburg aber 7837 — 58 $\frac{1}{2}$ —
mithin in toto 17445 — 31 $\frac{1}{2}$ —

welche baar vorgelegt worden sind. Herr Cammer-
rath Facius wurde hierauf befragt, ob demselben seit
dem 7ten Febr. ein Ministerialbefehl zugegangen sey,
die Lottoeinkünfte an die Domänenkasse einzusenden.
Derselbe antwortete: dafs dieß nicht geschehen, son-
dern der gewöhnliche Geschäftsgang eingehalten wor-
den sey. Da nun dem Vernehmen nach seit der Dis-
pensation des Praesidii der Landesregierung mehrere
Conti zur Zahlungsanweisung eingegeben worden seyn
sollen, welche bishero undecretirt geblieben, die Do-
mänenkasse also hievon keine Wissenschaft haben kann;
so wird nöthig seyn, um den Betrag derselben zu er-
fahren, dafs S. Herzogl. Durchl. von Höchstdero Lan-
desregierung hierüber Bericht erfodern und dem in-
terimistis. Directorio gnädigst befehlen, solche ord-
nungsmäfsig decretiren zu lassen.

Nach somit geschehenem Sturze der Cassen, und
nachdem Herr Cammerrath Braun den Sortenzettel
der vorhandenen Gelder, sowohl bei der Hauptdomä-
nenkasse, als der Lottocasse sub nr. 2 et 3. anliegend
ad protocollum abgegeben; so wurde gegenwärtige
Handlung beschlossen

in fidem

Steinwart

Secrétaire

Sr. Durchl. des Herrn Erbprinzen
zu Leiningen.

Nr. XXXIV.

Commissarischer Bericht des Hn. Erbprinzen
von Leiningen an den Hn. Herzog, den Zu-
stand der Finanzen betr. d. d. 26.

März 1804.

Durchl. etc.

Gnädigster etc.

Ew. etc. haben mir den Auftrag gegeben, den Zu-
stand Höchstdero Finanzen, welcher Ih-
nen von Höchstdero L. Regierung in der
bedenklichsten Lage vorgestellt worden,
zu untersuchen, und die Resultate Ew. etc. so-
dann vorzulegen.

Ew. etc. haben genehmigt, und meines Hn. Va-
ters Gnaden besonders ersucht, daß sich der Geh. Rath
Lang dieser wichtigen Arbeit unterziehe, und daß ihm
alle Etats - Cassen - Rechnungen und sonstige Acten,
welche zu Eruirung des Finanzzustandes in seinem
kleinsten Detail dienlich seyn könnten, vorgelegt wer-
den sollen.

Er hat diese Arbeit beendigt und mir solche vorgelegt. Ew. etc. haben geruhet, Sich solche heute Vormittag in einer Conferenz in Beiseyn Dero Herrn Sohnes und Erbprinzen, Dero Hn. Agnaten, der H. Just. Deputation und der Landständischen Hn. Deputirten vortragen zu lassen.

Die Resultate dieser Arbeit haben gezeigt, daß weder am 4ten noch 7ten Febr. eine Besorglichkeit vorhanden gewesen, daß eine Zahlungs-Unfähigkeit der Cassen eintreten werde. Die Kassen-Abschlüsse haben gezeigt, daß in dem Laufe des Etats-Jahrs von den ordinari Revenüen eine bedeutendere Summe eingehen kann, als zu Bestreitung der ordinari Ausgaben bis zum Schlusse des Jahres erfordert wird.

Der Auftrag, welchen Ew. etc. mir gegeben, ist somit erledigt: es gereicht mir zu einer großen Beruhigung, daß diese Untersuchung, welche blos Actenmäfsig ist, ohne daß dabei die verschiedene Partheyen nach ihren verschiedenen Ansichten und leidenschaftl. Behandlung zu Rathe gezogen worden, nicht nur dieses günstige Resultat gegeben, sondern daß auch bei der Haupt-Domänen-Casse sich die Erfahrung dargethan hat, daß die Besorgnisse der L. Regierung in ihren Anzeigen an Ew. etc. zu voreilig gewesen sind.

Ew. etc. danke ich übrigens für das in mich gesetzte Vertrauen, und überlasse Höchstdenselben alle weitem diensamen Maasregeln, welche zu regelmäfsiger Eincassirung der ferners verfallenden Gelder und für den fernern ordnungsmäfsigen Gang Ihres höchsten

Dienstes Dieselben nützlich und — nothwendig erachten werden, und habe die Ehre mit vollkommenster Hochachtung zu verharren

E w. etc.

Coburg
den 26. März
1804.

etc. etc.

Erbprinz zu Leiningen.

Nr. XXXV.

E x t r a c t

aus einem von dem Commissionsrath Alt an
den Scribenten Scherzer zu Coburg geschrie-
benen Brief d. d. Sonneberg den 15.

März 1805.

etc. etc.

Es fällt mir ein, daß Sie noch einiges wenige auf
Anweisung des Hn. Geh. R. R. Feders ge-
schrieben haben, welches ich, ob es gleich seiner Un-
vollständigkeit wegen nicht brauchbar ist, dennoch,
weil Sie die Mühe und Zeit dran gewendet haben, und
die Unbrauchbarkeit nicht Ihre Schuld ist, auf Rech-
nung der Durchlachtigsten Prinzen be-
zahlen will, zu deren Geschäften ich die Sa-
che brauchen wollte. Seyn Sie also so gut, und
schicken mir darüber eine kleine sogleich quittirte No-
te, so soll das Geld sofort noch an Sie folgen.

Ich wünsche Ihnen gutes Auskommen und Zufriedenheit, und hoffe nicht, daß Sie jemals Ursache haben werden, über Ihren kurzen Aufenthalt in meiner Schreibstube Reue zu fühlen.

etc. etc.

J. A. Alt.

Nr. XXXVI.

Protokoll über die Vernehmung des Scribenten
Scherzers.

Coburg den 26. März 1805.

Auf mündliche Veranlassung erschiene vor Herzogl.
Geheimen Canzlei

der bei der Hauptdomänenencasse als Gehülfe an-
gestellte Johann Christoph Friederich Scherzer.

Nach kurzem Vortrag werden demselben nachste-
hende Fragen mit dem Ermahnen vorgelegt, seine Ant-
worten darauf genau der Wahrheit gemäß zu erthei-
len, worauf folgende Angaben von demselben erfolgen:

1) Was Deponent für Ar-
beiten des ehemaligen
Geh. Rechnungs - Rath's
Feder abgeschrieben ha-
be?

ad 1.

Er habe für den etc. Fe-
der Rechnungen von Herr-
schaftl. Cassen - Bilancen
und Schuldenverzeichnisse
geschrieben.

2) Welche Gegenstände haben diese Arbeiten betroffen?

ad 2.

Das Herrschaftl. Rechnungs - Cassen - und Schuldenwesen.

3) Ob es nicht Finanz-Etats und Bilancen gewesen, die das Fürstenthum Coburg betroffen haben?

ad 3.

Dafs solche Bilancen dabei gewesen, wisse er gewifs, ob er aber auch Etats geschrieben habe, könne er nicht mit Gewissheit sagen. Er habe ein Verzeichnifs von den für den Feder abgeschriebenen Sachen gehabt, aber derselbe habe es ihm zu der Zeit, da er seines Dienstes entlassen worden, weggenommen und ihm gesagt: der Sicherheit wegen wolle er ihm das Verzeichnifs wegnehmen.

4) Auf wessen Geheifs und Verlangen hat Deponent diese Arbeiten abgeschrieben?

ad 4.

Theils auf Verlangen des ehemaligen Vicepräsidenten von Wangenheim,

theils auf Verlangen des
G. R. R. Feder.

5) Ob der R. R. Feder ihm
selbige selbst zum Ab-
schreiben behändiget ha-
be?

ad 5.

Ja!

6) Für wen und zu wes-
sen Behuf Deponent sol-
che copirt habe?

ad 6.

Für den Hn. von Wan-
genheim und den R. R. Fe-
der, und soviel er wisse,
zum Gebrauch bei den über
den Finanzzustand gehal-
tenen öffentlichen Confe-
renzen.

7) Wo und in wessen Behau-
sung Deponent diese Ar-
beiten verrichtet habe?

ad 7.

Den größern Theil der-
selben in der Behausung
des R. R. Feder, weniger
aber in der des Hn. von
Wangenheim.

8) Wem Deponent diese
Copieen zugestellt habe?

ad 8.

Dem Hn. von Wangenheim
und dem R. R. Feder.

9) Wo die Originalien hin-

gekommen, wovon Deponent die Abschriften gefertigt habe?

ad 9.

Die Originalien hätten beide von Wangenheim und Feder behalten, und er wisse nicht, wo sie dieselben hingebracht.

10) Ob der von Wangenheim von diesen Abschriften Wissenschaft gehabt?

ad 10.

Ja! dieser habe von allen Abschriften Wissenschaft gehabt.

Nach Vorlesung genehmiget Deponent seine vorstehenden Angaben durchgängig und wird nach Unterschrift dieses Protokolls mit der Anweisung zum Stillschweigen über das Befragte entlassen.

Nachrichtl. wie oben

H. S. Geheime Ministerial - Canzlei

Theodor Opitz G. A.

Johann Christoph Friederich Scherzer.

E o d e m

wurde

der Johann Christoph Friedr. Scherzer
noch darüber befragt, ob er nicht vor kurzem einen
Brief von dem Commissionsrath Alt in Sonneberg er-
halten, und als derselbe dieses bejahete, wurde ihm
der vorstehende Altl. Brief vorgelegt, den Scherzer für
den erhaltenen anerkannt und auf weiteres Befragen,
was dasjenige, was er auf Anweisung des Feders für
die Prinzen Ludwig und Friedrich Durchl. geschrie-
ben, gewesen sey, antwortet:

Er habe nicht gewußt, daß er etwas für die Hrn.
Prinzen geschrieben habe, sondern dieses erst
durch den Altl. Brief erfahren. Da aber darinnen
bemerkt sey, daß das, was er für die Hrn. Prin-
zen geschrieben, wegen seiner Unvollständigkeit,
unbrauchbar gewesen, so sey wohl damit ein Schul-
denverzeichniß, das er unter andern copirt habe,
gemeint, in welchem blos die Namen der Gläubi-
ger aber keine Summen der Schuldposten, außer
bei ungefähr sechs Dorfgemeinden gestanden hätten.
Der etc. Feder habe ihm dabei gesagt, daß die For-
derungen um deswillen nicht darinnen bemerkt
ständen, weil die Summen derselben nicht zuträ-
fen. Er wolle übrigens noch bemerken, daß er
damals, als er die Abschriften für den von Wan-
genheim und Feder gefertigt, noch nicht in Herr-
schaftl. Diensten gestanden habe.

Vorstehende Angabe wurde von dem Deponenten
genchmiget.

Nachrichtl. w. o.

H. S. Geh. Minist. Canzlei

Theodor Opitz.

Joh. Christ. Friedr. Scherzer.

Nr. XXXVII.

Rechtfertigungsurkunde des Hn. Herzogs für
den Minister v. Kretschmann, dessen Dienst-
führung betr. d. d. 27. März 1804.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

urkunden hiermit, daß nachdem Unsere hiesige
L. Regierung gegen Unsern Minister von Kretschmann
wegen verschiedener ihr im Dienste angeblich zuge-
fügten Beleidigungen, wovon er das Gegentheil nach-
gewiesen hat, eine Injurienklage bei der hiesigen Justiz-
deputation erhoben hat, nachdem dieselbe gegen alle
Subordination in einem Privatschreiben ihn über ver-
schiedene in Unserm Namen und mit Unserer Geneh-
migung erlassene Verfügung unartig zu Rede setzte,
die erlassenen Befehle zu befolgen geradezu verwei-
gerte, und noch überdies denselben eine unvorsichtige
und nachtheilige Führung der Finanzen und eines bei
dem Verkauf von Erkersreuth zu Schulden gebrachten
Betrugs beschuldigte, nachdem Unsere Hn. Agnaten,
der Hr. Feldmarschall Prinz Friedrich und der Hr.
Feldmarschall Lieutenant Prinz Ludwig Lbdl. Lbdl.
die Staatsverwaltung Unsers Ministers, mit dem Wir
sehr zufrieden zu seyn alle Ursache hatten, auf eine
für ihn sehr kränkende Art angegriffen haben, nach-

dem derselbe auch anderwärts verschiedene unverschuldete Kränkungen erfahren mußte, sein Amt niedergelegt, um seine Dimission Uns angegangen, und dabei auf strenge Untersuchung seiner Amtsführung angetragen hatte; daß Wir hierauf Unsern geliebtesten Hn. Schwiegersohn, den Erbprinzen von Leiningen er- sucht haben, nicht nur die von Unserm Minister von Kretschmann gegen die Regierung begangen haben sol- lende Injurien, und den ihm angeschuldigten Betrug, sondern auch seine ganze Staatsverwaltung umständ- lich, gründlich und gewissenhaft zu untersuchen, dann aber Uns ein Gutachten darüber vorzulegen.

Es hat sich diesem Geschäft auch ermeldeter Hr. Erb- prinz von Leiningen Lbdl. durch seinen Subdelegatum den Hn. Geh. Rath Lang und den erforderlichen Sub- alternen unterzogen, und diese Untersuchung hat das Resultat gewährt, daß

- a) Unser Minister von Kretschmann die L. Regierung nicht injurirt, sondern dieselbe bloß nur mit dem erforderlichen Nachdruck zur Erfüllung ihrer ver- nachlässigten Pflichten angehalten;
- b) Daß bei dem Verkauf des Ritterguts Erkersreuth an Unserer höchsten Person derselbe allenthalben bona fide gehandelt, und einen Betrug nirgends begangen, daß derselbe
- c) Unsere Finanzen treu, redlich, vorsichtig und mit dem glücklichsten Erfolge verwaltet und Un- serm Hause einen immer bleibenden Nutzen ge- schafft habe, daß überhaupt
- d) seine ganze Geschäftsführung von der Art sey, daß Wir dabei vollkommen beruhigt und sicher seyn können.

Bei dieser Lage der Sache konnten Wir Uns nicht entschliessen, Unserm Minister von Kretschmann sein Abschiedsgesuch zum Nachtheil Unsers Landes und Unsers Hauses zu bewilligen: Wir haben Uns vielmehr bewogen gesehen, denselben zu bestimmen, daß er ferner auf seiner Stelle bleiben möge, und Wir sind endlich mit demselben über folgende Bedingungen überein gekommen.

I.

Der Minister von Kretschmann nimmt von nun an ferner die oberste Leitung Unserer sämmtl. Landesgeschäfte mit der nämlichen Besoldung und den nämlichen Emolumenten, welche derselbe zeithero gehabt hat.

II.

Vorzüglich ist ihm die Betreibung Unserer Finanzen, welche derselbe so vortheilhaft verwaltet hat, ohne Einschränkung überlassen. Wir wollen demselben anbei in allen, was derselbe in dieser Hinsicht verfügen wird, vertreten, und ernennen ihn zu diesem Zwecke zum Chef Präsidenten Unserer L. Regierung; Jedoch versteht es sich von selbst, daß er seine Handlungen und Unternehmungen ganz nach den Rechtsgrundsätzen einrichten müsse, welche die Gesetze wegen Verwaltung fremder Güter vorschreiben,

III.

Wir verpflichten Uns, Unsern Minister während der Dauer seiner Dienstzeit nach allen Unsern Kräften zu schützen, und vor Insulten zu sichern. Sollte aber der Fall eintreten, daß Wir denselben über unschuldig zugefügte Kränkungen keine Genugthuung verschaffen

wollten; sollte es sich fügen, daß Unser Minister ohne gesetzliche und rechtl. Gründe Unser Zutrauen und das Zutrauen Unsers Hn. Erbprinzen Lbdl. verliere, so soll es demselben erlaubt seyn, sein Amt nieder zu legen, und es treten alle die Bestimmungen ein, welche auf diesen Fall seine Patente d. d. 1. Jul. 1801. und 15. Febr. 1804. enthalten. Urkundlich haben Wir diese Versicherungsurkunde eigenhändig mit Unsers Hn. Erbprinzen Lbdl. vollzogen und besiegeln lassen. Coburg z. E. den 27. März 1804.

Nr. XXXVIII. a.

Attest der Hrn. Prinzen dem von Wangenheim ausgestellt d. d. 16. Mai 1804.

Wir Friedrich Josias und Ludwig Carl Friedrich, beiderseits Herzoge zu Sachsen Coburg Saalfeld etc. als nächste Agnaten des Fürstl. Hauses, bezeugen hierdurch auf Verlangen dem Vicepräsident Carl von Wangenheim allh.

- 1) Dafs Wir dessen Benehmen bei Verfassung eines Berichts vom 7. Febr. d. J., an den regierenden Hn. Herzog Franz, über den Fürstl. Finanz- und Cassenzustand, so weit Uns solches bisher zur Kenntnifs gediehen ist, für kein anderes, als für ein dem Staatsdienste pflichtmässiges und dem Geiste der Fürstl. Hausgesetze angemessenes erkennen können.
- 2) Dafs dessen und der L. Regierung Ansichten über den Zustand und die Administration der Fürstl. Finanzen, so weit erstere und letztere bei den Conferenzverhandlungen Uns bekannt worden, grösstentheils auch die Unsrigen seyen, und dafs Wir diese nach Unserer Meinung gründliche Ansichten durch das darüber gestellte Gutachten des

Fürstl. Leining. Geh. Raths Lang, am 19. März d. J., als widerlegt nicht gefunden haben; ferner

- 3) dafs, soviel Wir wissen, weder der Dienstentlassung noch der Dispensation des etc. von Wangenheim eine ordentliche rechtl. Untersuchung oder ein ordentliches rechtl. Gehör und Erkenntniß vorausgegangen sey, und
- 4) dafs Wir diese ohne vorgängige gründliche Untersuchung statt gegebene Dienst-Dispensation und Dienstentlassungen ins besondere als eine Verletzung der Constitution des neuesten Hausgesetzes vom 1. April 1802. angesehen. Sign. Coburg den 16. Mai 1804.

(L. S.) Friedrich Josias, P. z. S. C. S.

(L. S.) Ludwig, P. z. S. Coburg.

Nr. XXXVIII. b.

Einladung der Hrn. Prinzen zur Conferenz
am 26. März 1804.

Durchlauchtigste etc.

etc. etc.

Es ist die Prüfung des von Meinem dirigirenden Minister von Kretschmann über seine hiesige Finanzadministration abgelegten compte rendu von der hierzu in der Person Meines geliebten Schwiegersohns, des Hn. Erbprinzen von Leiningen Lbdl. ernannten Commission und Dero Subdelegirten nunmehr so weit gediehen, daß das Resultat davon ebenfalls öffentlich vorgelegt werden kann. Da dieses in einer Conferenz, wozu Morgen der

Sechs und zwanzigste dieses Monats
März

bestimmt ist, geschehen soll; so ersuche Ich Eure etc. Eure etc. hierdurch ergebenst und freundschaftlich, Sich mit Dero Consulanten Vormittags um 9 Uhr in

Meiner Residenz an der bekannten Stelle gefälligst einzufinden und solcher Conferenz persönlich beizuwohnen. Ich verharre mit aller Hochachtung und Ergebenheit Cob. z. E. den 25. März 1804.

Serenissimus.

An

die Hrn. Prinzen Friedrich Josias

und

Ludwig Herzogl. Durchl.

Nr. XXXIX.

Publikandum die in den öffentlichen Zeitungen von dem Consulanten der Prinzen Friedrich und Ludwig geschehene Erklärung gegen das bei Rüppel und Harnier in Frankfurt am Main eröffnete Anlehn betreffend.

Wir Franz von G. G. Herzog zu Sachsen etc.

haben mit einem sehr schmerzhaften Gefühle und mit gerechter Indignation zu vernehmen gehabt, daß der Herzogl. S. Meiningische Commissionsrath und Coburgische Advocat Alt als angeblicher Consulant Unsers Hn. Oncles Prinzen Friederich und Unsers Hn. Bruders Prinzen Ludwig Lbdl. sich unterfangen hat, in mehrern öffentlichen Zeitungen eine vermeintliche Protestation gegen das von Uns bei dem Handlungshause Rüppel und Harnier in Frankfurt a. M., zur Abzahlung der sämmtlichen noch vorhandenen größtentheils altväterlichen Cammerschulden eröffnete Anlehn einrücken zu lassen und sich sogar, mit Verletzung seiner Unterthanenpflicht und seines bei Aufnahme in die Zahl der Sachwalter geleisteten Eides, nicht ent-

blödet hat, Unsere fürstl. Würde so frevelhaft zu beleidigen, daß er sogar das creditirende Publikum vor der Sicherheit des von Uns eröffneten Anlehns warnt und somit Unsere fürstl. Ehre, Treue, Glauben und Ansehen anzutasten wagt. Unser Herz scheut den Gedanken, daß ein solcher Frevel von den durch Blutsfreundschaft so nahe mit Uns verbundenen Prinzen gebilligt werden konnte.

Bei Unserm gesunden und zahlreichen Mannstamme und bei ihrem zum Theil schon hohen Alter konnten sie nicht die mindeste Aussicht zu einer Erbfolge in die Regierung des Landes, also nicht das mindeste Interesse bei dem Anlehne selbst haben, wenn es auch nicht zu Abzahlung alter Schulden bestimmt gewesen wäre.

Wir haben die nöthigen Maafsregeln wegen dieses schändlichen Unternehmens des Alt genommen und die gesetzliche Untersuchung gegen denselben instruiren lassen.

Um aber Unsere getreuen Unterthanen und das Publikum überhaupt über die wahre Bewandniß dieser Anlehnssache zu belehren, finden Wir für nöthig, folgendes hiermit öffentlich bekannt zu machen:

In dem zwischen den Herzogl. S. Häusern S. Coburg, S. Hildburghausen, S. Gotha und S. Meiningen über verschiedene das gemeinschaftliche Interesse betreffende Angelegenheiten abgeschlossenen Recesse vom Jahre 1791 wurde unter andern wegen Abzahlung und Uebernahme der bei dem Abgange einer fürstl. Speciallinie sich vorfindenden Cammerschulden bestimmt, daß bei einem Collateralerbfolge in den gedachten fürstl.

Häusern alle wahren Cammerschulden, welche von den fürstl. Vorfahren ererbt, bei den fürstl. Cammern in Einnahme und Ausgabe gebracht und verzinset worden, von den fürstl. Landes-Successoribus übernommen und nach eines jeden fürstl. Hrn. Interessenten Erbrata bezahlt und garantirt werden sollen. Es wurden die damals bei den paciscirenden fürstl. Häusern nach diesem Begriffe vorhandenen Cammerschulden oder die zu deren Abtrag künftig erborgten Cammercapiatalien, als solche zu deren Abzahlung auch bei einem Collateral-Erbanfalle die Landes-Successores verbunden seyen, anerkannt und übrigens festgesetzt, daß wirkliche neue — nicht zum Abtrag der im Jahre 1791 vorhandenen Cammerschulden, wo nur eine Verwechselung der Creditoren vorgeht — aufgenommene Capitalien, wenn sie die Eigenschaft wirklicher auch für die Landes-Successores verbindlicher Cammerschulden erhalten sollten, zur Vermehrung der Cammereinkünfte, zur Verbesserung des Landes, zur Ausstattung fürstl. Prinzessinnen und zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben bei Unglücksfällen aufgenommen seyn müßten und nur bei solchen ganz neuen Capitalien sollte der Consens der fürstl. Agnaten erbeten, solcher aber nur in den Fällen ertheilt werden, wenn versio in rem dargethan und gezeigt worden, wie der Abtrag wieder geschehen könne.

Im Jahre 1791, wo dieser Recesß abgeschlossen wurde, bestand in Coburg eine kaiserl. Debitcommission. Da der Zweck derselben Abtragung der vorhandenen Schulden war, so konnte sie keine Vermehrung derselben zulassen. Die im Jahre 1791 vorhandenen in dem mehrerwähnten Recesse anerkannten Coburg. Cammerschulden wurden auch wirklich in den darauf fol-

genden Jahren bis zum Abgange der kaiserl. Debitcommission, theils durch die Commission selbst, theils durch Uns unmittelbar nach Abgang derselben um eine ansehnliche Summe vermindert und man darf wohl, ohne irgend einen Widerspruch zu besorgen, annehmen, daß die fürstl. Hrn. Agnaten, welche die Cammerschulden von 1791 anerkannten, die verminderte Summe derselben nach dem Abgange der kaiserl. Debitcommission im Jahre 1802 ebenfalls anerkannt haben. Der größte Theil dieser Cammerschulden rührte überdies noch von Unsers Hn. Großvaters Gnaden her, indem selbst Unsers Hn. Vaters Gnaden bei Dero Regierungsantritte die Summe von mehr als 500,000 fl. Cammerschulden, welche sich aus der Regierungszeit des Hn. Herzog Franz Josias dem Vater des Hn. Feldmarschalls Prinzen Friederich Lbdl. herschrieben, vorfanden.

Für die Aufnahme von Capitalien zur Abtragung der von Uns vorgefundenen ältern Cammerschulden bedurfte es nach der klaren Disposition des oben angeführten Recesses der Einholung des Consenses der paciscirenden fürstl. agnatischen Häuser also nicht. Die nächsten Hn. Agnaten des Herzogl. S. Coburg Saalfeld. Hauses erkannten aber auch in dem mit ihrer ausdrücklichen vollkommenen Einstimmung errichteten und von ihnen eigenhändig mit unterzeichneten Hausgesetze vom J. 1802 nicht nur die eigentlichen altväterlichen Schulden, oder solche, welche zur Abtragung der bis dahin vorhanden gewesenen ältern Cammerschulden nothwendig waren, sondern überhaupt alle Unsere damals vorhandenen ältern und neuern Schulden an. Ein sehr großer Theil davon bestand in Aemter-Capitalien, in Capitalien, welche mit Genehmigung des kaiserl. Reichshofraths zum Chausseebau aufgenommen

worden waren, in Cautions - Capitalien für Pacht - und Dienstsicherheit, in solchen, welche zu Ausstattung fürstl. Prinzessinnen aufgenommen wurden und in solchen, welche Wir aus kindlicher Achtung und Liebe gegen Unsers Herrn Vaters und Frau Mutter Gnaden übernommen hatten, ob Wir schon die ganze Allodialverlassenschaft Unserer Frau Mutter Gnaden Unserm Herrn Bruder Ludwig Lbdl. ohnentgeltlich überließen und schenkten.

Unsere nächsten Herren Agnaten erkannten ferner in eben jenem Hausgesetze von 1802 die Constitution der Staatsbank an.

Nach der unterm 4ten April 1802 emanirten Bankordnung sollten 100,000 fl. als Bankfond und dann jährlich 50,000 fl. zwanzig Jahre hindurch zur Vermehrung desselben aus den Einkünften von Saalfeld eingezahlt werden, und die Staatsbank war in dem neuesten Hausgesetz von 1802 und in der Bankordnung autorisiret, nach den daselbst gegebenen Vorschriften und ihrer Constitution gemäß, Anlehne, welche dem Fond angemessen waren, aufzunehmen und diese Anlehne waren daher ebenfalls schon in dem Hausgesetze von den mit unterzeichneten Herren Agnaten consentiret.

Es leidet daher wohl keinen Zweifel, daß auch schon die Staatsbank, welche jährlich 50,000 fl. zur Vermehrung ihres Fonds zwanzig Jahre hindurch aus den Landesrevenüen erhält, ein Anlehn zu ihren Unternehmungen negociiren und die ihr bestimmten jährlichen 50,000 fl. zur Abzahlung des Anlehns anweisen könnte, ohne die Herren Agnaten darum zu fragen,

welche bekanntlich auf Unsere Einkünfte keinen Anspruch haben, wenn ihre Appanagen ordentlich gezahlt werden.

Die Staatsbank, welcher zugleich das Schulden-tilgungswesen übertragen wurde, verwendete aber von ihren erhaltenen Geldern eine große Summe zur Bezahlung dringender Cammerschulden, und eben so hat die Hauptdomänenkasse aus ihren Beständen mehr als 50,000 fl. zu diesem Zwecke hergegeben.

Die Schuldenmasse war nun zwar um diese Summe vermindert worden, aber es war dringend nothwendig, daß der Staatsbank ihre Vorschüsse wiederum ersetzt und daß der Hauptdomänenkasse ein eiser-ner Fond gelassen wurde, theils um die Staatsbank in ihren Unternehmungen nicht zu hindern, theils um stets bei der Staatsverwaltung, wo nicht immer auf den augenblicklichen Eingang der Revenüen ge-rechnet werden kann, die erforderlichen Zahlungen ohne irgend eine Stockung leisten zu können. Der ei-serne Fond der Hauptdomänenkasse ward auf 50,000 fl. bestimmt. Die Nothwendigkeit der Erfüllung dieser beiden Fonds und die Herstellung eines festen Arran-gements zur Abzahlung der vorhandenen Schulden ver-anlafte den Plan der Aufnahme eines Anlehns, wo-durch alle älteren Schulden mit einemale abgezahlt, durch die Bedingung der binnen einer bestimmten Zeit nicht stattfindenden Aufkündigung mit Sicherheit und Ruhe die Abzahlung nach dem Geiste der Hausverfas-sung vorbereitet, die Erfüllung der ferneren Bedin-gung einer successiven genau bestimmten Abzahlung des ganzen Anlehns erleichtert und somit der wohlthä-tige Zweck der gänzlichen Befreiung des S. Coburg-

Saalfeldischen Hauses von aller Schuldenlast binnen einer genau zu bestimmenden Zeit mit vollkommener Sicherheit erreicht werden konnte.

Man wußte Mittel zu finden, die Ausführung und Vollendung dieses wohlthätigen Plans bei einem vor einiger Zeit in Leipzig deshalb eröffneten und nunmehr vorlängst geschlossenen Anlehns zu verhindern. Deshalb wurde bei dem Handlungshause Rüppel und Harnier in Frankfurt am Mayn ein Anlehn für jenen Zweck der Abzahlung der im Jahre 1801 vorhanden gewesenen wirklichen Schulden, dann Dienst- und Pachtcautionscapitalien, auch alten Aemterschulden, Chausseebaucapitalien und Ausstattungsgelder eröffnet. Um aber die wirkliche Verwendung des Anlehns lediglich zur Bezahlung dieser Schulden mit der größtmöglichen Evidenz zu beweisen, sollten die eingelöseten Documente über die mit dem Anlehen bezahlten Schulden selbst dem Handlungshause Rüppel und Harnier jedesmal im Original eingehändigt werden, und es sind diesem Hause auch wirklich achtzehn Volumina cassirter Cammerschulddocumente bis jetzt eingehändigt; es ist von Seiten des Gouvernements dabei mit einer Offenheit und Ordnung gehandelt worden, welche das negociirende Handlungshaus und das Publikum vollkommen beruhigt hat und beruhigen kann. Wir haben sogar Unserer Landschaft eröffnet, diejenigen 75,000 fl. welche sie Uns zur Bezahlung alter Cammerschulden im Jahr 1802 auf Unser Amt Coburg vorgeschossen hatte, im Laufe des Jahres zurückzahlen zu wollen, im Falle sie die ihr, bei Gelegenheit der ihr angebotenen verbesserten Verfassung, gemachten Vorschläge nicht annehmen würde, und so wird die in den öffentlichen Zeitungen eingerückte

Aeufserung, dafs durch das neue Anlehn das Amt Coburg nicht schuldenfrei würde, doppelt sträflich.

Da übrigens von der Staatsbank eine sehr beträchtliche Summe älterer Cammerschulden schon bezahlt und die Documente ihr Eigenthum waren, wogegen die gedachte aus ihrem Fond und Erwerb vorgeschossene Summe ihr ersetzt werden mußte; da dieser Fond ein bleibendes fideicommissarisches Capital und eben so unveräußerlich als der eiserne Fond der Hauptdomänenkasse ist; so fällt auch sogar die Summe, welche von dem Anlehn an die Staatsbank und an die Hauptdomänenkasse als Ersatz ihrer Vorschüsse gegeben wird, und immer baar oder in Realfonds vorhanden bleibt, von dem Anlehne ab, indem diese vorhanden bleibende Summe jederzeit zurückgegeben werden könnte.

Da nun selbst nach dem Recesse von 1791 die vorherige Einholung des Consenses der fürstl. Herren Agnaten zur Aufnahme eines Capitals für die Abzahlung älterer wirklicher Cammerschulden nicht erfordert wird, da durch diesen Recess und durch das von den beiden nächsten Herrn Agnaten Unsers Hauses dem Herrn Feldmarschall Prinz Friederich und dem Herrn Feldmarschall-Lieutenant Prinz Ludwig Lbdl. Lbdl. eigenhändig mit unterzeichneten Hausgesetz von 1802 die Cammerschulden, welche jetzt bezahlt werden sollen, anerkannt sind, da Wir durch das neue Anlehn alle hypothecarischen Schulden abtragen lassen und Rüppel und Harnier dieses in öffentlichen Blättern erklärt haben, da Wir davon selbst alle Cautionscapitalien und die mit Genehmigung des kaiserl. Reichshofraths für den Chausseebau aufgenommenen Gelder

und selbst die alten Aemtercapitalien abtragen lassen wollen; so läßt sich das Urtheil über die in der Bamberger und andern Zeitungen erschienene im Namen der beiden nächsten Agnaten Unsers fürstlichen Hauses des Herrn Feldmarschalls Prinzen Friederich und Herrn Feldmarschall - Lieutenants Prinzen Ludwig Lbdl. Lbdl. verabfasste beleidigende Protestation leicht fällen.

Wir wiederholen es, daß vor der Hand Unser Herz nicht daran glauben kann, daß diese beleidigende Anzeige von diesen Unsern nächsten Verwandten selbst gegeben ist, da nur die höchste Leidenschaft darüber, daß Wir keine Mitregenten in ihnen dulden wollen, zu einem solchen unverantwortlichen Schritte hätte verleiten können. Um Uns jedoch vor ähnlichen den Credit Unsers fürstl. Hauses so sehr beleidigenden Schritten sicher zu stellen, haben Wir Uns als Landesherr verpflichtet gesehen, die nöthigen Maafsregeln dagegen zu ergreifen, und werden auch für die Zukunft nicht verfehlen, Unser Landesfürstliches Ansehen geltend zu machen und aufrecht zu erhalten.
Saalfeld den 14. Jul. 1804.

(L. S.) Franz, Herzog zu S. C. S.

v. Kretschmann.

Nr. XL.

Befehl des Hn. Herzogs an den L. R. Director
Gruner, die Untersagung des Umgangs der
Dienerschaft mit den appanagirten Hn.
Prinzen betr. d. d. 16. Jul.

1804.

Mein L. R. D. Gruner! Ich ertheile Ihnen die Anweisung, meiner sämtlichen treuen Dienerschaft und den Pensionärs meine Willensmeinung dahin zu erkennen zu geben, dafs ein jeder derselben bei Vermeidung meines höchsten Mißfallens und meiner Ungnade keine Einladung dieser Prinzen von jetzt an mehr Gehör gebe, und überhaupt aller selbst der entferntesten Verbindung mit denselben sich entziehe, weil es wegen der mir als Ihrem Herrn angethanen groben Beleidigung ihrer Dienerpflicht gerade ent-

gegen laufen würde, sich ferner in irgend eine Verbindung mit den gedachten Prinzen einzulassen.
Saalfeld den 16 Jul. 1804.

Franz H. z. S.

Nr. XLI.

Schreiben des Hn. Herzogs an Hn. Prinzen
Friederich, die gegen dessen Benehmen er-
griffenen Maafsregeln betr. d. d. 14. Jul.

1804.

Durchlachtigster Fürst,

Hochzuehrender Herr Oncle!

Um den vielen Unternehmungen, die von Euer etc. und dem Prinzen Ludwig gegen mein Haus zeither vorgekommen sind, ein Ende zu machen, habe ich mich veranlaßt gesehen, sehr ernstliche Maafsregeln zu nehmen, und meinen landesherrlichen Pflichten gemäß, die nöthigen Anordnungen zu treffen. Ich kann Euer etc. nicht bergen, daß ich Mich durch die zeitherigen Vorgänge und insbesondere durch den neuerlich im Namen Meiner nächsten Blutsverwandten geschehenen öffentlichen Angriff Meiner fürstlichen Ehre in öffentlichen Zeitungen auf das bitterste gekränkt fühle, und daß ich Mich bewogen gefunden habe, allen Meinen Dienern und Pensionärs alle Concurrenz mit

den Personen zu untersagen, welche in jener öffentlichen beleidigenden Anzeige als Meine Gegner erscheinen. Ich ergreife aber auch diese Gelegenheit, um Euer etc. zu warnen und zu bitten, an den für mein Land und Haus sehr nachtheiligen Unternehmungen weiter keinen Theil zu nehmen, um so weniger weil sie Ihrem Herzen gewiss in jeder Rücksicht fremd sind und Dero Antheil daran nur aus einer Ihnen gemachten irrigen Darstellung herrühren kann. Es würde mich unendlich schmerzen, wenn ich in den Fall kommen würde, auch gegen Dieselben in der Eigenschaft als Landesherr handeln zu müssen, um in meinem Lande die Ruhe und Frieden aufrecht zu erhalten, welcher demselben so nothwendig ist. Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung

E w. etc.

Saalfeld
den 14. Jul.
1804.

treugehorsamster Neffe
und Diener
Franz H. z. S. C. S.

An des Kaiserlich Königlichen Herrn
Feldmarschall Prinzen Friederich
Herzogl. Durchl.

in
Coburg.

Nr. XLII.

Schreiben des Herrn Herzogs Durchlaucht an
des Herrn Feldmarschall Prinzen Ludwigs
Durchl. d. d. 16. Jul. 1804.

Pr. Pr.

Euer etc. haben die Verhältnisse als Bruder gegen Mich auf das unverantwortlichste außer Augen gesetzt. Euer etc. haben, wie Ich gezwungen bin anzunehmen, so sehr auch Mein Herz sich widerstrebt, es zugegeben, daß Meine Fürstl. Ehre auf das frevelhafteste in öffentlichen Blättern durch Dero Consulanten in Dero Namen angetastet worden ist. Ich bin es müde, Mich länger durch Parteiwuth insultiren zu lassen, und habe daher Mich veranlaßt gesehen, als Landesherr gegen Dero Consulanten und Meinen Unterthanen die nöthige Ahndung eintreten zu lassen und allen Meinen Dienern habe ich jedes Zusammentreffen mit Euer etc. untersagen müssen. Werden Dieselben nicht ablassen, sich ferner in Meine Regierungsangelegenheiten unbefugt zu mengen, so haben Euer etc. sich es selbst zuzuschreiben, wenn ich auf Dero Entfernung aus

Meiner Residenz bedacht seyn und als Landesherr einschreiten muß. Mit der Euer etc. Stande gebührenden Achtung verharre ich. Saalfeld den 16. Jul. 1804.

Euer etc.

Franz H. z. S. C. S.

Nr. XLIII.

E x t r a c t

Herzogl. Regierungsberichts vom
6 Febr. 1803.

etc. etc.

Während dieser Zeit hatte dessen abgeschiedenes Eheweib das sogenannte Röllhäuschen ferner bewährt und darinnen die ihr längst übertragene Chaussee-Einnahme besorgt. Nach Fol. 1. der Amtsacten brachte aber diese abgeschiedene Frau unterm 29ten Januar d. J. beim Justizamte beschwerend an, daß sich ihr abgeschiedener Ehemann Franz Dreischy mit Gewalt in das Chausseehaus eindringe und sie auf alle nur mögliche Weise zu turbiren suche. Hierauf erließ das Justizamt, welches nach der bereits oben gemachten Bemerkung wahrscheinlich glaubte und auch glauben mußte, daß das Chausseehaus herrschaftlich sey, weil es schlechthin nicht voraussetzen konnte, daß man einem Manne erlaubt haben würde, auf einem weder ihm noch der Herrschaft gehörigen Platz ein

Haus trotz des Widerspruchs der Gemeinde, zu bauen, die Verordnung an den Schultheissen den Franz Dreischy sofort die Räumung des Chausseehauses und die sonstigen Turbationen gegen seine abgeschiedene Ehefrau bei Vermeidung der Arretirung anzudeuten. Statt, daß nun Dreischy, wenn er gegen diese Amtsresolution etwas gegründetes einzuwenden hatte, dagegen bei dem Justizamte durch geziemende Vorstellung eine andere Resolution zu bewirken hätte suchen sollen, nahm derselbe seine Zuflucht zu Euer etc. Herrn Bruders Durchl. den etc. Prinzen Louis.

Se. Herzogl. Durchlaucht der Prinz Louis fanden sich dadurch bewogen, den ersten Justizbeamten Stokmar zu veranlassen, die oben angeführte Resolution so lange wieder zurückzunehmen, bis Höchstdieselben Euer etc. davon Vortrag gethan haben würden, und wirkte auch die resolute Resolution Fol. 3. aus.

etc. etc.

Wenn Wir aber auf der einen Seite das Benehmen des Justizamts zu entschuldigen finden, so können Wir Euer etc. doch nicht verbergen, daß Uns auf der andern Seite das Eingreifen Höchstdero Durchlauchtigsten Herrn Bruders in öffentliche Angelegenheiten und Justizsachen den lebhaftesten Schmerz erregt und mit Besorgnissen erfüllt hat.

Euer etc. Selbst haben nach dem Beispiele mehrerer edlen teutschen Fürsten, wovon Wir nur Sr. des Königs von Preussen Majestät nennen, öffentlich und wiederholt erklärt, daß Höchstsie nie anders

in die Justiz eingreifen wollen, als in der edlen Absicht sie zu befördern, um wie viel mehr wäre es die Pflicht eines appanagirten Prinzen gewesen? Wie sollen Wir den Gang der Justiz leiten, wenn die Unterbehörden durch Befehle, die nicht einmal Cabinetsbefehle genannt werden können, obgleich auch diese zu den Gebrechen einer Regierung gehören, ohne Vorwissen der Landesregierung zu einseitigen Verfügungen in Rechtssachen verleitet werden sollten? So wehe es Uns thut, den landesherrlichen Schutz gegen einen sonst verehrungswürdigen Prinzen reclamiren zu müssen, so sehr sind Wir von Euer etc. Gerechtigkeit überzeugt, daß Eure etc. des Herrn Prinzen Louis, Durchl. auf irgend eine Art veranlassen werden, Uns nie wieder in Unserm Ressort, für dessen pflichtmäßige Verwaltung Wir mit Unserm Vermögen und Unserer Ehre haften sollen, zu stören, und so gewiß hoffen Wir darüber von Eurer etc. mit beruhigender und für die Zukunft schützender Resolution versehen zu werden etc.

H. S. Landesregierung.

Goebel. Schnetter. Bühl.

Habermann. Griesheim.

Gruner I. Riemann.

Arzberger. Gruner II. Schmidt.

Nr. XLIV.

E x t r a c t

aus der Eisenachischen Primogeniturconstitution vom
4. Aug. 1685.

etc. etc.

Ob Wir nun wohl das väterliche gnädige Vertrauen zu Unsers jüngern Sohns Lbdl. tragen, es werden sich Seine Lbdl. und Dero Nachkommen lieber qualificirt machen wollen, Kaiser, Königen, Potentaten und Republicquen zu dienen, und dadurch den rühmlichen Thaten Ihrer Vorfahren zu folgen, als Belieben zu tragen, Ihr Leben in Müssiggang und Ihrem Fürstl. Stande ungemäßer Ruhe zuzubringen; so sind jedoch Fälle, welche nicht vorzusehen, und oftmals erheblich sind, warum man der Fremde sich nicht bedienen kann, auf deren Ereigniß, und im Fall die Seynische Lande wider alles Vermuthen denen abgetheilten Unsern Nachkommen entgehen würden, bleibt Unserm ältern Sohn und dessen Successoren am Fürstenthum frei, die nachgebornen Unsere Descendenten, welche inner Landes zu bleiben genöthiget seyn würden, entweder bei sich in der Residenz zu behalten, oder denenselben auf dem

Lande in Amtshäusern Wohnung einzugeben, wozu Er doch nichts weiters ohne Anschlag und Entgeld, als das verordnete Gelddeputat ausmacht, zu reichen schuldig seyn, der abgetheilte Herr auch im allerwenigsten keiner Bothmäßigkeit, Gerichte, Jagden, noch anderer Jurium solcher Orten sich anzumassen haben soll, es wollte denn der ältere regierende Herr gleichsam Pachtweise, in Anschlag des Deputats, demselben etwas einräumen und abtreten. Dagegen aber behält alsdann der ältere oder regierende Herr die Amtsbesoldungen und alle andere Onera und Ausgaben des Amts allein zu entrichten und zu bezahlen,

etc. etc.

Wie Wir nun hierüber zu Unsers ältern Sohns Lbdl. oder dessen Successoren am Regiment das feste Vertrauen schöpfen, Er oder Sie werden keinesweges sich verleiten lassen, dem abgetheilten Bruder oder Vettern an dem Deputat mit Vorsatz einigen Abbruch zu thun, oder dieselben sonst unfreundlich und hart zu tractiren, sondern vielmehr sie mit allen Treuen zu meinen, und ihr Aufnehmen und Bestes allenthalben zu suchen und zu befördern.

Also haben auch die nachgebornen Söhne und abgetheilten Herren sich mit solchem Respect gegen den Regenten zu erweisen, und dieser fürstl. Disposition dermaßen nachzuleben, daß der gute Zweck dadurch mit göttlicher Verleihung erhalten werde, zumal aber durch unordentliches Leben und Excesse weder Aergerniß zu geben, noch Beschwerung zu machen, dadurch Sie selbst und der regierende Herr auch ganzes hohes Haus im Schimpf und Schaden, Proceß, Schulden und

andere Noth vertieft würden, widrigen Falls soll der regierende Herr mit Gutachten der Räthe und Landschaft alle thunliche Remedia Anfangs mit Glimpf, darnach, wo es vonnöthen, mit Ernst und Nachdruck fürnehmen, und dem Unheil vorkommen.

etc. etc.

Nr. XLV.

Abkündigung wegen der Verhaftung des Herzogs Johann Friederich zu Sachsen.

Wegen der Verhaftung ist den 3ten Sonntag nach Trinit. den 10. Jun. 1627 folgende Vermahnung von der Canzel abgelesen worden:

Es ist Eurer Christlichen Liebe bekannt, welchemassen unser gnädigster Fürst und Herr, Hr. Johann Friederich, Herzog zu Sachsen eine Zeitlang her, leider! in grofse Unfälle gerathen, dannenhero auch durch Gottes Verhängnifs allerseits schwere Ungelegenheiten und Gefährlichkeiten sich zu ereignen angefangen. Wann dann auf gemachten Schluß des ganzen Hochlöbl. Chur- und Fürstl. Hauses zu Sachsen der Justiz zu Steuer, und damit allerhand Thätlichkeiten vorgebeuet werden möge, hierinnen andere Mittel nothwendig an die Hand genommen und Sr. Fürstl. Gnaden in Verhaft gebracht werden müssen, darüber doch Sr. Fürstl. Gnaden Hrn. Brüdere, unsere gnädigste Fürsten und Herrn sammt und sonders über das andere Leid und Trauren, so sie sonst haben, höch-

lich betrübet und aus getreuem brüderlichen Mit-
leiden lieber hätten schonen wollen, woferne sie
solches geübriget hätten seyn können, und nicht
dazu gezwungen wären; Als soll Eure Christl.
Liebe hiermit öffentlich einmal ermahnet seyn, vor
gedachte Ihro Fürstl. Gnaden unterthänig und mit-
leidig von Herzen zu Gott jetzt und hinführo alle-
zeit im gemeinen Gebet zu bitten und zu beten,
daß der getreue und barmherzige Gott und Vater
im Himmel mit seinem heiligen Geist Ihro Fürstl.
Gnaden väterlich erscheinen, Sie an Leib und
Seel regieren, Erkenntniß, Gedult und Trost ver-
leihen und es mit diesem hochbetrübten Unglück
dahin richten, und alles also gnädiglich enden und
wenden wolle; damit es Ihro Fürstl. Gnaden an
Seel und Leib erspriesslich und dem ganzen Hoch-
löbl. Chur- und Fürstl. Hause zu Sachsen, auch
sonsten männiglich diesfalls zu Abwendung aller
Gefährlichkeiten dienlich seyn möge um Jesu Chri-
sti willen, Amen.

Nr. XLVI.

E x t r a c t

aus der gothaischen Primogeniturconstitution de 22.
April 1685.

etc. etc.

Wegen des wesentlichen Aufenthalts derer sämtlichen jüngern Herren geben Wir jedesmal regierenden Prinzens Gutbefinden anheim, ob Er dieselben, so lange Sie unvermählet bleiben, und bis zu Erreichung der Majorennität, oder auch mit der jüngeren Prinzen gutem Belieben, noch länger, gegen ein leidliches Kostgeld, in seiner Residenz bei sich behalten wollte; Wenn aber dieselbe entweder zur Vermählung schreiten (wobei Sie billig des Regierenden treuen Anrath zu erholen, und dieser Ihnen zum Aufnehmen und Vermehrung Ihrer zeitlichen Wohlfahrt sorgfältig zu assistiren hat) oder aber nach erlangten völligen Jahren Ihre besondere Menage lieber anzustellen, als bei des regierenden Herrn Hoflager ferner zu verbleiben verlangen, oder auch der regierende Herr selber dieses verträglicher erachtet, alsdenn soll Er schuldig seyn, Ihnen gewisse bequeme Orte, entweder in einem oder anderm Amte, oder wie es sich sonst am besten füget,

zur Residenz anzuweisen; und stehet hiernächst zu beider Theile Ermessen und Vergleichung, ob einem oder anderm jüngern Herrn auf Abschlag seines Deputats, auf gewisse Fälle in natura zu füglicherer Einrichtung einer engen Hofhaltung assigniret werden können; jedoch, daß, aufser den nöthigen Zwangsmitteln zu deren Heraustreibung die übrige Jurisdiction nebst der Landesfürstlichen Hoheit dem ältesten Herrn vorbehalten bleibe, und hat ein jeder derer jüngern Prinzen seine Haus- und Hofhaltung alsdenn dergestalt zu fassen, damit Er mit seinem Deputat und denen Ihme von Gott vermittelt anständiger Dienste bei andern mächtigern und vermögendern Herrn, oder durch Heirathen oder in andere löbliche Wege verliehenen Nebenmitteln ohne Schuldwürkung mit seiner Familie auskommen, und dieser als ein Christlicher Herr wohl vorstehen möge.

etc. etc.

Nr. XLVII.

E x t r a c t

aus der Landesordnung de ao. 1666.

etc. etc.

Wäre es auch Sach, daß sich jemand, wer der wäre, in Unsern Landen, Herrschaften und Gebieten gesessen, an den ordentlichen Gerichten in Unsern Landen nicht würde begnügen lassen, sondern davon berufen und appelliren, oder sonst ausländische Gericht, wider die Unsern, zuwider der löblichen und im Haus zu Sachsen wohlhergebrachten Freiheit und Gewohnheit suchen, der solle seiner Lehen, und Erb-güter verlustig seyn, oder in Mangel derselbigen am Leibe gestraft werden.

etc. etc.

Verzeichniss der Druckfehler.

- Seite 7. Zeile 1. u. 2. von unten steht einer vorzüglich-
chen statt eine vorzügliche
- 8. — 28. steht hinzuwürcken st. hinzurich-
ten
- 10. — 13. steht zerrütteten st. zerrüttete
- 18. — 19. steht auf st. auch
- 35. — 32. steht entböhren st. empören
- 57. — 14. steht Albs st. Alts
- 173. — 15. steht F. E. Schennel st. J. E. Gruner
- 173. — 16. steht Gonnet st. Gruner
- 257. — 25. steht ertheilt st. erhielt
- 263. — 15. steht 9216. fl. st. 90216. fl.
- 309. — 8. steht bewährt st. bewohnt
- 310. — 5. im Anfang der Zeile fehlen die Worte
Einstellung der
-



Gönner, Nikolaus Thaddäus,

Bericht des Herrn Herzogs von Sachsen-Coburg-Saalfeld über die Beschwerden
der Prinzen Friedrich und Ludwig

Coburg 1805

Ded. 9

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10397472-0